

Stenographisches Protokoll

60. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 17. Juni 1977

Tagesordnung

1. Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage
2. Fünftes Internationales Zinnübereinkommen samt Anlagen
3. Patentgesetz-Novelle 1977
4. Markenschutzgesetz-Novelle 1977

Inhalt

Personalien

- Krankmeldungen (S. 5721)
Entschuldigungen (S. 5721)

Fragestunde (35.)

Land- und Forstwirtschaft (S. 5721)

- Dipl.-Ing. Riegler (370/M); Dr. Scrinzi, Stögner, Helga Wieser
Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (371/M); Dipl.-Ing. Hanreich, Haas, Dipl.-Ing. Dr. Leitner
Helga Wieser (380/M); Meißl, Lona Murowatz, Ottlie Rochus

Soziale Verwaltung (S. 5727)

- Dr. Schranz (384/M); Dkfm. DDr. König, Dr. Scrinzi
Alberer (385/M); Dr. Schwimmer, Melter, Egg
Melter (273/M); Dr. Schwimmer, Dr. Scrinzi
Dr. Feurstein (373/M); Melter, Treichl, Mag. Höchtl

Bundesregierung

- Änderung des Übereinkommens über die Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen samt Anhang I und II und Vorbehaltserklärung (Zu 445 d. B.) (S. 5823)

Ausschüsse

- Zuweisung (S. 5734)

Verhandlungen

- (1) Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Debatte: Dr. Koren (S. 5735), Dr. Fischer (S. 5742, S. 5749 und S. 5755), Dkfm. DDr. König (S. 5749), Dr. Broesigke (S. 5750), Dr. Taus (S. 5754), Dr. Mock (S. 5756), Sekanina (S. 5762), Peter (S. 5768), Vizekanzler Dr. Androsch (S. 5773), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 5778), Mühlbacher (S. 5782),

Dipl.-Ing. Hanreich (S. 5786), Dr. Mussil (S. 5791), Dallinger (S. 5796), Dr. Stix (S. 5799), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 5804), Ing. Gradinger (S. 5804), Ing. Gassner (S. 5807), Tonn (S. 5807), Dipl.-Ing. Riegler (S. 5811), Staatssekretär Dr. Veselsky (S. 5813) und Dr. Feurstein (S. 5814)

- (2) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (496 d. B.): Fünftes Internationales Zinnübereinkommen samt Anlagen (562 d. B.)

Berichterstatter: Heinz (S. 5817)

Genehmigung (S. 5818)

Gemeinsame Beratung über

- (3) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (490 d. B.): Patentgesetz-Novelle 1977 (563 d. B.)

Berichterstatter: Teschl (S. 5818)

- (4) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (489 d. B.): Markenschutzgesetz-Novelle 1977 (564 d. B.)

Berichterstatter: Lehr (S. 5818)

Redner: Dkfm. DDr. König (S. 5819), Dr. Stix (S. 5820), Dr. Heindl (S. 5821) und Zeillinger (S. 5822)

Annahme der beiden Gesetzentwürfe (S. 5823)

Einbrachter wurden

Anfragen der Abgeordneten

Suppan und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Darstellung der Gendarmerie im Film „Kottan ermittelt“ (1246/J)

Dr. Busek, Dkfm. DDr. König und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Entwicklung eines kleinen Solarkraftwerkes (1247/J)

Dr. Prader, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend das Besoldungsrecht im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr (1248/J)

Mag. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Atommülllagerung (1249/J)

Regensburger, Westreicher und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend das Arbeitsamt Landeck (1250/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Herstellung, Einfuhr und Vertrieb von Kinderpornos (1251/J)

Dr. Ermacora, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Anwendung des Schmutz- und Schundgesetzes (1252/J)

Dr. Ermacora und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Besetzung des Ordinariats für Erziehungswissenschaft an der Universität Innsbruck (1253/J)

Dr. Hafner und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend die Anrechnung des fiktiven Ausgedinges auch in Fällen, in denen daraus gar kein Einkommen mehr bezogen werden kann (1254/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Herstellung, Einfuhr und Vertrieb von Kinderpornos (1255/J)

Dr. Busek, Dr. Kaufmann und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Subventionierung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik (1256/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Herstellung, Einfuhr und Vertrieb von Kinderpornos (1257/J)

Dr. Kohlmaier, Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend die Sicherung der Pensionen (1258/J)

Dr. Scrinzi, Dr. Stix, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Anstieg von Umweltgiften in den Lebensmitteln (1259/J)

Heinz, Treichl und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die Errichtung hochschulähnlicher Einrichtungen in Vorarlberg (1260/J)

Dr. Ermacora, Dr. Blenk und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Sparmaßnahmen beim Postverband an den Universitäten (1261/J)

Dr. Feurstein, Hagspiel, Dr. Blenk und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Behandlung eines Triebtäters (1262/J)

Dr. Gasperschitz und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend eine rechtswidrige Entscheidung des Bundesministers für Inneres (1263/J)

Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend das Polizeiwachzimmer im Bahnhof Wien-Nord (Praterstern) (1264/J)

Brandstätter und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Berechnung des fiktiven Einheitswertes (1265/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (1126/AB zu 1153/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Minkowitsch, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Glaser, Ing. Schmitzer und Wilhelmine Moser.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Wedenig und Ing. Sallinger.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: Die 1. Anfrage ist die des Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler (*ÖVP*) an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

370/M

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das immer bedrohlicher werdende Agrar-Außenhandelsdefizit, das die bäuerlichen Arbeitsplätze in Österreich gefährdet, abzubauen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
Dipl.-Ing. Haiden: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Riegler! Es ist richtig, daß wir große Sorgen hinsichtlich der Entwicklung der landwirtschaftlichen Außenhandelsbilanz mit der EG haben. Die gesamtland- und forstwirtschaftliche Außenhandelsbilanz ist ja etwas erfreulicher, aber das geht auf die Exporte von Schnittholz, Rundholz und Bauholzern zurück. Insgesamt wurde das land- und forstwirtschaftliche Außenhandelsbilanzdefizit von 5 459 Millionen im Jahre 1975 auf 5 087 Millionen im Jahre 1976 verkürzt.

Was nun die Maßnahmen betrifft, um die Position Österreichs zu verbessern, so darf ich zuerst darauf verweisen, zu welchen Ergebnissen es in jüngster Zeit kam, wobei ich – so nehme ich an – nicht mehr darauf zurückkommen darf, welche Aktivitäten gesetzt worden sind. Ich habe das sehr ausführlich in einer der letzten Fragestunden darlegen können.

Aber nun nur zur jüngsten Entwicklung:

Ab 1. April haben wir keine mengenmäßige Beschränkung der Exporte von Rindfleisch und

Schlachtrindern in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mehr.

Ab 2. Mai wurden die Abschöpfungsbedingungen zu unseren Gunsten im Sinne unserer Vorschläge ganz erheblich verbessert.

Am 12. Mai wurde in Genf das Mindestpreisübereinkommen hinsichtlich des Handelsverkehrs mit Käse paraphiert. Dieses Mindestpreisübereinkommen wird dazu führen, daß unterpreisiger Käse nicht mehr nach Österreich hereinkommen kann. Obwohl dieses Übereinkommen noch nicht ratifiziert ist – auch unser Parlament hat sich damit noch nicht beschäftigt –, hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gewissermaßen als Vorleistung die Erstattungen ab 31. Mai ganz erheblich gesenkt, sodaß das, was dieses Übereinkommen erreichen soll, de facto schon wirksam ist.

Am 25. Mai wurde von der EG die Verordnung veröffentlicht, nach der die österreichischen Weinbezeichnungen in der EG anerkannt werden. Das ist für unsere Weinexporte eine sehr wichtige Änderung.

Ab 6. Juni wurde die Abschöpfung beim Export von Schlachtrindern in die EG von 11,30 S auf 5,31 S je kg Lebendgewicht gesenkt.

Das sind also die Entwicklungen der letzten Wochen.

Ich kann Ihnen weiters mitteilen, daß ich gestern ein Fernschreiben aus Brüssel erhielt, aus dem hervorgeht, daß nun die EG-internen Beratungen über die Erhöhung unseres Nutzrinderkontingents aufgenommen worden sind. Dieses Kontingent soll von 30 000 auf 38 000 erhöht werden. Es bestehen, wie mir mitgeteilt wurde, keine meritorischen Einwendungen seitens der Mitgliedsstaaten, wohl aber bestehen noch technische Schwierigkeiten hinsichtlich der Durchführung. Das ist also die nächste Aufgabe, die uns besonders wichtig und vordringlich erscheint.

Es wird noch in den nächsten Wochen über die gegenseitige Anerkennung des Qualitätsweinbegriffes und über die juristische Zulassung von österreichischen Weinen mit mehr als 15 Grad weiterverhandelt werden.

Im übrigen möchte ich darauf verweisen, daß die Bundesregierung mit großem Nachdruck bilaterale Verhandlungen über den agrarischen Außenhandel führt. Es war ja nicht zuletzt Ergebnis solcher bilateraler Gespräche, daß heute Libyen – ich muß das noch einmal sagen – der größte Absatzmarkt für österreichische Schlachtrinder ist.

5722

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Gespräche dieser Art werden am laufenden Band geführt, etwa in der Vorwoche mit dem polnischen Landwirtschaftsminister, und heute vormittag werde ich Gelegenheit haben, mit dem tunesischen Landwirtschaftsminister Gespräche dieser Art zu führen. Wir erhoffen uns von diesen Gesprächen mit Tunesien, daß unsere Zuchtrinderexporte nach Tunesien verstärkt werden können.

Sehr wichtig erscheint mir – dazu konnte ich schon gestern Stellung nehmen –, daß wir in der Frage der Ölsaaten weiterkommen, weil hierdurch natürlich eine Entlastung des Außenhandelsdefizits im agrarischen Bereich erzielt werden kann.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler: Herr Minister! Das Agrarhandelsdefizit ist vom Jahr 1975 auf das Jahr 1976 von 9 auf 11 Milliarden Schilling gestiegen. Das ist eine äußerst besorgnisregende Steigerung.

Es ist Ihnen sicher auch bekannt, daß das Institut für Wirtschaftsforschung überschlagsmäßig schätzt: 100 Millionen Schilling mehr an Agrarimporten bedeuten für die österreichischen Bauern 40 Millionen Schilling Verlust an Einkommen. Wenn man das auf den Arbeitsplatz zurückrechnet, bedeutet das die Gefährdung von 600 Arbeitsplätzen.

Wenn man nun die 2 Milliarden Schilling auch nur teilweise als unmittelbare Auswirkung überrechnet, dann geht es bei dieser Entwicklung trotzdem um Tausende von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, die von dieser Seite gefährdet werden.

Dazu kommt noch, daß sich im ersten Quartal des Jahres 1977 das Defizit des Agraraußehandels um weitere 30 Prozent verschlechtert hat.

Der Nationalbankgeneraldirektor Dr. Kienzl hat kürzlich erklärt, daß auf dem agrarischen Gebiet verschiedene Maßnahmen ergriffen werden müßten ... (Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Herr Präsident! Ich muß die Frage begründen. (Abg. Dr. Tull: Es wird nichts begründet! Es ist keine Begründungsstunde, sondern eine Fragestunde! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Präsident: Herr Abgeordneter! Sie haben die Frage zu stellen, nicht zu begründen! Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler (fortsetzend): ... und daß er mit vielen Maßnahmen der Präsidentenkonferenz sympathisiere.

Ich möchte Sie nun fragen: Welche Maßnahmen werden Sie der Bundesregierung für die Bewältigung des agrarischen Außenhandelsproblems vorschlagen, um den wettbewerbsverzer-

renden Importen entgegenzuwirken, und welche Maßnahmen im konkreten sehen Sie vor?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Ich darf feststellen, daß die land- und forstwirtschaftlichen Exporte von 1975 auf 1976 um 35 Prozent und die land- und forstwirtschaftlichen Importe um 21 Prozent gestiegen sind. (Abg. Mondl zur ÖVP: Das ist eine glatte Unwahrheit! Das möchte man nicht für möglich halten! – Abg. Dr. Haider: Es wurde gefragt: Welche Maßnahmen! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ich darf diese Fakten doch richtigstellen!

Ich räume gerne ein, daß uns der rein agrarische Bereich, was die EG betrifft, Sorgen bereitet. Aber bitte doch die Gesamtbilanz zu sehen! Für unsere Bergbauern sind die Holzexporte mindestens ebenso wichtig.

Bei der Beantwortung Ihrer Frage habe ich bereits wichtige Maßnahmen aufgezählt. Es gibt natürlich weitere Maßnahmen, die derzeit in Beratung stehen, und ich bin gerne bereit, mit der Präsidentenkonferenz jederzeit – das wissen Sie – über Maßnahmen dieser Art zu diskutieren und zu verhandeln.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler: Herr Bundesminister! Der Herr Finanzminister hat gestern bei seinem Wirtschaftsbericht erklärt, das landwirtschaftliche Paradoxon von wachsenden Überschüssen und steigenden Einfuhren verlange eine neue Konzeption der Agrarpolitik.

Meine Frage: Haben Sie in der Regierung über diese neue Konzeption der Agrarpolitik gesprochen? Hat der Herr Finanzminister Sie als Ressortminister für die Landwirtschaft in diesen Fragen kontaktiert? Gibt es konkrete Vorstellungen von Ihrer Seite?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der Bundesregierung pflegen die Wirtschaftsminister in diesen Fragen stets engsten Kontakt. Sämtliche Aktivitäten, die ich in Brüssel ergriffen habe, sind im Einvernehmen mit dem Herrn Handelsminister erfolgt, und natürlich stehen der Handelsminister und ich mit dem Finanzminister in diesen Fragen ständig in Verbindung.

Der Herr Finanzminister hat damit zum Ausdruck gebracht – und ich teile diese Auffassung uneingeschränkt –, daß wir die Produktion besser an den Bedarf anpassen müssen und daß wir nach unserer Außenhan-

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

delspolitik das, was wir im Inland erzeugen können, auch erzeugen sollten. Das gilt etwa für das Ölsaatenproblem.

Ich konnte bereits gestern mitteilen, daß schon im Jahre 1974 die Regierung dazu eine klare Stellungnahme bezogen hat, es aber davon abhängt, ob Investoren bereit sind, die notwendigen Industrieanlagen herzustellen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Scrinzi.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Bundesminister! Der Handlungsspielraum im Bereich der Agrarexporte und -importe ist ja im Osten praktisch null, weil wir dort nur Kompensationsgeschäfte tätigen können. Auf diesem Gebiet stehen wir natürlich unter dem verständlichen Druck unserer Exportwünsche in die Osthandelsländer und müssen sie mit Agrarimporten überwiegend kompensieren.

Wir haben also nur im Westen wesentlichen Spielraum, auch die agrarische Außenhandelsbilanz allenfalls positiv beeinflussen zu können.

Nun haben wir vor zwei Tagen einen sehr optimistischen Außenpolitischen Bericht vorgelegt bekommen, wonach Österreich insbesondere mit den westlichen Ländern in einem ungetrübten, um nicht zu sagen, freundschaftlichen Verhältnis lebe.

Ich frage Sie nun, Herr Minister: Wie wirken sich diese angeblich so freundschaftlichen Beziehungen in der Gemischten Kommission aus, wo es ja um die Fragen der Erweiterung unserer Exportmöglichkeiten in den westlichen Markt geht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Ich persönlich halte sämtliche Märkte für wichtig. Wir sollten nicht einseitig orientiert sein. Je vielseitiger unsere Handelsbeziehungen sind, desto eher werden wir in schwierigen Situationen zurecht kommen. Daher ist es meiner Auffassung nach überaus wichtig, daß wir im Vorderen Orient und in Nordafrika einen sehr wichtigen neuen Markt erschließen könnten.

Was die Kompensationsgeschäfte mit den COMECON-Ländern betrifft, möchte ich doch darauf hinweisen, daß zumindest eine Art Quasi-Kompensation fast in allen Bereichen praktiziert wird, wenn es nicht ausgesprochen liberalisierte Handelsbereiche sind.

Wir müßten uns, glaube ich, sowohl bei den EG-Ländern um eine bessere Position, um günstigere Exportchancen für unsere Agrarprodukte bemühen wie auch um die Kooperation

mit den COMECON-Ländern und mit den Ländern in der Dritten Welt, soweit sie in Frage kommen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Stögner.

Abgeordneter Stögner (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben in einer Ihrer Antworten festgestellt, daß im Jahr 1976 die gesamten Agrarexporte um 35 Prozent gestiegen sind.

Ich hätte nun gerne gewußt, wie hoch der Anteil der forstwirtschaftlichen Produkte an dieser Steigerung ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Der Anteil der forstlichen Produkte ist beachtlich. Die forstlichen Exporte, und zwar Rundholz, Schnittholz und Bauholz, nicht Produkte der Weiterverarbeitung, in die EG haben im Jahre 1975 4 327 Millionen Schilling und im Jahre 1976 6 165 Millionen betragen. Insgesamt stellt sich das so dar, daß wir im Jahre 1975 5 374 Millionen Schilling Exportvolumen und 1976 8 092 Millionen gehabt haben, also EG, EFTA, Osteuropa und andere Länder.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Wieser.

Abgeordnete Helga Wieser (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie sprechen hier in erster Linie, auch was die Bergbauern anlangt, von Holzexporten. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß vor allem auch die Rinderexporte von größter Bedeutung sind, da gerade, wie aus dem Salzburger Gebiet bekannt ist, viele Bergbauern nur Servitutrechte haben und von Holzexporten keine wesentliche finanzielle Zubesserung erwarten können.

Sie haben vorhin von einer Produktionsanpassung gesprochen. Soll diese Produktionsanpassung so aussehen, daß die Produktion eingeschränkt ist und daß damit ein Einkommensverlust gerade für die Bergbauern oder für die gesamte Landwirtschaft verbunden ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Ich habe nicht in erster Linie von forstwirtschaftlichen Exporten gesprochen, sondern eine, wie mir scheint, notwendige Ergänzung vorgenommen.

Die Rinderexporte sind für unsere Bergbauern zumindest ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger. Das ist gar keine Frage. Wenn Umschichtungen vorgenommen werden, etwa durch die

5724

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Ermöglichung der Ölsaaten, so bedeutet das ja nicht Einkommensverlust, sondern eine Umstrukturierung in der Produktion, und um diese Umstrukturierung wird es gehen.

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Zittmayr (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

371/M

Was werden Sie unternehmen, um die andauernde Benachteiligung der österreichischen Viehexporte in die EG abzubauen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Zittmayr! Ich weiß nicht, ob Sie ungehalten sind, wenn ich doch ein wenig auf die Anfragebeantwortung verweise, die ich Herrn Abgeordneten Riegler gegeben habe. Die Fragen decken sich; die Anfrage des Herrn Abgeordneten Riegler war weitergehend.

Ich möchte nur ganz kurz sagen: Bardepotabbau und Devisensteuerabbau der Italiener bedeuten für unsere Rinderexporte nach Italien eine wesentliche Erleichterung.

Ich darf noch einmal darauf verweisen, daß wir ab 2. Mai in der Lage sind, den besonderen Einfuhrpreis, wie er in Brüssel ausgehandelt worden ist, für uns zu nutzen, und daß außerdem durch andere Maßnahmen, die nun in Vorbereitung sind, wie insbesondere Erhöhung des Nutzrinderkontingents, eine Erleichterung eintreten wird.

Präsident: Zusatzfrage, bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Dazu möchte ich folgendes feststellen: Es ist richtig, daß die Abschöpfung, die die EWG für Schlachtviehexporte Österreichs in die EWG einhebt, von 11,30 S auf 5,31 S gesenkt wurde.

Es ist aber der 16prozentige Zoll gleichgeblieben, und es kommt natürlich sehr darauf an, daß auch die Stützung für Schlachtviehexporte in die EWG durch Ihr Ministerium abgebaut wurde.

Für den österreichischen Bauern ist im Verhältnis zum EWG-Bauern entscheidend, was er für sein Vieh bekommt. Der österreichische Bauer ist noch immer mit 5,30 S Abschöpfung und mit 16 Prozent Zoll, also auch wieder 2 S, um mehr als 7 S gegenüber dem EWG-Bauern benachteiligt. Das heißt, das Einkommen des österreichischen Bauern ist wesentlich geringer für die gleiche Leistung.

Meine Frage in diesem Zusammenhang ist nun die: Wie wollen Sie diese Gleichstellung

des österreichischen Bauern mit dem Bauern in der EWG, in Deutschland zum Beispiel, erreichen hinsichtlich der preislichen Diskriminierung, die sich ja auf das Einkommen der Bauern negativ auswirkt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sie verlangen von mir die Quadratur des Kreises. Sie verlangen von mir, das rückgängig zu machen, was Sie hier in diesem Hause mitbeschlossen haben.

Wir sind sicherlich außerstande, das EG-System von uns aus aufzuheben; das wird nicht gelingen.

Aber ich halte es für einen sehr großen Erfolg, daß in Brüssel bewußt gemacht worden ist, daß Abschöpfungen, wenn sie durch Subventionen legalisiert werden, ja wenig sinnvoll sind. Dieser Abbau ist letzten Endes auch eine Folge der Erkenntnis, daß es ja nichts nützt, sich gegenseitig hochzuschaukeln. Wir sind also auf einem Weg, den ich als vernünftig ansehe.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit den EWG-Exporten steht ja auch die Einbeziehung der Zuchtrinder durch die EWG in die EWG-Rindemarktordnung bevor. Das heißt, daß wir ähnliche Schwierigkeiten wie jetzt beim Schlachtrinderexport für den Zuchtrinderexport befürchten müssen, der bisher ohne Abschöpfungen und ohne wesentlichen Zoll über die Grenzen gegangen ist.

Da das für Österreich eine sehr schwerwiegende Frage ist, bitte ich Sie, mir zu sagen, was Sie unternehmen wollen, um diese Benachteiligung der österreichischen Zuchtrinderexporte, die eigentlich dem Agrarbriefwechsel 1972 widerspricht, hintanzuhalten.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Zittmayr! Da Sie zweifellos einer der besten Kenner dieser Materie hier in diesem Haus sind – die anderen Damen und Herren seien mir nicht ungehalten –, ist die Frage, die Sie gestellt haben, eine rhetorische Frage. Sie wissen sehr genau, daß eine Abschöpfung bei Zuchtrindern nicht möglich ist, weil wir einen im GATT gebundenen Nullzoll haben.

Bei den Verhandlungen, die wir in der Vorwoche in Brüssel geführt haben, ist es darum gegangen zu erkunden, ob Erstattungen in

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Aussicht genommen sind. Die Vertreter der Behörde in Brüssel haben uns zugesichert, daß Erstattungen nicht in Aussicht genommen sind. Die Analogie mit dem Schlachtrinderbereich ist meiner Meinung nach von der Struktur und von den bestehenden Handelsverpflichtungen her nicht möglich.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich (FPÖ):** Herr Bundesminister! Mein Kollege Dr. Scrinzi hat Sie vorher gefragt, wie sich die angeblich so gute Stimmung in den westlichen Ländern uns gegenüber in der Gemischten Kommission auswirkt, und hat darauf eigentlich keine Antwort bekommen.

Da die Schwierigkeiten des Viehexports, insbesondere des Zuchtrinderexportes nach wie vor beträchtlich sind, frage ich Sie daher ganz konkret: Wer setzt im Rahmen der Gemischten Kommission welchen unserer Bestrebungen Widerstand entgegen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Hanreich: Was soll ich Ihnen auf diese Frage antworten?

Ich darf noch einmal feststellen, daß die Zusicherungen, die mir in meinem Bereich im Gespräch mit Gundelach gemacht worden sind, bisher Schritt für Schritt eingehalten worden sind. Daß in gemischten Kommissionen differenzierte Standpunkte eingenommen werden, liegt in der Natur der Sache. Jeder hat ja seine Verhandlungsposition.

Aber wenn Sie nun die Frage beantwortet haben wollen, welcher der Verhandlungsteilnehmer nun vielleicht unmittelbar oder durch Mentalreservation oder durch seine Art der Argumentation mehr Widerstand unserer Position entgegengesetzt, so bin ich außerstande, Ihnen diese Frage zu beantworten.

Präsident: Herr Abgeordneter Haas, nächste Frage.

Abgeordneter **Haas (SPÖ):** Herr Bundesminister! In diesem Zusammenhang ist es sicherlich interessant zu erfahren, wie sich die Schlachtrinderpreise im Vergleich zum Vorjahr entwickelt haben.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Schlachtrin-

derpreise haben sich auch seit der letzten Anfragebeantwortung, die ja erst kürzlich war, außerordentlich günstig entwickelt. Wir liegen jetzt bei den Stieren im oberen Teil des Preisbandes, das von den Wirtschaftspartnern in der Vieh- und Fleischkommission festgesetzt worden ist. Bei den Kühen haben wir auf den letzten Märkten das Preisband bereits überschritten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Leitner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner (ÖVP):** Herr Minister! Sie haben eben erklärt, daß beim Zuchtvieh die Situation sehr günstig ist.

Nun hören wir ständig, daß die EWG die Bestimmungen bezüglich Zuchtvieh sehr energisch verschärfen will. Das heißt, daß die günstigen Bestimmungen, wie wir sie jetzt haben, dann nicht mehr vorliegen.

Ich frage jetzt: Herr Minister, was werden Sie tun, um solche Verschärfungen möglichst hinzuhalten?

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Diese Frage habe ich schon beantwortet. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich Sie bitten, im Protokoll das nachzulesen, was ich dem Herrn Abgeordneten Zittmayr geantwortet habe. (Zwischenrufe des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner und von weiteren Abgeordneten der ÖVP.)

Präsident: Anfrage 3: Frau Abgeordnete Wieser (ÖVP) an den Herrn Minister.

380/M

Wie viele Ansuchen auf Gewährung eines AIK-Hausstandsgründungsdarlehens sind bis jetzt eingelangt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich kann Ihnen auf Ihre Anfrage mitteilen, daß der Erlaß über die AIK-Hausstandsgründung Anfang April den Landes-Landwirtschaftskammern übermittelt worden ist.

Natürlich werden die Anträge über die Landes-Landwirtschaftskammern an das Ressort weitergeleitet. Das ist das System, und dieses System hat sich bewährt.

Ich bin nun außerstande, Ihnen heute mitzuteilen, welche Anträge bei den Landes-Landwirtschaftskammern vorliegen, und glaube, auch die Kammern wären überfordert worden, wenn sie diese Anträge schon an uns hätten weiterleiten sollen, weil ja die Frist hiefür zu kurz gewesen wäre.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Helga Wieser: Herr Bundesminister! Ich möchte vorerst feststellen, daß es eigentlich keine Art ist, einem Abgeordneten zu sagen, er möge eine Antwort in einem Protokoll nachlesen.

Ich kann aber auf die Frage, die ich an Sie gestellt habe, selbst antworten, denn ich weiß, daß fast keine Ansuchen eingelangt sind, und zwar deswegen, weil die Richtlinien erst im April hinausgegangen sind. Sie wissen, daß wir nur durch Kurse beziehungsweise über Kurse an die Bäuerinnen herankommen und dadurch die Möglichkeit eines Kredits an die Bäuerin herantragen können. Sie haben aber durch die Verweigerung Ihrer Unterschrift verhindert, daß die bezüglichen Richtlinien vor Anfang April an die Kammern und zu den Bäuerinnen hinauskamen.

Ich frage Sie: Wieso haben Sie nicht Maßnahmen getroffen, daß derartige Richtlinien bereits im Februar, so wie wir es gebraucht hätten, an die Kammern weitergegeben wurden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Zu Ihrer Einleitung möchte ich doch sagen: Ich bedaure es schon, diese Antwort dem Herrn Abgeordneten Leitner gegeben zu haben. Aber es war wirklich die völlig gleiche Frage, und das hat mich ein wenig irritiert. Aber, Herr Abgeordneter, ich bedaure das gerne. (Abg. Regensburger: Eine Frechheit war das! - Abg. Suppán: Unerhört! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Wieser! Bei dieser Maßnahme handelt es sich um eine neue Maßnahme. Nie zuvor sind Maßnahmen dieser Art durchgeführt worden, auch nicht vor 1970. Das ist also eine neue Maßnahme, die jetzt eingeführt worden ist. Sie können demnach nicht davon sprechen, daß die Unterschrift verweigert worden ist. Das ist wirklich eine Ausdrucksweise, die ich nicht akzeptieren kann.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Helga Wieser: Herr Bundesminister! Es werden ja sicherlich aus dieser Budgetpost Mittel übrigbleiben. Nun würde uns sehr interessieren, was mit diesem Geld geschehen sollte. Soll dieses Geld umgeschichtet werden, oder soll es beim Budget 1978 zusätzlich den vorgesehenen Mitteln einverleibt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Ob Budgetmittel übrigbleiben werden, kann ich jetzt nicht beurteilen; da müssen zuerst die Anträge von den Kammern an das Ressort weitergeleitet sein.

Präsident: Eine weitere Anfrage? - Herr Abgeordneter Meißl, bitte.

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Bundesminister! Es zeigt sich, daß in dieser Frage noch nichts geschehen ist. Bekanntlich hat der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung 1975 erklärt, daß besondere Aktivitäten für die Bäuerin gesetzt werden sollen. Freiheitliche Abgeordneten haben einen entsprechenden Antrag eingebracht - das wissen Sie -, einen Antrag, der darauf abzielt, im Zuge einer Kreditaktion etwa Hausstandsgründungen besser zu ermöglichen.

Wie ich nun höre, ist noch nichts im Rahmen einer AIK-Aktion geschehen.

Ich möchte Sie daher fragen: Herr Bundesminister! Werden Sie sich dafür einsetzen, daß man auf den freiheitlichen Vorschlag bei den Budgetberatungen im kommenden Jahr zurückgreift?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese AIK-Hausstandsgründungsaktion ist eine Hilfsmaßnahme für junge Ehepaare in der Landwirtschaft, die ihren Hausstand gründen. Wenn Sie es also so wollen, ist das eine ähnliche Aktivität wie jene, die Sie sich vorgestellt haben, sie ist aber nicht identisch.

Präsident: Eine weitere Frage: Frau Abgeordnete Murowatz.

Abgeordnete Lona Murowatz (SPÖ): Herr Bundesminister! Diese neue Maßnahme ist für bäuerliche Jungfamilien sicherlich von großem Vorteil. Mich würde interessieren, wie viel Mittel insgesamt von Ihrem Ressort dafür bereitgestellt werden und wieviel im Einzelfall gegeben werden können.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Die Kredithöhe erreicht 30 000 S, das Kreditvolumen für 1977 beträgt 20 Millionen Schilling.

Präsident: Eine weitere Frage: Frau Abgeordnete Rochus.

Abgeordnete Ottile Rochus (ÖVP): Herr Minister! Sie haben auf die Anfrage der

Ottillie Rochus

Abgeordneten Wieser geantwortet, daß das Ministerium noch keine Anträge vorliegen hat. Es ist üblich, daß von den Landwirtschaftskammern die Anträge laufend vorgelegt werden. Die Anträge werden nicht in den Landwirtschaftskammern gelagert – das ist in der Hauswirtschaft so üblich, schon jahrelang, ich möchte sagen, Jahrzehntelang –, daher ist es befremdend, daß Sie nicht sagen, wieviel Anträge bei den Hausstandsgründungsdarlehen vorliegen.

Es gibt aber noch andere neue Aktionen des heurigen Jahres, zum Beispiel die Umstellungsdarlehen für die Nebenerwerbsbäuerin. AIK für Gästebeherbergung.

Ich möchte Sie fragen, wie viele Anträge von dieser Sparte im Ministerium vorliegen.

Außerdem möchte ich Sie noch fragen, was mit dem Solidaritätsfonds geschehen ist, der so stark propagiert wurde.

Die drei neuen Aktionen Ihres Ministeriums wurden, lange bevor die zuständigen Referentinnen der Landwirtschaftskammern davon gewußt haben, in den Zeitungen propagiert, und ich muß aus Erfahrung sagen, sie finden nicht den Anklang, den man sich erwartet hat.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich bin gerne bereit, Ihnen schriftlich Auskunft zu geben über den Stand der eingelangten Anträge. Sie werden sicher Verständnis dafür haben, daß ich nicht für sämtliche Förderungssparten aus dem Handgelenk den letzten Stand der eingelangten Anträge nennen kann. Aber wenn Sie damit einverstanden sind, gebe ich Ihnen gerne schriftlich Auskunft.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

384/M

Sind Sie bereit, auf die Privatversicherung mit dem Ziel einzuwirken, daß bei der Reklame für private Auslandskrankenversicherungen das Bestehe zwischenstaatlicher Sozialversicherungsabkommen korrekt berücksichtigt wird?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Weissenberg: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ein umfassender Krankenversicherungsschutz während eines Auslandaufenthaltes ist sicherlich von besonderer Bedeutung. Zu einem

sehr wesentlichen Teil wird dieser Krankenversicherungsschutz durch internationale beziehungsweise bilaterale Verträge gewährleistet, und dazu sind ja auch laufend Verhandlungen mit Staaten geführt worden, um diesen Bereich noch vergrößern zu können.

Eine entsprechende Aufklärung der Versicherten über den Bestand solcher Vereinbarungen erfolgt laufend. Ich darf zum Beispiel daran erinnern, daß heute im Ö 3-Morgenfunk eine Information darüber abgegeben worden ist. Im Hinblick auf Ihre Anfrage möchte ich feststellen: Es steht mir keine unmittelbare Kompetenz zu, auf Privatversicherungen Einfluß zu nehmen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Schranz: Herr Bundesminister! Ich habe hier eine Karte einer Privatversicherungsgesellschaft, in der für den Abschluß ausländischer Privatkrankenversicherungen, wenn also ein Österreicher auf Urlaub ins Ausland fährt, geworben wird, ohne daß auch nur ein Wort davon geredet wird, daß es zwischenstaatliche Verträge gibt und die Österreicher ohnehin auf Grund der gesetzlichen Krankenversicherung ausreichend geschützt sind, sodaß der Abschluß einer Privatversicherung für sie eigentlich hinausgeworfenes Geld ist.

Ich halte diese Vorgangsweise für unfair sowie unseriös und frage daher, ob Sie so freundlich sein könnten, etwa in einem Brief den Verband der Privatversicherungsanstalten auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen und zu ersuchen, doch auf den Bestand zwischenstaatlicher Verträge in der Werbung für ausländische Krankenversicherungen hinzuweisen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Ich bin gerne bereit, diese Anregung aufzugreifen und einen Brief an den Versicherungsverband der Privatversicherer zu richten, in dem gebeten wird, auf die Sozialversicherungsübereinkommen, also auf die zwischenstaatlichen Verträge, hinzuweisen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Schranz: Ich bin Ihnen für diese Bereitwilligkeit sehr dankbar und möchte abschließend noch fragen: Es ist ja das Verfahren zur Umwechslung der Betreuungsscheine in ausländische Krankenscheine, wenn ich das so vereinfacht sagen darf, im Rahmen der zwischenstaatlichen Abkommen nicht einfach. Besteht die Chance hier zu einer Erleichterung

Dr. Schranz

zu kommen etwa durch die Einführung eines internationalen Krankenscheines?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Zur Frage des internationalen Krankenscheines habe ich vor kurzem eine Anfrage schriftlich beantwortet, die dahin gehend lautet, daß es derzeit sehr schwierig ist, einen internationalen Krankenschein in Österreich herbeizuführen, da die Voraussetzung dafür wäre, daß die österreichischen Ärzte bereit sind, den internationalen Krankenschein anzuerkennen. Da wir aber Schwierigkeiten haben, daß die österreichischen Ärzte die bilateralen Verträge durchführen, haben wir derzeit kaum Chancen, einen solchen internationalen Krankenschein herbeizuführen.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir begrüßen sehr den Abschluß internationaler Sozialversicherungsabkommen. Ich kann aber dem Kollegen Schranz absolut nicht beipflichten, wenn er sagt, daß der Abschluß einer Privatversicherung hinausgeschmissenes Geld ist, selbst dann, wenn ein internationaler Sozialversicherungsvertrag besteht. Jeder weiß, wie schwierig es in Urlaubsorten ist, überhaupt einen Arzt zu finden; die Ärzte sind dort sehr überlaufen. Daher ist man dann glücklich, wenn man einen findet, der kein Krankenkassenabkommen hat.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Ist Ihnen bekannt, daß das Allgemeine Krankenhaus, wo wir vom Bund her und als Wiener doppelt auch vom Land Wien Hunderte Millionen Schilling zahlen, bisher von privaten Krankenversicherern immer noch keine Kostenverpflichtungsscheine annimmt, und was halten Sie davon?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Ich kann zu dieser Frage nicht unmittelbar Stellung nehmen, weil die Kompetenz zur Gestaltung der Krankenanstalten nicht in das Sozialministerium fällt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Scrinzi.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Bundesminister! Der Abgeordnete Dr. Schranz hat mit seinen Behauptungen nur insofern recht, als es natürlich zahlreiche bilaterale Abkommen gibt. Sie selber müssten aber darauf hinweisen, daß sie nicht funktionieren, und zwar nicht nur etwa in Richtung Ausland-Österreich, sondern auch

umgekehrt. Auch Österreicher haben in Ländern, mit denen wir solche Abkommen geschlossen haben, bei der Effektivierung ihrer Ansprüche Schwierigkeiten, müssen Kosten erlegen, Vorschüsse zahlen, was unter Umständen eben gerade im Ausland schwierig ist.

Sind Sie nicht der Meinung, daß es umgekehrt die Aufgabe der Krankenversicherung wäre, ihre Versicherten auch dort, wo solche Versicherungen im Rahmen bilateraler Abkommen bestehen, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen und sie im Gegenteil anzuregen, zusätzlich vorzusorgen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Die Schwierigkeiten gibt es; das ist nicht zu bestreiten. Sie sind von Land zu Land verschieden. Es gibt Länder, wo die zwischenstaatlichen Verträge durchaus funktionieren.

Ich möchte aber sagen, daß die Krankenversicherung natürlich die Aufgabe hat, die Leistungen zu erbringen, sowohl im Inland die Leistungen für Touristen, die aus dem Ausland kommen, als auch die ausländische Krankenversicherung für Touristen, die aus Österreich in dieses Land kommen. Die zwischenstaatlichen Verträge regeln sowohl das Verfahren, wie die Leistungen in Anspruch genommen werden können, als auch die Kostenfrage.

Die Krankenversicherung kann deshalb nicht den einzelnen Versicherten informieren, weil wir eine Verwaltungsvereinfachung insofern durchgeführt haben, als die Verpflichtungsscheine der österreichischen Krankenversicherung nunmehr über die Dienstgeber ausgestellt werden und nicht mehr über die Krankenversicherungsträger. Man kann natürlich – und darum werde ich mich bemühen – in die Verpflichtungsscheine oder Berechtigungsscheine Hinweise darauf aufnehmen, daß es möglicherweise in den einzelnen Ländern Schwierigkeiten gibt.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Alberer (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

385/M

Wie viele Anträge auf nachträglichen Einkauf von Versicherungszeiten sind seit dem Wirksamkeitsbeginn der 32. Novelle zum ASVG eingebbracht worden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Herr Abgeordneter! Ihre Anfrage möchte ich wie folgt beantworten: Bei der Pensionsversicherungsan-

Bundesminister Dr. Weissenberg

stalt der Angestellten sind Anfang Juni zirka 3 000 Anträge eingelangt, bei der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter etwas über 2 000 Anträge, bei der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen 15 Anträge und bei der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues 13 Anträge.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Alberer: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wie viele der gestellten Anträge wurden inzwischen schon einer Erledigung zugeführt? Weiters wollte ich dazu noch fragen: Werden die Anträge nach dem Eingangsdatum behandelt, oder werden die älteren Geburtsjahrgänge vorgezogen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Die Anträge werden, soweit die Informationen an das Sozialministerium gelangt sind, nach ihrem Einlangen behandelt. Es wurden bisher nach den Mitteilungen, die ich habe, von der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues zwei Anträge bescheidmäßig erledigt, einige wenige Anträge von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten. Diese Erledigung bei der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten ist vorläufig händisch erfolgt, es wird aber in dieser Anstalt eine Umstellung auf die Datenverarbeitung derzeit geplant und, wie ich hoffe, sehr bald möglich sein.

Aus der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter habe ich den Bericht, daß die Anträge noch im Laufen sind.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Alberer: Herr Bundesminister! Glauben Sie, daß mit den bisher eingebrachten Anträgen bereits der größte Teil der nachträglichen Einkaufsansuchen nach der 32. ASVG-Novelle gestellt ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Die Anfrage kann ich natürlich nicht beantworten. Ich kann höchstens Schätzungen vornehmen. Man hat seinerzeit, als die 32. ASVG-Novelle vom Haus behandelt wurde, eine Schätzung vorgenommen, nach der es zirka 10 000 bis 20 000 Anträge geben wird. Bis jetzt sind rund 5 000 Anträge eingelangt, und ich nehme an, daß noch ein vielleicht ebenso großer Schub von Anträgen kommen wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schwimmer.

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben in der Antwort auf die erste Zusatzfrage bereits gesagt, daß so gut wie keine – die wenigen, die Sie erwähnt haben, fallen hier bei den mehreren tausend Anträgen nicht ins Gewicht – Anträge bisher erledigt worden sind.

Nun ergibt sich aber die Gefahr für die Antragsteller, daß sie, wenn sie durch die langsame Erledigung erst nach dem 1. Jänner ihre Einkaufsnachrichtung vornehmen können, bereits um 8,5 Prozent höhere Beiträge zu entrichten haben, also eine ganz schöne Valorisierung für den Fall, daß jemand rechtzeitig seinen Antrag gestellt hat.

Sehen Sie eine Möglichkeit, den Antragsteller, der rechtzeitig im heurigen Jahr seinen Antrag gestellt hat und dann die Beiträge innerhalb der vorgeschriebenen sechs Monate nach Bescheiderteilung entrichtet, von der 8,5prozentigen Valorisierung zu befreien?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Die Frage ergibt sich aus dem Gesetz. Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind die Beiträge zu valorisieren, wenn sie erst im nächsten Jahr entrichtet werden. Ich kann also daher nicht gegen das Gesetz handeln, bin aber bereit, die Frage zu überprüfen, inwieweit sich vielleicht im Hinblick auf Verzögerungen in der Bearbeitung die Möglichkeit ergeben könnte, daß man die Beitragsleistung als im Jahre 1977 geleistet betrachten kann, wenn die Verzögerung nicht auf Konto des Versicherten, sondern auf Konto der Anstalt zurückzuführen ist.

Präsident: Herr Abgeordneter Melter. Bitte, eine Frage.

Abgeordneter Melter (FPÖ): Herr Bundesminister! Da im Gesetz vorgeschrieben ist, daß die ganze fehlende Zeit nachzuversichern ist, ergibt sich natürlich die Frage, ob nach den bisherigen Anforderungen die Mehrzahl der Fälle für die ganzen 20 Jahre Nachversicherung beantragt hat oder ob es sich meistens nur um geringere Zeiten, also im Rahmen dieser Möglichkeit, handelt.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Ich kann Ihnen leider diese Frage nicht beantworten, weil statistische Auswertungen der Anträge derzeit noch nicht vorliegen. Ich habe nur davon gehört – kann es auch nicht belegen –, daß der Großteil der Anträge von Frauen kommen sollte. Es

5730

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Bundesminister Dr. Weißenberg

dürfte sich dabei wahrscheinlich um jene Zeiten handeln, in denen die Frauen wegen der Erziehung von Kindern oder aus anderen Gründen das Versichertenverhältnis unterbrochen haben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Egg.

Abgeordneter Egg (SPÖ): Herr Bundesminister! Nach den Bestimmungen der 32. Novelle zum ASVG ist ja der nachträgliche Einkauf von Versicherungszeiten nur insgesamt und nicht zu einem Teil möglich.

Nun gibt es aber nicht wenige Sozialversicherte, die im Ausland tätig sind und die nun bei dieser Gelegenheit, bei diesem Einkauf von nachträglichen Versicherungszeiten, insgesamt die Beiträge schon für einen bestimmten Zeitraum im Ausland im Rahmen der Pensionsversicherung bezahlt haben. Das heißt, sie bekommen zumindest einen Teil der eingekauften Zeit zweimal in die Bezahlung.

Meine Frage geht nun dahin, Herr Bundesminister: Sind Überlegungen beziehungsweise Regelungen vorgesehen, die sicherstellen, daß die Versicherten, die nun diesen Nachkauf tätigen, nicht für zweimalige Beitragsleistung nur eine Anrechnung dieser Jahre bekommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weißenberg: Das Problem wurde bereits an das Sozialministerium herangetragen. Wir sind dabei, die Frage zu überprüfen. Ich habe den Grundsatz vertreten – ich hoffe, daß es möglich sein wird, diesen Grundsatz auch aus den gesetzlichen Bestimmungen abzuleiten –, daß die Nachentrichtung nur für Zeiten erfolgen soll, für die überhaupt keine Beiträge geleistet wurden. Wurden Beiträge im Ausland bereits entrichtet, dann scheint mir dieser Zeitraum nicht mehr nachentrichtungsfähig beziehungsweise notwendig zu sein.

Präsident: Anfrage 6: Herr Abgeordneter Melter (FPÖ) an den Herrn Bundesminister.

273/M

Da Sie den Standpunkt vertreten, daß seitens der Krankenversicherungsträger zum Zwecke der Spitälerfinanzierung keine zusätzlichen Mittel aufgebracht werden können, frage ich Sie, Herr Bundesminister, ob Sie bezüglich des Umfanges, in welchem nach Ihrem Dafürhalten die Bevölkerung zusätzlich zu belasten wäre, konkrete Vorstellungen entwickelt haben.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weißenberg: Herr Abgeordneter! Die Anfrage, die Sie an mich gestellt haben, kann ich nur teilweise beantworten, da Sie ja wissen, daß ich nur insoweit Kompetenzen in der Spitalsfrage und daher auch in der Spitalsfinanzierungsfrage habe, als die Zuständigkeit des Sozialministeriums reicht.

Die Zuständigkeit des Sozialministeriums in diesem Zusammenhang betrifft die Beziehungen zwischen Krankenversicherungsträgern und Spitalserhaltern. Diese Beziehungen sind durch Verträge zu regeln, wie das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz bestimmt.

Da sich nun die Krankenversicherung im allgemeinen in Österreich in größeren finanziellen Schwierigkeiten befindet, habe ich bereits noch im letzten Jahr eine Enquête einberufen, um diese Finanzierungsschwierigkeiten zu diskutieren. Unter anderem gab es auch einen Arbeitskreis, der sich mit der Frage der Spitälerfinanzierung befaßt hat.

Im Zusammenhang damit habe ich den Vorschlag gemacht, daß die Beziehungen zwischen Krankenanstalten und Krankenversicherungsträgern so geregelt werden sollten, daß eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik zustande gebracht wird.

Sie werden sicherlich wissen, daß sich zur Spitälerfinanzierung nunmehr unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers ein sogenannter Spitalsgipfel gebildet hat. Der letzte und die vorhergegangene Sitzung dieses Spitalsgipfels hat sich sehr weitgehend dieser Idee, die im Arbeitskreis des Sozialministeriums erarbeitet wurde, angenähert. Durchführungsregelungen werden in einem Unterausschuß diskutiert. Ich hoffe, daß es in diesem Zusammenhang zu einer Erledigung kommen kann.

Inwieweit zusätzliche Mittel für die Spitäler aufgebracht werden, die außerhalb der Krankenversicherung liegen, kann ich mangels einer Kompetenz nicht beurteilen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Melter: Herr Bundesminister! Durch die 32. ASVG-Novelle sind die Bemessungsgrundlagen auch für die Krankenversicherungsbeiträge fühlbar angehoben worden. Auf Grund dieser Anhebung müßte sich ja auch eine Verbesserung der Situation der Krankenversicherungsträger ergeben. Können Sie mir mitteilen, wie stark – prozentmäßig – sich die Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage bei den Einnahmen der Krankenversicherungsträger auswirkt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weißenberg: Ich kann Ihnen leider auf Anhieb nicht die Anfrage beantworten, ich kann Ihnen nur sagen, daß trotz der 32. ASVG-Novelle und der dadurch herbeigeführten Mehreinnahmen für das Jahr 1977 ein Gesamtdefizit der Krankenversicherung von zirka 700 Millionen Schilling erwartet werden muß, wenn es nicht zu Maßnahmen kommt, die dieses Defizit beheben helfen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Meltér: Herr Bundesminister! Sie haben diesen Spitalsgipfel beim Bundeskanzler erwähnt und darauf hingewiesen, daß dort Überlegungen im Gange sind, inwieweit die Finanzierung des Krankenhausdefizits oder des Defizits in den Krankenanstalten durch Steuern beziehungsweise durch Leistungen der Krankenversicherungsträger zu realisieren ist.

Wurden Sie, Herr Bundesminister, befragt, welche Stellungnahme haben Sie abgegeben zu einem Ansinnen, inwieweit etwa die Krankenversicherungsträger anteilmäßig verpflichtet werden sollen, die Aufwendungen der Krankenanstalten zu decken, nachdem etwa das Bundesland Niederösterreich schon den Beschuß gefaßt hat, daß 80 Prozent des Aufwandes durch Krankenversicherungsträger oder Bund zu bezahlen sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weißenberg: Herr Abgeordneter! Ich habe vorhin bereits gesagt, daß ich die Stellungnahme bezogen habe, daß sich eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik in der Krankenversicherung bezüglich der Spitalskosten ergeben sollte. Das habe ich auch dem Spitalsgipfel vorgetragen. Wie ich vorhin ebenfalls erwähnt habe, hat im wesentlichen der bisherige Verlauf des Spitalsgipfels diesen Vorschlag akzeptiert.

Zusätzliche Ausgaben der Krankenversicherung scheinen mir – jedenfalls derzeit – deshalb unmöglich zu sein, da man aus einem Defizit nicht zusätzliche Ausgaben tätigen kann.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schwimmer.

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Herr Bundesminister! Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann soll sich in der Relation des Beitrages der Krankenversicherung zur Spitalsfinanzierung nichts ändern. Das ergibt sich aus der einnahmenorientierten Ausgabenpolitik. Sie haben daher in Ihrem Ministerium im Rahmen dieses Arbeitskreises Spitalsfinanzierung sicher auch andere Überlegungen ange-

stellte. Nun hat der Herr Bundeskanzler erklärt, eine Bundesspitalssteuer käme dann, wenn die ÖVP und die Länder zustimmen. Meiner Ansicht nach wird aber eine Steuer nicht notwendiger, wenn irgend jemand zustimmt. Wenn sie nämlich notwendig ist, ist sie nicht deshalb unnötig, weil irgend jemand nicht zustimmt.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Ist nach den Arbeiten in Ihrem Ministerium, nach den Untersuchungen in Ihrem Ministerium eine Bundesspitalssteuer notwendig oder nicht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weißenberg: Herr Abgeordneter! Ich muß Ihnen dieselbe Antwort geben wie vorhin dem Herrn Abgeordneten Meltér. Ich habe keine Zuständigkeit, die Finanzierungsfragen der Krankenanstalten zu behandeln. Ich kann daher auf Ihre Frage keine konkrete Antwort geben, da ich die Zuständigkeit nicht besitze. (Abg. Dr. Schwimmer: Ich habe nach den Arbeiten in Ihrem Ministerium gefragt!)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Scrinzi.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Öffentlichkeit hat den Eindruck, daß in der Sache Spitalsfinanzierung eine Vernebelungstaktik und Verwirrungstaktik eingeschlagen wird, wobei nebenbei bemerkt die ÖVP kräftig mithilft durch ständig widersprüchliche Äußerungen zum gleichen Gegenstand. (Widerspruch des Abg. Dr. Wiesinger.) Wir werden das belegen.

Ich kann mich aber Ihrem Standpunkt nicht ganz anschließen, daß Sie keine Zuständigkeit haben, denn als Aufsichtsbehörde haben Sie natürlich im Rahmen der abzuschließenden privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen Krankenversicherung und Spitalserhaltern doch natürlich auch eine Mitkompetenz bei diesen Vorgängen.

Sie selbst haben seinerzeit hier betont, daß Sie glauben, es könnte durch entsprechende Reformmaßnahmen das Auslangen gefunden werden, hier eine befriedigende Lösung zu schaffen, ohne neue Belastungen der Versicherten. Wenn man diese Last natürlich indirekt im Wege der Steuerzahlung auf die Versicherten abwälzt, ist das natürlich die gleiche Belastung.

Glauben Sie aber – nach dem Ergebnis des letzten Spitalsgipfels –, daß die in Aussicht genommene Bundesabgabe oder Bundessteuer ausreichen wird, das Defizit zu decken, oder wird in der Krankenversicherung bereits daran gearbeitet, in der nächsten ASVG-Novelle

5732

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Dr. Scrinzi

neuerliche Beitragserhöhungen ins Auge zu fassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Herr Abgeordneter! Ich bestätige meine Kompetenz, soweit es sich um die Beziehungen Krankenversicherung - Krankenanstalten handelt. Das ist aber eine sehr eingeschränkte Kompetenz. Wenn es dazu kommen sollte - was ich im Interesse der Krankenversicherung beziehungsweise der Versicherten und ihrer Arbeitgeber sehr begrüßen würde - , daß eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik gemacht werden kann, dann ist es natürlich nicht notwendig, für den Krankenanstaltenbereich eigene Beitragsvermehrungen herbeizuführen.

Allerdings - das kann ich derzeit nicht abschätzen, weil ich nicht weiß, wie die Verhandlungen des Spitalgipfels weiterlaufen werden - : Wenn die notwendigen Ausgaben der Spitäler - und ich betone: die notwendigen Ausgaben der Spitäler - nicht im Rahmen anderer Finanzierungsquellen gedeckt werden können, dann wäre es durchaus denkbar, daß beim Spitalgipfel auch über die Frage diskutiert wird, ob der Beitrag der Krankenversicherung zu den Krankenanstalten über das derzeit in Aussicht genommene Ausmaß hinaus noch erhöht werden kann.

Aber darauf eine Antwort zu geben, bin ich derzeit nicht in der Lage, weil die Beratungen des Spitalgipfels noch laufen und sie vor allem in dieser Frage noch zu keinem Ergebnis gekommen sind.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

373/M

Wie groß ist die Zahl der Lehrstellensuchenden in Vorarlberg, die bisher mit keinem Ausbildungssplatz versorgt werden konnten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Auf Ihre Anfrage möchte ich Ihnen antworten, daß im Jahre 1976 - für 1977 kann ich es Ihnen derzeit noch nicht sagen - die Lehrstellensuchenden in Vorarlberg fast zur Gänze auf Lehrplätzen untergebracht werden konnten. Die diesbezüglichen Ziffern per Ende Mai, die mehr oder weniger die Entwicklung des vergangenen Jahres beinhalten, bestätigen diese Feststellung. Danach gab es 64 offene Lehrstellen, denen 21 Lehrstellensuchende gegenübergestanden sind, sodaß auf

einen Lehrstellensuchenden rund 3 offene Lehrplätze entfallen sind.

Im übrigen war im vergangenen Jahr die Situation besser als im vorvergangenen Jahr. Dort war das Verhältnis 2 : 1, es war aber auch ein durchaus günstiges Verhältnis.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Feurstein: Herr Bundesminister! Diese Zahl, die Sie jetzt genannt haben, dürfte nicht richtig sein. Ich habe hier den offiziellen Bericht des Landesarbeitsamtes Vorarlberg. Nach diesem Bericht gibt es ungefähr 110 fehlende Lehrstellen. Wir haben 1 200 Lehrstellensuchende insgesamt und 1 100 offene Lehrstellen. Bei den Mädchen allein fehlen in Vorarlberg 200 Ausbildungsplätze.

Diese Saldierung stimmt ja auch noch nicht. Die tatsächliche Situation ist viel drastischer. Sie kommt im Bericht des Landesarbeitsamtes vom April sehr deutlich zum Ausdruck, wenn es dort heißt, daß für die Hälfte der männlichen Lehrstellensuchenden noch keine Ausbildungssätze vermittelt werden konnten, und bei den Mädchen erst für ein Drittel.

Die Situation ist also sehr drastisch, sehr prekär. Was gedenken Sie hier zu tun?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Herr Abgeordneter! Ich kann jetzt nicht ad hoc den von Ihnen angeführten Widerspruch aufklären. Die Zahlen, die ich bekommen habe, stammen ebenfalls vom Landesarbeitsamt Vorarlberg und beziehen sich - vielleicht ist da ein Mißverständnis vorhanden - auf die Lehrstellenentwicklung 1976. Ich habe derzeit natürlich keine Möglichkeit, die Lehrstellenentwicklung 1977 abschließend zu beurteilen.

Derzeit laufen die Beratungen zwischen den Arbeitsämtern und den Unternehmern - natürlich folgt in den Schulen eine Berufsberatung - , um einerseits den Lehrstellenbedarf, andererseits das Lehrstellenangebot zu ermitteln. So weit ich weiß, besteht in Vorarlberg eine relativ günstige Situation. Die Situation kann nur nicht nach den Ziffern des Juni oder des Mai beurteilt werden, weil erfahrungsgemäß die Hauptvermittlung immer erst in den Herbstmonaten eines Jahres stattfindet und die Entwicklung eines Jahres erst gegen Ende dieses Jahres oder eigentlich erst mit den nächsten Monaten des folgenden Jahres abgeschlossen und beurteilt werden kann. Aber wir tun alles im Rahmen der Arbeitsmarktförderung durch zusätzliche Lehrlingsbeihilfen und durch zusätzliche Beihilfen an Unternehmer, die zusätzlich Lehrplätze zur

Bundesminister Dr. Weißenberg

Verfügung stellen, um eine etwaige Jugendarbeitslosigkeit, die sich ergeben könnte, von vornherein zu vermeiden.

Präsident: Weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Feurstein: Herr Bundesminister! Ein Telephonanruf beim Leiter des Landesarbeitsamtes Bregenz hätte genügt, sich diese Unterlagen zu beschaffen. Im übrigen dürften sie auch in Ihrem Ministerium vorhanden sein, weil es sich um einen offiziellen Bericht, der vom Landesarbeitsamt herausgegeben wird, handelt.

Sie haben gesagt, daß Sie alles unternehmen werden. Wir wissen, daß das Landesarbeitsamt Bregenz erfreulicherweise über sehr umfangreiche Arbeitsmarktförderungsmittel verfügt. Werden nun diese Arbeitsmarktförderungsmittel, diese Millionenbeträge, schwerpunktmaßig auch Betrieben zur Verfügung gestellt werden, die nun noch am Ende dieser Phase zusätzliche Ausbildungsplätze für Lehrlinge schaffen werden? Werden Sie also hier eine zusätzliche Initiative mit den Arbeitsmarktförderungsmitteln setzen? Werden Sie den Leiter des Landesarbeitsamtes in dieser Hinsicht anwiesen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weißenberg: Wir haben für das Jahr 1977 im Budget eine Summe von 145 Millionen Schilling für die Lehrplatzförderung eingesetzt. Für den Fall, daß es notwendig sein sollte, daß also diese Mittel nicht ausreichen, habe ich bereits die Bewilligung des Herrn Finanzministers, daß diese Summe verdoppelt werden kann.

Im Hinblick darauf und vor allem im Hinblick darauf, daß wir in diesem Jahr um zirka 2 000 Lehrstellensuchende mehr vermitteln müssen, habe ich erst gestern die Verlassung getroffen, daß die Beihilfen, die an Unternehmer gewährt werden, wenn sie zusätzliche Lehrplätze schaffen, nicht erst im Herbst zur Ausschüttung kommen, sondern jetzt schon in Beratungen mit dem Arbeitsamt zur Verfügung gestellt werden können, damit eben der Anreiz, zusätzliche Lehrplätze aufzumachen, dadurch gegeben werden kann.

Im übrigen besteht die Absicht, daß die Beihilfen für die Zeit, wo sich der größere Ansturm auf Lehrplätze ergibt, nicht nur für das erste Lehrjahr, sondern in einem eingeschränkten Umfang dann auch für das zweite Lehrjahr gegeben werden können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Melter.

Abgeordneter Melter (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben geäußert, daß die Arbeitsmarktsituation in Vorarlberg relativ günstig wäre. Dem widerspricht aber die Statistik, die vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger herausgegeben wird, in der auffallenderweise im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern allein im Bundesland Vorarlberg ein Rückgang an Gesamtarbeitsplätzen im Verhältnis zum Vorjahr feststellbar ist. Daraus muß man doch zwangsläufig den Schluß ziehen, daß in Vorarlberg die wirtschaftliche Situation absolut nicht so günstig ist, wie Sie es darstellen.

Aus der ersten Frage, die Kollege Feurstein gestellt hat, und aus Ihrer Anfragebeantwortung ergibt sich nun die Zusatzfrage von meiner Seite, ob Sie sich im Rahmen der Bundesregierung dafür einsetzen werden, daß im öffentlichen Bereich und vor allen Dingen in den öffentlichen Betrieben wie Bahn und Post ein Bedarf an zusätzlichen Kräften besteht, und ob Sie bereit sind, in diesem Bereich auch Lehrplätze anbieten zu lassen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weißenberg: Herr Abgeordneter! Ich habe vorhin die Entwicklung in Vorarlberg auf den Lehrstellenmarkt und nicht auf den allgemeinen Arbeitsmarkt bezogen. Nach den Berichten, die ich von Vorarlberg über den Lehrstellenmarkt habe, ist die Situation als durchaus günstig anzunehmen.

Was Ihre weitere Frage betrifft, möchte ich sagen: Es finden in der Bundesregierung Beratungen darüber statt, daß vor allem die Betriebe der öffentlichen Hand ebenfalls veranlaßt werden sollen, zusätzliche Lehrplätze zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Treichl.

Abgeordneter Treichl (SPÖ): Herr Bundesminister! Der Herr Vizekanzler hat gestern in seiner Erklärung zur wirtschaftlichen Lage unter anderem erfreulicherweise mitteilen können, daß im laufenden Jahr 60 200 Jugendliche einen Lehrplatz benötigen; dem stehen etwa 66 000 Lehrplätze gegenüber. Eine sehr erfreuliche Tatsache also, denn das heißt, daß alle Lehrstellensuchenden untergebracht werden können.

Sie haben jetzt bereits in zwei Anfragebeantwortungen auch gesagt, daß zusätzliche Mittel aus der Arbeitsmarktförderung zur Verfügung stehen. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, nun konkret fragen:

5734

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Treichl

Sollten aber wider Erwarten zu wenig Lehrstellen vorhanden sein, beständen dann die Möglichkeit und die Bereitschaft, beispielsweise auch in Vorarlberg unter Einsatz von Mitteln der Arbeitsmarktförderung Lehrwerkstätten zu errichten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Die Frage der Errichtung von Lehrwerkstätten ist durch die letzte Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz behandelt worden. Die Arbeitsmarktförderung kann dazu beitragen, Lehrwerkstätten zu errichten. Das ist auch weitgehend geschehen, vor allem wenn es sich um Lehrwerkstätten handelt, die von dazu berufenen Einrichtungen wie Berufsförderungsinstitut oder Wirtschaftsförderungsinstitut eingerichtet werden. Aber es wurden auch Förderungsmaßnahmen für Betriebe, die Lehrwerkstätten einrichten, gegeben. Derzeit gibt es keine Lehrwerkstätte, die unmittelbar von der Arbeitsmarktförderung geführt wird. Ich glaube auch, daß der erste Weg der zielführendere ist.

Sollte es in Vorarlberg notwendig sein, Lehrwerkstätten zu errichten, würde sich das Sozialministerium beziehungsweise die Arbeitsmarktförderung mit dafür in Betracht kommenden Einrichtungen in Verbindung setzen, um die Errichtung solcher Lehrwerkstätten zu betreiben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Höchtl.

Abgeordneter Mag. Höchtl (ÖVP): Herr Bundesminister! Was hier Herr Abgeordneter Treichl gesagt hat, daß zwar mehr Lehrstellen zur Verfügung stünden als Lehrlinge, die einen Lehrposten suchen würden, mag zwar quantitätsmäßig eventuell zutreffen, allerdings – Sie wissen das ganz genau – handelt es sich hier um ein strukturelles und ein regionales Problem. Deswegen ist noch lange nicht gesichert, daß alle Lehrstellensuchenden tatsächlich eine Lehrstelle erhalten.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang eine spezifische Frage stellen, die nicht nur Vorarlberg betrifft, sondern ja in allen Bundesländern auftritt, daß nämlich zunehmend verstärkte Anstrengungen für einen spezifischen Personenkreis notwendig sein werden, nämlich den Personenkreis der erschwert Vermittelbaren, insbesondere für jene Jugendliche, die als Sonderschüler gelten oder auch als behinderte Jugendliche bezeichnet werden, oder solche Jugendliche, die keinen positiven Pflichtschulabschluß haben. Sind Sie bereit, hier Maßnahmen einzuleiten, oder haben Sie bereits kon-

krete Maßnahmen ausgearbeitet, die die Unterbringung dieser Gruppen von Jugendlichen entsprechend sichern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Weissenberg: Zunächst darf ich Ihnen sagen, daß natürlich die Lehrstellenvermittlung ein regionales Problem ist. Dazu ist auch eine Sondermaßnahme der Arbeitsmarktverwaltung eingeleitet worden: daß für Lehrlinge aus entlegenen Tälern, für Lehrlinge, die in ihrem Wohnbereich keinen Lehrplatz finden, ein Zubringerdienst in die größeren Städte organisiert werden sollte, auch als eine vorübergehende Maßnahme gedacht, solange dieser besondere Ansturm auf Lehrplätze bestehen wird.

Zu Ihrer konkreten Frage bezüglich der behinderten Kinder und Jugendlichen: Hier kann ich nur insofern etwas beitragen, als es sich um Arbeitsplätze handelt. Die Schulausbildung liegt natürlich auf einem völlig anderen Gebiet.

Ich kann Ihnen mitteilen, daß das Sozialministerium derzeit an einem Plan für die gesamte Rehabilitation, soweit es sich um die beruflichen Fragen handelt, arbeitet.

Es wird auch daran gearbeitet, daß ein Netz von geschützten Werkstätten errichtet werden sollte, natürlich in Zusammenarbeit mit den anderen Trägern der Sozialhilfe, vor allem mit den Ländern. Ich hoffe, daß es möglich ist, noch im heurigen Jahr ein entsprechendes Konzept zu erstellen und dadurch auch die nötigen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 1126/AB eingelangt ist.

Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 57/A der Abgeordneten Westreicher und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Rundfunkverordnung vom 23. 11. 1965 (seit 5. 7. 1972 Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 267/1972) abgeändert wird, weise ich dem Verkehrsausschuß zu.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 3 und 4 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über beide Punkte unter einem durchgeführt.

Präsident

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich – wie immer in solchen Fällen – getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? – Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum ersten Punkt:

Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Koren (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In den mehr als sieben Jahren seiner Amtszeit hat der Herr Finanzminister eine Verhaltenstechnik gegenüber dem Parlament und vor allem auch gegenüber der Öffentlichkeit zu entwickeln begonnen, die nahezu schon bis zur Perfektion reicht. Diese Technik ist auf einem Faktum aufgebaut: auf der Raschlebigkeit unserer Zeit und dem deswegen immer geringer werdenden Erinnerungsvermögen der Öffentlichkeit.

Denn wer macht sich heute noch die Mühe oder hat die Zeit, Darstellungen von heute mit den Erklärungen von gestern, Zahlen und Zahlenvergleiche von heute mit jenen vom Vorjahr in Beziehung zu setzen, um die Widersprüche zu sehen, die hier enthalten sind?

In der Chronologie der Ministerreden des österreichischen Finanzministers und seiner Erklärungen sind solche Veränderungen zur planmäßigen Methode geworden. So gleichen, meine Damen und Herren, die Berichte, die wir seit Jahren bekommen, in ihrem Aufbau nahezu wie ein Ei dem anderen. Die wirtschaftliche Vergangenheit und Gegenwart ist in diesen Berichten immer die bestmögliche, die überhaupt denkbar ist, und selbstverständlich das Ergebnis einer „umsichtigen“, „weitschauenden“ und „überlegenen“ Politik der Regierung. Die jeweilige Kritik, Warnungen etwa der Opposition oder anderer sind selbstverständlich immer ungerechtfertigt, sind immer Miesmacherei und Schreckgespenster, vor denen man sich nicht zu fürchten braucht.

Die Erwartungen, die Ankündigungen sind immer positiv. Alle Zahlenvergleiche werden so ausgewählt, daß sie den Bericht selbstverständlich untermauern und unter Beweis stellen.

Herr Finanzminister! Soweit wäre Ihnen, glaube ich, aus diesem Verhalten noch nicht

einmal ein besonderer Vorwurf zu machen. Denn niemand erwartet von Ihnen oder von einem Regierungsmitglied das Eingeständnis von Irrtümern oder gar Selbstkritik. Es ist ja letzten Endes Aufgabe der Opposition, das zu tun, und wir machen es reichlich.

Aber es stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, sinnvoll auch von Ihrem Standpunkt aus gesehen, nur das Weihrauchfaß zu schwingen. Mein Eindruck ist, daß Sie in diesem Bericht, den Sie gestern gegeben haben, die Dosis wirklich etwas überdreht haben.

Wer Ihre Berichte aufmerksam einen nach dem anderen verfolgt, kommt letzten Endes aus dem Staunen nicht heraus. (Beifall bei der ÖVP.)

Da ist aus dem Fehlschlag der Ankündigung in dem einen Bericht im darauffolgenden ein planmäßiger Erfolg geworden. Was in dem einen Bericht geleugnet und als Miesmacherei verdammt wird, ist im nächsten, weil es tatsächlich passiert ist, notwendig gewesen: selbstverständlich positiv zu bewerten, die bestmögliche Lösung, die eine Regierung überhaupt erreichen konnte.

Herr Finanzminister! Ich kann diese Geschichtskorrekturen – es hat jemand einmal darüber geschrieben – hier auf keinen Fall taxativ darstellen, denn da würde ich sicherlich am Abend noch reden müssen, und das möchte ich wirklich nicht. Aber ein paar Beispiele darf ich vielleicht anführen.

Wir lesen heute in Ihrem gestrigen Bericht, daß die erfolgreiche – auch der Herr Bundeskanzler hat dieselbe Formulierung in seinem Bericht gewählt; so weit wurde also diesmal koordiniert – Bewältigung der Krise von 1974/75 dem frühzeitigen und rechtzeitigen Erkennen der Krise schon im Jahre 1974 und der bewußt expansiven Politik, die man damals begonnen habe, zu danken gewesen sei.

Herr Finanzminister! Wie war das wirklich? In Ihrem Bericht vom 21. Mai 1974 – da haben wir auch einen Wirtschaftsbericht gehört – wurde von Ihnen folgendes im Rahmen der Auseinandersetzung um die damalige Konjunktur- und Budgetlage gesagt – nachdem Sie auf einige europäische Schwierigkeiten hingewiesen hatten, erklärten Sie damals wörtlich –:

„Wir hingegen“ – der Weihrauch fängt bereits zu rauchen an – „können mit Befriedigung über das Erreichte und mit Zuversicht für die Zukunft feststellen, daß solche Meldungen für Österreich nicht zutreffen.“ – In Klammern: „Beifall bei der SPÖ.“

„Unser Land erfreut sich vielmehr eines Wirtschaftsaufschwungs, der schon ein halbes Jahrzehnt in ungebrochener Stärke anhält. Mit

5736

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Koren

unserem realen Wirtschaftswachstum befinden wir uns unverändert im Spitzensfeld der Industriestaaten. Die Preissteigerungen sind in der überwiegenden Mehrzahl der anderen Länder höher als in Österreich. Es herrscht in unserem Land Vollbeschäftigung und sozialer Friede.“ (Abg. Dr. Fischer: *Stimmt das nicht?*) „Der österreichische Schilling zählt zu den ... härtesten Währungen der Welt.“

Sie sagten dann weiter:

„Die gegebene konjunktur- und stabilitätspolitische Lage verlangt Zurückhaltung“ – Zurückhaltung, Herr Bundesminister! – „und Mäßigung.“ (Abg. Dr. Kohlmaier: *Expansive Zurückhaltung!*) „Dies muß auch für die Budgets der übrigen Gebietskörperschaften gelten. Die Bundesregierung wird daher mit den Ländern und Gemeinden neuerliche Gespräche mit dem Ziel aufnehmen, die Gebietskörperschaften zu einer stabilitätsorientierten Ausgabenpolitik zu bewegen.“

Der Bund wird seine stabilitätsorientierte Budgetpolitik“ – selbstverständlich – „fortsetzen. Das gilt sowohl für an ihn herangetragene Forderungen – aus welchem Bereich immer – als auch für die sorgfältige Planung öffentlicher Personal- und Verwaltungsangelegenheiten.“

Herr Vizekanzler! Im Dezember 1974, also sechs Monate später, als längst die Spatzen von den Dächern gepfiffen haben, daß Sie in diesem Jahr 1974 mit beträchtlichen Einnahmenausfällen bei den öffentlichen Abgaben würden rechnen müssen und daß Ihr Defizit deshalb erheblich größer sein würde, als es im Budget vorgesehen war, haben Sie hier – es war am 13. Dezember, Herr Finanzminister – noch erklärt, daß Sie zwar bei der Mehrwertsteuer Mindereinnahmen erwarten, daß aber mit den übrigen Einnahmen diese Lücke ausgefüllt werden würde und Ihr Defizit selbstverständlich nicht größer sein würde als vorgesehen.

Das war, wie gesagt, noch am 13. Dezember 1974. Daß dann ein paar Wochen später Ihr Defizit von um 7,6 Milliarden Schilling auf 18,5 Milliarden Schilling angeschwollen ist, war ja schon nach dieser Debatte. Und daß damals die Geschichte mit den 2 Milliarden, die Ihre Fraktion nachträglich sanieren mußte, passiert ist und letzten Endes Beweis für unsere damaligen Behauptungen war, das nur am Rande.

Gestern aber, Herr Finanzminister, in Ihrem Bericht, war die Vergangenheit schon umgeschrieben. Gestern war 1974 ein Jahr, in dem die Bundesregierung selbstverständlich weit vorausschauend längst gewußt hat, was passieren würde, und dementsprechend gehandelt hat.

Alles war also nach der gestrigen Darstellung geplant.

Ich habe nur eine einzige Alternativfrage, Herr Vizekanzler: Haben Sie uns damals hinters Licht geführt, haben Sie es damals schon gewußt und uns nur nicht sagen wollen, weil wir vielleicht nicht fähig gewesen wären, diese Überlegungen zu begreifen, oder haben Sie es gestern anders dargestellt, als Sie es damals gesehen haben? Herr Finanzminister, eine dritte Variante gibt es beim besten Willen nicht: entweder damals uns hinters Licht geführt, oder gestern etwas anderes behauptet, als wahr gewesen ist.

In der Wirtschaftsdebatte vom 22. Mai – diese war dann einen Tag nach Ihrem Bericht – haben Sie, Herr Finanzminister, auf meine Warnung hin, daß Sie sich unmittelbar auf dem Weg zu höheren Defiziten und wachsenden Staatsschulden befänden, in einer Replik folgendes erklärt – damit Sie nachlesen können: es handelt sich um die Seiten 10.538/39 der Stenographischen Protokolle –:

„Was die Finanzschulden anlangt“ – als Replik auf meine Behauptung, sie würden zunehmen – „so sind sie von 1966 bis 1969 um 50 Prozent gestiegen. Das ist eine Steigerungsrate, die wir“ – Sie, Herr Finanzminister – „sicherlich nicht erreicht haben und nicht erreichen“ werden. Ich habe mir damals erlaubt – ein Klammerausdruck zeigt das im Stenographischen Protokoll –, einen Zwischenruf zu machen: „O ja, leicht!“

Sie haben weiter ausgeführt:

„Die Auslandsschuld ist in unserer Zeit von 12 Milliarden auf knapp unter 10 Milliarden zurückgegangen.“

Herr Finanzminister! Eine ganz bescheidene Feststellung: Ich glaube, ich habe mit meinem Zwischenruf recht behalten. Sie haben es wirklich nicht nur leicht erreicht, sondern um ein Vielfaches überboten (*lebhafte Zustimmung bei der ÖVP*), denn seit Ihrer damaligen Erklärung von 1974 – die war ja noch gar nicht richtig gedruckt im Stenographischen Protokoll – hat die Expansion der Staatsschulden begonnen. Sie haben bis 1977, also in drei Jahren, eine Zunahme um 250 Prozent zustande gebracht, also eine Wachstumsrate, die das Fünffache derer betragen hat, von der Sie behauptet haben, Sie werden sie niemals erreichen.

Bei den Auslandskrediten haben Sie sogar eine 300prozentige Zunahme erreichen können. Solche Raten hat wirklich vorher niemand erreicht.

Ein besonderes Kapitel in Ihren Berichten aber sind Zahlen. Herr Finanzminister! Noch

Dr. Koren

einmal: Niemand verlangt von Ihnen, daß Sie womöglich Selbstkritik üben und Zahlen so auswählen, daß sie Ihnen unangenehm sein können. Aber mit welcher ungewöhnlichen Technik Sie nur Zahlen auswählen, die ausschließlich positiven Charakter haben, alles andere einfach vergessen, die Art des Vergleichens wechseln, wenn notwendig, mit Gewalt, Herr Finanzminister, das begreife ich, ehrlich gestanden, nicht ganz!

Darf ich nur ein Beispiel dafür, wie diese Technik ausschaut, vor Augen führen: In Ihrer vorjährigen Erklärung zur wirtschaftlichen Lage taucht ebenso wie in dieser – es ist fast wörtlich der gleiche Absatz – folgende Feststellung auf – ich bediene mich Ihrer Behelfe, damit wir dann über Zahlen nicht zu streiten brauchen, Seite 44 Ihres vorjährigen Berichtes –:

„Die Bruttoinvestitionen einschließlich der Bundesbetriebe und der Landesverteidigung werden 1976 das hohe Vorjahresniveau übersteigen. Unter Berücksichtigung der freigegebenen Investitionsmittel aus der Stabilisierungsquote werden die gesamten Bruttoinvestitionen mit etwa 23 Milliarden Schilling um 8 Prozent höher liegen als 1975.“

Ihrem diesmaligen Bericht von gestern liegt nun eine kleine Tabelle bei. In dieser kleinen Tabelle stellt sich heraus, daß die genannten Bruttoinvestitionen im Jahre 1976 – die des Bundes und die des Bundesheeres et cetera und der Bundesbetriebe – nicht um 8 Prozent höher waren, wie Sie es in Ihrem vorjährigen Wirtschaftsbericht angegeben haben, sondern niedriger als im Jahre 1975, nämlich 21,4 Milliarden statt 21,5, wenn Sie noch die Preissteigerung berücksichtigen, also eine ganz schöne Einbuße. Aber in Ihrem gestrigen Bericht heißt es im verbalen Teil, Seite 64, wieder:

„Die Bruttoinvestitionen einschließlich der Bundesbetriebe und der Landesverteidigung werden 1977 bei etwa 24,3 Milliarden Schilling liegen und damit das hohe Vorjahresniveau“ – es ist die gleiche Formulierung wie im vergangenen Jahr – „um 13,6 Prozent übersteigen.“

Es ist hier nicht etwa die geringste Feststellung zu finden, daß das „hohe Vorjahresniveau“ kein hohes Vorjahresniveau geblieben ist, sondern ein Rückgangsniveau war.

Herr Finanzminister! Das meine ich, wenn ich davon spreche, daß Sie es an sich nicht nötig hätten, mit solchen Zahlen herumzujonglieren, sondern daß dahinter eine Methode steht, und diese Methode lehnen wir ab. (Beifall bei der ÖVP.)

Ähnlich, Herr Finanzminister, war es in Ihrer

gestrigen Rede. Krampfhaft müssen es prinzipiell und immer Zahlen sein, die sozusagen die Butterseite der Situation darstellen. Ich frage mich immer, warum das so sein muß. Denn noch einmal: Wirtschaftliche Entwicklung ist nie hundertprozentig vorhersehbar, und man könnte durchaus Zahlen gleicher Art, gleicher Vergleichbarkeit verwenden, ohne daß man sich deswegen besondere Nachteile verschaffen würde. Ich darf hier nur ein paar Vergleiche aus Ihrer gestrigen Rede bringen: Sie stellen auf Seite 9 Ihrer Rede fest, daß „die Masseneinkommen seit 1970 real um 41,9 Prozent gestiegen sind“. Stimmt, Herr Finanzminister! Hier geben Sie die reale Steigerungsrate wieder.

Die nächste Feststellung lautet:

„Das Durchschnittseinkommen pro Beschäftigten konnte von 5 387 S pro Monat im Jahre 1970 auf 10 620 S pro Monat im Jahre 1976 erhöht werden.“

Im vorigen Absatz steht das Wort „real“, ja im nächsten Absatz ist, ohne daß es festgestellt wird, selbstverständlich die nominelle Steigerung enthalten. Hätten Sie ebenfalls die reale genommen, dann hätten Sie sagen müssen: Leider haben wir in dieser Zeit 40 Prozent Preissteigerung gehabt, und daher bleibt von dieser nominellen Verdoppelung der Einkommen nur eine 41prozentige reale Steigerung übrig! – Wäre noch immer ganz schön. (Abg. Dr. Fischer: Eben!) Ja, Herr Dr. Fischer, selbstverständlich, aber warum denn dann die Irreführung, die offensichtlich mitbeabsichtigt ist?

Oder wieder der nächstfolgende Absatz:

„Die durchschnittliche Alterspension eines Unselbständigen betrug 1970 1 961 S pro Monat, inzwischen ... 4 342 S ...“ Natürlich auch eine nominelle Zahl!

Herr Finanzminister! Ihnen ist genauso gut wie mir bekannt, daß die Zunahme der Inflationsraten in den Jahren nach 1970 zu einer eindeutigen Verminderung der realen Steigerungsraten der Pensionisteneinkommen geführt hat. Sie kennen die Zahlen, ich habe sie wieder Ihren Unterlagen entnommen.

Die Pensionsanpassungsfaktoren sind zwar erhöht worden, aber die höheren Preissteigerungsraten haben das kompensiert. Von 1966 bis 1969 betragen die realen Steigerungen der Pensionsanpassungsfaktoren 3,5 als niedrigster Wert und 4,7 als höchster Wert. Zwischen diesen Werten pendeln die Zahlen. Seit 1970 betragen die realen Steigerungsraten 1,0, 2,3, 1,0, 1,3, 0,8, 1,6, 3,7 1976 und 0,5 heuer.

Herr Finanzminister! Das ist noch immer eine Zunahme, selbstverständlich ja, aber warum dann die mit Gewalt veränderte Optik, die man

Dr. Koren

einmal mit realen und dann so geschwind – vielleicht glauben es die Leute – mit nominellen Zahlen abführen kann.

Oder: Sie haben gestern – das steht nicht im Text Ihrer Rede, Herr Finanzminister – noch so zwischendurch auf die Industrieinvestitionen hingewiesen und eine nominelle Steigerungsrate genannt. Herr Finanzminister! Ich hoffe, wir sind uns darüber einig, daß letzten Endes in der Entwicklung dieser Zahlen der Schlüssel für die Bewältigung der wirtschaftlichen Zukunft in den nächsten Jahren liegt.

Wieder darf ich aus Ihren eigenen Unterlagen festhalten, daß von 1970 bis 1976 der Anteil der industriellen Investitionen – also jener, die für die Produktivitätsentwicklung, für den technischen Fortschritt in diesem Land entscheidend sind – an den gesamten Investitionen der österreichischen Wirtschaft von 16,5 Prozent auf 12,8 Prozent zurückgegangen ist. Ich glaube nicht, daß das eine sehr positive Entwicklung ist, und meine, wir sind uns einig darüber, daß auf diesem Sektor etwas geschehen muß.

Schließlich – ich bin noch immer bei Zahlen, Herr Finanzminister – verwenden Sie dort, wo Zahlen unzweckmäßig sind, einfach verbale Darstellungen, wie etwa auf der Seite 16 Ihres gestrigen Berichtes, wo Sie sich mit Ausgabenbereichen beschäftigen. Sie sagen dort:

„Die im Budget eingegliederten Betriebe, vor allem Bahn und Post, belasten durch ihren enormen Investitionsbedarf die Ausgabenseite schwer.“

Herr Finanzminister! Diese Betriebe belasten Sie nicht durch Investitionsbedarf, sondern durch das stärkere Steigen ihres gesamten Personalaufwandes gegenüber ihrer eigenen Einnahmenentwicklung. Dort liegen die Defizite. Warum also das Hinwenden auf den „enormen Investitionsbedarf“, der letzten Endes der Bereich ist, in dem Sie dann wirklich kürzen werden und, wie die Entwicklung der letzten Zeit gezeigt hat, auch tatsächlich kürzen.

Nächster Absatz:

„Die Aufwendungen für die Finanzschuld, die zur Rezessionsbekämpfung bewußt erheblich vergrößert wurden, werden erst mittelfristig wieder sinken.“

Ich stelle jetzt die einzige wirkliche Frage an Sie: Was verstehen Sie unter „mittelfristig“, Herr Finanzminister?

Denn soweit ich vorausrechnen kann, werden die Aufwendungen für die Finanzschuld in absehbarer Zeit nicht sinken, sondern bis weit in die achtziger Jahre hinein selbstverständlich steigen, da Sie alle Voraussetzungen dafür

geschaffen haben, daß dieser Aufwand steigen muß und gar nicht anders kann, denn seit Ihren Kreditaufnahmen im Jahre 1975 und dem rapiden Anwachsen der Staatsschuld haben Sie den Großteil der neuen Kreditabschlüsse mit Rückzahlungsverpflichtungen ab dem Jahr 1979, und zwar nach dem Wahltermin – dann ist die erste Fälligkeit –, aufgenommen. Das bedeutet, daß erst nach 1979 die Tilgungswelle für die bis dahin aufgenommenen Schulden beginnt und daß dieser Tilgungsdienst das österreichische Budget auf Jahre hinaus belastet und weiter wachsen wird. Diese Feststellung ist eine wirklich verbale Feststellung, weil Sie keine Zahlen nennen können.

Schließlich eine letzte Feststellung dazu. Im nächsten Absatz, auf der gleichen Seite 16, heißt es:

„... daß der Anteil der Einnahmen“ – im Bundesbudget – „gemessen am Bruttonationalprodukt, seit 1970 nicht nur nicht gestiegen ist, sondern sogar um 1 Prozentpunkt abgenommen hat.“

Ich habe noch heute Nacht, Herr Finanzminister, Ihre letzten statistischen Unterlagen wirklich sehr aufmerksam durchgesehen, habe einige Tabellen sogar nachgerechnet. Es finden sich dann manchmal ein paar Druckfehler, und ich war der Meinung, daß vielleicht eine der ausgewiesenen Zahlen verrechnet oder verdrückt ist. Aber ich finde beim besten Willen keine Tabelle in Ihrem Bericht, die diese Behauptung rechtfertigt. Im Gegenteil: Wenn ich von den gesamten Steuerabgaben und steuerähnlichen Belastungen in Österreich ausgehe, dann stelle ich fest: Es betrug deren Anteil am Sozialprodukt 1970 36 Prozent, und nach Ihrer eigenen Tabelle sind es im Jahr 1977 39,09 Prozent. Das ist also eindeutig um 3 Prozentpunkte höher oder, anders ausgedrückt, fast 8 Prozent.

Bei den öffentlichen Abgaben lauten die gleichen Anteile 22,59 im Jahr 1970 und 23,24 beziehungsweise 23,02 1976 und 1977.

Wo ist also der Prozentpunkt her, der Ihnen angeblich verloren ging? Da wäre ich für eine Aufklärung dankbar. Ich glaube aber eher, es liest sich besser, das war der Grund.

Und schließlich – ich möchte nicht meine Zeit überdehnen – stellen Sie, Herr Finanzminister, auf der nächstfolgenden Seite, wo Sie die Einnahmenausfälle qualifizieren, fest:

„Allein im Jahre 1977 ergibt sich, einschließlich der Zollsenkungsetappe per 1. Juli, ein Einnahmenausfall von 9 Milliarden Schilling.“

Ich wäre wirklich dankbar zu hören, von woher die 9 Milliarden Schilling Zollausfall

Dr. Koren

1977 kommen. Ich glaube, da müßten Sie die Zolleinnahmen des römischen Imperiums als Grundlage Ihrer Überlegungen genommen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Das nächstfolgende - Herr Finanzminister, das ist eine Sache Ihrer Fraktion - betrachte ich als einen Hohn. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Da schreiben Sie nämlich schlicht und einfach:

„Die Senkungen der Lohn- und Einkommensteuer, die die Einnahmeseite des Budgets um mehr als 21 Milliarden Schilling verminderten, ...“ Das sei eine weitere Ursache für Ihren Einnahmenschwund. Darf ich schlicht und einfach feststellen; 1970 13 Milliarden Schilling an Lohnsteuereinnahmen, 1977 nach Ihrem Bundesvoranschlag 41 Milliarden Schilling, das sind 315 Prozent!

Es bleibt den Damen und Herren der sozialistischen Fraktion überlassen, auszurechnen, wie sich Einkommensentwicklung und Steuerentwicklung in dieser Zeit zueinander verhalten. Hier zu behaupten, Sie hätten Ausfälle erlitten, die Ihnen heute wehtun, ist mehr als eine Ungeheuerlichkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich verstehe nicht, warum man solche Methoden anwenden muß, denn sie diskriminieren den Bericht einer Regierung erheblich mehr als nötig. Niemand, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, wird in Österreich bestreiten, daß auch unter einer sozialistischen Regierung in diesem Land der Fortschritt, die Wohlstandsvermehrung und die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung weitergegangen sind. Allerdings hat diese Entwicklung nicht erst mit der SPÖ begonnen, sondern Gott sei Dank schon 1945. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt seit 1945, ausgenommen 1975, kein Jahr, in dem nicht alle wirtschaftlichen Größen jeweils höher gewesen sind als im Jahr vorher. Das bedeutet: Gott sei Dank befinden wir uns in einer Periode, in der Wirtschaftswachstum, Einkommensvermehrung, Konsum, alle Wohlstandsindikatoren, in den letzten drei Jahrzehnten in einem pausenlosen Anstiegsprozeß gewesen sind.

Es ist Ihr Problem, Herr Finanzminister, zu überlegen, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, nicht nur das Weihrauchfaß zu schwingen und sich selbst zu euphorieren, sondern den Österreichern und dem Parlament auch zu sagen, was dieser Weihrauch gekostet hat, den Sie sich gestern gestreut haben. Vor allem würde es die Österreicher interessieren, wie oft noch von Ihnen der Klingelbeutel zur Finanzierung dieses Festes geschwungen werden wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn uns geht es nicht nur um das Ergebnis, sondern auch um den Preis dieses Ergebnisses, um die Belastungen, um die Kosten, die Sie in den letzten zwei Jahren den Österreichern aufgebürdet haben. Wie fast immer und in jedem Bericht haben Sie den bestehenden Problemen und den bevorstehenden Problemen die wenigste Klarheit und die wenigste Transparenz gewidmet.

Ich sage Ihnen ganz offen, daß mich das enttäuscht hat, denn in den letzten Monaten konnte man zumindest den Eindruck gewinnen, daß Sie bereit wären, einen Kurswechsel Ihrer Verhaltensweise in Aussicht zu nehmen. Ich sage Ihnen jetzt auch wieder ganz offen, daß es sehr schwer für eine Opposition gewesen wäre, hätten Sie sehr hart, sehr nüchtern und sehr offen die Probleme, vor denen diese österreichische Wirtschaft in der Zukunft steht, auf den Tisch gelegt. Es hätte sie höchstens der Vorwurf treffen können, daß Sie an dieser Entwicklung nicht unschuldig sind. Aber niemand hätte sich dann den Sachzwängen, die Sie darlegen hätten können, entziehen können.

Nun, Herr Finanzminister, stehen wir vor dem Dilemma Ihrer Wirtschaftspolitik. Das hätten Sie vernünftigerweise selbst darlegen können, indem Sie nicht nur die Aktivseite, die für die Politik relevant ist, präsentiert hätten, sondern auch die Passivseite der Bilanz der Gegenwart.

Erlauben Sie mir dazu ein paar Feststellungen. Wir haben seit 1976, seit der Überwindung der Rezession, weltweit und auch bei uns einen labilen Aufschwung von unsicherer Dauer. Die Wirtschaftsforscher sind sich nur über eines sicher: daß es eine Art rachitischer Aufschwung ist. Wir müssen froh sein, ihn zu haben, aber niemand wagt es, an eine längere Dauer oder an eine besondere Intensität zu glauben. Das heißt, wir haben eine wesentlich unsicherere wirtschaftliche Zukunft vor uns, als es je zuvor in der Vergangenheit der Fall war, und zwar aus vielen, vielen Gründen, die ich hier im einzelnen nicht ausführen muß.

Wir haben zweitens eine völlig unzureichende Investitionsstruktur. Die Investitionen haben in Österreich nach 1970 sehr kräftig zugenommen - wie auch in der Vergangenheit. Aber die Struktur hat sich verschoben, und wir haben heute weniger wirtschaftliche Investitionen, das heißt solche, die für die Effizienz unserer Wirtschaft, für ihre Konkurrenzfähigkeit, für ihre Innovationsfähigkeit relevant sind, und mehr allgemeine Investitionen, wenn Sie wollen, im gesellschaftspolitischen Bereich, im Infrastrukturbereich.

Wir haben drittens, Herr Finanzminister, latente Strukturprobleme in der Gesamtwirt-

Dr. Koren

schaft. Wir haben sie vornehmlich in der Industrie, wo sich eine ähnliche Situation entwickelt wie jene, die in der ersten Hälfte der sechziger Jahre entstanden ist und dann durch eine sehr umfassende Gesetzgebung überwunden werden konnte. (Abg. Dr. Mussil: Koren-Plan braucht man halt wieder einmal!)

Ich hörte gestern in Ihrem Bericht zum erstenmal einen Satz, der letzten Endes das Einbekenntnis einer bisher verfehlten Politik gewesen ist. Denn Sie sagen auf Seite 14, Herr Finanzminister, daß es weiter Ihr Ziel sei, die „Beschäftigung auf möglichst hohem Niveau zu halten“. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu streiten.

„Hier wird es darauf ankommen“ – sagen Sie weiter – „neben der quantitativen Vollbeschäftigung vor allem die qualitative Beschäftigung in den Mittelpunkt unserer Bemühungen zu stellen.“

Was heißt das, Herr Finanzminister? Ich glaube, wir sind uns sofort einig darüber, was das heißen soll; es heißt nämlich, daß Sie in den letzten zwei Jahren Ihre Bemühungen primär darauf gerichtet haben, quantitativ, das heißt konservierend Vollbeschäftigung zu erhalten, und daß Sie damit zwei wertvolle Jahre verloren haben.

Jede Vollbeschäftigungspolitik, die zukunftsgerichtet ist, kann nur davon ausgehen, die Beweglichkeit unserer Wirtschaftsstruktur zu vergrößern. Das heißt nicht, Bestehendes, das nicht lebensfähig ist, einzubetonieren, sondern neue Blütebereiche schaffen zu wollen. Hier sind zwei Jahre verlorengegangen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wir haben einen vierten Problembereich, das ist der der Zahlungsbilanz. Sie haben uns gestern sozusagen davor gewarnt, dieses Problem zu eskalieren. Ich sage Ihnen nur eines, Herr Finanzminister: Man darf es aber genausowenig verniedlichen. Ich bitte, diesen Vorwurf nicht an unsere Adresse zu richten, denn ich kenne keinen verantwortlichen Politiker der Österreichischen Volkspartei, der in den letzten Monaten zu diesen Problemen der Zahlungsbilanz nicht mehr als verantwortungsbewußt Stellung genommen hat, ich kenne aber viele Politiker aus Ihrem Bereich und auch Nichtpolitiker – Herr Bundeskanzler, Sie führen ja die Riege beinahe an –, die ununterbrochen von Dingen sprechen, die die Zahlungsbilanz betreffen. Vom Generaldirektor der Notenbank angefangen bis zu Ihnen mokierte sich jeder über die Ursachen, die allenfalls für die Veränderungen der Zahlungsbilanz relevant sein könnten. Gedanken werden ventiliert, wie man dem einen die Auslandsurlaube, dem anderen den

Pkw und dem dritten irgendein anderes Importprodukt verriesen könnte. Wir haben darüber in den letzten Monaten nicht gesprochen. Die Zahlungsbilanz ins Gerede gebracht hat eindeutig Ihr eigener politischer Bereich, Herr Bundeskanzler! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Nur so viel dazu; auch das Nichtreden über die Zahlungsbilanz ändert am Problem nichts, überhaupt nichts!

Eines möchte ich Ihnen auch hier sagen: Ich bin ein bedingungsloser Vertreter einer Hartwährungspolitik, aber Hartwährungspolitik setzt auch eine Wirtschaftspolitik voraus, auf Grund der eine harte Währung existieren kann. Die Hartwährungspolitik zu proklamieren und die Wirtschaft aufzuweichen, geht nur sehr kurze Zeit gut, und davor möchte ich Sie warnen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Schließlich, Herr Vizekanzler, haben Sie einen Problembereich, wo die Dinge kulminieren: das Budget. Das Budget ist Ihnen in den letzten Jahren eindeutig außer Kontrolle geraten, und gerade dort liegt der Angelpunkt für die Bewältigung der wirtschaftlichen Fragen.

Bis 1974 haben Sie die Entwicklung relativ unbekümmert über sich ergehen lassen. Sie waren dann 1975 überrascht – anders kann ich Ihre Äußerungen vorher nicht interpretieren –, daß Sie plötzlich bei einem Defizit von 37 Milliarden Schilling gelandet sind. Sie waren am Ende dieses Jahres offensichtlich der Meinung, daß der Konjunkturaufschwung und die Mehrwertsteuererhöhung die Probleme allein lösen könnten. So haben Sie zumindest Ende 1975 agiert. Das Ergebnis war für 1976, schon ein Jahr bemerkenswerter Konjunkturbelebung, ein Anwachsen des Abganges auf 43 Milliarden Schilling.

Das hat zu dem Ergebnis geführt, daß Sie im vergangenen Jahr eine Belastungswelle losgetreten haben, wie es sie in diesem Lande wirklich noch nicht gegeben hat. Sie müssen heute selbst sagen, Herr Finanzminister, daß die psychologische Grenze der Belastbarkeit überschritten ist. Was heißt denn das auf deutsch? – Das heißt, daß die Schraube überdreht worden ist, daß sie jetzt leer dreht und nicht mehr weiterläuft.

Das Ergebnis war aber, daß im heurigen Jahr, im zweiten Konjunkturjahr nach der Krise von 1975, Ihr Defizit abermals größer geworden ist. Sie wissen zweifellos, daß die Vorausschätzungen für die nächsten Jahre selbst unter restriktiven Annahmen bis 1980 keine Änderung dieser Tendenz erwarten lassen. Das heißt, daß bis 1978 die Defizite weiter wachsen werden und daß nach 1979 ein neuer Ruck auch bei unverändert günstiger wirtschaftlicher Entwick-

Dr. Koren

lung, bevorsteht, der dann durch die sprungartig zunehmende Schuldendienstverpflichtung des Haushaltes eintreten wird. Von all diesen Dingen haben Sie, Herr Finanzminister, hier kein Wort gesagt.

Der Staatshaushalt erfordert daher Restriktionen. Aber wo, Herr Finanzminister? Sie schlagen in Ihrem Bericht von gestern eine ganze Reihe von Maßnahmen vor. Ich will jetzt nicht im einzelnen darauf eingehen, sondern nur festhalten, daß das Ergebnis oder die Summe dieser Vorschläge, die Sie zum Budget machen, auf das Budget gerechnet keine 5 Prozent des Abgangs im Jahre 1978 betragen kann, also vielleicht 2 oder 3 Milliarden Schilling ausmachen kann. Und das, obwohl hier sehr brutale Feststellungen, wie Eindämmung der Bildungs- und Sozialausgaben, enthalten sind. Herr Finanzminister, bedeutet das nicht eine Bankrotterklärung bisheriger politischer Zielsetzung? (Zustimmung bei der ÖVP.)

Was ist aber jetzt die Bilanz aus diesen Problemen? Wir haben, Herr Finanzminister, eine Konjunktur, die kaum ernsthafte Restriktionen ertragen kann, denn sie ist viel zu schwach, viel zu unsicher, als daß man hier mit wesentlichen Bremsmanövern operieren könnte. Das ist, glaube ich, eine Feststellung, über die wir uns einigen werden.

Auf der anderen Seite haben wir zu lange aufgestaute Strukturprobleme, die man nicht mehr länger konservieren kann, weil sie sonst für das künftige Wachstum der Wirtschaft entscheidende Rückschläge bedeuten würden. Das heißt, wir bräuchten eine sehr aktive Investitionspolitik und umfassende Impulse in diesem Bereich – also das Gegenteil restriktiver Politik.

Die Zahlungsbilanz erfordert Restriktionen, weil eben sonst das Problem der Zahlungsbilanz nicht gelöst werden kann. Die Budgetdefizite wachsen in der Zukunft eher, also kann dort nur eine Restriktionspolitik als Ergebnis herauskommen, und die unverändert hohen Defizite konterkarieren jede Kreditpolitik, die restriktiv ins Auge gefaßt werden kann.

Herr Finanzminister! Die Lage gleicht daher der jemandes, der sich das Bein gebrochen und sich um diesen Bruch herum eine schone Phlegmone eingewirtschaftet hat. Das Bein mit dem Bruch kann nicht behandelt werden, wenn man die Phlegmone behandelt, und umgekehrt.

Mit anderen Worten: Sie befinden sich in einer Situation, besser gesagt, Sie haben die österreichische Wirtschaft in eine Situation gebracht, wo Maßnahmen, die in dem einen Bereich notwendig sind, den anderen nur noch

konterkarieren können. Und das ist das Dilemma, vor dem Sie stehen.

Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß Sie das sehr genau wissen, aber nicht wahrhaben wollen beziehungsweise nicht wahrhaben dürfen und deshalb nicht offen darstellen dürfen. Ich glaube aber, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, es geht nicht anders, als daß man mit Klarheit und mit Ehrlichkeit die Dinge der österreichischen Öffentlichkeit vor Augen stellt, weil man sonst kein Verständnis bei den Menschen in diesem Land für die Maßnahmen, die zu treffen sind, finden kann.

Ich glaube, daß damit letzten Endes eine Frage zur Diskussion steht, die die letzten Jahre weitgehend beherrscht hat. Sie stehen vor der Frage, wann Sie Abschied von Ihrer Illusion nehmen, daß alles, prinzipiell alles machbar ist, mit anderen Worten: wann Sie Abschied nehmen von der geistigen Basis, die die Politik dieser letzten Jahre bestimmt hat. Ich will nur wiederholen, was ich schon mehrmals gesagt habe: Selbst vielen Sozialisten ist klar, daß die gegenwärtige Zeit den Abschied von einer Utopie bedeutet, die durch viele Jahre hindurch Ihre Vorstellungswelt in wirtschaftlichen Belangen bestimmt hat, nämlich die Illusion und die Utopie, daß es möglich sei, die Grenzen des Möglichen zu überschreiten; mit anderen Worten: daß jedem nach seinen Bedürfnissen gegeben werden könnte statt jedem nach seinen Leistungen.

Von diesem Traum – das ist mein Eindruck – müssen Sie Abschied nehmen, und diese Utopie war zweifellos die Wurzel jener Politik, die ganz bewußt die Grenzen für die möglichen Veränderungen in den letzten sieben Jahren überfordert hat. Meine Sorge ist die, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister: daß Sie nicht zugeben wollen, daß es im Augenblick not tut, aus Illusionen in die Realität, in die Wirklichkeit von heute zurückzukehren. Da und dort sehen wir schon, wo die Überforderung eines Mechanismus zur Kritik am Mechanismus umfunktioniert wird. Weil die Ziele, die Sie sich alle gesteckt haben, nicht erreichbar waren, weil sie Illusionen waren, deshalb muß das System schlecht sein, mit dem Sie gearbeitet haben beziehungsweise mit dem diese österreichische Wirtschaft Jahrzehnte hindurch gearbeitet hat.

Selbst im Beitrag des Herrn Finanzministers findet sich eine solche Feststellung, wenn er fest behauptet, in den letzten Jahren habe die österreichische Wirtschaft am Markt vorbeiproduziert, mit anderen Worten: Dinge produziert, die unverkäuflich geblieben sind oder die die Menschen nicht wollen.

Ich kenne einige wenige Bereiche, Herr

5742

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Koren

Finanzminister, wo das der Fall ist. Dort aber, glaube ich, muß sich die öffentliche Hand, um nicht mehr zu sagen, ganz, ganz dick und kräftig bei der Nase nehmen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Und dort geht es um das Problem, das Sie verklausuliert angeschnitten haben, wenn Sie feststellten, daß es nicht mehr um quantitative, sondern um qualitative Vollbeschäftigungspolitik geht.

Ich sehe einen weiteren schwierigen Bereich, nämlich Ihre Programmdiskussion, wo Sie viel in Frage stellen sozusagen als Zwinger für jene, die sowieso in der Politik nichts zu reden haben, wo aber Dampf abgelassen werden muß und Bewegung vorgetäuscht werden soll. Ich selber nehme die Dinge nicht zu ernst, wenn von der Überwindung des Leistungsdenkens, von der Umkehr der Lohnpyramide und von ähnlichen Scherzen gesprochen wird. Aber die Gefahr besteht, daß wir aus solchen Überlegungen heraus und aus Ihrer Frustration heraus, daß das nicht machbar war, was Sie gerne gemacht hätten, letzten Endes zu einer Auseinandersetzung um unser wirtschaftliches System kommen.

(*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich sage Ihnen hier eines: Ich bin der Auffassung, daß es derzeit keine andere Möglichkeit gibt als das System der Marktwirtschaft, das wir in den letzten Jahrzehnten sehr wohl zu einem System umgebaut haben – es ist ja nur ein Vehikel, mit dem wir fahren, keine Ideologie, keine Weltanschauung, sondern ein Mechanismus, mit dem wir operieren, den wir umgebaut haben im Sinn einer sozialen Gestaltung, eines Einbaues aller jener Elemente, die eine moderne Gesellschaft als neue Ziele, als neue Aufgaben sieht –, die Freiheit des einzelnen überhaupt zu gewährleisten. Ich glaube, es ist besser, einzusehen, daß das Unmögliche nicht möglich gemacht werden kann, als ein System zu zerstören, dem wir die Entwicklung der letzten Jahrzehnte verdanken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister! Ich glaube, daß die Zeit endgültig reif dafür geworden ist, von der Art der Berichterstattung, wie Sie sie heute beziehungsweise gestern wieder gewählt haben, abzugehen und den Österreichern offener, deutlicher und klarer zu sagen, nicht nur welch große Verdienste Sie sich um die Vergangenheit erworben haben, sondern welche Probleme, welche Schwierigkeiten es in der Gegenwart und in der Zukunft zu lösen gilt. (*Langanhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Fischer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, hat die

Raschlebigkeit und Vergeßlichkeit unserer Zeit beklagt. Ich meine, er müßte eigentlich froh sein über die Vergeßlichkeit unserer Zeit, denn nicht wir waren es, die sieben Jahre lang die Wirtschaftspolitik in einer Weise behandelt und Prognosen gestellt haben, die sich heute als falsch erweisen und die sich deutlich von dem unterscheiden und von der Art unterscheiden, wie Klubobmann Koren heute manches Problem dargestellt hat.

Herr Professor Koren! Sie haben dem Finanzminister beispielsweise vorgeworfen, daß er am 21. Mai 1974 erklärt hat, es herrsche Vollbeschäftigung und sozialer Friede in Österreich. Und Sie haben im Jahr 1974 erklärt, ein Wirtschaftsgewitter drohe im nächsten Jahr (*Abg. Dr. Koren: Das ist ja gekommen!*) und die Vollbeschäftigung sei nicht zu halten. Ich frage: Wer hat recht gehabt? Der, der gesagt hat, die Vollbeschäftigung ist nicht zu halten, oder derjenige, der gesagt hat: In unserem Land herrscht Vollbeschäftigung und herrscht sozialer Friede und kann auch aufrechterhalten werden, wie das seit 1974 der Fall war, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.* – *Abg. Dr. Koren: Haben wir 1975 eine Krise gehabt oder nicht?* – *Abg. Dr. Gruber: Hat es 1975 eine Wirtschaftskrise gegeben oder nicht?* – *Abg. Steininger: Lassen Sie ihn doch reden!*)

Ich habe mir voriges Jahr in der Wirtschaftsdebatte die Mühe genommen, meine Damen und Herren, mit relativ großem Zeitaufwand Ihre Prophezeiungen zu zitieren, die Sie Jahr für Jahr gemacht haben, um dann die tatsächlichen Wirtschaftsergebnisse des nächsten Jahres dem gegenüberzustellen. Sie können sich vielleicht erinnern, meine Damen und Herren, wie die Vergleiche zwischen dem, was Sie prophezeit haben, und dem, was sich im nächsten Jahr an Wirtschaftsdaten auf dem Gebiet Vollbeschäftigung, auf dem Gebiet Wirtschaftswachstum und auch auf dem Gebiet Preisstabilität ergeben hat, jeweils ausgefallen sind. (*Abg. Dr. Zittmayr: Die Budgetdefizite, Herr Fischer, wie waren die?*)

Trotzdem, meine Damen und Herren, habe ich heute aufgehorcht bei manchen Passagen von Klubobmann Koren. Denn er hat meines Wissens zum erstenmal, wenn auch in eine Polemik hineingepackt, zum Beispiel festgestellt und außer Streit gestellt, daß die Masseneinkommen der Österreicher real unter Abzug der Preissteigerungen seit 1970 um 41,9 Prozent gestiegen sind. Ich halte das fest für die heutige Debatte, für den Fall, daß dann Redner kommen werden, die genau das Gegenteil behaupten, ich halte das fest, um zu zeigen, daß sie sich im Widerspruch zu ihrem Klubobmann befinden, der dieser Regierung 41,9 Prozent reales

Dr. Fischer

Wachstum seit 1970 bestätigt hat. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn das kein Erfolg ist, meine Damen und Herren, was ist dann ein Erfolg? (Abg. Dr. Koren: Das hat aber wirklich nie jemand bestritten!)

Damit ich der Aufforderung meines Vorredners entspreche, immer globale und vergleichbare Zahlen zu wählen: Die reale Einkommensteigerung der Masseneinkommen während der vier Jahre ÖVP-Regierung betrug 20,6 Prozent. Während der siebenjährigen Vergleichsperiode, über die wir jetzt gesprochen haben, sind es 41,9 Prozent. Vergleichen Sie, meine Damen und Herren, und prüfen Sie Ihre Argumente, die Sie heute noch bringen werden, darauf, wie falsch sie sind!

Und noch etwas . . . (Abg. Dr. König: Die Steuerprogression müssen Sie schon abziehen!) Herr Kollege König! Wenn wir es ergänzen, dann stellen wir fest, daß dieses Wirtschaftswachstum bei verkürzter Arbeitszeit, bei gestiegenen Sozialleistungen, bei verbesserten Pensionen et cetera erzielt wurde. Das muß man noch hinzufügen, meine Damen und Herren! (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)

Noch etwas ist heute so leise gesagt worden: Über die Vollbeschäftigung streiten wir ja gar nicht. Über die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung streiten wir gar nicht. Meine Damen und Herren! Ich halte einen zweiten Punkt für die heutige Debatte fest: erstens ein eindrucksvolles Wirtschaftswachstum, eine eindrucksvolle Steigerung der Realeinkommen, zweitens die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung.

Vergleichen Sie das mit anderen Ländern Europas, vergleichen Sie das mit Ihrer eigenen Regierungszeit und stellen Sie fest, ob das nicht ein Erfolg ist! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich halte noch einen dritten Punkt fest. Das, was Klubobmann Koren tut, macht – wie Sie sich ausrechnen können – jeder, der an dieses Pult geht: er liest frühere Wirtschaftsdebatten nach. Ist Ihnen etwas aufgefallen, meine Damen und Herren? Wenn nicht, dann mache ich Sie darauf aufmerksam.

Frühere Wirtschaftsdebatten, 1972, 1973, 1974, haben Sie zu 80 Prozent mit der Frage der Preissteigerung bestritten. Und jedes Promille, um das Preise gestiegen sind, jedes halbe Promille haben Sie uns theatraisch vorgehalten. Aber daß seit drei Jahren die Preise sinken, die Preissteigerungsraten zurückgehen, daß wir seit drei Jahren Jahr für Jahr in Österreich eine abnehmende Steigerungsrate haben, führt dazu, daß auf einmal das Problem der Preise in der Rede meines Vorredners von genau 45 Minuten auch nicht mit einem Satz erwähnt wird! (Abg.

Dr. König: Natürlich, weil wir Stabilität importieren!)

Daher halte ich für die heutige Debatte drei Dinge fest:

1. Es ist die eindrucksvolle Steigerung der Masseneinkommen durch Ihren Klubobmann außer Streit gestellt worden.

2. Es ist der Erfolg bei der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung für die heutige Debatte außer Streit gestellt.

3. Es muß auch der Erfolg bei den Bemühungen um eine Reduzierung der Preissteigerungsraten außer Streit bleiben.

Ich bin eigentlich neugierig, worüber die Damen und Herren von der ÖVP heute reden werden, wenn man diese Dinge festhält! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte meinem Vorredner gerne bestätigen, daß da vieles gesagt wurde, was für einen Oppositionspolitiker vielleicht gar nicht so leicht zu sagen ist. Das gebe ich gerne zu. Ich glaube, so könnte und sollte man eine Wirtschaftsdebatte führen. Denn keinem Abgeordneten der Regierungspartei fällt ein Stein aus der Krone, wenn er sich neben den Punkten, die ich jetzt für den heutigen Tag festgehalten habe, auch mit den Fragen auseinandersetzt, die tatsächlich Probleme in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung darstellen, beispielsweise mit der Frage der Zahlungsbilanz, beispielsweise mit Fragen des Budgets. Aber das kann man eben nur tun, wenn man das in den Gesamtrahmen hineinstellt.

Darum sage ich: Keinem Abgeordneten der Opposition würde ein Stein aus der Krone fallen, wenn er neben den Punkten, über die man diskutieren muß, auch die unbestreitbaren Erfolge unserer Wirtschaftspolitik, die ja ohnehin nicht geleugnet werden können, anerkennt oder zumindest außer Streit stellt. Genau dazu waren Sie bisher in erstaunlichem Maße unfähig.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß es in Ihrem politischen Bewußtsein – ich nehme dabei einige Passagen des Klubobmannes Koren von heute ausdrücklich aus – einen Mechanismus gibt, der alles Positive ausfiltert, alles Positive an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes ausfiltert, auch jene Aspekte, die selbst von konservativen Politikern des Auslandes anerkannt und diskutiert werden, und nur versucht, mit Gewalt und Krampf aus Statistiken durch halbe Zitierungen ein möglichst ungünstiges Bild herzustellen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Ich werde Ihnen einige Beispiele bringen, Kollege Zittmayr!

5744

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Dr. Fischer

In der Animal Farm von Orwell gibt es den Chor der Tiere. Der sagt immer nur: Vierbeiner gut, Zweibeiner schlecht.

Ich glaube, damit soll angedeutet werden, daß es manche Vorurteile gibt, die anscheinend unausrottbar sind.

Noch viel simpler strukturiert kommt mir manchmal der Chor der Opposition vor, die seit sieben Jahren ohne Variation sagt oder singt: Wirtschaftspolitik schlecht, Regierung gescheitert, obwohl die politische Lebenserwartung dieser Regierung wesentlich höher ist als die Lebenserwartung jener Politiker, die uns schon sieben Jahre lang Woche für Woche als gescheitert bezeichnen wollen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte gerne die Auseinandersetzung über eine wirklich faire und vernünftige Behandlung wirtschaftlicher Entwicklungen und wirtschaftlicher Daten aufnehmen, weil ich den ÖVP-Obmann Dr. Taus hier sehe. Herr Dr. Taus, Sie haben gestern kritisiert, daß der Finanzminister Arbeitslosenzahlen von 1968 und 1975 in einer Weise verglichen hat, die unstatthaft sei, und haben gestern wörtlich erklärt:

„Jeder weiß doch, daß wir 1975 ... über 100 000 Gastarbeiter nach Hause geschickt haben, während im Jahre 1968 von den damals rund 60 000 niemand nach Hause geschickt wurde.“

Ich habe mir die Zahlen der Nationalbank kommen lassen; sie liegen auf meinem Pult, Sie können Einsicht nehmen. Die Zahl der Gastarbeiter im Jahre 1974 betrug 218 000, im Jahre 1975 waren es 185 000, im Jahre 1976 174 000. Es sind also 1975 um 33 000 Gastarbeiter weniger als 1974 gewesen, es sind 1976 gegenüber 1975 um 11 000 Gastarbeiter weniger gewesen. (*Abg. Dr. Taus: Sie müssen die Jänner-Zahlen, nicht die Jahresschnittszahlen vergleichen!*) „Jeder weiß doch, daß ... 100 000 ... nach Hause geschickt“ – wurden, doch es waren nur 33 000! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie, Herr Dr. Taus, sagen, es seien Jänner-Zahlen: Ich habe gar nichts dagegen, daß Sie den schwächsten Monat des Jahres 1975 mit dem stärksten Monat des Jahres 1975 vergleichen und dann zu anderen Zahlen kommen. Dann müssen Sie allerdings das gleiche auch bezüglich Jänner 1968 tun, und dann stimmt Ihre Argumentation wieder nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das ärgste Beispiel – ich zähle Ihnen jetzt einige auf, weil Sie das anscheinend verlangen – war gestern der Versuch des ÖVP-Obmannes, quasi zu leugnen, daß die österreichische

Wirtschaft im internationalen Vergleich in einem Aufholprozeß begriffen ist. Ich nehme wieder das Protokoll der gestrigen Rede des Obmannes – hier geht es ja um eine wichtige wirtschaftliche Frage – zur Hand. Da sagte er:

„... aber ich nehme nichts anderes her als das „Wirtschafts- und sozialstatistische Handbuch der ... Arbeiterkammer“. Da schaue ich dann einmal unter den europäischen Industriestaaten“ – ich habe dieses Wirtschaftsstatistische Handbuch auch hier zur Hand – „an der wievielen Stelle sich Österreich im Jahre 1977 befunden hat. Ich mache es noch dazu für die Regierung sehr, sehr günstig, denn ich nehme das Pro-Kopf-Bruttonationalprodukt in Dollar.“ Als ob sich etwas ändern würde, wenn Sie es in Schilling oder in D-Mark nehmen würden, meine Damen und Herren! (*Abg. Dr. Taus: Sehr viel! – Ruf bei der ÖVP: Keine Ahnung!*) „Dabei stellen wir fest, daß wir im Jahre 1976 an der zwölften Stelle standen. Dann nehme ich“ es „aus dem Jahre 1970 ... und muß feststellen, daß wir damals an der elften Stelle gestanden sind.“

Herr Dr. Taus, Sie haben gestern das Parlament mit falschen Zahlen irreführt. (*Beifall bei SPÖ. – Widerspruch bei der ÖVP.*)

Wir sind im Jahre 1976 an der zwölften Stelle gestanden. Aber im Jahre 1970 nicht an der elften, sondern an der 13. Stelle, meine Damen und Herren, weil wir in der Zwischenzeit England überholt haben. Sie haben unsere Position verschlechtert gegenüber dem Haus, während sie sich in Wahrheit verbessert hat.

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, was noch viel entscheidender ist: Österreich hat deshalb im wirtschaftlichen Prozeß aufgeholt, weil sich der Vorsprung jener Länder, die vor uns liegen, reduziert hat und sich unser Vorsprung zu jenen Ländern, die hinter uns liegen, vergrößert hat.

Wenn Sie das gleiche Wirtschaftsstatistische Handbuch der Arbeiterkammer hernehmen, über das Sie gestern geredet haben und aus dem Sie beweisen wollten, daß sich unsere Position international verschlechtert hat, dann sage ich Ihnen folgendes:

Gleiche Seite der Arbeiterkammer, gleiche Tabelle, die Sie gestern zitiert haben. Das Bruttonationalprodukt pro Kopf hat in Österreich im Jahre 1972 2 710 Dollar betragen. Der OECD-Europadurchschnitt war im Jahr 1972 höher als in Österreich, nämlich 2 790 Dollar. – Sie können es mitlesen. – EWG-Durchschnitt 3 290 Dollar. (*Zwischenruf der Abgeordneten Dr. Blenk und Dr. Taus.*) – Ich habe Sie gestern auch nicht unterbrochen! Hören Sie sich eine Auseinandersetzung mit Ihrer Argumentation

Dr. Fischer

einmal an. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich stelle also hier im Hohen Hause fest, daß der Durchschnitt des Nationalprodukts in Österreich auf Grund der Statistik, die der ÖVP-Obmann gestern verwendet hat, im Jahre 1972 pro Kopf unter dem Durchschnitt OECD-Europas und unter dem Durchschnitt EWG-Europas war; daß wir bis zum Jahre 1974, Herr Dr. Taus, den OECD-Europadurchschnitt bereits überholt haben und nur hinter dem EWG-Durchschnitt geblieben sind, und daß wir im Jahr 1976 in Österreich 5 400 Dollar – auf Grund der Zahlen, die Sie gestern zitiert haben –, in OECD-Europa 4 610 Dollar und in EWG-Europa 5 340 Dollar haben.

Seit 1976 liegt das österreichische Pro-Kopf-Bruttonationalprodukt über dem OECD-Europadurchschnitt und über dem EWG-Durchschnitt. 1972 ist es unter dem Europadurchschnitt und unter dem EWG-Durchschnitt gelegen.

Es ist ein Taschenspielertrick, sich nur jene Zahl auszuwählen, . . . (*Beifall bei der SPÖ. – Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Dr. Mussil: So geht das nicht!*) Jawohl, es ist ein Taschenspielertrick (*neuerlicher Beifall bei der SPÖ*), sich nur jene Zahlen auszusuchen, aus denen dieser Sachverhalt nicht hervorgeht. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Taus, das vierte Beispiel für die Art, wie Sie argumentieren: Gestern haben Sie zur Frage der Kernenergie wörtlich gesagt:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei, in der Regierungserklärung steht drinnen, daß es kurzfristig zur Atomenergie keine Alternative gibt“ – so die „Erklärung des Herrn Bundeskanzlers“.

Ich nehme die Regierungserklärung zur Hand, suche mir den entsprechenden Passus und lese folgendes zum Problem der Kernkraftwerke. Ich lese Ihnen den ganzen Passus vor:

„Der Bau von Kernkraftwerken hat auch in Österreich zu Meinungsgruppierungen und zu einer Polarisierung der Auffassungen geführt. In diesem Streit der Meinungen sieht die Bundesregierung als Problem schlechthin den Umstand an, daß sich qualifizierte Wissenschaftler überall in der Welt für und gegen die Atomenergie ausgesprochen haben. In einer durchaus ausgewogenen Erklärung kommt eine Gruppe von führenden Wissenschaftlern, darunter elf Nobelpreisträger, und auch der frühere Österreicher Professor Viktor Weisskopf, ehemaliger Generaldirektor des CERN, zu dem Schluß, daß die traditionellen Energiequellen sparsamer genutzt werden können und müssen: Bei steigendem Energiebedarf“ – so die Wissenschaftler – „biete

sich jedoch . . . keine vernünftige kurzfristige Alternative zu einer vermehrten Nutzung der Kernenergie an . . .

Es gibt in der Tat aber noch einige ungelöste Probleme. Die Bundesregierung beabsichtigt, Vertretern verschiedener Auffassungen Gelegenheit zu geben, in gleicher Weise in der Öffentlichkeit ihre Auffassungen darzulegen, und sie wird dafür Sorge tragen . . . daß in objektiver Weise die Ergebnisse dieser Diskussion zusammengefaßt werden, wobei alle Standpunkte wiedergegeben werden.“

Und das wird dann an das Parlament gehen, und die letzte Entscheidung wird das Parlament treffen.

Ich behaupte folgendes: Wenn man sagt, die Regierung sage in der Regierungserklärung, es biete sich zur Kernenergie keine vernünftige Alternative an, während ich hier lese, daß damit die Auffassung von Wissenschaftlern zitiert wird, von elf Nobelpreisträgern, von Professor Weisskopf, die sagen, daß sich bei steigendem Energiebedarf keine vernünftige Alternative anbietet, dann ist das auch eine sehr problematische Art des Zitierens, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich war sehr erstaunt, ob denn wirklich so dezidiert eine Aussage in der Regierungserklärung steht. Ich habe mir meinen Teil gedacht, Herr Dr. Taus, daß man ein Zitat von Wissenschaftlern – das in einem langen Passus eingebettet ist, der wirklich auf die Schwierigkeit des Problems hinweist und sagt, wir werden diese Dinge sehr genau prüfen – nicht wieder gibt und kenntlich macht, daß es sich um die Meinung von Wissenschaftlern handelt, sondern das so zitiert, als hätte sich die Regierungserklärung mit diesem einen Satz über das Problem hinweggeschwindelt.

Ich gebe Ihnen noch ein Beispiel, wie Sie argumentieren, Herr Dr. Taus. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Wiesinger.*) Herr Kollege Wiesinger, Ihre Entlastungsversuche sind vergeblich. Das Zitat ist in der Regierungserklärung nicht so enthalten, wie hier der Eindruck erweckt wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Dr. Taus! Wenn Sie sich auf eine Diskussion vorbereiten wollen, dann rate ich Ihnen, machen Sie gleich noch etwas: Nehmen Sie noch einmal die Strafstatistik und die Kriminalstatistik zur Hand, aus der Sie gestern zitiert haben. Ich höre noch den ÖVP-Obmann – und es war heute auch Ihr Klubobmann Koren, der das gesagt hat –, man soll in der Darstellung der Dinge nicht Sachen einseitig aus dem Zusammenhang reißen.

Ich lese folgende Passagen in der gestrigen Rede von Dr. Taus:

5746

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Dr. Fischer

„Die Zahl der Strafdelikte ist zwischen 1970 und 1974 um 7% gestiegen ... Die Anzahl der Raubüberfälle ist im Ansteigen begriffen. 1970 gab es in Österreich 461 Raubüberfälle, 1975 waren es bereits 828. Eine ‚stolze‘ Steigerungsquote, meine Herren!“, sagt Dr. Taus. Dann wird noch gesagt: Zunahme von Mord, Suchtgiftverbrechen und Eigentumsdelikten.

Ich habe mir gedacht ... (Abg. Dr. Mussil: *Das gehört aber nicht hieher!*) Ja, aber das ist gestern gesagt worden, Herr Dr. Mussil. Mir geht es jetzt so wie im vorigen Jahr mit der Ideologiedebatte, als Sie immer von Ideologie geredet haben, und wenn man dann geantwortet hat, haben Sie gesagt: Das gehört nicht dazu. Das gehört zu der Art, da man in der Lage ist, eine Diskussion so zu führen, wie es Ihr Klubobmann verlangt hat, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Jeder Mensch, der diese Zahlen hört, muß sich fragen: Warum werden da Kraut und Rüben, Birnen und Äpfel addiert? Die Steigerung bei den Raubüberfällen, die Strafdelikte insgesamt; in einem Fall Vergleich 1974 auf 1975, im anderen Fall Vergleich 1970 auf 1974, im dritten Fall noch längere Zeiträume. (Abg. Dr. Taus: *Es ist immer gesagt worden!*) Ja, aber warum haben Sie denn diese Zahlen ausgewählt? – Weil das die einzigen sind, die einigermaßen zurechtge ... – ich müßte sagen ... bogen werden, zurechtgeflickt werden können auf Ihre Argumentation, meine Damen und Herren. (Widerspruch bei der ÖVP.)

Ich nehme die Beilage 3 zum Sicherheitsbericht, da gestern so viele Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion gerufen haben: Ja bestreiten Sie denn die Zahlen des Sicherheitsberichtes? Also nehmen wir die Zahlen her, überprüfen wir, ob hier fair argumentiert wird. Ich glaube, es hätte keinen Sinn, Mordtaten und Einbruchsdiebstahl in einen Korb zu werfen. Und ich sage Ihnen folgendes, meine Damen und Herren ... (Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Dr. Mussil: *Das hätten Sie gestern reden sollen, aber nicht heute!* – Abg. Libal: *Seien Sie doch einmal ruhig mit Ihrer Quatscherei! Hören Sie zu!* – Abg. Dr. Mussil: *Sie haben es notwendig, daß Sie zuhören! Stören Sie nicht immer, Herr Libal!* – Abg. Libal: *Sie stören, Herr Mussil!*) Sie können sich jeder ein Urteil bilden. Hören Sie sich einfach diese sechs Zahlen noch an. Es ist eine Auseinandersetzung mit der Argumentation Ihres Parteiobmannes. Ich vergleiche immer vergleichbare Delikte 1966, 1970, 1974.

Verbrechen gegen Leib und Leben 1966: 3 049, 1970: 3 577; eine Zunahme um 20 Prozent. 1974: 3 453; Abnahme 3,5 Prozent.

Nächste Tabelle: Sittlichkeitsverbrechen.

1966: 3 023, 1970: 2 818, 1974: 2 274. ÖVP-Zeit: Rückgang vier Prozent, SPÖ-Zeit: Rückgang 20 Prozent.

Eigentumsdelikte: Hier ist die Entwicklung umgekehrt, diese sind ansteigend.

Und nur eines, Herr Dr. Taus, nur eine Kleinigkeit noch. Sie haben gesagt, 1970 gab es in Österreich 461 Raubüberfälle, 1975 waren es bereits 828. Die 461 Raubüberfälle sind aus der Zeit 1966. Sie haben uns die Steigerungsrate der ÖVP-Regierung „dazuaddiert“, weil Sie sich offensichtlich in der Spalte geirrt haben, meine Damen und Herren, und so kann man eine Auseinandersetzung nicht führen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hätte noch weitere Beispiele zur Verfügung, aber ich will mich jetzt anderen Themen zuwenden. Nur, wenn Sie gestern dramatisch erklärt haben, daß in dem Regierungsbericht über die Verkehrspolitik nichts enthalten war, dann war das auch falsch, weil nämlich die Verkehrspolitik sehr ausführlich enthalten war. (Abg. Dr. Blenk: *Sprechen Sie über gestern oder über heute?*)

Und ich sage Ihnen: Wie unsicher muß jemand in seiner Argumentation sein, wenn er zu solchen Fakten, zu solchen Zahlen Zuflucht nehmen muß, meine Damen und Herren!

Die Regierung habe wirtschaftspolitisch Schiffbruch erlitten, hat der ÖVP-Obmann am 10. Juni dieses Jahres erklärt, also genau zu jenem Zeitpunkt, wo in den österreichischen Tageszeitungen tatsächlich von Schiffbruch und von Scheitern die Rede war, aber nicht der Regierung, sondern des ÖVP-Obmannes, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: *So argumentiert man, wenn man keine Argumente mehr hat, Herr Fischer! Sehr enttäuschend!*)

Und ich möchte heute eines noch fragen, heute, am Tag einer Wirtschaftsdebatte: ob nach sieben Jahren Opposition – Herr Dr. Blenk, Sie kommen vielleicht noch dran heute –, ob im achten Jahr Ihrer Oppositionsrolle nicht Zeit wäre, sich durchzuringen zu einer realistischeren, ausgewogeneren und faireren Darstellung dessen, was sich in Österreich in den letzten sieben Jahren wirtschaftspolitisch und auch sonst entwickelt hat. Stellen Sie doch nicht im Versuch, der Regierung zu schaden oder die Regierung zu kritisieren, was natürlich legitim ist, das in einer pauschalen Weise dar, um damit viel mehr zu kritisieren und meiner Meinung nach viel mehr zu zerstören. Anerkennen Sie doch wenigstens jene Fortschritte, die es nach 1970 auch im Bereich der Wirtschaftspolitik gegeben hat. Bringen Sie sich doch nicht um jede Glaubwürdigkeit, indem Sie nicht nur dort,

Dr. Fischer

wo es tatsächlich Probleme gibt, sondern überall Schwarz-in-schwarz malen, meine Damen und Herren. (Abg. Kern: *Der ist besorgt um uns!* – Abg. Dr. Zittmayr: *Wie werden die Probleme gelöst?*)

Haben Sie doch den Mut, Herr Zittmayr, haben Sie doch, Herr Dipl.-Ing. Zittmayr, den Mut, neben den Problemen, die es gibt, die Feststellung zu treffen, daß viele zentrale wirtschaftspolitische Zielsetzungen der Regierung erfüllt werden konnten. (Abg. Dr. Blenk: *Die Rede falsch konzipiert!* – Abg. Pansi: *Aber lernen Sie doch einmal zuhören!*)

Meine Damen und Herren! Über die zukünftige wirtschaftspolitische Entwicklung in Österreich werden wir erst in Zukunft feststellen können, wessen Prognosen richtig sind. Aber es liegt doch ein genügend langer Zeitraum bereits vor, wo wir feststellen können, wer bisher mit seinen Prognosen recht gehabt hat und wer nicht. Und es ist doch nicht ganz unlegitim, aus der Tatsache, wer bisher recht gehabt hat und wer bisher unrecht gehabt hat, auch Schlüssefolgerungen zu ziehen, wer voraussichtlich in Zukunft recht haben wird.

Meine Damen und Herren! Am 18. November 1975 hat ÖVP-Obmann Taus erklärt: „... alle Versicherungen, daß die Vollbeschäftigung gehalten werden wird, brechen ja mit jedem Tag in Nichts zusammen.“ – Seither sind genau, wenn ich richtig gerechnet habe, 573 Tage vergangen. Aber was in diesen 573 Tagen zusammengebrochen ist, das war nicht die Vollbeschäftigung, sondern das war Ihre Glaubwürdigkeit auf diesem Gebiet, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Stenographischen Protokolle im Parlament sind etwas Teuflisches. Man sagt etwas, und das ist für alle Zukunft festgehalten. Und darum ist es eben so unvorsichtig und voreilig, wenn Ihre Spitzenfunktionäre Festlegungen treffen, die dann von der Realität eklatant Lügen gestraft werden, die von der Realität eklatant widerlegt werden.

In der vorjährigen Wirtschaftsdebatte schon, nicht nur gestern, hat ÖVP-Obmann Taus erklärt, daß vom Aufholen der österreichischen Wirtschaft im internationalen Vergleich keine Rede sein kann. Auch im Vorjahr hat er das schon behauptet, und ich habe Ihnen die Zahlen genannt mit dem Durchschnitt OECD-Europa, Durchschnitt der EWG-Länder. Österreich befindet sich heute in einer Position, daß das Brutto-pro-Kopf-Einkommen höher ist als das Brutto-pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt der EWG-Länder. Das ist eine Tatsache, die Sie nicht leugnen können, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk:

Sie gehen weiter als der Finanzminister! Das hat nicht einmal der behauptet!) Herr Kollege! Der Kollege Dr. Taus hat doch gestern selbst die Handbücher der Arbeiterkammer verwendet. Schauen Sie selber nach, dann werden Sie die Zahlen drinnen finden, die Sie mir bestreiten wollen. (Abg. Dr. Blenk: *Hätten Sie es dem Herrn Finanzminister gegeben!*)

Mit einem letzten Komplex muß ich mich schon noch beschäftigen. Eine Wirtschaftsdebatte wäre eigentlich meines Erachtens auch eine Gelegenheit für die Opposition zu sagen, was sie anders machen wird. Und auch jemand, der dem Kollegen Koren sehr aufmerksam und in einer konstruktiven Gesinnung zugehört hat, wird eines vermisst haben: Ein wirklicher Vorschlag in dem einen oder anderen Detail ist in keiner Weise gemacht worden. Vielleicht sagen Sie jetzt, es ist nicht Ihre Aufgabe als Opposition, Vorschläge zu machen und Alternativen zu erstellen; bitte sehr: Warum kündigen Sie aber dann, meine Damen und Herren, immer wieder die Alternativen an? (Beifall bei der SPÖ.) In regelmäßigen Abständen kündigen Sie seit sieben Jahren Alternativen an.

Als der ÖVP-Obmann Taus gewählt wurde – es war unmittelbar nach seiner Wahl am 31. Juli 1975 –, hat er schon erklärt: Wir werden unsere Vorstellungen und Alternativen dem Wähler vorlegen. (Abg. Kern: *Rechtzeitig!*) Da ist nichts von „rechtzeitig“ drinnengestanden, Herr Kollege. – Wir werden unsere Vorstellungen und Alternativen dem Wähler vorlegen. Und es wäre auch zu spät gewesen für das Jahr 1975, wenn Sie das noch unter „rechtzeitig“ angemerkt haben wollten.

Acht Monate ist nichts passiert. Bei der ÖVP-Klausur am 27. März 1976 neuerlich die gleiche Ankündigung im Futurum, in der Zukunftsform: „Wir werden das Versagen der Sozialisten aufzeigen und die bessere Alternative an Personen und Konzepten glaubhaft machen.“ – Ankündigung.

Bitte, die einzige Alternative in Personen war, daß ich unlängst gelesen habe, daß der Herr Professor Paschke der Schatten-Wissenschaftsminister der ÖVP ist. Ich habe mich sehr gewundert, warum man den Kollegen Dr. Busek sich plagen läßt, der als Wissenschaftssprecher auftritt, und dann muß er aus der „Kronen-Zeitung“ erfahren, daß der Paschke der eigentliche ist. Aber bitte, das nur nebenbei, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Jedenfalls haben Sie am 27. März 1976 die besseren Alternativen in Personen und Konzepten angekündigt. Aber offensichtlich war das Glaubhaftmachen nicht sehr glaubhaft, denn bei der nächsten ÖVP-Klausur, am 29. Oktober

Dr. Fischer

1976: Wir werden – merken Sie das Futurum in der Ankündigung? –, wir werden genau aufzeigen, was wir mit unseren Alternativen wollen. – 29. Oktober 1976.

Wieder ist drei Monate nichts passiert. Und dann im Fernsehen ganz spannend, ganz dramatisch, ganz hautnah, am 13. Februar: Die ÖVP wird jetzt ihre Vorschläge auf den Tisch legen. – Bis jetzt war es immer „werden“. Dann hat es geheißen, sie wird sie jetzt auf den Tisch legen.

Es ist wieder nichts passiert. Sie sind nach Linz gefahren, und der ÖVP-Obmann Taus hat am 9. März 1977 am Parteitag gesagt: „Die Phase der Alternative hat begonnen. An die Arbeit!“

Wo sind sie denn, die Alternativen? Die Phase hat begonnen, haben Sie in Linz gesagt. Und als ich gestern den „Kurier“ in die Hand genommen habe, da habe ich gelesen – die Phase der Alternativen hat ja angeblich schon in Linz begonnen –: „Alternativphase der ÖVP jetzt im Anlaufen.“ Das, was im März in Linz begonnen hat, ist jetzt im Anlaufen. Und wenn man dann liest, worin das Anlaufen besteht, meine Damen und Herren, dann sieht man, daß die ÖVP vom Herbst an bis zum nächsten Frühjahr gesundheits- und familienpolitische Konferenzen veranstalten wird. (Abg. Dr. Wiesinger: Herr Kollege, Sie haben den Parteitag nicht miterlebt!)

Also die Alternativen, die schon im März 1977 begonnen haben, die bestehen darin, daß Sie im Frühjahr 1978 gesundheitspolitische Konferenzen und familienpolitische Konferenzen machen werden? (Abg. Dr. Blenk: Die Sehnsucht, mit der Sie auf bessere Alternativen warten, ist bemerkenswert!)

Meine Damen und Herren! Ein klarer und schlichter Rat: Wenn Sie keine Alternativen haben – und wir kommen auch ohne sie aus –, dann kündigen Sie sie nicht an. Wenn Sie sie ankündigen, dann legen Sie sie auf den Tisch, meine Damen und Herren von der ÖVP! Denn beides, ankündigen und dann nichts machen, das geht nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Wiesinger: Diese Alternativen gehören für 1979! – Abg. Dr. Blenk: Sie sind vielleicht im Konzeptnotstand!)

Übrigens, wenn man ÖVP-Obmann Taus in einer Diskussion über das Problem der Alternativen sprechen hört, dann stellt man fest, daß er es meistens so macht, daß er sagt: Ja jetzt mit den Alternativen, jetzt ist es gar nicht so einfach, denn die Wirtschaftspolitik ist ja in Wahrheit schon in den Jahren 1971 und 1973 „aus dem Kurs gelaufen“, wie das so schön heißt. Ich möchte jetzt eigentlich nicht die berühmte

Girozentrale-Broschüre verlesen, was damals vom Generaldirektor der Girozentrale über die angeblich „aus dem Kurs gelaufene“ Wirtschaftspolitik der Jahre 1971 bis 1973 gesagt wurde. Denn da wird ja in den höchsten Tönen das gelobt, meine Damen und Herren, was jetzt angeblich die eigentliche Quelle für die Probleme und für das Mißbehagen ist. (Abg. Dr. Blenk: Wie lang man von so einer Broschüre leben kann, ist bemerkenswert!)

Herr Kollege, ich habe sie nicht zitiert. Sie merken, daß ich sie nicht zitiere, obwohl ich es Ihnen gerne zur Verfügung stelle. Ich brauche sie nicht, ich habe heute schon genug zitiert. (Zwischenruf des Abg. Kern.)

Nur ein letztes noch: Weil der Vorredner, Klubobmann Koren, vom Budget gesprochen hat, so muß, glaube ich, schon noch in diesem Zusammenhang gesagt werden: der ÖVP-Obmann hat sich am letzten Tag des ÖVP-Parteitages zu einer Sanierung des Staatshaushaltes bekannt. Das ist immerhin sehr bemerkenswert. Und er hat gesagt, daß jährliche Ausgabeneinsparungen von etwa 3 bis 5 Milliarden Schilling gefordert werden müssen. Insgesamt müssen in den nächsten vier bis sechs Jahren 20 Milliarden Schilling eingespart werden. (Abg. Dr. Zittmayr: Sind Sie dagegen?) Sehr bemerkenswert!

Nur Ihr erster konkreter Schritt zur „Sanierung“ des Staatshaushaltes waren die Lohnsteuerforderungen, wo der Kollege Mock gesagt hat: die 5 Milliarden wird das Budget schon noch verkraften. Dr. Taus sagt, 4 bis 5 Milliarden sollen eingespart werden, und dann wird als erstes die Forderung nach einer Lohnsteuerersenkung gestellt. Das soll bitte jemand verstehen, meine Damen und Herren! (Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk.)

Und noch etwas Zweites muß gesagt werden. Klubobmann Koren hat am Montag dieser Woche in Eisenstadt erklärt, unsere schwierige Situation lasse sich durch populäre Maßnahmen nicht meistern. Ich anerkenne, daß der Tenor Ihrer heutigen Rede auch in die Richtung gegangen ist, daß man unpopuläre Maßnahmen treffen muß. Nur bei den anderen Damen und Herren von der ÖVP stelle ich ein merkwürdiges physikalisches Gesetz fest: Der Mut zur Unpopulärheit nimmt zu mit dem Quadrat der Entfernung zum Parlament. Er ist herinnen gleich null, meine Damen und Herren, denn trotz konkreter Einsparungsmaßnahmen und Subventionskürzungen, die die Wirtschaft und die Bundesregierung am vergangenen Montag erörtert haben, melden sich der Reihe nach die Interessenvertreter, vom Kollegen Keimel angefangen und so weiter und fordern jeweils für ihren Bereich: da darf nicht ein Groschen eingespart werden. Aber

Dr. Fischer

je weiter man vom Parlament weg ist, je weiter man weg ist von der Auseinandersetzung und Diskussion mit der Regierungspartei, umso mehr, weil das ja heute doch recht schön ist, gibt es die Forderung, es soll der Gürtel enger geschnallt, es sollen unpopuläre Maßnahmen getroffen werden. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Jawohl, diese unpopulären Maßnahmen sind notwendig in Österreich. Ein Land, das eine solch enorme Steigerung der Masseneinkommen in den letzten Jahren zu verzeichnen hat, das die Arbeitslosigkeit so erfolgreich bekämpft hat, muß auch Konsequenzen auf der anderen Seite tragen können. Ich bin überzeugt, daß die Menschen in Österreich das verstehen, meine Damen und Herren. Die Arbeiter und Angestellten verstehen das ja. Nur verstehen sie nicht, warum Sie immer den Mut zur Unpopulärheit verlangen und wenn es dann darum geht, hic Rhodos, hic salta, dann springen Sie nicht einmal einen Zentimeter hoch, wenn Sie dann in Rhodos sind, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

So will ich Ihnen nicht länger die Inkonsistenz Ihrer wirtschaftspolitischen Argumentation vorhalten. Ich will nur sagen: Das, was am Anfang heute außer Streit gestellt wurde: Erfolge in der Vollbeschäftigungspolitik, Erfolge, was die Massenkaufkraft betrifft, Erfolge, was die Reallohnsteigerung betrifft, Erfolge in den letzten drei Jahren, was den Abbau der Preissteigerungen betrifft, das ist eine echte solide Basis für die heutige Diskussion, die ergänzt werden sollte um eine Auseinandersetzung, um eine Diskussion, um das, was vom Finanzminister und vom Bundeskanzler zum Problem Budget und zum Problem Zahlungsbilanz gesagt wurde. Denn natürlich muß man sich mit diesen Problemen auseinandersetzen, und wir gehen auch nicht daran vorbei.

Nur glauben wir alles in allem, daß wir uns durchaus in Übereinstimmung mit der österreichischen Bevölkerung befinden, wenn wir sagen, daß es zu dieser Regierungspolitik weder in personeller noch in sachlicher Hinsicht eine ernst zu nehmende Alternative gibt. Das ist ein Faktum, an dem Sie nicht vorbeikommen können, meine Damen und Herren! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. König zum Wort gemeldet. Ich weise darauf hin, daß er nicht länger als fünf Minuten sprechen darf.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten das Wort.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr

Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Klubobmann Dr. Fischer hat dem Kollegen Dr. Taus Taschenspielertricks vorgeworfen. Er hat zur Unterstützung dieser Behauptung unter anderem sein Zitat aus der Regierungserklärung bemüht und gemeint, es hätte der Herr Bundeskanzler hier lediglich die Experten zitiert, die der Meinung wären, Kernkraftwerke wären kurzfristig nicht vermeidbar, und er hätte sich selbst mit dieser Auffassung nicht identifiziert.

Diese Behauptung, Herr Dr. Fischer, ist bestenfalls formal richtig, inhaltlich aber, Herr Dr. Fischer, können Sie doch das nicht aufrechterhalten. (*Rufe bei der SPÖ: So eine „Berichtigung“ ist eine Zumutung! Das soll eine Berichtigung sein?*)

Meine Damen und Herren! Wollen Sie auch bitte mir zuhören, wie Sie das von uns bei Dr. Fischer forderten. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe hier den Energieplan, herausgegeben vom Handelsministerium, offizielles Dokument der Bundesregierung, einen Energieplan, in dem folgendes steht. (*Ruf bei der SPÖ: So eine Frechheit!*) Im Energieplan steht auf Seite 110: Bis zum Jahre 1990 ist die Inbetriebnahme von drei Kernkraftwerken mit einer Gesamtleistung von rund 3 300 MW vorgesehen. – Keine Einschränkung, kein Hinweis darauf, daß das nur die Meinung von Experten ist. Nein, ein Beschuß der Bundesregierung, dem der Herr Bundeskanzler seine uneingeschränkte Zustimmung gegeben hat. Dann, Herr Dr. Fischer, können Sie nicht davon sprechen, daß das die Meinung der Experten ist. Dann fällt der Vorwurf des Taschenspielertricks auf den zurück, der ihn gebraucht hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Zu einer Erwiderung auf die vom Herrn Abgeordneten Dr. König abgegebene tatsächliche Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Fischer zu Wort gemeldet.

Ich weise darauf hin, daß die Erwiderung sich gemäß § 58 Abs. 3 der Geschäftsordnung auf eine persönliche Angelegenheit des zu Wort gemeldeten Abgeordneten zu beziehen hat und die Redezeit ebenfalls fünf Minuten nicht übersteigen darf.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Fischer das Wort.

Abgeordneter Dr. **Fischer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Da ich den Energieplan der Regierung gar nicht zitiert habe, ebensowenig wie ich mich überhaupt mit der Frage, wer das

Dr. Fischer

geplant hat und so weiter, auseinandergesetzt habe, kann ich das auch nicht als tatsächliche Berichtigung gelten lassen.

Was mich persönlich betrifft, weise ich es zurück, daß ein korrektes wörtliches Zitat aus der Regierungserklärung, das jedermann nachlesen kann, als „bestenfalls formal richtig“ bezeichnet wird, wenn ich die Regierungserklärung, so wie sie der Herr Bundeskanzler abgegeben hat, zitiere und in Gegensatz stelle zu dem Eindruck, den der ÖVP-Obmann Dr. Taus gestern durch die Art der Präsentation zu erwecken versucht hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die uns vorliegenden beiden Berichte sind in drei Teile zu gliedern, der erste Teil schildert die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre unter kräftiger Beleuchtung dessen, was als positiv gesehen wird, der zweite Teil ist eine Aufzählung von Problemen, der dritte Teil enthält eine Reihe von Vorschlägen.

Der erste Teil, den man als den Eigenlob-Teil bezeichnen könnte, ist besonders kräftig ausgefallen, und gerade dieser Umstand belastet wahrscheinlich die heutige Debatte über diese Berichte, die sich dadurch naturgemäß nicht auf die Frage verlagert, welche Probleme bestehen und welche Lösungsvorschläge es gäbe, sondern sich mit der Frage beschäftigt, in welchem Umfang die Bundesregierung mit ihrer Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren den ihr gestellten Aufgaben gerecht geworden ist.

Da der Eigenlob-Teil so kräftig ausgefallen ist und da nicht zu bezweifeln ist, daß eine ganze Anzahl von Eigenlob- und Jubelrednern in der weiteren Folge der Debatte den durch den Eigenlob-Teil beabsichtigten Eindruck weiter verstärken werden wollen, muß ich mich auch etwas mit den hier aufgeworfenen Fragen beschäftigen.

Es gibt Leute, die der Meinung sind, daß die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg beweise, daß die Wirtschaftspolitik eine völlig unschädliche Institution ist und nicht in der Lage ist, irgendwelchen Schaden zu stiften, mit anderen Worten, daß die Wirtschaftspolitik eine ausschlaggebende Bedeutung nur in der Vorstellung jener hat, die sie durchführen, aber nicht in der Wirklichkeit.

Ich zitiere diese Meinung nur, um ihr sofort das andere Extrem entgegenzustellen, und das

ist die von Herrn Klubobmann Dr. Koren schon zitierte Meinung, daß alles und jedes machbar sei. Diese Meinung ist selbstverständlich die wesentlich gefährlichere, und wir können immer wieder beobachten, daß nicht nur diese Meinung vertreten, sondern auch der Versuch unternommen wird, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als ob es tatsächlich so sei. Nun liegt wahrscheinlich die Wahrheit in der Mitte. Jede Wirtschaftspolitik muß von den Gegebenheiten ausgehen, jede Wirtschaftspolitik muß mit einer ganzen Reihe von Komponenten rechnen, die nun einmal unabänderlich und vorgegeben sind und auf die sie sich einstellen muß.

Und nun kommt das, was man im Zusammenhang mit Berichten, wie sie heute vorliegen, nicht genug hervorheben kann. Daß die Frage, ob das Wetter für die Landwirtschaft günstig ist oder nicht, keine Frage der Agrarpolitik ist, ist selbstverständlich. Auch die Bundesregierung nimmt für sich nicht in Anspruch, daß sie in der Lage sei, hier einen positiven oder negativen Einfluß auszuüben. Aber während das evident ist, gibt es eine große Anzahl von wirtschaftlichen Gegebenheiten, die ebenso nicht dem Einfluß der Wirtschaftspolitik unterliegen, wo aber immer wieder der Versuch gemacht wird, die Ergebnisse für sich in Anspruch zu nehmen. Und wenn nun die Bundesregierung es nicht haben will – und dafür muß man Verständnis haben –, daß sie für jene Dinge in Anspruch genommen und verantwortlich gemacht wird, die nun einmal vorgegeben sind, so muß sie sich andererseits aber vorhalten lassen, daß es nicht in Ordnung ist, wenn man positive Entwicklungen als eigenes Verdienst ausgibt, obwohl sie ebenso vorgegeben sind.

Wenn Österreich von 1970 bis 1974 eine wirtschaftliche Blüte erlebt hat, so ist hier die Tatsache zugrunde zu legen, daß es eine internationale Konjunktur gegeben hat und daß wir in dieser Konjunktur mitgeschwommen sind. Es hat daher gar keinen Sinn, sich lange mit Zahlenspielen zu beschäftigen und diese Zahlen, so wie es einem gerade paßt, zusammenzustellen und dann wieder zu erörtern, warum diese Zahlen nicht richtig zusammengestellt sind und anders zusammengestellt werden müßten, denn letzten Endes ist diese Entwicklung von 1970 bis zur Rezession vorgegeben gewesen durch eine internationale wirtschaftliche Entwicklung und ist ebensowenig ein Verdienst der österreichischen Bundesregierung im allgemeinen und der Finanzverwaltung im besonderen, wie wenn die Sonne scheint und für die Landwirtschaft ein günstiges Wetter herrscht.

Das, glaube ich, muß man schon einmal sehr

Dr. Broesigke

deutlich herausstellen, weil die vorerwähnten Eigenlob- und Jubelredner nicht genug bekommen beim Jonglieren mit Ziffern, die alle beweisen sollen, wie durch die Segnungen einer sozialistischen Bundesregierung der Wohlstand in Österreich gewachsen ist.

Es kommt noch etwas dazu: Auch auf volkswirtschaftlichem Gebiet darf man beileibe nicht allzu skeptisch sein. Es gibt zwar auch hier Leute, die sagen, daß die Volkswirtschaftslehre eine Wissenschaft sei, die auf die gleiche Frage jedes Jahr eine andere Antwort gibt. Das mag in bestimmten Detailfragen zutreffen, aber im allgemeinen ist es doch angezeigt, sich mit der Lehre der Wissenschaft auseinanderzusetzen. Sowohl der jetzige Finanzminister als auch sein Amtsvorgänger waren ja bekanntlich Anhänger der Lehre von Keynes und einer antizyklischen Wirtschaftspolitik. Nur war es mehr verbal zu sehen, und die entsprechenden Taten fehlten, wenn gesagt und behauptet wurde, daß die sozialistische Wirtschaftspolitik der Zeit ab 1970 eine konjunkturgerechte, sprich antizyklische, gewesen sei. Denn wenn man diese Theorie vereinfacht darstellt, von der es nebenbei sehr fraglich ist, ob sie heute im vollen Umfang überhaupt noch anwendbar und durchführbar ist – aber ich gehe jetzt von dieser Theorie aus –, dann ist es ja so, daß der Staat in der Zeit der Konjunktur Überschüsse ansammeln muß, daß er also vorsorgen muß für schlechte Jahre, die hinterher kommen. Er muß also Überschüsse gespart haben, um dann die Rezession entsprechend bekämpfen zu können.

Nicht nur in Österreich, sondern auch anderswo funktioniert nun der zweite Teil hervorragend, nämlich das deficit spending, das Schuldenmachen im Augenblick der Rezession. Nur mit den Überschüssen hapert es. Und es hat auch gehapert in der Zeit von 1970 bis 1974, also in jenem Zeitraum, wo es die Konjunkturlage nach der volkswirtschaftlichen Theorie, deren Anhänger der Herr Bundesminister ist, ja erfordert hätte, daß der Staatshaushalt Überschüsse erzielt. Wo sind diese Überschüsse? Es hat sie nicht gegeben. In all den Jahren hat es Defizite gegeben. Kleinere Defizite; zugegeben. Aber immerhin Defizite. Die Schuldenlast ist auch in diesen Jahren gestiegen, nur nicht so stark, und die Senkung der Schuldenlast, von der der Bericht spricht, ist ja nur auf die Weise darzutun, daß man mit Prozentsätzen arbeitet und daß man das am Bruttonationalprodukt mißt, anstatt sich mit der absoluten Höhe der Staatsschuld auseinanderzusetzen.

Es ist also so, daß es von 1970 bis 1974 eine konjunkturgerechte Wirtschaftspolitik überhaupt nicht gegeben hat, sondern es hat eine Politik des Ausgebens gegeben. Erst im Jahre

1974 hat eine Politik begonnen, die zweifellos der damaligen Sachlage entsprochen hat. Wir geben das zu, wir müssen das anerkennen und haben das in jener Zeit auch unterstützt. Nur darf man auch hier wieder nicht allzu hoch bewerten, was geschehen ist. Denn eine vergangene Debatte hat unwidersprochenermaßen gezeigt, daß in jenem Jahr 1975, also dem Hauptrezessionsjahr, der zusätzliche staatliche Einsatz von Mitteln in der Größe von 3 Milliarden Schilling – zwischen 3 und 4 Milliarden Schilling – gelegen ist, und nicht mehr. Daß der Schuldenberg, der entstanden ist, dann das Zehnfache ausgemacht hat, ist eine andere Frage. Aber wenn man sagt, daß man einer bestimmten wirtschaftspolitischen Lage Herr werden will durch den Einsatz zusätzlicher Mittel, dann ist es einzig und allein seriös, wenn man diese zusätzlichen Mittel, die man eingesetzt hat, berechnet, nicht aber, wenn man aus propagandistischen Gründen alle Staatsausgaben, die in den Wirtschaftsbereich irgendwie hineingehören, addiert. Das ist ein solcher Taschenspielertrick, von dem vorhin gesprochen wurde. (Zustimmung bei der FPÖ und der ÖVP. – Rufe bei der ÖVP: Genau!)

Aus diesem Grund würde ich die Wirtschaftspolitik der vergangenen sieben Jahre so beurteilen, daß in den ersten vier Jahren eine durchaus falsche Politik gemacht worden ist, gegen wiederholte Warnungen von allen Seiten – auch das wäre in den Parlamentsprotokollen nachzulesen –, aber im Jahre 1975 – beileibe nicht schon 1974, auch hier ist die zeitliche Einordnung nicht richtig – durchaus konjunkturgerechte Maßnahmen erfolgt sind.

Dementsprechend muß eine Beurteilung der Wirtschaftspolitik anerkennen, daß das Problem der Vollbeschäftigung von der sozialistischen Bundesregierung stets gesehen wurde, die anderen Probleme der Wirtschaft jedoch nicht, nämlich das Problem der Stabilität in der Zeit der Hochkonjunktur und das Problem einer entsprechenden Strukturpolitik. Wenn daher nunmehr ein Wirtschaftsbericht für das heurige Jahr vorgelegt wird, so verbindet sich damit die Frage, ob die sozialistische Politik bereit ist, aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Entsprechende Ansätze sind in dem Bericht zweifellos enthalten. Das ist zuzugeben.

Entsprechende Ansätze sind auch in den Erklärungen enthalten, die der Herr Vizekanzler außerhalb des Parlamentes abgegeben hat. Allerdings sind diese Dinge etwas vage und etwas lückenhaft. Damit komme ich zum zweiten Teil der Berichte, der eine Zusammenstellung der Probleme beinhaltet hat, aber beileibe nicht aller Probleme.

Dr. Broesigke

Ich will nicht zum Energieproblem Stellung nehmen, weil mein Fraktionskollege Dr. Stix zweifellos viel besser als ich den Standpunkt der freiheitlichen Fraktion wird darlegen können, aber zum Staatshaushalt.

Der Staatshaushalt ist eines der schwierigsten Probleme, vor denen wir stehen. Man kann das nicht durch Phrasen und Erklärungen, wie: Es wird schon irgendwie gehen, wegbringen, sondern es wäre erforderlich, ein klares Konzept vorzulegen, wie sich die Dinge weiterentwickeln sollen. Denn schon aus dem Umstand, daß nun schon seit einiger Zeit ein sehr beträchtliches Defizit geradezu strukturell ist, kann man entnehmen, daß es nicht mit einigen wenigen Maßnahmen getan sein wird, umso mehr als in unserem Staatshaushalt das Problem des Zinsendienstes und der Kapitalrückzahlung bereits von wesentlicher Bedeutung geworden ist, sodaß wir in der Zukunft dadurch eine sehr erhebliche Belastung des Staatshaushaltes haben werden.

Die Steuerbelastung ist an der Grenze des Erträglichen angelangt. Sie wächst mit jedem Tag durch den Umstand, daß wir progressive Steuern haben, sodaß das Nichthandeln des Parlaments eine stille Steuererhöhung bedeutet.

Ich muß das wiederholen, was Professor Dr. Koren in seiner Rede gesagt hat, wenn er darauf hinwies, daß die Meinung des Herrn Bundesministers für Finanzen, es sei eine Verminderung der Steuerbelastung eingetreten, nicht stimmen kann. Man sieht das schon aus der überverhältnismäßigen Erhöhung der Lohnsteuereingänge in diesem Jahr, man sieht dies aus einer ganzen Reihe von zusätzlichen Belastungen, die bekanntlich dazugekommen sind.

Es steht also außer Zweifel, daß wir bei allen öffentlichen Abgaben an der 40 Prozent-Grenze sind, wenn wir diese nicht schon überschritten haben. Es wird daher nicht oder nur schwer möglich sein, die Prozentsätze bei den einzelnen Steuern noch zu erhöhen, es wird schwer möglich sein, zusätzliche Steuern einzuführen, und selbst wenn Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, nach dem Vorbild Peters des Großen eine Bartsteuer einführen, wird es Ihnen nicht gelingen, wesentliche zusätzliche Einnahmen des Staates zu erzielen. Es ist also offensichtlich, daß wir hier bereits an der Grenze angelangt sind.

Es wird daher das ganze Problem im wesentlichen eine Frage der wachsenden Staatsauf- und -ausgaben sein, und es wird eine ernste Überlegung erforderlich sein, ob eine weitere Ausdehnung möglich ist, ob nicht vielmehr eine Restriktion erfolgen muß. Die Vorschläge, die der Bundesminister für Finanzen vorgelegt hat, gehen ja auch in die Richtung einer solchen Restriktion.

Das zweite Problem ist das Zahlungsbilanzdefizit. Ich will mich nicht in den edlen Streit über die Ursache in dem Sinn einmengen, ob die Exporte höher oder die Importe geringer sein müßten, denn was aus dem Zusammenhang der Ziffern herauskommt, ist das Zahlungsbilanzdefizit, und daß es bei höheren Exporten ebenso verringert würde wie bei geringeren Importen oder bei einer Steigerung der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, liegt auf der Hand.

Ich glaube nur, daß man mit der reinen Registrierung des Problems die Dinge nicht anders machen wird, ich glaube auch nicht, daß man mit währungspolitischen Kunststücken hier zurechtkommen kann, sondern es würde einzig und allein darum gehen, die Exportmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft, aber auch die Möglichkeiten des österreichischen Fremdenverkehrs entsprechend zu verstärken und den Österreicher dazu zu bringen, daß er sich in allen Bereichen mehr an das Inland hält als an das Ausland. Das wird er wahrscheinlich dann tun, wenn hiebei die Voraussetzungen besser sind, als es heute der Fall ist.

Und hier zeigt sich eben die Problematik der ganzen wirtschafts- und steuerpolitischen Denkweise. Wenn man die Meinung vertritt, daß man in bestimmten Bereichen unserer Wirtschaft immer wieder eine Belastung dazulegen kann, und das wird der Esel dann schon weiterschleppen können, so wird der Tag kommen, wo der Esel das nicht mehr weiterschleppen kann, sondern zusammenbricht, oder wo sich sehr schwere wirtschaftliche Schäden für die Zukunft herausstellen. Und an diesem Punkt sind wir eben nun einmal angelangt.

Zugegeben, man hat das nicht in der Form gemacht, daß man gesagt hat: Also dieser Berufsstand bekommt eine zusätzliche Belastung von ganz bedeutender Höhe!, sondern das ist kleinweise gemacht worden unter oft sehr anerkennenswerten Motiven. Man hat aber vergessen, daß bei jeder Errungenschaft in einem Staat jemand da sein muß, der diese Errungenschaft finanzieren kann, der das Geld erarbeitet, damit bezahlt werden kann, was aus sozialpolitischen oder aus sonstigen Gründen erforderlich erscheint.

Und das hat man eben einfach überdreht. Die typischen Symptome zeigen sich jetzt. Sie zeigen sich unter anderem auch im Bereich der Zahlungsbilanz, und mit den Maßnahmen, die man hier vorgeschlagen hat, wird man bestensfalls zu einer Symptomkur kommen, man wird aber nicht dazu kommen, die wahren Ursachen zu beseitigen.

Damit komme ich zu den Lösungsvorschlägen, die der Herr Bundesminister für Finanzen in

Dr. Broesigke

seinem Bericht vorgelegt hat. Das ist eine ganze Reihe von Detaildingen, von denen einige durchaus zu unterschreiben sind. Daß diese Abschreibungsgesellschaften bekämpft werden sollen, ist sicherlich anerkennenswert, und ich könnte eine ganze Reihe von Dingen hier aufzählen.

Aber es fehlt etwas, Herr Vizekanzler. Es fehlt das Entscheidende. Es fehlt nämlich das Sanierungsprogramm.

Schauen wir in unseren Nachbarstaat, in die Schweiz. Die Schweiz hat ein klares Sanierungsprogramm. Da steht genau drin, was in den kommenden Jahren geschehen soll, um den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Daß unser Staatshaushalt nicht in Ordnung ist, das kann ja wohl in diesem Hause niemand mehr bestreiten.

Es fehlt also dieses Sanierungsprogramm. Das hätte nicht in einigen Maßnahmen zu bestehen, die Sie jetzt treffen wollen, und dann wird man schon weitersehen, sondern es wären alle Maßnahmen im einzelnen aufzuzählen, denn wenn das nicht geschieht, wird sich sehr wohl der Verdacht erhärten, daß es darum geht, im Jahre 1978 einige Kleinigkeiten zu machen und dann Anfang 1979 wieder einige Kleinigkeiten, und dann nach der Wahl 1979 kommen die eigentlichen unangenehmen Dinge, mit denen die Bevölkerung dann die Sanierung zu bestreiten hat. Und da, glaube ich, wäre es doch viel zweckmäßiger und ehrlicher, wenn man heute schon dem österreichischen Staatsbürger sagen würde, was ihn in den nächsten Jahren – nicht in dem nächsten Jahr – erwartet und was erforderlich ist, um die Sache wieder in Ordnung zu bringen.

Einen solchen Plan, der auch unangenehme Wahrheiten und auch unangenehme Heilmittel nennt, den vermissen wir bei diesem Wirtschaftsbericht. Den wollen Sie nicht vorlegen.

Da darf man aber nicht nach der Alternative der Opposition rufen, denn es ist die Aufgabe der Regierung, diesen Plan vorzulegen, und die Opposition hat dann dazu Stellung zu nehmen. Es ist nicht etwa so, daß die Opposition die Aufgabe hat, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen und die Vorschläge zu erstatten, die an sich vom Finanzministerium oder von der gesamten Bundesregierung zu erstatten wären.

Das zweite, was völlig fehlt, ist ein Strukturprogramm. Ich bin schon im Zusammenhang mit der Frage des Zahlungsbilanzdefizits darauf zu sprechen gekommen. Die österreichische Wirtschaft besteht nun einmal hauptsächlich aus Klein- und Mittelbetrieben, und es hat den Anschein gehabt, als ob dieser Umstand nun tatsächlich endgültig entdeckt und zur Kenntnis

genommen worden wäre. Das heißt also, daß man bei der gesamten Wirtschafts- und Steuerpolitik diesem Umstand entsprechend Rechnung trägt und nicht nur auf Großbetriebe abstellt. Auch hier sehen wir aber keine Ansätze in der Steuerpolitik, und auch nicht in der übrigen Wirtschaftspolitik, diesen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Wir sehen nur, daß bei jedem Anlaß alle diese Betriebe eine zusätzliche Belastung erfahren, zum Beispiel unlängst durch die Konkursversicherung für die Arbeitnehmer, eine Sache, die durchaus zu bejahen ist. Aber die Aufbringung der Mittel ist eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft. Dagegen nimmt der Staat für sich im Konkurs in Anspruch, daß seine Forderung bevorzugt wird gegenüber den anderen Gläubigern, so wie es unter einer völlig anderen Wirtschaftslage eingeführt wurde. Er verlangt für sich eine Bevorzugung, er verlangt für ähnliche Institutionen eine Bevorzugung, und Sie sind nicht bereit, diese Bevorzugung aufzugeben, zum Schaden der gewerblichen Wirtschaft, zum Schaden aber letzten Endes auch der Allgemeinheit.

So glauben wir, daß in dem dritten Teil dieses Wirtschaftsberichtes die Konsequenzen sehr dürftige sind. Wir sehen zwar eine ganze Anzahl von Ansätzen von mehr Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, wir sehen aber nicht die erforderlichen Konsequenzen. Mag es nun sein, daß man sich scheut, diese Konsequenzen auszusprechen, weil man glaubt, sich dadurch unpopulär zu machen, mag es sein, weil die innere Willensbildung noch nicht so weit gediehen ist, daß es möglich wäre, nach den Erfordernissen der Stunde zu handeln, jedenfalls fehlt es an klaren Richtlinien für die kommende Zeit.

Es fehlt aber auch an Erklärungen darüber, ob man nun endgültig erkannt hat, daß die Umverteilung und die Umverteilungsgesinnung an den natürlich und wirtschaftlich gegebenen Grenzen angelangt ist und daß es augenblicklich einer sehr intensiven Steigerung des Leistungswillens bedarf, um über die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Ich spreche von wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Es hat gestern der Herr Kollege Thalhammer die Dinge so dargestellt, als hätten die Oppositionsparteien die Absicht – Sie haben ja uns damals auch apostrophiert –, alles so darzustellen, als ob der Österreicher im Elend lebt und dergleichen mehr. Sie haben sich dabei einer Redetechnik bedient, die ja schon in der Antike bekannt war, daß man nämlich behauptet, der andere habe etwas gesagt, was er in Wirklichkeit gar nicht gesagt hat, das widerlegt man dann und so bleibt man in der Debatte klarerweise der Sieger.

Dr. Broesigke

Aber niemand von der Freiheitlichen Partei hat jemals behauptet, daß der Österreicher im Elend lebt, daß es ihm schlechter geht als je zuvor. Es wäre ja unsinnig, etwas Derartiges zu behaupten. Aber genauso unlogisch ist es, wenn Sie aus dem Umstand, daß es heute dem Österreicher gut geht, den Schluß ziehen, daß das ein Verdienst der jeweiligen Regierung ist. Das ist nämlich auch jeder Logik bar. Da muß man schon im einzelnen ableiten, worauf das zurückzuführen ist und worauf es im einzelnen zurückzuführen ist, und sich mit der Frage auseinandersetzen, ob es nicht besser sein könnte.

Wenn man in den Jahren von 1970 bis zur Rezession eine sparsamere, eine wirklich konjunkturgerechte Wirtschaftspolitik durchgeführt hätte, dann hätten wir wahrscheinlich 1974 jene Reserven gehabt, um die Schritte zur Bekämpfung der Rezession durchzuführen, ohne in diese Schuldenlast hineinzukommen, in diese Situation hineinzukommen, aus der wir heute nur schwer wieder herausfinden. Das ist die Kritik der Opposition.

Die Opposition behauptet also nicht – so wie es dargestellt wird –, daß wir im Elend leben, sondern sie behauptet nur, daß die wirtschaftliche Lage Österreichs und des einzelnen Österreichers heute besser wäre, wenn nicht entscheidende wirtschaftspolitische Fehler gemacht worden wären (*Beifall bei der FPÖ*), und zwar wirtschaftspolitische Fehler entgegen allen Warnungen, an denen es in dieser Zeit nicht gefehlt hat. Die freiheitliche Fraktion ist nicht jene gewesen, die immer für die Zukunft das Unglück prophezeit hat, und Sie können den Parlamentsprotokollen keine Erklärungen entnehmen, die auf die Zukunft abgestellt sind, und wo Sie dann sagen könnten, diese Prophezeiung ist nicht eingetroffen, wie überhaupt auf wirtschaftlichem Gebiet das Prophezeien eine sehr problematische Angelegenheit ist. Aber eines haben wir Ihnen beizetzen gesagt: Es wird die Stunde kommen, wo das System der Umverteilung an seiner Grenze ist, und Sie müssen darauf achten, daß man nicht um des Umverteilens willen der österreichischen Wirtschaft, dem österreichischen Volk und dem einzelnen Österreicher einen schweren Schaden zufügt, möge er sich vielleicht auch heute dieser Tatsache nicht bewußt sein.

Die Entwicklung hat nun leider gezeigt, daß diese Warnungen nicht unbegründet sind. Wir stehen vor einem strukturellen Defizit des österreichischen Staatshaushaltes, das man in der Vergangenheit für einfach unmöglich gehalten hätte. Wir stehen vor einer gewaltigen Schuldenlast, von der wir nicht wissen, wie wir sie wieder loswerden sollen. Wir sind also in

einer Situation, die durch die bisherige Form der Politik herbeigeführt wurde.

Es wäre nun an der Zeit, nach einer Umkehr zu suchen. Wie schon erwähnt, Ansätze sind da. Sie müßten aber dadurch ausgebaut werden, daß die österreichische Bundesregierung dem Österreicher sagt – und zwar klar und bis ins Detail sagt –: Wir beabsichtigen diese und jene Maßnahmen, um aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten wieder herauszukommen, und zwar nicht etwa nur die Maßnahmen, die in dem Katalog heute enthalten sind, sondern nach dem Vorbild unseres Nachbarlandes Schweiz ein komplettes Sanierungsprogramm und daneben ein komplettes Strukturprogramm, sodaß der Österreicher weiß, woran er sich halten kann. Augenblicklich sind das eher propagandistische Aktionen, um den Eindruck zu erwecken, daß es doch nicht so schlimm ist und daß es schon irgendwie gehen wird in der Zukunft. Es wird aber sicher nicht irgendwie gehen, wenn man nicht heute schon klar die Vorgangsweise absteckt. Und das vermissen wir bei beiden Berichten! (*Beifall bei der FPÖ*.)

Präsident Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Taus gemeldet. Ich weise darauf hin, daß sie die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten darf, und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich zu einigen Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dr. Fischer Stellung nehme.

Zunächst zu meiner Zitierung in Sachen Atomenergie. Ich nehme hier das Protokoll meiner gestrigen Rede und zitiere – Seite 14.00 –: „Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei! Sie haben einen Energieplan beschlossen. In diesem Energieplan stehen drei Atomkraftwerke drinnen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei, in der Regierungserklärung steht drinnen, daß es kurzfristig zur Atomenergie keine Alternative gibt –“ (*Abg. Dr. Fischer: Die Meinung der Experten!*) „Erklärung des Herrn Bundeskanzlers.“ So die Regierungserklärung.

Dann sage ich weiter: „Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler: Haben Sie in dieser Frage auch den Mut zu sagen, ob Sie das, was Sie bereits beschlossen haben, aufrechterhalten, ob Sie das nicht aufrechterhalten, und wenn nicht, in welcher Form die bisherigen Beschlüsse der Regierung zur Atomenergie geändert werden. Ich beziehe mich hier selbstverständlich a) auf den Energieplan – hier ist eindeutig gesagt worden, daß der Beschuß enthalten ist.

Dr. Taus

Aber nun auch zur Regierungserklärung. Die Regierungserklärung, auf die ich mich bezogen habe, ist diejenige, die in den Stenographischen Protokollen der 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich vom Mittwoch, dem 5. November 1975, auf Seite 26 abgedruckt ist. Hier sagte der Herr Bundeskanzler: „In einer durchaus ausgewogenen Erklärung kommt eine Gruppe von führenden Wissenschaftern, darunter elf Nobelpreisträger und auch der frühere Österreicher Professor Viktor Weisskopf, ehemaliger Generaldirektor des CERN, zu dem Schluß, daß die traditionellen Energiequellen sparsamer genützt werden können und müssen: Bei steigendem Energiebedarf biete sich jedoch“ – und nun sagt der Bundeskanzler: – „ich wiederhole – keine vernünftige kurzfristige Alternative zu einer vermehrten Nutzung der Kernenergie an.“ (Abg. Dr. Fischer: Das sagen die Experten!)

Und nun geht die Geschichte so. Meine Äußerung bezieht sich erstens auf den Energieplan, wo es beschlossen ist, zweitens auf die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers, und hier gibt es wieder einen Unterschied. In dieser Regierungserklärung, wie sie gedruckt und in einer Broschüre herausgegeben ist, steht ein etwas anderer Text drinnen als im Protokoll. (Aha! -Rufe bei der ÖVP.) Und hier ist das „ich wiederhole“ offensichtlich nicht enthalten, und nach allen Regeln der Interpretation, nach allen Regeln der sprachlichen Interpretation – ich hätte das gar nicht gebraucht in der Regierungserklärung – bedeutet dieses „Ich wiederhole“ die Identifizierung mit der Meinung dieser Wissenschaftler, die hier genannt wurde. Herr Kollege! Das ist eine Frage der sprachlichen Interpretation. (Beifall bei der ÖVP.)

Dann darf ich bitte zu einer zweiten Stelle kommen, und zwar dort, wo Sie mir vorgeworfen haben, ich hätte falsch aus den statistischen Handbüchern des Arbeiterkamertages zitiert. Erstens: Ich habe zitiert aus dem Wirtschafts- und sozialstatistischen Taschenbuch – und so steht es im Protokoll – aus dem Jahre 1970. In diesem steht drinnen, daß wir an elfter Stelle unter den Industrierationen sind, und man bezieht sich hier, wie es da drinnen steht, auf das Jahr 1968. Ich habe korrekt gesagt: Wirtschaftsstatistisches Handbuch 1970.

Dann zitiere ich Wirtschaftsstatistisches Handbuch 1977, da sind die Zahlen von 1976 drinnen, und da stehen wir in der gleichen Reihenfolge an der zwölften Stelle. Daher sind wir in diesem Zeitraum um einen Platz zurückgerutscht. Aber um das geht es gar nicht. Ich habe nur gesagt, hier geht es ja nicht darum, daß man groß von Überholspur redet, wenn sich an der Position nichts geändert hat, im

wesentlichen nichts geändert hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber dann noch einen Satz dazu. Ich habe dann noch gesagt, ich meine es gut mit der Regierung, ich nehme das Pro-Kopf-Einkommen in Dollar. Jeder weiß, der sich ein wenig auskennt, daß der Dollar-Schilling-Kurs im Jahre 1968 ein anderer war als der Dollar-Schilling-Kurs im Jahre 1976. Es war im Jahre 1968 ein Dollar-Schilling-Kurs von rund 25 S, es war ein Dollar-Schilling-Kurs von rund 17 S im Jahre 1976. Sprich also, es ist eine ungeheuer günstige Position rein aus den Paritätsgründen für Österreich eingetreten, weil wir ja unterdessen voll in das Hartwährungslager eingeschwenkt sind. Daher habe ich gesagt, das ist gut für die Regierung, wenn ich das hier zitiere. (Abg. Marsch: Weil wir den besseren Schilling haben!)

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir nur eine Bemerkung.

Herr Kollege Fischer! Ich ersuche Sie, in Ihrer Argumentation bei den Methoden zu bleiben, die halt zwischen zivilisierten Menschen üblich sind. Danke schön. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Zu einer Erwiderung auf die vom Herrn Abgeordneten Dr. Taus abgegebene tatsächliche Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Fischer zum Wort gemeldet.

Ich weise darauf hin, daß sich die Erwiderung gemäß § 58/3 GO auf eine persönliche Angelegenheit des zum Wort Gemeldeten beziehen muß und fünf Minuten nicht überschreiten darf. Ich erteile es ihm. (Abg. Dr. Gruber: Nehmen Sie den Taschenspielertrick zurück, Herr Fischer! – Abg. Dr. Zittmayr: Entschuldigen Sie sich!)

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Herr Abgeordneter Taus! Ich appelliere an die eben angesprochenen zivilisierten Menschen und an die zwischen diesen übliche Diktion und mache die Damen und Herren, die soeben applaudiert haben, auf folgendes aufmerksam:

Der Passus der gestrigen Erklärung in puncto Nationalprodukt, Arbeiterkammer, lautet:

„Ich mache es noch dazu für die Regierung sehr, sehr günstig . . . Dabei stellen wir fest, daß wir im Jahr 1976 an der zwölften Stelle standen.“ – Und das sind die Zahlen des Jahres 1976. – „Dann nehme ich das Wirtschaftsstatistische Handbuch der Arbeiterkammer aus dem Jahr 1970, schlage die gleiche Tabelle . . . auf und muß feststellen, daß wir damals an der elften Stelle gestanden sind.“

Dr. Fischer

Von 1968 ist da keine Rede, Herr Kollege. (Abg. Dr. Schwimmer: *Geschäftsordnungswidrig! Keine persönliche Angelegenheit!*) Und der Vergleich unserer Position zwischen dem Jahre 1970 und dem Jahre 1976 ist der, daß wir uns verbessert haben, und das Jahr 1968 haben Sie jetzt eben zum erstenmal in die Debatte eingeführt. Denn gestern ist vom Jahre 1968 keine Rede gewesen.

Herr Dr. Taus! Gestehen Sie zu, daß Sie falsch argumentiert haben. (Abg. Dr. Taus verläßt den Saal. – *Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Und das zweite an dem zivilisierten, soeben den Sitzungssaal verlassenden ÖVP-Obmann, der weiß, warum er hinaus geht, ist die Tatsache, daß das Zitat aus der Regierungserklärung lautet, daß der Bundeskanzler die Wissenschaftler im Konjunktiv zitiert hat. (Rufe bei der ÖVP: *Zur Geschäftsordnung!*)

Und wenn das der Herr Bundesparteiobmann der ÖVP nicht versteht und die ÖVP, meine Damen und Herren, nicht versteht, was sie für einen armseligen Eindruck macht, wenn sie das nur mit Gebrüll quittieren kann, dann tun Sie mir leid. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Mock. Ich erteile es ihm. (Abg. Dr. Gruber: *Der Herr Fischer mit seinem Taschenspielertrick!* – Abg. Libal: *Warum rennt denn der Taus raus?* – Abg. Dr. Taus, der inzwischen wieder in den Sitzungssaal gekommen ist: *Das sind ja keine Argumente!* – Abg. Dr. Gruber: *Der Fischer muß ein falsches Buch nehmen und daraus zitieren!*)

Am Wort ist der Redner. Dr. Mock hat das Wort. (Anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß selten ein Klubobmann einen solchen Ton in eine parlamentarische Diskussion hereingebracht hat wie heute Klubobmann Dr. Fischer. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Klubobmann! Ich möchte hier auf wenige Punkte von Ihnen eingehen, obwohl wir eine Wirtschaftsdebatte im engeren Sinn haben. Sie haben wieder einmal mehr wie auch bei anderen Gelegenheiten darauf angespielt, daß Dr. Taus Generaldirektor der Girozentrale war.

Der Ton macht die Musik. Ich ver wahre mich einmal mehr gegen diesen Ton. Wir sind stolz, daß der Sohn eines Arbeiters in unserem Land so eine Position erreicht hat. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben es Ihrem Bundesparteiobmann – und das wäre genauso mies gewesen – nie zum Vorwurf gemacht, daß er in einer Industriellenfamilie geboren wurde. Das wäre mit unserem Selbstverständnis als Volkspartei nicht vereinbar. Wir verwahren uns aber immer wieder gegen das Durchschlagen dieser als Diskriminierung beabsichtigten Aussagen, ja diffamierenden Haltung von Ihnen. So muß es nämlich in der Öffentlichkeit verstanden werden. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)

Der Herr Abgeordnete Libal ist nicht herinnen, er hat nämlich dem Bundesparteiobmann zugerufen: Miese Tricks! (Abg. Dr. Gruber: *Der Lauscher!*) Ich möchte auch das zurückweisen. Gerade jemand, der vor kurzem so im Glashaus gesessen ist, sollte sich solcher Zwischenrufe enthalten. (Abg. Dr. Gruber: *Der Herr Lauscher!*)

Herr Abgeordneter Fischer! Sie haben richtig gesagt, es wäre wünschenswert von einer Debatte, daß sowohl die Opposition, bei aller Kontrollfunktion, als auch die Regierung, bei aller Verständlichkeit für die positive Selbstdarstellung, die Fragen differenziert betrachten. Ich stimme Ihnen in dieser Feststellung zu. Ja aber, Herr Abgeordneter Fischer, wo blieb dann Ihre differenzierte Feststellung? Wir wissen schon, daß auch nach 1970 gearbeitet, organisiert und produziert wurde, daß es einen weiteren wirtschaftlichen Fortschritt gegeben hat. Was wir immer gesagt haben, ist, daß wir es anders gemacht hätten und in einer Reihe von Bereichen besser gemacht hätten. Das war unsere Argumentation. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Opposition ist in unserem System nicht berufen, paragrafemäßig geordnete Alternativen vorzulegen. Das ist die Aufgabe der Regierung, dazu hat sie den Apparat, dazu hat sie qualifizierte Fachleute in den Ministerien. Wir sind zu folgendem berufen:

Erstens die Kontrolle auszuüben – je schärfer und je härter wir das machen, desto mehr entsprechen wir dem Auftrag, den uns als Opposition bei der letzten Wahl die Bevölkerung sicherlich zugewiesen hat – und zweitens in grundsätzlichen politischen Fragen auch zu zeigen, wo der politische Weg für dieses Land hinginge, wenn wir die Verantwortung hätten.

Es hätte der von Ihnen geforderten differenzierten Betrachtungsweise entsprochen, wenn Sie gesagt hätten: Bitte, ich bin zwar nicht einverstanden – das ist verständlich –, aber ich habe mich auch mit diesen Alternativen, mit diesen Grundlagen für eine Alternativpolitik der Österreichischen Volkspartei, wie wir sie vor einiger Zeit etwa in den vier Plänen zur

Dr. Mock

Lebensqualität darstellten, auseinandergesetzt. Oder: Ich habe mir das, was in Fortschreibung vom 19. Bundesparteitag im März beschlossen wurde, angesehen, ich habe mir diese Schwerpunkte angesehen und bin ganz anderer Auffassung. – Das wäre eine differenzierte Betrachtungsweise gewesen, wie Sie sie von einer parlamentarischen Debatte erwarten. Ich darf Ihnen die Pläne auf alle Fälle dann auch noch persönlich übermitteln. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Es war ja Broda, der einmal geschrieben hat: Die beste Opposition ist nicht jene, die die besseren Formulierungen für einzelne Paragraphen von Gesetzen produziert, sondern die in den großen Linien die bessere Politik anzugeben vermag. Natürlich war das zu Ihrer Oppositionszeit, aber ich halte es auch jetzt für richtig. Man sollte ein bißchen mehr – Sie haben von der Glaubwürdigkeit gesprochen – auch zu den Auffassungen stehen, die man in der Opposition vertreten hat. Und da wäre es angebracht gewesen, wenn Sie eben auch ein bißchen vom Budgetdefizit gesprochen hätten und von den Problemen, die damit verbunden sind, wenn Sie von der Bundesschuld und von den Problemen, die damit zusammenhängen, gesprochen hätten, nämlich, daß Sie sie mit 60 Milliarden Schilling übernommen haben und heute bei 192 Milliarden Schilling stehen; wenn Sie von der Zahlungsbilanz gesprochen hätten.

Bitte: Professor Koren hat hier gesagt, daß sich gerade auch zum Beispiel Generaldirektor Kienzl sehr eingehend mit diesen Fragen beschäftigt hat, daß sich qualifizierte Journalisten in den verschiedenen Blättern, vor allem in den Wirtschaftszeitungen, damit beschäftigt haben. Sie sind nicht darauf eingegangen. Es hätte auch sehr wohl einer differenzierten Betrachtungsweise und einer gehobenen parlamentarischen Debatte entsprochen, wenn Sie auf Ihren Vorredner eingegangen wären, der eben Klubobmann Professor Koren gewesen ist.

Es tut mir leid, daß Sie einen so unqualifizierten Ton hereingebracht haben. Kein Klubobmann der Volkspartei, kein Bundesparteiobmann der Volkspartei hat in der Opposition auch nur annähernd jene abqualifizierenden Ausdrücke gegenüber einem Ihrer Herren gebraucht, die seinerzeit, als Sie in der Opposition waren, wiederholt uns gegenüber gebraucht worden sind. (Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Pansi: Ist es verboten, daß Unwahrheiten richtiggestellt werden? – Zwischenruf des Abg. Dr. Fischer. – Ruf bei der ÖVP: Gemeinheit! Das war eine Gemeinheit! – Weitere Gegenrufe bei der ÖVP.) Es ist verboten, jemandem Taschenspielertricks vorzuwerfen, wenn keine vorhanden sind und

Zwischenrufe wie „miese Tricks“ zu machen. Nach unserem Selbstverständnis ist das schlechter parlamentarischer Stil, Herr Pansi! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen folgendes sagen, Herr Abgeordneter Fischer: Ich hätte das nicht mehr erwähnt, wenn Sie, Herr Abgeordneter Pansi, nicht „klugerweise“ wieder mit den Zwischenrufen gekommen wären, denn ich bin dagegen, daß man immer alles wieder aufwärmst bei allem, was passiert. Sie haben auch hier schon mit „Verleumdung“ und solchen Zwischenrufen gearbeitet. Ich habe den Eindruck gehabt, als Dr. Fischer die Position des Klubobmannes übernahm, daß er sehr wohl hier – ich sage das gar nicht überheblich, denn es ist eine wichtige Position auch bezüglich des Verhältnisses zwischen den Parteien – einen anderen Stil praktiziert. Ich bedaure, daß er hier zumindest mit den heutigen Bemerkungen in eine frühere Art zurückgefallen ist, Herr Abgeordneter Pansi.

Nun zu dem Wirtschaftsbericht selbst: Herr Finanzminister! Der Bundeskanzler ist leider nicht hier. (Rufe bei der SPÖ: O ja!) Warum es in unserer Darstellung vor allem auch zum Bericht des Bundeskanzlers geht – es war ja gestern eine Art Doppelconférence in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung –: Es ist aufzuzeigen, daß im nachhinein etwas als Ihre Leistung dargestellt wurde, was in keiner Weise beabsichtigt war, nämlich rechtzeitig, bereits 1974, durch ein expansives Budget die Konjunktur zu beleben beziehungsweise abzusichern.

Der Herr Bundeskanzler hat hier gesagt – darauf ging auch schon kurz Klubobmann Koren ein –, daß 1974 Maßnahmen zur Konjunkturbelebung gesetzt wurden; die staatliche Verschuldungspolitik der sozialistischen Alleinregierung sollte damit eigentlich nur nachträglich gerechtfertigt werden. Ich glaube, Klubobmann Koren hat auch zitiert, daß Sie am 21. Mai 1974 von der sparsamen Ausgabenpolitik gesprochen haben. Ich möchte dem hinzufügen, daß Sie am 22. Oktober 1974 von äußerster Sparsamkeit gesprochen haben und ähnliche Aussagen mehr gemacht haben. Das heißt, Sie haben nie beabsichtigt, dort überdimensionale Ausgaben zu machen, um das, was Ende 1974 und 1975 erst eingetreten ist, nämlich den Konjunkturabbruch, tatsächlich zu stützen.

Was Ihnen passiert ist, Herr Finanzminister, ist folgendes: Ab den Jahren 1972/1973 gab es eine überhöhte Verschuldungspolitik, die Ihnen die Kapazität genommen hat, im Jahre 1975 von einem niedrigen Niveau aus Impulse zu geben, und die Sie dann gezwungen hat, im Jahre 1975 von einem hohen Verschuldungsniveau aus noch zuzusetzen, und die uns heute eine überdimensionale Zinsenverpflichtung, Ver-

5758

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Mock

schuldungsrate und Zahlungsbilanzschwierigkeiten bringt. Das war die Entwicklung der letzten drei Jahre! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich darf das hier, Herr Finanzminister, kurz untermauern. 1972 betrugen die Verwaltungsschulden 24 Milliarden Schilling, 1973 gab es – zu einer Zeit, wo keine Spur von einem Konjunkturteinbruch war, sondern nur optimistische Visionen – 33 Milliarden Schilling Verwaltungsschulden; das bedeutet eine Steigerung um fast 50 Prozent. 1974, mit einer guten Konjunktur fast bis zum Ende des Jahres, waren es 48 Milliarden Schilling. Und Sie waren auf einem sehr hohen Niveau bei den Verwaltungsschulden. Ich könnte dasselbe nun von den Bundesschulden, das sind Verwaltungsschulden und Finanzschulden zusammen, sagen. Das heißt, Sie haben, statt in einer Zeit der guten Einnahmen, der Hochkonjunktur, das Niveau der Staatsverschuldung zu halten oder sogar zu senken, dieses Niveau bereits durch das, was später bekannt wurde, nämlich die Verschwendungs- politik der sozialistischen Alleinregierung, angehoben und kamen dann in entsprechende Schwierigkeiten, als es tatsächlich darum ging, Impulse zu setzen.

Sie haben in der Zeit, in der wir schon eine steigende Inflationsrate hatten – 1972, 1973 –, auf Grund Ihrer Ausgabenpolitik Impulse gesetzt, die die Inflationsrate noch höher hinaufgetrieben haben – bekanntlich sind wir damals an die 10 Prozent herangekommen – und haben sich damit eine strukturelle Schwäche für 1975, für 1976 und für eine längere Zeit eingehandelt.

Wir dürfen einfach, glaube ich, nicht vergessen, daß damals, bei der Übernahme der Regierung, die Bundesschulden 60 Milliarden Schilling betrugen. Noch in der Zeit der Hochkonjunktur betrugen die Bundesschulden schon 120 Milliarden Schilling, eine Steigerung um 100 Prozent, meine Damen und Herren. Und erst dann, als die Konjunktur zurückging, kamen noch weitere finanzielle Impulse dazu.

Daher ist die Darstellung des Herrn Bundeskanzlers beschönigend oder, wenn Sie wollen – wie Klubobmann Koren gesagt hat –, eben wirklich zu viel Weihrauch gewesen für die eigene Handlung. Das ist Geschichtsklitterung gewesen, finanzpolitische Geschichtsklitterung! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Konjunktur war damals da, Herr Finanzminister, die Konjunktur war da, die Wirtschaft hat Kredite aufgenommen in den Jahren 1972/1973. Daher sind Sie ja damals schon in das Ausland gegangen. Sie haben damals schon Auslandskredite aufgenommen. 1973 betrug die Auslandsverschuldung an der gesamten Bun-

desschuld 16 Prozent, 1974 betrug sie 22 Prozent, 1975 betrug sie 32 Prozent. Wie gesagt: In diesem Jahr oder Ende 1974 hätte ich dann für jede Maßnahme in dieser Richtung Verständnis gehabt.

Heute müssen wir uns zur Vermeidung noch höherer Rückzahlungen auch unbedingt an die Hartwährungspolitik halten. Und die Zinsen, meine Damen und Herren, belasten unsere Zahlungsbilanz immer stärker und immer mehr. Die Zinsenlasten des Bundes, die Zinszahlungen des Bundes an das Ausland, betragen 1975 750 Millionen Schilling, belaufen sich in diesem Jahr auf 3,6 Milliarden Schilling und werden sich 1978 auf 4 bis 4,5 Milliarden Schilling belaufen.

Das, Herr Finanzminister, zu dieser unserer Auffassung nach unrichtigen Darstellung bezüglich der Entwicklung der staatlichen und budgetmäßigen Impulse zur Konjunkturförderung in den Jahren 1974/1975.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas anderes anschneiden. Es war praktisch in all den Jahren der Alleinregierung von Dr. Kreisky so, daß für selbständige Unternehmer, für die landwirtschaftliche Bevölkerung nie ein direktes Engagement gegeben war. Hier schlug das alte Klassendenken der Sozialisten immer wieder durch, und diese Bevölkerungsgruppen, wie die bäuerliche Bevölkerung oder die Selbständigen – Gewerbe und Industrie –, waren gelegentlich interessante Gruppen, aber nur unter dem temporären Gesichtspunkt des Wählerfangs.

In einem wachsenden Ausmaß zeigt sich nun auch die Belastung, die von der Politik dieser Alleinregierung für die Arbeitnehmer ausgeht. Ich darf in Erinnerung rufen, daß in den letzten beiden Jahren das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer um rund 19 Prozent stieg, Ihre Einnahmen aus der Lohnsteuer, Herr Finanzminister, stiegen um rund 50 Prozent, um knapp über 50 Prozent!

Im Jahre 1970 betrugen die Lohnsteuereinnahmen rund 10 Milliarden Schilling, 1976 waren es 32 Milliarden Schilling, eine Steigerung um weit mehr als 200 Prozent; 1977 betragen sie 41 Milliarden Schilling. Im Jahre 1970, Herr Finanzminister, machten die Lohnsteuereinnahmen rund 12 Prozent Ihrer gesamten Steuereinnahmen aus, im Jahre 1976 machten die Lohnsteuereinnahmen 21 Prozent der Gesamteinnahmen aus.

Ich bin nun folgender Auffassung, meine Damen und Herren: Je stärker die Lohnsteuer auch zu einer tragenden Säule der Einnahmen des Finanzministers wird, umso stärker interessieren sich auch die Arbeitnehmer für das, was

Dr. Mock

mit diesem Geld geschieht. Umso stärker ist es meiner Auffassung nach Aufgabe – und das ist sozusagen eine strukturelle Aufgabe, die auf die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer zukommt –, von dort auch den Einsatz der Steuerabgaben der Arbeitnehmer stärker zu kontrollieren.

Nach sieben Jahren sozialistischer Alleinregierung und den vielen Einzelprojekten von Verschwendungs-politik, die hier im Haus behandelt worden sind, zeigt sich: Wir brauchen notwendig einen Konsumentenschutz gegen die Art, wie Sie öffentliche Gelder verwenden! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Das geht auch im gesellschaftspolitischen Bereich so weiter, meine Damen und Herren: Die Disziplinierung der sozialistischen Arbeitnehmervertreter – seien es sozialistische Betriebsräte oder Arbeiterkammerräte – durch die Partei, die es ihnen unmöglich macht, für die Interessen der Arbeitnehmer in aller Öffentlichkeit einzutreten, ist auch ein Verlust an Vertretungskraft des ÖGB und der Arbeiterkammern im Interesse der österreichischen Arbeitnehmerschaft. Auch das ist ein Strukturmoment, das sich in den letzten Jahren immer mehr gezeigt hat.

Herr Bundesminister! Sie haben einmal von den drei E gesprochen, um auch einen anderen gesellschaftspolitischen Aspekt hereinzubringen: Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, Eigeninitiative. Ich verstehe schon, daß Sie auf das durch die tatsächliche Entwicklung jetzt gestoßen werden. Wenn sich eben zeigt, wie heute schon jemand gesagt hat, daß nicht immer alles machbar ist, wie es sozialistischen Illusionen und Utopien entspricht, dann greift man zu den politischen Wertvorstellungen aus anderen politischen Bereichen.

Ich möchte das gar nicht kritisieren; ich bin froh, daß Sie sich zu diesen Werten bekennen. Nur bitte: Theorie und Praxis, Herr Finanzminister, wollen wir sehen. Mehr Eigenverantwortung: Warum sind Sie dann nicht gesprächsbereit über eine vernünftige, maßvolle Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer an die inflatorische Entwicklung der letzten zwei Jahre, um dem einzelnen mehr Eigenverantwortung über seinen Arbeitsertrag zu geben? Hier stimmt es mit der Theorie und mit der Praxis überhaupt nicht! (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Warum, Herr Finanzminister, diskriminieren Sie jetzt seit Ihrem letzten Regierungsgipfel die innerbetriebliche Sozialkapitalbildung, das heißt die innerbetriebliche Vorleistung auf Zusatzpensionen und ähnliches mehr, die die öffentliche Hand entlasten? Sie machen genau das Gegenteil. Sie diskriminieren, Sie verhin-

dern, Sie erschweren die Bildung von innerbetrieblichem Sozialkapital. Theorie ist das eine, und Praxis ist sehr oft das Gegenteil.

Ich möchte hier nur kurz erwähnen, Herr Finanzminister: Wir werden gerade dieses Thema der Lohn- und Einkommensteueranpassung aus Gründen der Leistungsmotivation, aus sozialen Überlegungen, aus grundsätzlich gesellschaftspolitischen und aus wirtschaftspolitischen Überlegungen weiter verfolgen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Klubobmann Fischer hat vorhin auch gemeint, man soll doch Einzelbeispiele für Alternativen bringen. Das kommt mir gerade bei den Verschuldungsziffern auch in Erinnerung. Herr Klubobmann Fischer! Wie oft hat die Österreichische Volkspartei hier davon gesprochen, daß Sie eines Tages die größten Schwierigkeiten haben werden mit dem von Ihnen künstlich, oft aus parteipolitischen Überlegungen aufgeblähten Verwaltungsapparat? (Bundesminister Dr. Androsch: Die Lehrer!) Die Lehrer? Herr Finanzminister! Deswegen, weil man etwas wiederholt, wird es nicht wahrer. Ich darf Ihnen das als Antwort geben. Ich darf Ihnen sagen, daß im letzten Budget der ÖVP-Alleinregierung für 1970 die Lehrerdienstposten um rund 1 000 erhöht wurden, obwohl wir insgesamt 900 Dienstposten eingespart haben. Das war damals die Praxis. (Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.)

Jetzt setzt auch der Herr Bundeskanzler mit seinem traditionellen Murmeln von der Regierungsbank ein. Was haben Sie damals gesagt, Herr Bundeskanzler? Sie haben gesagt: Mein Gott – Sie sind hier gestanden –, 900 Dienstposten eingespart; ein Berg hat gekreißt und ein Mäuslein wurde geboren.

Sie wären froh, wenn Sie in einem einzigen Jahr absolut einmal 900 Dienstposten eingespart hätten. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Wenn Sie noch Erläuterungen hören wollen, Herr Bundeskanzler: Wenn es schon eine Entwicklung gibt ... (Zwischenruf des Abg. Lausecker.) Herr Bundesminister! Ich muß Ihnen sagen: Ich habe wirklich eine Zeitlang geglaubt, weil Sie in Sachfragen bewandert waren, daß vielleicht irgend etwas weitergeht. Es ist nichts ... (Abg. Lausecker: ... mehr als 900!) Bitte, Dienstpostenentwicklung 1970: 273 000, 1976 – 286 000. 13 000 mehr, Herr Bundesminister! (Zustimmung bei der ÖVP. – Ruf bei der ÖVP: Nicht nur Lehrer!) Nicht nur Lehrer.

Das sind dann die Tricks, mit denen der Herr Bundeskanzler die Öffentlichkeit in die Irre führt. Er sagt: Wir haben doch nur Lehrer

5760

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Mock

aufgenommen, sagt aber nicht hinzu, daß im Jahr rund 2 Prozent der öffentlich Bediensteten in Pension gehen. Auch bei einer Null-Haltung des Gesamt-Dienstpostenbestandes kann man durchaus neue Dienstnehmer aufnehmen, und das ist im besonderen Ausmaß möglich, wenn man tatsächlich Bildung oder zum Beispiel Sicherheit zu Schwerpunktanliegen macht. Das haben Sie aber nie getan. (Abg. *Lausecker: Wissen Sie, wie hoch Staatssekretär Gruber den Dienstpostenbedarf geschätzt hat?*) 5 200 wurden in vier Jahren eingespart, Herr Bundesminister. 5 200! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Minister! Aber ich kann die Debatte schon weiterführen. Der Herr Bundeskanzler hat sich ja nie für solche Fragen interessiert. Er ist Jahre hindurch nie in der Verwaltungsreformkommission gewesen. Das ist auch ein sehr bitteres Geschäft. Herr Bundeskanzler! Das gestehe ich zu. Es ist viel leichter, in der internationalen Welt herumzufahren und entsprechende Aussagen zu machen, als Dienstposten einzusparen. (Vizekanzler *Dr. Androsch: Zum Frühstück zum Carter!*) Ja, zum Frühstück zum Carter, Herr Finanzminister, haben Sie gemeint. Das hat Sie offensichtlich auch sehr irritiert. Denn damals ... (Bundeskanzler *Dr. Kreisky: Im Gegenteil! Wie es zustande gekommen ist!*) Im Gegenteil. Gut, Herr Bundeskanzler!

Meine Damen und Herren! Auch hier eine Antwort: Ich wurde eingeladen, an einem Frühstück teilzunehmen, das in Washington stattgefunden hat: im Hotel Hilton, wo auch der amerikanische Präsident anwesend war. An diesem Frühstück nahmen ... (Abg. *Dr. Schranz: 600!*) Nein. Bei diesem Frühstück waren über 2 000 Leute anwesend. Ich hatte vorher zusammen mit sieben anderen Politikern die Möglichkeit, eine Stunde lang mit dem amerikanischen Präsidenten zu sprechen. Die „sozialistische Korrespondenz“ hat spöttisch gemeint: „Mock zu einem Frühstück mit ‚Gebet‘ bei Carter“; unter Anführungszeichen oder so ähnlich.

Herr Bundeskanzler! Mir ist es völlig gleich, ob Sie vor dem Frühstück – das geht mich nichts an – beten oder nicht beten. Ich bekenne mich zu dieser Art der Veranstaltung und gebe Ihnen diese Diffamierung, die damals Ihr Pressedienst gemacht hat, zurück. (Lebhafte Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt im Zusammenhang mit der Zahlungsbilanzentwicklung, die ein ernstes Problem ist und uns noch lange beschäftigen wird, einige Bemerkungen machen.

Ich darf daran erinnern, daß das Handelsbi-

lanzdefizit in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung weitgehend durch die Erträge des Fremdenverkehrs abgedeckt wurde. Das war auch noch in den ersten Jahren der sozialistischen Alleinregierung der Fall. Leider ist es nun so, daß der Fremdenverkehr auch nicht annähernd mehr in der Lage ist, das Handelsbilanzdefizit abzudecken. Das widerspiegelt die schwierige Strukturerentwicklung unserer Zahlungsbilanz.

Die erste Ursache, meine Damen und Herren, läge nach Regierungsdarstellung im Konsumgüterbedarf. Auch hier wurde nur die halbe Wahrheit gesagt. Sicher haben wir einen hohen Konsumgüterimport. Allerdings muß man, Herr Finanzminister, dazu sagen: Die Gesamtimporte sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres um durchschnittlich 16 Prozent gestiegen. Bei den Investitionsgütern waren es 20 Prozent, bei den Halbfabrikaten 23 Prozent, bei den technischen Haushaltsgeräten 5 Prozent, bei den PKW 9 Prozent.

Das heißt: Die Importe der Konsumgüter waren nicht das allein entscheidende Moment, und daher ist auch die Argumentation völlig falsch, daß bei einer Lohn- und Einkommensteueranpassung von, wie Herr Generaldirektor Kienzl gemeint hat, rund 8 Milliarden Schilling die Konsumgüterimporte um 10 Milliarden Schilling steigen. Der Herr Generaldirektor hat noch nie etwas davon gehört, daß man von einer Lohn- und Einkommensteuer, die man sich erspart, auch Schulden zahlen kann, sich in Österreich etwas leisten oder kaufen könnte oder allenfalls auch sparen kann, trotz der von Ihnen durchgeführten Sparverschlechterung. Eine halbe Darstellung!

Die Energieentwicklung: Die Energie-Importe waren 1973/74 eine sehr schwere Belastung unserer Zahlungsbilanz. Das gewaltige Defizit des Jahres 1976 und die Entwicklung 1977 – wie ich aufgezeigt habe – hängen eher zusammen mit der Tatsache des Wettbewerbsverlustes unserer Wirtschaft auf dem eigenen Markt. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Finanzminister! Das ist ja auch verständlich: Wenn in den stärksten Partnerländern – in der Bundesrepublik, in der Schweiz – ein, zwei, zweieinhalb Jahre hindurch günstiger produziert wird, die Inflationsrate hinter unserer Inflationsrate zurückbleibt – dort gibt es aber sicherlich auch Schwierigkeiten –, dann gibt man letztlich diesen Ländern von der österreichischen Regierungspolitik her die Chance zu einem verstärkten Einbruch auf dem österreichischen Markt. Auch das sollte man in einer differenzierten Betrachtungsweise aufzeigen.

Meine Damen und Herren! Zuletzt, Herr Finanzminister, noch etwas. Die Entwicklung

Dr. Mock

der Importpreise in den letzten zwei Jahren, 1975 und 1976, zeigt folgendes:

1975 stiegen die Importpreise um 3,8 Prozent. In Österreich stieg das Preisniveau um 8,4 Prozent. Das heißt: Sie haben Stabilität importiert und hier Inflation gemacht, Herr Finanzminister! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) 1976 stiegen die Importpreise um 2,1 Prozent, die innerösterreichischen Preise um 6,3 Prozent. Sie haben wieder Stabilität importiert und hier Inflation gemacht!

Ich verheimliche gar nicht: Wir sind sehr froh, daß Sie jetzt wenigstens von 10 auf 5,5 Prozent heruntergekommen sind. Aber gegenüber den Leistungen der ÖVP-Alleinregierung von jährlich durchschnittlich 3 Prozent bleibt das noch immer ein sehr bescheidener Erfolg und noch immer, auch nach dem Verständnis von Fachleuten, eine Inflationsrate! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte abschließend, meine Damen und Herren, noch zu einem Thema kommen, das, wie ich glaube, immer größere Bedeutung erhält. Im Nationalbankgesetz 1955 heißt es:

„Sie“ – die Nationalbank – „hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der Wert des österreichischen Geldes in seiner Kaufkraft im Inland sowie in seinem Verhältnis zu den wertbeständigen Währungen des Auslandes erhalten bleibt.“ (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Nun, Herr Finanzminister, die Kaufkraftentwicklung im Inland ist ja mehr als ramponiert. Das habe ich vorhin mit der innerösterreichischen Inflationsrate aufgezeigt. Wir haben das Verhältnis zu den harten Währungen im Ausland noch gehalten. Nur frage ich mich, Herr Finanzminister, wie lange wir es noch halten können, zumal eben in der Bundesrepublik im Jahre 1975 die Preissteigerungsrate 6 Prozent, bei uns 8,4 Prozent, in der Schweiz 6,7 Prozent betrug, zumal im Jahre 1976 bei uns die Inflationsrate über 7 Prozent, in der Bundesrepublik 4,5 Prozent und in der Schweiz 1,7 Prozent ausmachte. Ich frage mich, wie lange die Nationalbank noch dieser Aufgabe und diesem Auftrag entsprechen kann.

Es geht nicht nur um dieses spezielle Problem. Man sieht Jahr für Jahr, daß die Autonomie der Nationalbank meiner Auffassung nach de facto immer mehr eingeschränkt wird. Sie ist heute in einem hohen Ausmaß integrierter Bestandteil der staatlichen Finanzpolitik, ohne das vom erwähnten Gesetz geforderte Eigenleben und ohne die vom Gesetz fixierte Eigenverantwortung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Vielleicht darf ich nur in Erinnerung rufen –

ich glaube, es ist heute schon einmal kurz erwähnt worden –, daß entgegen dem § 41 seinerzeit ein 2-Milliarden-Schilling-Kredit durch den Herrn Finanzminister bei der Nationalbank – sprich Notenpresse – aufgenommen worden ist. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde anschließend abgelehnt. Aber der Herr Finanzminister hat dann die Kosten dieser Kreditaufnahme übernommen. Bitte: Wie kann jemand Kosten für etwas übernehmen, worüber er nie eine Vereinbarung getroffen hat? Und da reden Sie heute von Korrektheit und Direktheit und Offenheit gegenüber dem Parlament! Hier haben Sie systematisch dem Parlament die Unwahrheit gesagt und diesen Akt der Gesetzgebung mißachtet, diesen Akt der mangelnden Information durch eine politische Entscheidung, nämlich durch die SPÖ-Mehrheit, dann im nachhinein saniert. Das zeigt aber die institutionelle Schwäche der Nationalbank.

Wie ist es mit dem Geldausgabemonopol laut § 61 bei der Nationalbank? Wenn der Herr Finanzminister hemmungslos Gold- und Silbermünzen – letztere ohnehin heute nicht mehr sehr interessant – ausprägt – ich darf nur sagen: von 3 Milliarden Schilling auf 10 Milliarden Schilling –, was ihm grundsätzlich rechtlich zusteht – wenn er aber dieses Recht so gebraucht –, was bleibt da vom Monopol der Nationalbank übrig? Und so könnte man die Dinge fortsetzen. Ich möchte nicht zu weiteren Details kommen. In der Geschäftsordnung des Generalrates heißt es, es dürfen Diskontsätze nicht einmal in die Tagesordnung aufgenommen werden, um die Vertraulichkeit zu wahren.

Meine Damen und Herren! Bei jeder Zinssatzänderung hat man schon wochenlang vorher lesen können, was der Herr Finanzminister meint, was der Präsident Benya meint. Gelegentlich meint der eine das Gegenteil vom anderen. Hier werden doch rechtliche Vorkehrungen schon längst nicht mehr beachtet. Ich glaube daher, nachdem es meiner Auffassung nach ein notwendiger Bestandteil unserer marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen ist, daß eine autonome, eine selbständige Nationalbank zur Wahrung der Währungsstabilität notwendig ist, daß man sich wahrscheinlich sowohl unter Fachleuten, aber eines Tages auch im Parlament darüber wird unterhalten müssen, ob man nicht angesichts einer zentralistisch ausgerichteten sozialistischen Alleinregierung die Rechtsgrundlage der Nationalbank für mehr Selbständigkeit stärken muß. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es entspricht nicht meiner Auffassung und auch nicht der Auffassung von Experten, die Ihrer Partei nahestehen, daß die Nationalbank

5762

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Mock

praktisch nur immer wieder gerufen wird, die Unfähigkeit des Finanzministers in seiner eigenen Kassengebarung abzudecken, das heißt, Erfüllungsgehilfe des Finanzministers ist. Denn, Herr Finanzminister: Wenn das so vom Gesetzgeber beabsichtigt wäre, dann könnte man das alles viel einfacher machen und einfach eine zusätzliche Sektion im Bundesministerium für Finanzen einrichten. Das widerspricht aber genau unseren grundsätzlichen und auch finanzpolitischen Vorstellungen.

Meine Damen und Herren! Die Zahlungsbilanz widerspiegelt nicht nur die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft im Bereich der Warenproduktion und der Dienstleistungen, sondern widerspiegelt auch die finanzpolitische und die wirtschaftspolitische Kompetenz der Bundesregierung. Ich denke an die eine Seite, was sich in der Zahlungsbilanz widerspiegelt, nämlich an die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Die österreichischen Arbeitnehmer, Manager, leitenden Angestellten, Selbständigen, Produzenten, Forschende, Beratende, Wissenschaftler sind heute genauso engagiert und genauso fähig wie noch vor wenigen Jahren. Das heißt: Wenn sich in der Zahlungsbilanz das Passivum erhöht, und zwar mehr, als es für uns verträglich ist, so liegt es vor allem an der sozialistischen Alleinregierung. Die sich verschlechternde Zahlungsbilanz, meine Damen und Herren, eine Bilanz der Aktiva und Passiva, widerspiegelt auch eine sich verschlechternde Regierungsbilanz. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Sekanina.

Abgeordneter Sekanina (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Mock hat kritisiert beziehungsweise kritisch vermerkt, daß Abgeordneter Dr. Fischer nicht genau genug, nicht exakt genug auf seinen Vorredner oder auf Vorredner eingegangen ist.

Bevor ich, meine Damen und Herren, nicht nur vom Standpunkt des politischen Funktionärs, sondern auch vom Standpunkt des Gewerkschaftsfunktionärs auf einige Kernprobleme, auf einige wesentliche Fragen der wirtschaftspolitischen Situation eingehe, möchte ich mir schon das Recht herausnehmen, dasselbe zu tun, was Herr Dr. Mock getan hat. Er hat es nämlich notwendig gefunden, von dieser Stelle aus Zeugnisse zu verteilen und ein Reglement aufzustellen, wie wir uns als Regierungsabgeordnete verhalten sollten.

Es ist selbstverständlich das gute Recht des Herrn Dr. Mock, seine Meinung zu äußern. Ich bestreite das nicht, Herr Kollege, ich verstehe nur Ihre Empfindlichkeit nicht, denn Sie zählen

wahrlich nicht zu den Abgeordneten, die hier an diesem Rednerpult mit Glacéhandschuhen agieren. Ich erinnere Sie an die Diskussionen, in denen Sie mehrmals – ich hätte das nicht gesagt, wenn Sie jetzt nicht den Anlaß dazu geboten hätten – beziehungsweise im konkreten Falle einen Ordnungsruf deswegen erhielten, weil Sie Worte gebraucht haben, die alles andere als passend waren. Sie bestätigen das. (Zustimmung bei der SPÖ. – Widerspruch bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ich würde ja gerne mit jedem einzelnen von Ihnen reden.

Herr Dr. Schwimmer: Sie sind dafür bekannt, daß Sie immer von der letzten Bank aus mit besonderer Lautstärke agieren. Das sind aber keine Argumente, Herr Kollege Dr. Schwimmer!

Aber nun, Herr Dr. Mock, wieder zurück zu Ihren Bemerkungen. Sie haben ja jetzt selbst aufgezeigt, daß Sie einmal diesen Ordnungsruf bekommen haben. Ich habe deswegen nicht gesagt, daß Sie im Zusammenhang mit diesem Vorkommnis in irgendeiner Form auf Dauer zu kritisieren sind. Ich stelle nur fest, daß es nicht ganz am Platz ist, sich hierherzustellen und den Abgeordneten der Regierungspartei Vorträge zu halten, daß sie sich schlecht benehmen, wenn Sie selbst einer sind, der manchmal die größten Schwierigkeiten hat, den hier von Ihnen so propagierten Ton einzuhalten. Und eben weil Sie das selbst nicht können, scheinen Sie mir wahrlich ungeeignet zu sein, uns hier in irgendeiner Form eine Lehre zu halten, Herr Dr. Mock! (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Frage ist ja sicherlich nicht entscheidend, aber Kleinigkeiten darf ich doch aufzeigen, die für die breite Öffentlichkeit nicht registrierbar sind. Der Stil, den Sie da produzieren, war: So ein bissel von hinten herum, so ein bissel den Anschein geben, Sie wären ein Hüter des guten Tones. So wollten Sie sich ja heute hier etablieren.

Was haben Sie praktisch gemacht? Zwei Dinge. Ich habe es nur kurz registriert. Es ist nicht gravierend, Herr Kollege Dr. Mock, aber ein typisches Beispiel dafür, was Sie unter Stil verstehen. Sie drehen sich um und sagen: Der Herr Bundeskanzler ist nicht im Saale. Sie haben das nicht nur deswegen gesagt, um der breiten Öffentlichkeit mitzuteilen, daß der Herr Bundeskanzler nicht da ist, Sie haben es vielmehr deswegen getan, um hier kritisch zu vermerken: Wo ist denn der schon wieder, wo treibt sich der herum? Eigene Kollegen haben Ihnen gesagt... (Abg. Dr. Haider: Da brauchen wir Sie dazu!) Ich weiß schon, daß das für Sie eine Bagatelle ist, aber ich zeige ja nur Ihren Stil auf. Je mehr Sie sich darüber aufregen, umso mehr werde ich Ihnen das vorhalten.

Sekanina

Dasselbe haben Sie wieder beim Kollegen Dr. Fischer gemacht. Und beim Kollegen Libal haben Sie gemeint: Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. – Ich schreibe Ihnen das gerne auf; ich sende Ihnen das zu und bitte Sie, sich selbst auch danach zu halten. Das wäre sehr sinnvoll, damit wir die Debatte nicht auf dieser Ebene führen müssen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber nun zum Thema wirtschaftliche Situation. Ich möchte das in möglichst kurzer Form tun, nachdem ja schon gestern, obwohl es nicht zum Tagesordnungspunkt gehörte, und auch heute über diese Frage sehr ausführlich gesprochen wurde.

Sie, Herr Dr. Mock, und auch die anderen Redner der Österreichischen Volkspartei, Herr Dr. Taus und Herr Dr. Koren, haben sinngemäß immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß diese Regierung seit 1970 nicht imstande gewesen ist, eine vernünftige dem Lande und der Bevölkerung dienliche Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Sie haben gesagt, daß diese Regierung eine permanente Schuldenpolitik in Größenordnungen betreibt, die nicht mehr verkraftbar sind. Herr Professor Koren, Dr. Taus und Sie haben gemeint, daß diese Regierung, wenn sie über Wirtschaftspolitik redet – ich möchte nur auf das eingehen, was Sie gesagt haben –, zuviel Eigenlob verbreitet, zuviel Weihrauch streut. Sie haben gemeint, daß diese Regierung schlicht und einfach nicht imstande ist, eine Finanzpolitik zu betreiben, die, auf Sicht gesehen, diesem Lande dienlich sein kann.

Nun zu Ihrem Debattenbeitrag: Die Öffentlichkeit sollte ein Vergleichsbild erhalten, welche Situationen sich von dieser oder von jener Warte aus ergeben und wie sie beurteilt werden. Sie haben unter anderem auch gesagt, Herr Dr. Mock: Unter einer ÖVP-Regierung – Alleinregierung meinten Sie wahrscheinlich – gab es im jährlichen Durchschnitt eine bessere Inflationsrate als heute.

Aber hier haben Sie eines vergessen, Herr Dr. Mock, wenn Sie das so gemeint haben: daß wir nämlich derzeit – und immerhin seit 1973 und in den Jahren 1974 und 1975, international gesehen, und in diese Situation sind wir miteinbezogen – in ganz anderen wirtschaftspolitischen Verhältnissen und Situationen leben, als das zu Ihrer Zeit der Fall gewesen ist.

Wenn Sie von Inflationsraten reden, dann müßte es ja für Sie auch möglich und sinnvoll sein, einmal aufzuzeigen oder zu registrieren, welche Situation derzeit weltweit vorhanden ist, welche weltweiten Verhältnisse hier aufzuzeigen sind. Es ist sicherlich zu diesem Zeitpunkt

nicht sehr attraktiv, hier mit vielen Zahlen und Ziffern zu agieren, aber in der Wirtschaftspolitik geht das nun einmal zumeist nicht anders.

Es ist immerhin festzuhalten, daß Österreich in diesen Zeiträumen – das nicht durch Zufälligkeiten, nicht von selbst gekommen, nicht weil da irgend jemand entschieden hat, sondern weil es eine konsequente, auch auf die internationalen Verhältnisse Rücksicht nehmende Wirtschaftspolitik im Lande gab – diese österreichische Position wesentlich besser, als die anderen Industriestaaten es derzeit ausweisen können, aufrechterhält. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte mir also gerade vom Standpunkt des Arbeitnehmerfunktionärs, der sich durchaus berechtigt fühlt, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, durch seinen persönlichen, permanenten und laufenden Kontakt mit den Belegschaften in den Betrieben, eben erlauben, auf diese Umstände hinzuweisen.

Sie haben auch mitunter sehr kritisch, empfindlich vermerkt, daß wir Ihnen immer wieder vorwerfen, Sie täten eigentlich nichts anderes, als sich in professioneller Schwarzmalerei ergehen zu lassen. Sie haben kritisiert und haben es zurückgewiesen, daß das nicht Ihre Agitation ist und daß Sie nicht diese Vorgangsweise wählen.

Aber ich kann nicht umhin, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, gerade auch im Zusammenhang mit der Inflationsrate – das können Sie drehen, wie Sie wollen, das sind feststehende Tatsachen –, zu sagen:

Im Jahre 1970 – ich darf das ganz kurz schildern – gab es in der österreichischen Wirtschaft noch Zuwachsrate in der Größenordnung von 7,8 Prozent. Ich sage das vom Standpunkt der Arbeitnehmer, denn die sind ja täglich mit den Problemen konfrontiert; die fragen ja uns, was wir zur wirtschaftlichen Entwicklung sagen. Sie hören natürlich auch Sie, und Ihre Argumente bestehen schlicht und einfach darin, daß wir täglich stereotyp zu hören bekommen: In diesem Staat ist die Wirtschaft nicht in Ordnung, die Schuldenlast ist zu groß, die Finanzen sind nicht in Ordnung, die Zustände entwickeln sich in diesen und jenen Bereichen einigermaßen chaotisch.

Darauf wollen wir eine Antwort geben, wohlüberlegt und bitte nicht davon ausgehend, meine Damen und Herren, daß wir diese Regierungspolitik hier in einen Glorienschein eingepackt wissen wollen. Nein! Aber wir sind auch der Auffassung, daß man dann, wenn es konkrete Nachweise gibt, wenn es exakte und

5764

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Sekanina

für die Öffentlichkeit auch verständlich zu interpretierende Größenordnungen gibt, dies aufzeigen muß.

Ich habe Verständnis für oppositionelles Verhalten. Wir haben das ja auch vier Jahre lang selbst praktizieren müssen. Aber wir haben uns bemüht, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, im Zusammenhang mit unserer Oppositionspolitik auch den Nachweis zu erbringen, daß wir dann, wenn wir diese Regierung stellen, eine Politik betreiben, die unserem Lande und seiner Bevölkerung dienlich ist. (Der Beifall eines einzelnen SPÖ-Abgeordneten veranlaßt einen ÖVP-Abgeordneten zu einem Zwischenruf.)

Noch einmal zurück zur Inflationsrate. – Es ist nicht entscheidend, ob es Applaus gibt oder nicht, Herr Kollege! Entscheidend ist, daß wir uns über die Fachfragen auseinandersetzen und zum Problem im konkreten Stellung nehmen.

Sie kritisieren immer die inflationäre Entwicklung in Österreich. Herr Kollege Dr. Fischer hat heute schon gesagt, daß Sie eigentlich in diesem Bereich in der letzten Zeit sehr ruhig geworden sind.

Wenn es auch eine Wiederholung ist, es muß Ihnen gesagt werden, weil Sie falsch argumentieren, weil Sie an der Realität vorbeiargumentieren: Ich darf Sie daran erinnern, daß wir im Jahre 1974 in Österreich noch eine Inflationsrate von 9,5 Prozent hatten. Sie werfen uns, vor allem uns als Gewerkschaften und als Gewerkschaftsfunktionären vor, wir seien nichts anderes als Steigbügelhalter dieser Regierung. So ist ja die Argumentation, ohne Rücksicht auf die Gehörigkeit des Tones. Aber so reden Sie ja. Gerade wir haben gesagt: Wir, die Arbeitnehmervertreter, wollen in diesem Lande eine Regierungspolitik praktiziert wissen, die trotz einer weltweit schwierigen Situation die inflationäre Entwicklung in Österreich eindämmt.

Zwangsläufig stellt sich die Frage: War diese Politik erfolgreich? Wer stellt denn als erster diese Frage? Der Arbeitnehmer, die Zehn- und Hunderttausenden unselbstständig Erwerbstätigen und die übrige Bevölkerung.

Und darauf geben wir eine Antwort: Das ist Weihrauch, wenn wir die exakten Zahlen und Ziffern aussprechen? Das nennen Sie Lohbudelei, wenn wir sagen: 1974 9,5 Prozent Inflationsrate. Wir erwarten wirksame Maßnahmen, 1975 haben diese Maßnahmen zu greifen begonnen, daher eine Inflationsrate von 8,4 Prozent.

Hier, in Ihren Reihen sitzen ja Kollegen, die immerhin Bundesvorstandsmitglieder im ÖGB sind, die sich daran erinnern können, welche Resolutionen wir gemeinsam beschlossen

haben, die doch die textlichen Formulierungen kennen müssen! Wir haben dort nicht von Weihrauch und von Lohbudelei gesprochen.

Die Frage steht im Raum: Hat diese antiinflationäre Politik 1976 einen Erfolg gegenüber 1974 und 1975 gezeigt: ja oder nein? Konkret darf ich antworten: Dank gezielter Maßnahmen, dank der Politik dieser Bundesregierung, ist dieser Erfolg eingetreten, weil die Inflationsrate von 9,5 im Jahre 1974 auf 8,4 im Jahre 1975 und auf 7,3 Prozent im Jahre 1976 gesunken ist. Das muß man doch letztlich registrieren! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben nicht gesagt, daß wir nun das Paradies auf Erden haben. Jedes Zehntelprozent Inflationsrate tut uns im Hinblick auf die Arbeitnehmer – ich darf das hier stellvertretend für Hunderte und Tausende Funktionäre, die in unseren Organisationen tätig sind, sagen – weh!

Mit Recht fragt sich die Öffentlichkeit – und sie erwartet sich entsprechende Maßnahmen von dieser Bundesregierung –: Welche Maßnahmen setzt ihr 1977, ihr, die Regierungsmehrheit, welche Aktivitäten setzt ihr, daß sich dieser Weg von 9,5 auf 8,4 und 7,3 im Jahre 1977 fortsetzt?

Ist es Lohbudelei, ist es Beweihräucherung, wenn wir feststellen, daß diese Regierung Maßnahmen gesetzt hat, die zu konkreten Resultaten auch heuer führen werden?

Wir stellen fest, daß wir zum Beispiel im April 1977 eine Inflationsrate von 5,2 Prozent hatten und daß wir im jetzigen Zeitpunkt, fast am Ende der ersten Jahreshälfte 1977, für dieses Jahr eine Inflationsrate – wenn nichts Außergewöhnliches geschieht – in einer Größenordnung um die 6 oder knapp über die 6 Prozent erwarten können.

Ich darf zusammenfassend feststellen: Im Interesse der österreichischen Bevölkerung und vor allem im Interesse der Arbeitnehmer dieses Staates haben wir diese Politik begehr. Diese Politik – ich wiederhole das – war erfolgreich, weil es eben ein erfolgreicher Weg ist, eine Inflationsrate von 9,5 Prozent auf eine von wahrscheinlich 6,0 oder 6,25 Prozent zu senken.

Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, beziehungsweise ich wende mich in diesem Zusammenhang überhaupt an die Öffentlichkeit.

Sie werfen uns vor, daß diese Maßnahmen nicht ausreichen.

Ich glaube, daß man bei der Beurteilung der wirtschaftspolitischen Situation, die sich für Österreich ergibt, eines nicht tun darf: das Problem isoliert und nur auf unser Land bezogen beurteilen und analysieren.

Es ist nach meinem Dafürhalten schon richtig

Sekanina

und notwendig, daß wir uns auch einmal den internationalen Hintergrund zu Gemüte führen. Die österreichischen Arbeitnehmer, als deren Funktionär ich hier sprechen darf, sind bitte nicht an großen Redeschlachten interessiert, die es da und dort geben kann, sondern sie möchten die realen Auswirkungen sehen.

Hat es für sie positive Auswirkungen gegeben im Zusammenhang mit der Beschäftigungssituation in Österreich? Wie sieht denn die internationale Situation aus? Keiner von den Rednern der ÖVP, weder Herr Dr. Taus noch Herr Dr. Mock oder Herr Dr. Koren, ist darauf eingegangen. Ist Ihnen das unbekannt, muß ich mit Recht fragen, da Sie das so negieren, sind Sie so unwissend, daß Sie nicht feststellen können, was in den letzten Jahren, vor allem seit 1973, passiert ist: daß es im Jahre 1973 beginnend zu einer weltweiten Rezession in einer Größenordnung kam, wie wir sie seit Ende des Zweiten Weltkrieges nie mehr gekannt haben?

Ist Ihnen nicht geläufig, daß diese österreichische Regierung agieren mußte, konfrontiert mit weltwirtschaftlichen Verhältnissen, die so geartet waren, daß es in den westlichen Industriestaaten 15 Millionen Arbeitslose gab, davon 40 Prozent der Arbeitslosen mit einem Lebensalter unter 25 Jahren?

Haben Sie nicht registriert, daß ein mühsam aufgebautes Weltwährungssystem, das Jahrzehnte gehalten hat, abrupt und mit sehr negativen Wirkungen für die einzelnen nationalen Volkswirtschaften zusammengebrochen ist?

Haben Sie nicht bemerkt, daß auch die österreichische Wirtschaft weltweit gesehen mit Inflationsratenentwicklungen konfrontiert war, die gigantische Ausmaße angenommen haben?

Ich sagte Ihnen, 7,3 Prozent betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahre 1976, und Sie können hier nicht unter den Tisch fallen lassen, was sich weltweit getan hat.

Es ist nicht angenehm, um diese Zeit, um diese spätere Mittagsstunde zuviel an Zahlenmaterial zu verwenden. Aber für Sie dürfte es gut sein, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß man Ihnen das sagt, daß man Ihnen das vorhält, daß Sie das „konsumieren“. (Abg. Steinbauer steht zwischen den Bankreichen ganz vorne.) Vielleicht sind Sie der Geeignete, Herr Kollege – weil Sie mich so verlangend ansehen (Heiterkeit) –, das einmal, im Kreise Ihrer Kollegen, zu praktizieren (Beifall bei der SPÖ), möglicherweise sind Sie als Mediensprecher der ÖVP durchaus dazu prädestiniert. (Abg. Graf: Aber eines muß ich Ihnen sagen: Er hat Sie ablehnend angesehen, nicht „verlangend“!) Ich wollte Ihnen die Arbeit nicht zukommen lassen, Herr Kollege Graf, ich kann mir

vorstellen, daß Sie auch etwas anderes tun könnten. (Abg. Graf: Ja, wirklich!)

Wie schaute also die Entwicklung international aus? Das ist nicht zu bestreiten: In Ländern wie Portugal, Irland, Italien, Schweden, Belgien, Luxemburg und Dänemark, wenn ich das nur skizzieren darf, in Spanien, Großbritannien und Finnland gab es bis zu doppelte Inflationsraten. Unter diesem Aspekt möchte ich feststellen, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung – weil uns das immer wieder vorgehalten wird – schon des öfteren betont hat, daß sie sich völlig unabhängig von dieser oder von jeder Bundesregierung fühlt, daß sie sich völlig unabhängig von irgendwelchen Aufträgen fühlt.

Wenn Herr Dr. Mock gemeint hat, wir seien Disziplinierungen ausgesetzt, wir dürften das nicht sagen, was wir wollen, wir dürfen nicht so agieren, muß ich Ihnen aus meinen Erfahrungswerten sagen: Wir können in den Betriebsversammlungen durchaus das sagen, was wir wollen, und kein Mensch wird uns daran hindern können.

Aber ich sage auch in aller Offenheit: Eine Bundesregierung, die eine Wirtschaftspolitik und eine Finanzpolitik betrieben hat, die dazu geführt hat, daß es in den letzten sieben Jahren zu enormen Verbesserungen im Bereich der sozialen Sicherheit gekommen ist, wie Urlaubsverbesserung, Familienbeihilfen, Schülertreibfahrten, Kinderfreifahrten und ähnliche Dinge mehr, die es dank dieser Politik dazu gebracht hat, daß wir eine weitaus größere und wirksame Familienpolitik betreiben können, als das früher der Fall war, diese Regierung – das sage ich in aller Offenheit – wird unter diesen Voraussetzungen auch in Zukunft für uns Partner sein können. (Beifall bei der SPÖ.) Das hat nichts mit Disziplinierungen zu tun, sondern das sind Tatsachen.

Sie machen einen Fehler, glaube ich, meine Damen und Herren! Sie müßten öfters in Betriebsversammlungen gehen, damit Sie hören, wie man Ihre Argumente wertet. Hier können Sie das leicht produzieren. Das registriert man via Fernsehschirm, die Öffentlichkeit denkt sich ihren Teil, und was sie sich denkt, das haben wir erlebt – bei den Entscheidungen 1970, 1971 und 1975 –, nämlich was sie über Sie denkt! Ich glaube, man darf nicht von der Hand weisen und vor allem, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, nicht vergessen, daß es, Hohes Haus, durch die Politik dieser Regierung zu einer Beschäftigungssituation gekommen ist, wie wir sie vorher noch nie hatten.

Wenn Herr Kollege Dr. Mock etwas heftig, noch etwas in einer Hektik verhaftet, gesagt hat:

5766

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Sekanina

Unter einer ÖVP-Regierung war so manches anders!, muß ich fragen: Dürfen wir vergleichen? Ja wie denn sonst soll die Bevölkerung beurteilen können, was besser ist und wie es sich besser oder schlechter entwickelt hat, wenn man nicht Vergleichszeiträume hennimmt? Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben von 1966 an bis 1970 durchaus Gelegenheit gehabt, auch Beschäftigungspolitik in Österreich zu betreiben, allein, unbeeinflußt. Wir haben Sie mehrmals hart kritisiert, wir haben unsere oppositionelle Stellung dazu benützt, Ihnen das Unrichtige Ihrer Politik schon damals aufzuzeigen.

Aber wie hat sich das ausgewirkt, was Sie damals im Bereiche der Beschäftigungspolitik praktiziert haben, meine Damen und Herren? Ich darf das in Ziffern sagen:

Von 1966 bis 1970 wurde in Österreich eine Wirtschaftspolitik betrieben, die sich auf dem Sektor des Arbeitsmarktes so ausgewirkt hat, daß am Ende dieser von mir genannten Periode die Zahl der Arbeitsplätze in der österreichischen Volkswirtschaft um 7 828 höher war als am Beginn dieser Periode. Ich darf, bitte, unseren Zeitraum nehmen. Denn das muß man sagen, die Bevölkerung muß ja wissen, was wirklich geschehen ist, was da passiert ist. Hat diese jetzige Bundesregierung im Bereiche der Arbeitsmarktpolitik anders agiert als Sie, ja oder nein? – Ich weise Ihnen nach, daß wir anders agieren, besser, viel besser als Sie. Denn in dem Zeitraum, in dem diese Bundesregierung tätig gewesen ist – exakt verglichen im jährlichen Ausmaß mit dem für Ihren Bereich zitierten Zeitraum –, hat sich die Zahl der Arbeitsplätze, der besetzten natürlich, nicht um . . . (Abg. Dr. Zittmayr: *Der Unselbständigen!*) Auch das ist eine Frage, die die Unselbständigen interessiert, Herr Kollege Dr. Zittmayr!

Aber ich vergleiche noch einmal. Während Ihrer Regierungsperiode 7 828 Arbeitsplätze mehr, während unserer vergleichbaren Regierungszeit 289 000 Arbeitsplätze mehr! Schlicht und einfach eine durchaus attraktive Entwicklung dank einer Wirtschaftspolitik, die diese Regierung betrieben hat! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ich sage korrekterweise etwas dazu: Das waren nicht nur Österreicher, diese 289 000, damit Sie uns das nicht vorhalten können. Sie sagen ja immer, wir argumentieren zu oberflächlich und nicht korrekt genug. Von diesen 289 000 waren rund 158 000 Ausländer, ein Teil dieser unselbständigen Erwerbstätigen waren jene, die von den Besitzern der Produktionsmittel in den Arbeitsprozeß eingeordnet wurden, die als unselbständig Erwerbstätige tätig waren, und der Rest, rund 100 000, waren neue Arbeitsplätze, die dank einer Wirtschaftspolitik

erreicht werden konnten, die von dieser Bundesregierung betrieben wurde.

Noch eine Bemerkung erlaube ich mir, weil ich als einer, der einen Teil der Verantwortung im ÖGB mittragen darf, nicht von diesem Rednerpult gehen möchte, ohne darauf Bezug genommen zu haben. Es ist Ihr Paradeargument in den letzten Wochen und Monaten: Wir müssen endlich die Lohnsteuer senken, diese Regierung ist nicht in Ordnung und die Gewerkschaftsfunktionäre schon gar nicht! – Weil sie nicht bereit sind, bei dieser Ihrer Argumentation mitzugehen. – Aber wir sagen das nicht nur hier, wo man mit niemandem konfrontiert ist, der einem hier als Mitglied eine Antwort geben kann, wir sagen das auch draußen in der Öffentlichkeit, in den Betrieben, und, gewandt an diese Beschäftigten, darf ich auch hier argumentieren.

Herr Dr. Mock hat gemeint, man müsse den Finanzminister kontrollieren, damit man genau weiß, wohin die Beträge gehen oder kommen, die als Steuergelder eingenommen werden und vom Bund zu verwalten sind. Herr Dr. Mock hat noch etwas getan: Er hat gesagt, die Lohnsteuereinnahmen steigen jährlich. – Das ist unbestritten; das sagen auch wir. Er hat gesagt: Im Jahr 1976 erreichten sie die gigantische Größenordnung von 32 Milliarden und werden im Jahre 1977 die noch gigantischere Größenordnung von 41 Milliarden Schilling erreichen.

In dieser Tonart ging es fort, und es lag so quasi die Frage im Raum: Ja wohin geht das Geld, was geschieht damit?

Herr Dr. Mock! Sie haben sich über den Ton, über den Stil beschwert. Hier hätten Sie korrekterweise sagen müssen: Das wird so verwendet, und es findet nicht unsere Zustimmung, wie das verwendet wird. Wir möchten etwas anderes damit getan haben. – Sie brauchen dieser Regierung kein Programm zu geben; das hat diese Regierung. Sie hat ein Programm, das bei der Bevölkerung so viel Anklang gefunden hat, daß diese Regierung schon sieben Jahre regieren kann, und das wird auch weiterhin dank dieser Aktivitäten der Fall sein.

Was geschieht denn nun? Meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie haben darauf keine Antwort gegeben, ich darf das tun. Von diesen 32 Milliarden Schilling, die der Bund im Jahr 1976 an Lohnsteuer eingenommen hat, gingen vor allem einmal 16 Milliarden wieder zurück. An wen? – An die Länder und an die Gemeinden. Ich darf sagen – das müßte man auch fairerweise registrieren –, daß im Jahre 1976 15 Milliarden Schilling aus solchen Steuergeldern an die Pensionsversicherungsträ-

Sekanina

ger refundiert wurden, und zwar als Bundeszuschüsse, damit heute in Österreich jene Pensionen bezahlt werden können, die dank einer guten Wirtschaftspolitik eben möglich sind und die vor allem im Interesse der älteren Bevölkerung liegen. Ich glaube, auch das ist ein positives Resultat einer sozialistischen Regierungspolitik! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Nun das wollte ich bei meiner Aussage hier von dieser Stelle aus und in diesem Zusammenhang aufzeigen.

Es steht die Frage im Raum, ob es in einer international wirtschaftlich so kritischen Zeit dieser österreichischen Bundesregierung möglich gewesen ist, eine Politik zu betreiben, die Österreich aus diesen negativen turbulenten Ereignissen, mit denen andere Länder konfrontiert sind, herauholte. Auch Österreich war nicht davon verschont, daß diese internationalen Ereignisse nach Österreich „überborden“ – wie das Modewort so schön heißt –, und rechtzeitig hat diese Bundesregierung Maßnahmen gesetzt, rechtzeitig hat sie jene Mittel eingesetzt, planend eingesetzt, damit es in Österreich nicht zu Erscheinungen komme wie in anderen Ländern.

Rechtzeitig hat diese Bundesregierung agiert, damit es im Bereich des Arbeitsmarktes nicht zu dramatischen Einbrüchen kommt. Wir weisen nach, meine Damen und Herren, wir haben im April wieder eine Beschäftigungsziffer, die zu den höchsten in den letzten Jahren gehört, und das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Resultat einer sozialistischen Regierungspolitik! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich will Sie nicht strapazieren, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Nur ein kleiner Hinweis: Lesen Sie die Ziffern und erinnern Sie sich an die Entwicklung, die unter Ihrer Regierungszeit eingetreten ist! Ich habe gesagt, daß wir aus den aufgezeigten schwerwiegenden Gründen derzeit für eine Reform der Lohnsteuer nicht eintreten, und es ist meines Erachtens viel korrekter, viel objektiver, das in aller Offenheit auszusprechen, als sich nur in Popularitätshascherei zu ergehen.

Aber vergleichen wir einmal – das ist ja auch für die Öffentlichkeit interessant, vor allem für die Arbeitnehmer –: Wann gab es Lohnsteuerreformen, und bitte in welchen Intervallen gab es sie – die politisch engagierte und interessierte Öffentlichkeit möchte ja Vergleiche haben – in der einen Spielhälfte – ich meine das nicht fußballerisch, sondern politisch –, in der der ÖVP, und in der anderen Hälfte, in der der Sozialistischen Partei und ihrer Regierung, die sie stellt?

Ich darf daran erinnern, in welchen Intervall

len es zu Lohnsteuerreformen unter Ihrer Regierungszeit kam. Diese Intervalle unterscheiden sich wesentlich von denen, die wir produziert und praktiziert haben: Viereinhalb Jahre, dreieinhalb Jahre waren die Größenordnungen.

Ich darf Sie daran erinnern, daß wir als Sozialistische Partei und auch als Gewerkschäf-ter sagten: Wir möchten haben, daß diese Regierung, wenn es die Umstände und die wirtschaftliche Situation erlauben, in kürzeren Intervallen Lohnsteuerreformen durchführt, um die Progressionsauswirkungen besser und attraktiver für die Einzelpersonen im Griff zu haben.

Ich muß Sie daran erinnern, meine Damen und Herren: Auch in Ihrem Kreise sitzen ja Gewerkschaftsfunktionäre, die in den Gremien des ÖGB tätig sind. Aber manchmal habe ich den Eindruck, bei uns diskutieren sie mit, arrangieren sie mit, entscheiden sie mit, sind dabei, unsere Auffassungen kritisch zu beurteilen, wir nehmen auf, diese ihre Argumentationen, wenn sie zutreffend sind und eben den Verhältnissen entsprechen, soweit wir dazu in der Lage sind, Rücksicht, und dann kommen sie her, setzen sich in die Parlamentsbank und wissen nicht mehr, was sie mit uns besprochen haben. Das ist eine falsche Politik! Wir haben der österreichischen Arbeitnehmerschaft in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Lohnsteuersenkung eine Politik vorexerziert, die für sie durchaus erfolgreich gewesen ist.

Ganz konkret: 1971 gab es eine Lohnsteuerreform in Österreich, nach einem zweijährigen Intervall haben wir auch 1973 eine Lohnsteuerreform durchgeführt und 1975, also ebenfalls nach einem zweijährigen Intervall, gab es eine Lohnsteuerreform in der Größenordnung von rund 11,2 Milliarden Schilling Einnahmenengang. Und hätte es nicht die bekannte weltweite wirtschaftliche Rezession gegeben, dann – das wage ich vom Standpunkt der Gewerkschaft aus zu behaupten – hätten wir durchaus eine bessere Möglichkeit vorgefunden, auch im Jahre 1977 über eine Lohnsteuerreform zu reden.

Ich sage Ihnen ganz offen noch einmal: Wir treten deswegen nicht dafür ein, weil es uns lieber ist, daß dieser Finanzminister Vorkehrungen für den Fall trifft, daß es neuerlich zu weltweiten Einbrüchen kommt, um eben dann jene Mittel zu haben, die notwendig sind, in Österreichs Wirtschaft solchen Einbrüchen begegnen zu können. Wir werden ohne Zweifel zum gegebenen, zu einem der österreichischen Wirtschaft und unserer Bevölkerung à la longue dienlichen Zeitpunkt neuerlich zu einer Vereinbarung über eine Senkung der Lohnsteuer in Österreich kommen.

Sekanina

Ich darf daher abschließend bemerken: Bei aller gebotenen Zurückhaltung behaupte ich auch als einer der verantwortlichen Funktionäre der österreichischen Gewerkschaftsbewegung: Es war möglich, in diesem Land eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die uns international in eine hervorragende Position gebracht hat. Es ist unser erklärtes Ziel, eine solche Politik im Interesse der österreichischen Arbeitnehmer und der Gesamtbevölkerung weiterzubetreiben, und dabei werden wir – davon bin ich überzeugt – erfolgreich sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Peter.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die gestrige Debatte über die Umbildung der Bundesregierung und die heutige über den Wirtschaftsbericht mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und eigentlich schon jahrelang nicht mehr eine so wehleidige sozialistische Fraktion vorgefunden, wie dies in den letzten beiden Tagen der Fall war.

Meine Damen und Herren, wenn eine Partei mit absoluter Mehrheit ausgestattet ist, wenn sie über 93 Mandate verfügt und wenn sie auf der Grundlage dieser absoluten Mehrheit eine Alleinregierung stellt, dann steht sie weder unter dem Glassturz noch befindet sie sich im Gläserkastl. Sie steht im Blickfeld der Öffentlichkeit und muß sich gefallen lassen, daß ihre Arbeit vom Standpunkt der anderen Parteien so beleuchtet und beurteilt wird, wie sie dies für notwendig erachten.

Vom Standpunkt der freiheitlichen Fraktion her zeigt sich in diesem Zusammenhang folgende Situation: Es geht uns nicht darum zu sagen, nichts sei in dieser Bundesregierung in Ordnung. Es geht uns aber schon gar nicht darum zu meinen, alles wäre in dieser Bundesregierung in Ordnung. Wir Freiheitlichen meinen, daß vieles nicht in Ordnung ist. Das hat ja bereits mein Fraktionskollege Dr. Broesigke eingehend aufgezeigt. Er warf dem Finanzminister vor, daß er nur mit Teilverststellungen vor die Öffentlichkeit getreten ist, wie der in Schwierigkeiten befindliche Staatshaushalt in Ordnung gebracht werden könnte. Dies ist es, was ich im besonderen und nicht zuletzt auf Grund der Ausführungen des Abgeordneten Sekanina einer sachlichen, aber harten Kritik unterziehen möchte.

Immer wieder, wenn die Frage nach der Lohnsteuersenkung anklingt, vollführen sozialistische Politiker, ob sie auf der Regierungsbank oder ob sie in den Abgeordnetenbänken sitzen, einen eigenartigen Eiertanz. Sie sagen: Irgend-

wann einmal werden wir uns schon für die Lohnsteuersenkung aussprechen. Diese Unklarheit ist es, die wir Freiheitlichen einer harten Kritik unterziehen. In der Frage der Lohnsteuersenkung steht das Parlament vor folgender Situation:

Vor einigen Wochen brachte die Österreichische Volkspartei den Antrag ein, die Lohnsteuer mit 1. Jänner 1978 zu senken. Dieser Antrag ist von den Freiheitlichen unterstützt und von der sozialistischen Mehrheit verworfen worden. In der gleichen Plenarsitzung wartete dann die sozialistische Fraktion mit dem Antrag auf, die Lohnsteuer zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu senken. Dieser sozialistische Antrag ist dann mit den Stimmen aller drei Parteien angenommen worden.

Nun ist es das gute Recht einer Oppositionspartei, Herr Finanzminister, zu fragen: Wann erachten Sie als der zuständige Ressortchef den frühestmöglichen Zeitpunkt für die Senkung der Lohnsteuer? Ich polemisiere nicht. Ich betreibe jetzt weder Demagogie noch Taktik, sondern ich meine, daß die betroffenen Steuerzahler mehr als das gute Recht haben, auf diese Frage eine klare Antwort zu bekommen. Die ÖVP sagt: 1. Jänner 1978. Die Mehrheit sagt: Zum 1. Jänner 1978 kann die Lohnsteuer nicht gesenkt werden. Der Vorsitzende der Angestelltengewerkschaft, der sozialistische Abgeordnete Dallinger, meinte: Mitte 1978 wäre der richtige Zeitpunkt für die Senkung der Lohnsteuer.

Der klaren Antwort ist aber der Herr Bundesminister für Finanzen gestern in seinem Bericht neuerdings aus dem Weg gegangen. Der Herr Dr. Androsch ist aber nicht nur in dieser Frage gestern in seinem Bericht einer klaren Antwort aus dem Weg gegangen, sondern er hat dies zu meinem Bedauern ebenso in anderen entscheidenden Fragen getan.

Nun möchte ich bezüglich des Termines der Lohnsteuersenkung auf ein Problem eingehen, das ich mit großer Aufmerksamkeit beim 11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Metall und Bergbau erlebt habe. Dort haben sowohl der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes als auch der Bundesminister für Finanzen in ihren Reden die Lohnsteuersenkung vom Tisch gewischt und sie im undurchsichtigen Lichte stehengelassen. Aber dort ereignete sich etwas, das man als aufmerksamer Abgeordneter weder überhören noch übersehen konnte:

Am 11. Gewerkschaftstag der von mir genannten Gewerkschaft erklärte Sozialminister Dr. Weißenberg, daß die Abfertigung der Arbeiter noch in dieser Gesetzgebungsperiode des Nationalrates zum Beschuß erhoben würde. Käme es dazu, so würden wir Freiheitlichen dies

Peter

außerordentlich begrüßen. Nur halte ich eines für nicht richtig: Daß Fragen dieser Art so behandelt werden, wie es der Sozialminister auf dem Gewerkschaftstag getan hat.

Es bleibt mir daher gar nichts anderes übrig, als die Frage in den Bereich des Parlaments zu verlagern und die heutige Debatte zum Anlaß zu nehmen, Sie, Herr Finanzminister, zu bitten, dem Parlament reinen Wein einzuschenken: Hat der Herr Sozialminister seine persönliche Meinung geäußert oder entspricht es den Vorstellungen der Bundesregierung, daß die Abfertigung der Arbeiter noch in dieser Gesetzgebungsperiode realisiert werden soll und kann? Ich unterstreiche noch einmal: Ich würde es aus freiheitlicher Sicht außerordentlich begrüßen.

Nur möchte ich Klarheit haben in dieser Frage – wiederum im Zusammenhang mit jener Kritik, die der Abgeordnete Dr. Broesigke in seiner Rede bereits erhoben hat –, und zwar deswegen, weil Sie uns in manchem Bereich sicher reinen Wein eingeschenkt haben, weil Sie uns in Ihrem gestrigen Bericht sicher Wahrheiten gesagt haben. Ich sehe in diesem gestrigen Bericht des Bundesministers für Finanzen auch positive Ansätze für die weitere Entwicklung. Dieser Bericht gibt mir nicht nur Anlaß zur Kritik. Ich möchte auch das Positive registrieren.

In diesem Sinn war es, großzügig beurteilt, die halbe Wahrheit, die der Herr Bundesminister für Finanzen gestern der Öffentlichkeit eingeschenkt hat. Ich meine aber, daß die Situation so schwierig ist und die Probleme so groß sind, daß es sich eine Regierung nicht leisten kann, nur die halbe, die unvollständige Wahrheit der Öffentlichkeit darzulegen, wenn sie – und das wünschen wir ihr – diese Probleme positiv bewältigen und bereinigen will. Daher anerkenne ich im gestrigen Bericht des Bundesministers für Finanzen und in seinem der Öffentlichkeit dargelegten Maßnahmenkatalog positive Ansätze für eine derartige Entwicklung, stelle aber mit Nachdruck in Abrede, daß der Finanzminister dem Parlament ein Spar- oder gar ein Sanierungsprogramm zur Ordnung des zerrütteten Staatshaushaltes vorgelegt hätte.

Den Begriff „Zerrüttung“ wage ich angesichts des hohen Schuldenberges in den Mund zu nehmen. In diesem Sinn stellt sich mir der Maßnahmenkatalog des Bundesministers für Finanzen als eine im Prinzip richtige, aber dennoch leider Gottes unzulängliche, unvollständige und damit dürfte Weichenstellung für die Zukunft dar.

Herr Bundesminister! Sie sind wohl in das Startloch der Sanierung des Staatshaushaltes gegangen, aber es hat den Anschein, als wäre Ihnen nach dem Start die Luft ausgegangen. Es

stellt sich die Frage: Werden Sie den gestern skizzierten Weg weiter beschreiten, werden Sie ihn durchstehen oder müssen Sie ihn aufgeben? Von der erfolgreichen Beantwortung dieser Frage hängt sicher für jeden Österreicher außerordentlich viel ab.

Eine weitere Kritik habe ich anzubringen. Ihre Einsicht beginnt nun Platz zu greifen, aber Ihre Einsicht kommt spät; hoffentlich nicht zu spät. Vermutlich gilt hier der Grundsatz, der für jeden Finanzminister zutrifft, gleichgültig, ob er Androsch oder Koren heißt: Es trifft für jeden Finanzminister zu, daß es das Schlimmste an den Finanzministern ist, daß sie ihre Lehrzeit absolvieren, wenn sie bereits im Amt sind. Nur das Lehrgeld für die Lehrzeit des Finanzministers bezahlen die jeweiligen Finanzminister nicht selbst, dieses Lehrgeld der Finanzminister haben dann betrüblicherweise die Steuerzahler zu berappen.

So hat denn der Bundesminister für Finanzen gestern mit seinem Bericht und mit seinem Maßnahmenkatalog das budgetäre Bremsmanöver eingeleitet. Offen ist die Frage – sie wird erst durch die weitere Entwicklung zu beantworten sein –, ob dieses Bremsmanöver richtig und rechtzeitig vom Herrn Dr. Androsch eingeleitet wurde. Bis jetzt, Herr Bundesminister, haben Sie der sozialistischen Schuldenpolitik in einem zu hohen Ausmaß gefrönt, und das ist ein Laster. Daß die schwierige Situation bis jetzt noch nicht steuerbar ist, darf man guten Gewissens behaupten, ohne in den Verdacht zu geraten, man täte der Regierungspartei Unrecht.

Herr Bundesminister! Was geschah seit 1971? – Sie ließen die Budgetpolitik Jahre hindurch auf vollen und hohen Touren laufen. Ihr Budgetmotor ist heißgelaufen. Die Warnungen sind Ihnen ständig zugemischt worden. Sie haben diese Warnungen in den Wind geschlagen, jetzt müssen Sie sich mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen auseinandersetzen.

Ihr Budgetmotor ist nicht nur heißgelaufen. Er zeigt auch empfindliche Ausfallserscheinungen auf und ist dem Verschleiß und der Abnutzung in einem außerordentlich hohen Ausmaß unterworfen. Es bleibt Ihnen, Herr Bundesminister, gar nichts anderes übrig, als mit Ihrer Finanz-, Wirtschafts- und Budgetpolitik nun in die Generalreparatur zu gehen.

Was Sie gestern vorgelegt haben, ist daher die Ankündigung der Generalreparatur Ihrer Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik. Jetzt wird es davon abhängen, ob diese Generalreparatur der sozialistischen Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik gelingt.

Früher haben wir immer Karl Ausch als Kronzeugen gegen die SPÖ zitiert. Ich ziehe

5770

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Peter

daher heute für meine Betrachtungen Fritz Klenner heran: „Denkanstöße zum Überleben“, verlegt 1976. Dort heißt es auf Seite 34:

„Die Wohlstandsgesellschaft ist an eine gute Wirtschaftspolitik gebunden, denn ‚soziales Wohlbefinden‘ umschließt wirtschaftlichen Wohlstand‘.“

Das heißt: Soll der Wohlstand gedeihen und soll der sozialistische Wohlfahrtsstaat überhaupt existieren können, dann setzt dies den wirtschaftlichen Wohlstand voraus, das heißt: die volle geistige und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes, seiner Wirtschaft und aller Teile dieser Wirtschaft. Aber mein Urteil lautet, Herr Bundesminister: Genau diesen Grundsatz des Professors Fritz Klenner: „Die Wohlstandsgesellschaft ist an eine gute Wirtschaftspolitik gebunden . . .“, diesen Grundsatz hat die sozialistische Wirtschaftspolitik, hat die sozialistische Bundesregierung in den letzten Jahren zu gröblich mißachtet, und sie hat oft so empfindlich dagegen verstößen.

Nun darf ich mich mit jenen Zielen auseinandersetzen, die Sie sich in Ihrem Maßnahmenkatalog zum Zwecke der Sanierung des Budgets gestellt und gesteckt haben. Ich habe bis jetzt von Ihnen nur ein Ziel gehört, das ich persönlich nur als Teilziel betrachten kann, nämlich wenn Sie für 1978 von der Stabilisierung des Defizits sprachen.

Nun meine ich, Herr Bundesminister: Wenn Sie so selbstgenügsam bleiben, wenn Sie nur von einer Stabilisierung und nicht auch von einer Senkung des Budgetdefizits reden, dann wird Ihnen unter Umständen die Generalreparatur Ihrer Budget-, Finanz- und Wirtschaftspolitik in den Eimer gehen, was ich an und für sich als Staatsbürger nicht wünsche. Es ist meines Erachtens zu selbstgenügsam, nur von einer Stabilisierung des Defizits zu reden und nicht auch die Senkung des Defizits des Staates klipp und klar anzusprechen. (Zustimmung bei der FPÖ.) Aber von der Defizitsenkung habe ich bis jetzt aus Ihrem Munde nichts gehört.

Ich komme jetzt zurück zu meinem Vorwurf, den ich eingangs erhoben habe. Ich räumte Ihnen ein, daß Sie wohl reinen Wein eingeschenkt haben, daß Sie die Hälfte der Wahrheit dargelegt haben, ich kritisierte aber und warf Ihnen vor, daß Sie nur mit der Hälfte der Wahrheit vor die Öffentlichkeit getreten sind und daß Sie nach wie vor trotz Ihres gestrigen Berichtes den zweiten Teil, die andere Hälfte der Wahrheit, die noch unangenehmere Hälfte der Wahrheit, der Öffentlichkeit bis zur Stunde vorenthalten haben. (Abg. Zeillinger: ... drei Viertel!)

Daher die Bitte, Herr Bundesminister für

Finanzen und Herr Vizekanzler: Sagen Sie doch dem Volke endlich die volle Wahrheit! (Zwischenruf bei der ÖVP.) Rücken Sie, Herr Vizekanzler, ab von jener Vogel-Strauß-Politik, die Sie in der Himmelpfortgasse betreiben, und hören Sie auf mit jener Politik von der Hand in den Mund, denn es werden Ihnen künftig noch weitaus schwierigere Aufgaben zur Lösung überantwortet werden, als dies in den Rezessionsjahren der Fall war. Sagen Sie der Bevölkerung: Was können wir uns in Zukunft leisten und was können wir uns in Zukunft nicht leisten, soll das gemeinsam Erreichte nicht in Frage gestellt werden!

Nun: Da sind die Fragen offen geblieben, genauso wie die Fragen im Bereich der Gesundheitspolitik offen sind. Sie haben uns zwar mit der Notwendigkeit konfrontiert, dem Versicherten neue Lasten aufzuerlegen, Sie haben aber bis jetzt kein Wort von einer Reform des Gesundheitswesens, des Sozialversicherungswesens und des Spitalwesens gesagt. Ich habe gestern sehr aufmerksam zugehört, was der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister der Bevölkerung zu diesem Thema zu sagen haben. Nichts hatten Sie zu sagen! Aber angekündigt haben Sie bereits, daß der einzelne Sozialversicherte weitere Belastungen über sich ergehen lassen muß.

Ich glaube, in Professor Fritz Klenner zu diesem Thema einen Kronzeugen gefunden zu haben, einen Mann, der aus der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung kommt, und einen Mann, der von dieser Sparte etwas versteht. Fritz Klenner versetzt mich in die Lage, Ihnen, Herr Vizekanzler, nachzuweisen, wie sehr die Kluft im Sozialversicherungssystem zwischen sozialistischer Theorie einerseits und sozialistischer Praxis andererseits klafft.

In seinem Buch (Redner zeigt „Denkanstöße zum Überleben“ vor) spricht Fritz Klenner davon, daß es im Bereich der Sozialversicherung zuviel Verwaltungsaufwand, zuviel bürokratische Bevormundung und – man höre und staune, daß dies ein Sozialist sagt – zuwenig Mitbestimmung des einzelnen gibt. Bitte: In diesen sozialistisch dominierten Bereichen der Sozialversicherung wird ein höheres Maß an Mitbestimmung für den einzelnen gefordert, als es bisher der Fall war!

Professor Klenner sagt weiter: „Die moderne Gesellschaft krankt an ihrer Gesundheitspolitik.“

Würde das ein Freiheitlicher sagen, dann liefe er Gefahr, von den Sozialisten zum Reaktionär gestempelt zu werden.

Und Fritz Klenner meint: „Eine gründliche Reform“ des Gesundheitswesens „wird erst

Peter

dann gelingen, wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, daß es Grenzen der Leistungsfähigkeit gibt".

Diese Grenzen der Leistungsfähigkeit: weder die im Gesundheitsbereich noch jene im wirtschaftlichen Bereich noch diese Grenze im steuerlichen Bereich, all diese Grenzen der Leistungsfähigkeit, Herr Bundesminister, haben Sie leider in Ihrem Bericht nicht klar gezogen.

Professor Fritz Klenner meint weiter, daß eine veraltete Struktur und fehlende Verflechtung die Möglichkeit einer Rationalisierung des Gesundheitswesens beschränken.

Er schreibt weiters über mangelnde Steuerungs- und Kontrollelemente: „Mangelhafte Steuerungs- und Kontrollelemente führen zu gesamtwirtschaftlich nicht vertretbaren Beitragsbelastungen der Sozialversicherten.“ – Daher keine weiteren Beitragsbelastungen, solange nicht das Rationalisierungskonzept dieser Bundesregierung für das Gesundheitswesen auf dem Tisch liegt!

Aber jene Widersprüche sind es ja, die laufend sowohl von den Mitgliedern der Regierung als auch von den sozialistischen Abgeordneten dargeboten werden.

Nach der Rede des Abgeordneten Dr. Koren hat der sozialistische Klubobmann Fischer an die Opposition die Aufforderung gerichtet, sie möge Alternativen vorlegen. Abgeordneter Dr. Broesigke hat begründet, warum dies nicht Aufgabe einer Oppositionspartei sein kann. Kaum kommt der nächste sozialistische Redner ans Rednerpult, der Abgeordnete Sekanina, verlangt er: Wir brauchen von der Opposition kein Programm und keine Alternative, diese Regierung hat ja ihr Programm und ihre Alternative.

Wenn der Herr Abgeordnete Sekanina recht hat, dann bitte ich Sie, Herr Vizekanzler, uns jene Alternativen umfassend und vollständig darzulegen, mit denen Sie die Sanierung des Staatshaushaltes nicht nur in die Wege leiten, sondern auch zu einem entsprechenden Abschluß bringen werden. (Abg. Dr. Gruber: Die wird der Sekanina haben!)

Und nun zu Dr. Kreisky, der im April des Jahres 1977 präzisierte, daß die Investitionsförderung die beste Voraussetzung für die Vollbeschäftigung sei. – So der Bundeskanzler im April dieses Jahres. Es vergehen kaum zwei Monate, da geht der Finanzminister her, legt der Öffentlichkeit einen Maßnahmenkatalog dar und streicht Investitionsmöglichkeiten für das Jahr 1978 um 1,2 Milliarden Schilling zusammen. Daß Sie das tun, Herr Bundesminister für Finanzen, zeigt mir, wie schwierig und wie hart die Situation ist, mit der Sie konfrontiert sind.

Ebenso zeigt dies auch, wie Ihre eigenen Grundsätze durch eigenes Unvermögen in Frage gestellt werden. Die Kürzung der Investitionen für 1978 um 1,2 Milliarden Schilling im Jahre 1978 kann doch kein Sozialist als Sicherung der Vollbeschäftigung bezeichnen, denn hier handelt es sich eher um eine Schwächung der Vollbeschäftigung, vor allem dann, wenn Sie selbst, Herr Bundesminister, zugeben müßten, daß die Investitionskürzung in erster Linie die Bauwirtschaft treffen würde.

Professor Klenner sagt in seinem Buch „Denkanstöße zum Überleben“ weiter, daß Österreich ein Land der Klein- und Mittelbetriebe ist. Es bedürfen daher die mittleren Betriebe der finanziellen Stützung ihres Ausbaues.

Nun glaube ich nach wie vor, trotz gegenteiliger Behauptung von der Regierungsbank her, daß die Klein- und Mittelbetriebe die Stiefkinder der sozialistischen Bundesregierung sind. Ja manchmal könnte man sogar meinen, sie seien die Stiefkinder der Nation. Natürlich wird jetzt das Gegenargument von der Regierungsbank kommen, das sei nicht wahr und dem sei nicht so.

Ich beziehe mich auf die Generalversammlung des Freien Wirtschaftsverbandes. Im Rahmen derselben forderte der Präsident des Freien Wirtschaftsverbandes, Mühlbacher, endlich die Herstellung der Chancengleichheit zwischen Klein- und Mittelbetrieben einerseits und Großbetrieben andererseits. Wann also wird man der Forderung des sozialistischen Freien Wirtschaftsverbandes entsprechen, Herr Vizekanzler, wenn man schon nicht der Forderung der Österreichischen Volkspartei und der Forderung der Freiheitlichen Partei in diesem Zusammenhang entspricht?

Mühlbacher forderte: Gezielte Investitionsbegünstigungen nach Branchen. Der SPÖ-Abgeordnete Mühlbacher verlangt Investitionsbegünstigung, der Sozialist Androsch verordnet Investitionskürzung. Denkt man über die Gegensätze, über die Widersprüchlichkeit der Auffassungen im sozialistischen Lager überhaupt nicht nach?

Ich bezweifle, daß auf diesem Weg die Generalreparatur der zerrütteten Finanz-, Wirtschafts- und Budgetpolitik dieser Bundesregierung möglich sein wird.

Ich erspare mir, weitere Forderungen für Klein- und Mittelbetriebe aufzuzeigen, die – ich betone es noch einmal – der sozialistische Freie Wirtschaftsverband erhoben hat.

Es hat mich gestern sehr interessiert, wie etwa der Herr Bundeskanzler oder der Herr Finanzmi-

Peter

nister Rolle und Leistung der Klein- und Mittelbetriebe und der mittelständischen Wirtschaft in ihrem Wirtschaftsbericht beurteilen. Bitte lesen Sie die Berichte nach. Die beiden Herren haben so formuliert, als gäbe es diese Klein- und Mittelbetriebe in Österreich überhaupt nicht.

Ich habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, welch große wirtschaftliche Erfolge Betriebe wie die VÖEST, Elin und andere wieder erzielen konnten. Wir sind alle sehr stolz auf die Leistungsfähigkeit dieser genannten österreichischen Großbetriebe.

Ich als Freiheitlicher bin aber ebenso stolz auf jene Leistungen, welche die Klein- und Mittelbetriebe in den letzten Jahrzehnten erbracht haben, und wie sie sich im Exportbereich Tag für Tag unter erschwerten Wettbewerbsbedingungen erfolgreich schlagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Es wäre fair gewesen – dabei wäre den sozialistischen Regierungsmitgliedern kein Stein aus der Krone gefallen –, wenn sie den Lorbeer allen Teilen und allen Bereichen der österreichischen Wirtschaft zugeordnet hätten. Aber anscheinend haben die Sozialisten zum Bereich der Privatwirtschaft ein gestörtes Verhältnis. Warum ist es den Sozialisten nicht möglich, den Klein- und Mittelbetrieb so zu verstehen, wie ihnen das Verständnis für einen Großbetrieb und einen verstaatlichten Betrieb selbstverständlich ist?

Nun zurück zu jenen zwei sozialistischen Forderungen, die wir seit einigen Monaten im Ohr haben: Kauft mehr österreichische Waren! Verbringt den Urlaub in Österreich!

Ich bin durchaus der Meinung, daß in einer Situation wie der jetzigen solche Forderungen legitim sind und daß man sie ernst nehmen muß, aber erst dann, Herr Vizekanzler, wenn Sie als Finanzminister das Sanierungsprogramm, das Sparprogramm und das Strukturprogramm ernster nehmen, als Sie es in Ihrem gestrigen Wirtschaftsbericht und im Maßnahmenkatalog getan haben.

Man erleichtert die Situation der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft nicht, wenn man sagt: Verbringt den Urlaub im eigenen Heimatland! Irgendwo ist ein unbeabsichtigter Unterton drinnen, als wäre die Fremdenverkehrswirtschaft nicht mehr in der Lage, ihre Wettbewerbsaufgaben und ihre Wettbewerbsfunktion zu erfüllen.

Aber sehen Sie sich doch nur im ERP-Fonds um: Wenn ein Kreditbewerber glaubt, er kriegt den Kredit in dieser und dieser Höhe, dann muß er aber damit rechnen, daß er ihn mit 30, 40 oder 50 Prozent Abstrich bewilligt erhält, und so ist

seine ganze Projektfinanzierung in Frage gestellt. Der jeweilige Staatsbürger steht dann vor Situationen, die er kaum noch steuern kann. Das ist die unzulängliche Förderung, die Sie vom Staate her der Fremdenverkehrswirtschaft, den Klein- und Mittelbetrieben in Österreich gewähren.

Die „Wochenpresse“ schrieb, Herr Vizekanzler, Sie hätten mit Ihrem Maßnahmenkatalog den Österreichern eine „Kneippkur“ verordnet. Sie haben die Familie Österreicher unter die kalte Dusche gestellt. Sie haben den Hahn plötzlich aufgedreht und den kalten Wasserschwall über die Familie Österreicher ausgelöst, weil Ihnen – so die „Wochenpresse“ – das Wasser selbst bis zum Hals steht. Nur meine ich, daß Sie von der Kneippkur nichts verstehen, wenn Sie sie so laienhaft anwenden, wie dies auf Grund Ihres Berichtes zu entnehmen ist.

Ich glaube, daß grundlegende Fehler dieser Regierung vorliegen. Die weltwirtschaftliche Situation hat sich in den letzten Jahren nachteilig verändert und empfindlich verschlechtert. Es wäre seit langem notwendig gewesen, ein Anpassungskonzept an diese Situation vorzulegen. Ich stelle in Abrede, daß der Bericht des Bundesministers für Finanzen und sein Maßnahmenkatalog ein Anpassungskonzept der österreichischen Wirtschaft an die geänderte weltwirtschaftliche Situation darstellen. Zumaldest wir Freiheitlichen können nicht so selbstzufrieden sein, wie dies aus Ihrem gestrigen Bericht zu entnehmen war.

Ich respektiere sehr wohl Ihre Bestrebungen, die Inflationsrate zu senken. Man soll es nicht zu gering nehmen, wenn wir heute bei einer Inflationsrate von 5,6 Prozent stehen und im April sogar die Marke von 5,2 Prozent erreicht haben. Eine der Ursachen dafür, ob Sie bei der Generalreparatur des Budgets erfolgreich sein werden oder einen Mißerfolg ernten, wird die Frage sein, wie es gelingt, die Inflationsrate weiter zu senken.

Hier, meine ich, läge eine gewisse Chance vor. Es wären daher alle Anstrengungen zu unternehmen, auf 5 Prozent Inflationsrate herunterzukommen, weil sich ja zwei andere Hartwährungsländer, nämlich die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz, nach oben bewegen und es für uns eine entscheidende Erleichterung wäre, gelänge es, die Inflationsrate auf 5 Prozent zu drücken.

Es deutet manches darauf hin, daß die Entwicklung im Inflationsbereich in der Bundesrepublik Deutschland unerfreulich sein wird, daß die sich nach oben bewegt. Der Index in der Schweiz ist nicht so niedrig, wie er sich uns darstellt, weil es viele Ursachen dafür gibt, etwa

Peter

daß die Indexberechnungen in der Schweiz andere sind und man nicht unmittelbar mit Österreich vergleichen kann.

Es wird daher alles, was von seiten der Bundesregierung unternommen wird, um die Inflationsrate zu senken, sicher auf entsprechendes Verständnis bei uns Freiheitlichen stoßen. Aber die Frage, Herr Bundesminister, was gesichert und was noch aufrechtzuerhalten ist und wie der Wohlstand gewährleistet werden kann, diese Frage bedarf meines Erachtens einer weitaus gründlicheren Diskussion und vor allem Beleuchtung durch die Bundesregierung, als es auf Grund der gestrigen Berichte geschehen ist.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren: Ich akzeptiere positive Ansätze im Maßnahmenkatalog des Bundesministers, spreche aber diesen positiven Ansätzen den Charakter eines Spar-, Sanierungs- und Strukturkonzeptes ab. Darum gebe ich der Erwartung Ausdruck – ich würde mich freuen, wenn diesen Anliegen entsprochen würde –, daß der Herr Finanzminister seine bisherigen Vorstellungen ergänzt und sie in Richtung eines Spar-, Struktur- und Sanierungskonzeptes weiterentwickelt.

Viele Fragen sind in den Berichten offen geblieben. Sie bedürfen einer Beantwortung, soll man das ernst nehmen, womit uns gestern die Bundesregierung konfrontiert hat.

Herr Finanzminister, Sie haben nunmehr zugegeben, daß Sie sich mit Ihrer Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik in Generalreparatur befinden. Ich glaube, daß diese Generalreparatur dann gelingen könnte, wenn Sie über die gestern gesagte Hälfte der Wahrheit hinaus der Öffentlichkeit die volle Wahrheit sagen und endlich durch ein Struktur-, Spar- und Sanierungskonzept die Voraussetzungen für eine gesunde, gesamtösterreichische Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik schaffen würden. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Vizekanzler Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Niemand kann, es wäre auch gar nicht den Grundsätzen parlamentarischer Arbeitsteilung entsprechend, eine ungeteilte oder überhaupt eine Zustimmung der Opposition zu den Maßnahmen der Regierung erwarten. Nur möchte ich einen ganz wichtigen Einwand machen gegen jenen Vorwurf, daß eingetretene Entwicklungen als zu positiv dargestellt wurden – noch dazu, wo dann über die tatsächlichen Fakten, die vorliegen, ein Hauptteil der Diskussion bestritten wird.

Aus welch historischen Gründen immer ist es heute in Österreich noch so, daß trotz der Erfolge, so meine ich, ein Mangel an Selbstverständnis, mehr als das, ein Mangel an Selbstvertrauen gegeben ist. Das ist sicherlich hinderlich, vorhandene Chancen zu nutzen; Chancen mit Problemen, die entstanden sind, auf deren Entstehen vielfach, weil weltweit entstanden, kein Einfluß gegeben war. Man beraubt sich hier wegen mangelnden Selbstvertrauens und wegen eines immer wieder geschürten, geradezu fatalistischen Pessimismus jedenfalls wichtiger Teile dieser Chancen. So möchte ich den ersten Teil dieser Erklärungen sehen.

Ein nicht unwesentlicher Teil, nämlich der dritte mit umfangmäßig mehr als einem Drittel, beschäftigt sich mit einer Fülle von Einzelmaßnahmen, über die man sicherlich verschiedener Meinung sein kann. Aber es wäre wertvoll gewesen, gerade auch von den Hauptsprechern der größeren Oppositionspartei zu hören, was sie denn dazu für Meinungen, Einwendungen oder Ergänzungen haben; wertvoll deswegen, weil man sie berücksichtigen könnte. Bleibt aber nur die Kritik und die Diskussion über Fakten der Vergangenheit, so ist diese Möglichkeit einfach nicht gegeben.

Ich darf noch kurz auf die Alternativenfrage zu sprechen kommen. Herr Abgeordneter Peter, Sie haben zwar vorweggenommen, daß ich dazu Stellung nehmen werde, aber ich tue es trotz dieser Vorwegnahme.

Ich darf daran erinnern, was die Klein- und Mittelbetriebe anlangt – sie bilden den wesentlichen Teil der österreichischen Wirtschaft, zahlenmäßig und anteilmäßig –, daß wir im Jahre 1970 eine Situation angetroffen haben, wo etwa die BÜRGES-Einrichtung, also eine besondere Förderungseinrichtung für diese Betriebsgrößen, stillgelegt war, daß ein Fremdenverkehrskonzept, wie es dann erarbeitet und weit über den ursprünglichen Rahmen ausgeweitet wurde, nicht bestanden hat und daß nun daneben eine Reihe von Maßnahmen steuerlicher, kreditunterstützender Art gefunden wurden, um zu helfen.

Denn das, was Sie angeführt haben, nämlich daß ERP-Ansuchen nicht in vollem Umfang entsprochen werden kann, ist ja eine Folge dessen, daß es ein so großes Volumen dieser Anträge gibt. Ich habe gestern so nebenbei darauf hingewiesen, daß wir noch nie – etwa aus dem Bereich des Fremdenverkehrs, und da handelt es sich nahezu ausschließlich um klein- und mittelbetriebliche Betriebsgrößen – neben dem normalen Jahresprogramm einen so hohen Überhang an Anträgen vorliegen hatten, nämlich 1,5 Milliarden Schilling. Würden nicht entsprechende wirtschaftliche Aktivitäten dies

Vizekanzler Dr. Androsch

rechtfertigen, würde ja niemand diese Investitionen tätigen wollen, würde es diese Anträge nicht geben.

Das war der Grund, warum sich zum Beispiel einer der Punkte aus dem Maßnahmenkatalog darauf bezieht, zu den schon erledigten Anträgen von 1,5 Milliarden Schilling jedenfalls 600 Millionen Schilling durch zusätzlich aus dem Budget zur Verfügung gestellte Mittel zu mobilisieren.

Aber dennoch glaube ich, daß es Alternativen geben sollte. Sicherlich ist es die Pflicht der Regierung, sozusagen eine Initiative auszuüben, voranzugehen, aber ich glaube, es ist auch ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Auseinandersetzung, Alternativen zu präsentieren. Anders wäre auch nicht zu verstehen – ich werde Sie gar nicht langweilen mit den Aufzählungen –, daß alle paar Monate solche Alternativen von der Österreichischen Volkspartei in Aussicht gestellt werden. Allerdings wurde der Termin, wann sie kommen, immer wieder hinausgeschoben.

Wenn Herr Abgeordneter Dr. Mock auf eine Reihe von Broschüren verwiesen hat, so darf ich Sie nur daran erinnern, daß es vor Ihrem letzten Parteitag geheißen hat, ich beziehe mich dabei auf die „Presse“ vom 2. März dieses Jahres: „VP-Alternativen erst 1979 fertig“. – In der Zwischenzeit gibt es also offenbar keine! – „Linzer Parteitag nur Startschuß.“

Und es heißt dann: „Die Wahlplattform der ÖVP für die nächsten Nationalratswahlen soll von einem außerordentlichen Parteikongress im Frühjahr 1979 beschlossen werden. Die Diskussion darüber beginnt beim ordentlichen Parteitag, nächste Woche in Linz.“ – Daß dann keine begonnen hat, ist eine Randfrage. – „Generalsekretär Lanner wischte mit gestern, Dienstag, die bisherigen Programme der Volkspartei („Pläne zur Lebensqualität“) vom Tisch: „Wir sind damit schon zu einer Wahl angetreten. Die Zeiten ändern sich.““

Daraus kann man nur schließen, daß es keine gültigen Alternativen gibt. Anders ist ja diese Äußerung immerhin Ihres Generalsekretärs, der meines Wissens nie widersprochen wurde, nicht zu verstehen.

Ich darf dann im einzelnen noch auf das Budget eingehen, vorher möchte ich aber doch einige Zahlen klarstellen. Herr Klubobmann Professor Koren hat etwa gemeint, daß im Jahre 1975 verschiedene wirtschaftliche Indikatoren rückläufig waren. Das ist gar nicht zu bestreiten. Und er meint weiters, daß das vorher nie der Fall gewesen wäre. Nun, er hat also den Vorwurf erhoben – es ist ein schwerwiegender Vorwurf –, daß wir nicht präzise genug wären. Dieser

Vorwurf, das ist keine Einbahnstraße, der geht dann zurück. Wenn ich zum Beispiel die Beschäftigtenzahl nehme: Ich darf Ihnen dazu sagen, daß für uns die Beschäftigtenzahl nicht nur eine wirtschaftsstatistische Größe ist; es ist nicht nur eine definitorische Frage, was Arbeitslosigkeit ist. Wenn ich das anführe, meine ich etwas ganz Bestimmtes, das ich gestern in einem für mich sehr interessanten Vortrag gehört habe und worauf ich noch zu sprechen komme, weil es mit Hinweisen der heutigen Debatte im Zusammenhang steht.

Nun, zur Zahl der unselbstständig Beschäftigten – ich darf das aber vielleicht der Einfachheit halber vorwegnehmen –: In den Jahren 1966 bis 1970 hat sich die Zahl der selbständigen Landwirte und der mithelfenden Familienmitglieder um jährlich 13 200 vermindert, in der Zeit von 1970 bis 1976 nur um 12 600; also in unserer Zeit weniger als bei Ihnen, nur um einmal dieses Argument gleich vorwegzunehmen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Es ist doch klar, wenn es immer weniger werden!)

Der Stand der unselbstständig Beschäftigten hat sich wie folgt entwickelt: Im Jahre 1966 waren es 2 386 000, Ende 1969 waren es 2 357 000, also um 30 000 weniger. Das scheint mir doch ein Rückgang zu sein, und zwar in einem ganz wichtigen Bereich; in einem für uns sehr wichtigen Bereich, weil, ich betone es noch einmal, Beschäftigung für uns mehr als eine wirtschaftliche Größe ist. Das ist ein zutiefst moralisch-humanitäres Anliegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch eine Kleinigkeit: Herr Abgeordneter Dr. Mock, Sie haben gemeint, in Ihrer Zeit hätte der Überschuß des Fremdenverkehrs regelmäßig (Abg. Dr. Mussil: Zum größten Teil!) das Handelsbilanzdefizit abgedeckt. Er hat gesagt, zur Gänze. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen: In den Jahren 1966 bis 1969 deckte der Reiseverkehr 85 Prozent des Handelsbilanzdefizits, von 1970 bis einschließlich 1975, in unserer Zeit, 90 Prozent. Ich gebe zu, daß auch hier das vergangene Jahr sowohl von der Importseite wie vom Reiseverkehr her eine Ausnahme bildet, und zwar waren es nur 50 Prozent. Das ist auch der Grund, warum wir uns mit dem Problem Leistungsbilanz beschäftigen müssen. Aber der Hinweis, daß es 1966 bis 1969 besser gewesen wäre als 1970 bis 1975, ist durch die Fakten widerlegt, und Sie finden diese Unterlagen ja in den Beilagen zum Wirtschaftsbericht.

Und nun, weil sie eine sehr wichtige wirtschaftliche Größe sind, zu den Investitionen. Ich darf noch einmal darauf verweisen: Wir hatten 1965 bis 1969 – und ich erinnere einmal mehr daran, daß das ja einer der Hauptgründe für die Erarbeitung des Wirtschaftsprogramms

Vizekanzler Dr. Androsch

war, dem ja dann erst die Überlegungen zum Koren-Plan gefolgt sind; das läßt sich ja zeitlich lückenlos nachweisen – eine Stagnation der Industrieinvestitionen bei etwas mehr als zehn Milliarden Schilling und in diesem Jahrfünft von 1965 bis 1969 wurden 54,8 Milliarden Schilling investiert. 1970 bis 1974 waren es 109,1 – zugegeben: Nominell gerechnet ist das fast eine Verdopplung, real gerechnet ist es „nur“ – unter Anführungszeichen! – eine Steigerung von 60 Prozent. Das heißt, die Industrieinvestitionen haben real gesehen unter dieser Regierung gegenüber den sechziger Jahren beträchtlich zugenommen.

Nun werden Sie einwenden, daß sie 1975 – das ist vollkommen richtig, das war ja eine Folge der Rezession – auf 21,5 Milliarden zurückgingen. 1976 aber stiegen sie dann schon wieder auf 23,4, und 1977 werden – ich glaube, die Umfragen decken das bisher soweit – 27,9 Milliarden Schilling Industrieinvestitionen erwartet. Das wäre der absolut höchste Wert, der überhaupt erreicht wurde. (Abg. Dr. Taus: *Die Inflation müssen Sie doch rechnen!*) Ich will Sie jetzt nicht damit aufhalten, daß ich Ihnen – da haben Sie wieder nicht aufgepaßt, das habe ich nämlich vorhin gerade gemacht (Abg. Dr. Taus: *Das haben Sie nicht gemacht!*) – Bruttoanlageinvestitionen anführe.

Nun hat sich Herr Klubobmann Professor Koren sehr lange damit beschäftigt, den Nachweis zu versuchen, daß nicht schon 1974 Maßnahmen gesetzt wurden. Er hat aber selbst darauf verwiesen, daß die Zeit sehr raschlebig ist, und raschlebige Veränderungen brauchen auch flexible und rasche Anpassungen. In der Tat ist das im Herbst 1974 eingetreten. Aber darf ich auf Ihre Kritik verweisen, aus der sich ja aus dem Umkehrschluß die Maßnahmen ableSEN lassen. Sie kritisieren, daß wir beim ersten Budgetüberschreitungsgesetz zu Sommerbeginn 1974 Maßnahmen für die Bauwirtschaft getroffen haben. Darf ich Sie daher an die Ablehnung im Herbst des Jahres 1974 erinnern, als die Stabilisierungsquote mit zusätzlichen Ausgaben für Investitionsaufträge freigegeben wurde. Das hat schon 1974 dazu geführt, daß die Bauwirtschaft einige Impulse bekam, daß der Waggonbau, die Fahrzeugindustrie und die Elektroindustrie Impulse bekommen haben.

Es ist doch kein Zufall, daß uns in Österreich offensichtlich durch eine Reihe so frühzeitig getroffener Maßnahmen etwa eine Strukturkrise in der Bauwirtschaft, wie sie in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland eingetreten ist und bis heute nicht überwunden wurde, erspart blieb.

Wenn ich die Schweiz erwähnt habe, so gestatten Sie mir zwei Hinweise. Ich bin dem

Herrn Abgeordneten Peter sehr dankbar, daß er auf die unterschiedliche Art der Verbraucherpreisberechnung in der Schweiz hingewiesen hat, die auf die zwanziger Jahre zurückgeht. Ich möchte selbst auch noch auf etwas aufmerksam machen: Wenn man die Arbeitslosenzahl der Schweiz hennimmt, dann muß man dazu sagen, daß dies zwar weitgehend zutrifft – ich will jetzt nicht auf die statistischen Erhebungsunterschiede eingehen –, aber die Zahl der Beschäftigten, Hohes Haus, meine Damen und Herren, nach eigenen Aussagen der Schweiz um 350 000 abgenommen hat. Nun, was das für Österreich bedeuten hätte müssen, bedarf wohl keiner näheren Ausführung. (Abg. Dr. Mussi: *Es geht doch dabei um die Fremdarbeiter!*)

Ich darf mich einem vierten Punkt zuwenden, nämlich der Frage der Steuerquote. Ich lege ganz großen Wert darauf und es ist sehr präzise in der Erklärung enthalten, daß ich von der Steuerquote des Bundes gesprochen habe, das heißt: was von den Abgaben dem Bund selbst verbleibt, weil ja nach dem Finanzausgleich Teile den Ländern, Teile den Gemeinden und Teile der Wohnbauförderung und anderen Einrichtungen zufließen.

Ich habe davon gesprochen, wie sich die Gesamteinnahmen, bezogen auf das Bruttonationalprodukt, entwickelt haben, und hier ist ein einprozentiger Rückgang festzustellen. Es hilft für die Bundesfinanzen gar nichts, wenn man sagen kann: Dafür ist die Sozialquote gestiegen, also jene Beiträge, die die verschiedenen Sozialversicherungsträger finanzieren – offensichtlich gar nicht ausreichend, wenn ich mir die Situation so ansehe. Ich möchte dann dazu noch eine Feststellung treffen. Es ist schon richtig, daß es vom kalkulatorischen Standpunkt aus keinen Unterschied macht, aber wenn man vom Bundesbudget spricht, dann muß das gelten, was das Bundesbudget anlangt.

Man sagt, die Zollausfälle wären nicht eingetreten. Ja, meine Damen und Herren, wenn wir seit 1970 in regelmäßigen Etappen, die letzte wird in wenigen Tagen, am 1. Juli, in Kraft treten, die Zölle gesenkt haben – Zölle waren eine ausschließliche Bundeseinnahme –, so bedeutet dies für den Bund einen Verlust von zusammengerechnet 9 Milliarden Schilling. An solchen Fakten kann man nicht vorbeigehen, und ich verstehe gar nicht, warum man überhaupt den Versuch macht, einen anderen Eindruck zu erwecken.

Wenn man meint, es wäre nicht so gewesen, daß die Einkommen- und die Lohnsteuer gesenkt wurden oder daß die Autosondersteuer weggefallen ist – sie ist sicher weggefallen –, so muß ich sagen, daß es das noch nie in einem so kurzen Zeitraum gegeben hat. Natürlich haben

5776

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Vizekanzler Dr. Androsch

die stark gestiegenen Inflationsraten dabei eine Rolle gespielt. Das will ich gar nicht in Abrede stellen, aber selbst wenn man das berücksichtigt, so waren es doch sehr kurze Abstände, innerhalb derer dann insgesamt drei Senkungen eingetreten sind. Daß diese Verzichte die Einnahmeseite belasten und mit dazu beigetragen haben, daß die Nettosteuerquote nicht gestiegen und die Gesamteinnahmenquote gesunken ist, sind einfach Fakten, die man nur nachzurechnen braucht.

Nun möchte ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Mock auf seine Bemerkungen doch folgendes sagen: er bezog sich auf das Ausmaß, in dem die Menschen Steuern zahlen. Die Lohnsteuer steigt natürlich, weil es über 300 000 zusätzlich unselbstständig Beschäftigte gibt, und überdurchschnittliche Einkommensverbesserungen – nicht nur nominell, sondern auch real, aber immerhin überdurchschnittlich – schlagen sich natürlich auch bei der Steuer nieder. Aber darf ich darauf aufmerksam machen, daß von der Lohnsteuer etwa 16 Milliarden Schilling dem Bund verbleiben und daß die Pensionszuschüsse zum ASVG 15 Milliarden Schilling ausmachen. Und darf ich darauf aufmerksam machen, daß etwa die gewerbliche Pensionsversicherung Zuschüsse von ungefähr 5 Milliarden Schilling verlangt, das heißt zu jedem Pensionsschilling 60 Groschen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ja, die Bundesgewerbe-Steuerleistung ist geringer als die Zuschüsse zur gewerblichen Pensionsversicherung. Genau dort wollte ich nämlich hinaus. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Darf ich noch einmal wiederholen: Ich habe im Zusammenhang mit der Lohnsteuer vom ASVG gesprochen. Da zahlt der Bund zu ungefähr jedem Schilling an Pension 35 Groschen dazu. Ich habe dann vom gewerblichen Pensionsbereich gesprochen, wo allerdings der Bund 60 Groschen zu jedem Schilling dazuzahlt (Zwischenrufe bei der ÖVP.), und zwar mehr, als die Bundesgewerbesteuer ausmacht. Ich bitte, das zu berücksichtigen. Und wenn man von der Einnahmeseite redet, dann kann man nicht die korrelierte, die damit zusammenhängende Ausgabenseite außer Betracht lassen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)

Dann möchte ich noch auf eine Kleinigkeit hinweisen. Bruttoinvestitionen des Bundes im vergangenen Jahr: Die 23 Milliarden Schilling bezogen sich auf die Möglichkeit einschließlich des Konjunkturstabilisierungsbudgets, Konjunkturausgleichsbudgets. Auf der Wirtschaftskonferenz ist unter Beisein von Herrn Professor Koren und Herrn Dr. Taus erörtert worden, nur die halbe freizugeben, und dies ist auch

geschehen. Aber dann Beschlüsse, bei denen man dabei war – jedenfalls bei ihrer Erörterung war man dabei –, hier mit dem Vorwurf der Irreführung und der Tricks zu belegen, ich weiß nicht, ob dies dem Stil entspricht, von dem Herr Dr. Mock gesprochen hat, wenn man dann selbst solche Begriffe verwendet.

Ich darf nur ganz kurz darauf verweisen, daß gerade bei den Renten Außerordentliches getan wurde, und zwar durch verbesserte Richtsatzberechnung, durch zusätzliche Anpassungen in zwei Etappen um 3 Prozent. Ich glaube, daß die Pensionisten selbst am besten beurteilen können, was hier für sie unter großer Belastung und Anstrengung des Budgets geschehen ist.

Es wurde dann, und das schafft ja die ganze Problematik, die Eindämmung im Sozial- und Bildungsbereich kritisiert. Eine Eindämmung beziehungsweise geringere Zuwachsrate werden als Bankrotterklärung gewertet. Darf ich darauf verweisen, daß wir aus den Mittelschülerzahlen und aus den Hochschülerzahlen her 1970 einen riesigen Nachholbedarf angetroffen haben. Ich glaube sagen zu können, daß dieser Nachholbedarf weitestgehend befriedigt werden konnte, natürlich mit entsprechenden budgetären Auswirkungen. (Ruf bei der ÖVP: Die Hochschüler sind aber nicht Ihrer Meinung!)

Ich bitte doch den Herrn Dr. Mock einmal, sich den Dienstpostenplan anzuschauen. Er weiß das natürlich, er hat sich das ja angesehen, aber es hier so darzustellen, daß wir seit 1970 12 000 Lehrer beziehungsweise Bildungspersonal mehr eingestellt haben, und das mit einer Aufblähung der Verwaltung abzutun, das scheint mir bildungspolitisch nicht gerade die richtige Einschätzung zu sein. (Zustimmung bei der SPÖ.

– Abg. Dr. Gruber: Das ist doch nur ein Bruchteil des zusätzlichen Bundespersonals! Die Zahl der niederen Bundesbediensteten ist doch unvergleichlich mehr gestiegen!) Nehmen Sie sich doch die Mühe ... (Abg. Dr. Gruber: Schauen Sie sich den Dienstpostenplan 1970 bis 1977 an!) Ja, den kenne ich sehr gut, das können Sie mir glauben.

Er hat darauf verwiesen, daß ja auch 69 000 Lehrer mehr eingestellt wurden, das will ich nicht bestreiten, und daß 950 Dienstposten gestrichen wurden, auch das ist nicht zu bestreiten. Aber was ist geschehen? Man hat die Bedienerinnen, die man nicht mehr bekommen hat, also wo die Dienstposten nicht besetzt waren, gestrichen. Das ist richtig. Aber da man auch damals ein Mindestmaß an Sauberkeit in den öffentlichen Stellen wollte, hat das anders geschehen müssen, und zwar mußte man ungleich mehr Mittel für die Außer-Haus-Vergabe an Firmen aufwenden, die das tun, was

Vizekanzler Dr. Androsch

Bedienerinnen zu tun haben. Man hat sie nicht bekommen. Ich kritisiere das gar nicht. Das war die Situation. (Abg. Dr. Gruber: Glauben Sie, daß das jetzt nicht passiert: 1976 auf 1977?)

Lieber Herr Abgeordneter Dr. Gruber! Nein, weil man Bedienerinnen, die aus dem Dienstpostenplan schon gestrichen sind, nicht ein zweites Mal streichen kann. Das ist sehr einfach. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Diese Eindämmung in meiner Erklärung bezieht sich nun auf zweierlei, erstens darauf – ich meine in dem Maße, in dem der Nachholbedarf am Bildungssektor weitgehend aufgefüllt werden konnte –, daß die Zuwachsrate geringer sein müssen und nur sein dürfen in der Zukunft. Was den sozialen Bereich anlangt, so gilt gleiches, weil ich folgenden Standpunkt vertrete; ich spreche das ganz offen aus: Wir haben ein dichtes Netz von sozialen Einrichtungen geschaffen. In Verbindung mit der materiellen Versorgung, die wir erreichen konnten, ergeben sich erst und nur dadurch erst Möglichkeiten, das anzupreisen, was der Herr Abgeordnete Dr. Mock zitiert hat, nämlich was ich gesagt habe. Auf einer solchen gesicherten Basis ergeben sich erst neue Freiheitsräume für den einzelnen zu seiner Entfaltung: durch Eigeninitiative, durch Eigenvorsorge und damit natürlich auch durch Eigenverantwortung.

Ich meine, wenn in einer Situation guter Beschäftigung und gar nicht schlechter Konjunktur verschiedene soziale Einrichtungen nicht im finanziellen Gleichgewicht sind – ich verweise auf verschiedene Krankenkassen, nicht zuletzt auch auf die gewerbliche –, dann ist es wichtiger, sozusagen zu verhindern, daß in so wichtigen Einrichtungen große Löcher in dieses Netz der sozialen Sicherheit gerissen werden; wichtiger vielleicht, als in anderen wünschenswerten Bereichen beziehungsweise Detailbereichen das Netz noch engmaschiger zu knüpfen.

Das habe ich damit ansprechen wollen, und das betrifft sehr wohl auch das, was der Herr Abgeordnete Peter gesagt hat, nämlich daß der Wohlfahrtsstaat eine eminent wichtige Einrichtung ist, aber daß es immer wieder der wirtschaftlichen Erfolge bedarf, um ihn abzusichern. Das ist gar keine Frage. Nach einer Rezession und in einer Zeit zwar konjunktureller Erholung, aber keineswegs eines stürmischen Aufschwungs und bei unsicherer weltwirtschaftlicher Einschätzung ist dies ein besonderes Anliegen.

Hier möchte ich auch zum Budget noch sagen: Das Budget und auch sein Defizit sind ja nicht isoliert zu sehen von der wirtschaftlichen Entwicklung, das ist doch ähnlich wie mit

kommunizierenden Gefäßen. Wenn die konjunkturelle Erholung nicht stärker ist und daher die Einnahmenentwicklung nicht stürmischer, dann ist keine rasche Verbesserung zu erwarten. Da mag es zwar unbefriedigend sein auch für mich, wenn das Defizit nicht auch schon sinkt, aber es wäre wirtschaftspolitisch falsch, das sozusagen mit einem Kraftakt zu versuchen, der negative Auswirkungen hat. Und die jetzigen finden ja schon Kritik.

Es wird also gesagt, es sei zuwenig, wenn das Defizit nicht sinkt, aber es sei falsch, die Förderungs- und Investitionsausgaben zu kürzen. Ja wann soll man denn das tun, wenn nicht bei guter Auslastung der davon betroffenen Wirtschaft? Denn diese Ausgaben konzentrieren sich ja auf ganz wenige Betriebe.

Und ich kann schon gar nicht die Logik einsehen, daß man sagt, das Defizit sei zu hoch, der Schuldenstand sei verheerend, aber auf die fünf Milliarden Schilling für eine Steuersenkung komme es überhaupt nicht an. Na wenn das kein Widerspruch ist! Ich meine, daß angesichts der unsicheren Wirtschaftssituation die jederzeitige Bereitschaft, das Budget zur Krisenbekämpfung einzusetzen zu können, wichtiger ist als 50 S oder 100 S monatlich mehr in der Lohntüte. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Es wurde dann die grundsätzliche Frage der Marktwirtschaft angeschnitten und es wurde auf unsere Programmdiskussion eingegangen. Ich kann nicht verstehen, was Sie daran beunruhigt. Der Herr Abgeordnete Dr. Taus hat selbst den Vorschlag gemacht, eine Ideologiediskussion zu führen. Bitte, daß es dazu nicht gekommen ist und nicht dazu kommt, das ist nicht unsere Sache. Wir jedenfalls meinen in unseren Reihen, dies tun zu sollen, weil wir glauben, daß wir unser Programm nach 20 Jahren und angesichts tiefgreifender Veränderungen, weltweit gesehen, diesen geänderten Umständen anpassen sollen. Und, Herr Abgeordneter Dr. Mussil, Sie können sicher sein, daß wir dies tun werden nach unseren sozialdemokratischen Zielsetzungen und Wertvorstellungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sind dann herzlichst eingeladen, mit uns über das zu diskutieren, es wäre nur hilfreich, wenn wir dann auch Ihre Vorstellungen kennen könnten, es sei denn, Herr Abgeordneter Dr. Taus, ich verstehe Sie richtig, daß es die Frage der sozialen Marktwirtschaft ist. Und auf die darf ich noch ganz kurz eingehen.

Gestern hat der Vater der sozialen Marktwirtschaft, der Begleiter von Professor Erhard, Herr Professor Müller-Armack dazu einen ausführlichen Vortrag gehalten. Das war sehr interessant, und ich muß annehmen, daß das eine authenti-

5778

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Vizekanzler Dr. Androsch

sche Interpretation ist. Und da kann ich mich eben vielem nicht anschließen, das möchte ich gleich sagen, obwohl ich meine, daß der Markt als eine Technik, als eine Methode weite Bereiche nützlicher Anwendung haben kann. Man darf dann sein konstitutives Element, den Wettbewerb, nicht immer einschränken wollen. Das trifft man ja sehr häufig, daß er in weiten Bereichen seine Aufgabe nicht erfüllen kann; die Atomenergie wird offensichtlich nicht vom Markt gelöst. Im übrigen bedarf es vieler Vorbedingungen und Leistungen, bedarf es vieler ergänzender Leistungen, daß es überhaupt zu einer funktionsfähigen und effizienten Tätigkeit kommt.

Wenn man aber dann sagt, wir Sozialdemokraten halten alles für machbar und der Unterschied dazu, die alternative Position ist, alles dem Markt zu überlassen, also irgend-einem Wunder, das von einer Technik her passieren soll, dann darf man sich nicht wundern, daß bei einer solchen Einschätzung etwa die Frage der Beschäftigung - Herr Abgeordneter, Sie haben das gestern auch gehört, als gesagt wurde, das mit der Arbeitslosigkeit ist überhaupt nur eine Frage der statistischen Definition -, die Beschäftigungssicherung, die Arbeitsplatzsicherung sicherlich nicht dieselbe Rolle spielt, wie sie dies bei uns tut. Wir unterscheiden uns hier sicherlich grundsätzlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte dazu zusammenfassend nur eines sagen: Wenn man eine Methode zum Wert an sich, zu der Wertvorstellung erklärt, dann fürchte ich, daß man allzu leicht in folgenden Gegensatz kommt: daß die Methode, die Technik wichtiger ist als der Mensch, und da muß ich Ihnen sagen, daß für uns schon noch der Mensch wichtiger ist als irgendeine wirtschaftliche Methode, auch dann wenn sie effizient ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Abgeordneter Dr. Taus, es geht nicht um die Machbarkeit von allem, aber es geht darum, daß man alle Möglichkeiten nutzt und nicht durch einen - was sehr modern ist - Zukunfts-pessimismus einen Fatalismus verbreitet, der einen daran hindert, die Möglichkeiten im Interesse der Menschen dieses Landes zu nutzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre verlockend, auf die Ausführungen des Herrn Finanzministers einzugehen, es würde aber zu weit führen. Ich möchte vielleicht nur einige kurze Bemerkungen dazu machen.

Herr Finanzminister! Sie haben festgestellt, es sollte Alternativen der Opposition geben, und Sie könnten vielleicht solche Alternativen bei Ihren künftigen Maßnahmen berücksichtigen. Dazu nur die Feststellung: Die Österreichische Volkspartei hat all die Jahre hindurch eine Reihe von brauchbaren Alternativvorschlägen zu einzelnen Fragen gemacht. Sie haben diese abgelehnt, Sie haben sie nicht berücksichtigt und haben damit also alle diese Dinge vom Tisch gewischt. Und heute fragen Sie nach Alternativen. Das ist eine Vorgangsweise, die nicht richtig ist. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie haben dann auch noch die Frage betreffend die Eindämmung der Dienstposten angeschnitten. Auch dazu möchte ich nur feststellen, daß wir im Herbst des vergangenen Jahres einen Dienstpostenplan hier im Hohen Hause beschlossen haben und daß Sie sich jetzt mit Ministerratsbeschuß vom 31. Mai einfach über diese Beschlüsse hinweggesetzt und 2 200 neue Dienstposten beschlossen haben. Bitte: Das war also auch eine Vorgangsweise, die nach unserem Dafürhalten nicht richtig ist.

Ein weiterer Punkt, den Sie angeschnitten haben, war die Frage der sozialen Marktwirtschaft. Auch das würde hier in diesem Kreise zu weit führen. Wir sind der Auffassung, daß ein möglichst großer Freiheitsraum für die Unternehmungen und die Betriebe und die Menschen die beste Gewähr für eine gute Entwicklung der Wirtschaft und des Wohlstandes in einem Lande ist. Je mehr staatliche Eingriffe erfolgen, je mehr zentrale Planungswirtschaft eintritt, umso größer sind die Fehler und umso schlechter ist der Wohlstand. Das kann man überall in anderen Ländern beobachten: Wo der Staatseinfluß am größten ist, dort ist der Wohlstand der Bevölkerung am schlechtesten! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Auch haben Sie es für notwendig befunden, die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft darzustellen. Sie haben es so hingestellt, als wären in der ÖVP-Zeit aus der Landwirtschaft wesentlich mehr Menschen abgewandert als in der jetzigen Zeit. Dazu möchte ich nur feststellen, daß Ihre Durchschnittszahl mit 12 000 zu niedrig angesetzt ist, denn in den einzelnen Jahren nach 1970 sind mehr als 30 000 Menschen jährlich aus der Landwirtschaft abgewandert; das einmal fürs erste.

Zu Ihren Feststellungen die Beschäftigten betreffend: Sie reden nur von Beschäftigten und vergessen grundsätzlich zu sagen, daß das unselbständig Beschäftigte sind, oder Sie vergessen einfach die Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft.

Im „Wirtschafts- und sozialstatistischen

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

"Taschenbuch" des Arbeiterkammertages befindet sich eine Erhebung, die besagt, daß es im Jahre 1971 in Österreich insgesamt 3 011 000 Berufstätige gegeben hat, also Selbständige und Unselbständige, und daß es im September 1976 3 009 000 waren.

Das heißt mit anderen Worten, daß sich die Zahl der Berufstätigen, also der Menschen, die in Österreich das Sozialprodukt, das Bruttonationalprodukt, hervorbringen, praktisch nicht verändert hat. Es ist nur eine Verschiebung von den Selbständigen zu den Unselbständigen eingetreten. Das möchte ich auch einmal klar und deutlich hervorheben. Es ist also eine Irreführung der Bevölkerung, immer Rekordziffern von unselbständig Erwerbstätigen bekanntzugeben und gleichzeitig nicht die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt zu erwähnen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Nun darf ich vielleicht ganz kurz auch noch auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Sekanina eingehen. Seine Rede war ja an und für sich relativ düftig, man hat ihr nicht sehr viel entnehmen können. Es gab einige Feststellungen, zum Beispiel die, daß die Inflationsrate, die 9,5 Prozent im Jahre 1974 betrug, gesunken ist. Er hat vergessen zu sagen, daß sie in der sozialistischen Zeit, von 1970 an, entsprechend gestiegen ist, daß sie auf 10 Prozent hinaufgeklettert ist und daß in den letzten Jahren dann eine gewisse Senkung eingetreten ist. Das ist schon richtig, aber man muß das Ganze nennen.

Ich darf noch einmal hier feststellen: 1966 betrug der Verbraucherpreisindex 100, im April 1970 113,4 Punkte, und im März 1977, also heuer im März, waren es 183 Indexpunkte. Das sind also in diesen sieben Jahren 62 Prozent Kaufkraftverlust für den Schilling. Ich glaube, man sollte hier ganz klipp und klar feststellen, daß der Schilling zwei Drittel seines Wertes an Kaufkraft im Inland verloren hat. Ich glaube, das ist notwendig zu sagen. Der Vergleich mit den Nachbarländern Deutschland und der Schweiz fällt ja in der letzten Zeit für uns besonders nachteilig aus.

Er hat zweitens immer nur von der Vergangenheit gesprochen, auch in der Frage der Beschäftigungspolitik der sozialistischen Regierung, und hat vergessen zu sagen, daß das Arbeitsmarktförderungsgesetz in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung beschlossen wurde und daß damit die Basis für eine moderne Arbeitsmarktpolitik gelegt wurde. Das wäre zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Sekanina festzustellen.

Generell ist zu sagen, daß sich die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion in erster Linie mit der Vergangenheit beschäftigt haben. Auch

die Berichte der Bundesregierung, des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers, waren praktisch dazu angetan, all das zu schildern, was in den vergangenen Jahren war. Und wenn das Jahr 1976 in die Darstellung nicht mehr richtig hineingepaßt hat, dann hat der Herr Finanzminister dieses Jahr 1976 eben einfach ausgelassen, denn man kann ja von ihm nicht verlangen, daß er Selbstanklage führt, wie es in den Oststaaten üblich ist. Er hat also hier die Dinge grundsätzlich sehr optimistisch dargestellt.

Denken wir zurück, was im Jahr 1975 vor der Nationalratswahl den Österreichern von der Sozialistischen Partei versprochen und zugesagt wurde! Denken wir an das Plakat mit den „vier weiteren guten Jahren“! Es hieß, es gebe überhaupt keine Probleme in Österreich. Wenn man das mit den Fakten von jetzt, zwei Jahre später, nicht einmal ganz zwei Jahre später, vergleicht, stellt man fest: Jetzt sind plötzlich all die Probleme der Zahlungsbilanz, des Budgetdefizits, der negativen Dienstleistungsbilanz beziehungsweise der ganzen Verschuldung da. All diese Probleme waren aber bereits 1975 absehbar.

Wir haben objektiverweise darauf hingewiesen, was auf Österreich zukommt. Wir haben in diesen schwierigen Phasen die Zusammenarbeit angeboten, wir erklärten, daß wir gemeinsam diese Schwierigkeiten lösen wollen. Die Sozialisten haben das einfach abgelehnt, und heute wollen sie auf einmal: ÖVP hilf uns, daß wir hier herauskommen; wir möchten gern Alternativen; es geht nicht mehr weiter! – Das ist also die Situation. (Beifall bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Das ist das Ergebnis.

Wenn heute der Herr Bundeskanzler plötzlich sagt: Atomstrom beziehungsweise Atomenergie natürlich nur dann, wenn die ÖVP mitgeht, oder Spitalfinanzierung selbstverständlich nur mit der Österreichischen Volkspartei, dann müssen wir sagen: Sie haben 1975 die alleinige Macht in diesem Staate angestrebt und haben daher heute auch die alleinige Verantwortung für dieses Land zu tragen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Sie können sich nicht auf einmal jetzt so gebären, daß Sie sich denken: Jetzt, wo es schwierig wird und unangenehme Fragen auftauchen, brauchen wir die Österreichische Volkspartei.

In Kärnten habt ihr ja unsere Mitarbeit gefunden, sonst wäre es eh ganz blöd hergegangen, was da von Kreisky angeschnitten wurde. Seien wir uns doch ganz ehrlich! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Dazu kommen Ihre Überheblichkeit und der Standpunkt: Nur wir verstehen alles. – Das hat ja zu einer totalen Misere in diesem Lande geführt,

5780

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

hat dazu geführt, daß man jetzt nicht mehr weiß, wie wir herauskommen. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ihre Sprecher, Herr Abgeordneter, haben nur von der Vergangenheit gesprochen. Mit Ach und Krach haben sie das Jahr 1976 erwähnt. Aber der österreichischen Bevölkerung ist nicht geholfen mit dem, was war, sondern sie will wissen, was auf sie zukommt, wie die Probleme der Gegenwart und der nächsten Jahre bewältigt werden können. (Abg. Samwald: Erzählen Sie das Ihren Kindern, aber nicht Erwachsenen im Parlament!) Offensichtlich ist es für Sie zu hoch! (Zustimmung und Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich möchte Sie nicht überfordern. Sie haben ja die Möglichkeit, den Raum zu verlassen, wenn es Ihnen zu stark wird. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.) Sie sind sonst ein so verträglicher Mensch. (Zwischenrufe.)

Herr Abgeordneter Samwald! Wenn Sie dann herauskommen und sagen, wie die Budgetdefizite der kommenden Jahre verringert werden können, wie die Finanzschulden getilgt werden sollen, wie die Zahlungsbilanz in Ordnung gebracht wird, dann werde ich sehr dankbar sein, dann werde ich mir das gern anhören. (Beifall bei der ÖVP.) Aber wenn Sie nichts wissen, dann sagen Sie nichts. (Abg. Samwald: Denken Sie einmal darüber nach, wie Sie an die Regierung kommen, nicht über das Budgetdefizit!) Traut ihr euch leicht nimmer, traut ihr euch nimmer? – Jetzt trauen Sie sich nimmer. (Neuerlicher Beifall und lebhafte Heiterkeit bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Samwald! Wenn man einmal einen Betrieb herabgewirtschaftet hat, wann der Betrieb einmal herabgewirtschaftet ist und in Konkurs geht, dann sagt die Geschäftsführung dieses Unternehmens: So, jetzt soll es jemand anderer weiterführen! – Ähnlich ist es bei der Bundesregierung. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre an und für sich jetzt verlockend, die „vier weiteren guten Jahre“ von 1975 ein bißchen zu zergliedern; das würde aber zu weit führen. Ich möchte nur feststellen: Im ersten Jahr der „vier weiteren guten Jahre“ ... (Abg. Samwald: Sieben gute Jahre sind es schon!) Nein. Im Jahre 1975 haben Sie „vier weitere gute Jahre“ versprochen.

Im ersten der „vier weiteren guten Jahre“ haben Sie mit Gesetzen – die Belastungswelle – der österreichischen Bevölkerung Mehrbelastungen von 25 Milliarden Schilling auferlegt. Das ist also einmal das „stolze“ Ergebnis Ihres ersten weiteren guten Jahres, das Sie vollbracht haben: 25 Milliarden Schilling Belastung mit

Mehrwertsteuererhöhung, Mineralölsteuererhöhung, Kraftfahrzeugsteuererhöhung, Stempelgebührenerhöhung, Kreditsteuern, Abbau der Sparförderung, Abbau des Zuschusses für den Milchwirtschaftsfonds und so weiter. Das war ein Ergebnis.

Nächster Punkt – auch nur eine ganz kurze Feststellung –: Der Abgang im Budget hat sich von 18,5 Milliarden Schilling im Jahre 1974 auf 44 Milliarden Schilling im vorigen Jahr entwickelt, und heuer werden es voraussichtlich 50 Milliarden Schilling sein.

Das heißt mit anderen Worten, daß die Tendenz zu höheren Budgetdefiziten leider gegeben ist. Wir freuen uns nicht darüber, Herr Abgeordneter Samwald, weil wir ja alle mitsammen diese Dinge bezahlen müssen, und zwar alle Österreicher ohne Rücksicht auf ihre weltanschauliche Orientierung. (Abg. Samwald: Dafür haben wir Vollbeschäftigung!) Gut.

Mein lieber Herr Abgeordneter Samwald! Das ist alles, was wir da bei Ihren Ausführungen gehört haben: Wohlstand auf Kredit. Das heißt: Wir haben einen Wohlstand und eine Entwicklung erreicht, die von Ihren Abgeordneten sehr hervorgerufen wurde, von uns auch nicht bestritten wird, aber wir haben das Ganze auf Kredit. Und ein Unternehmen, das alles nur auf Kredit aufbaut, kommt einmal in die Situation, daß es den Kredit zurückzahlen muß. Jetzt sind wir in dieser Situation, und Ihr Finanzminister und Ihr Bundeskanzler trauen sich der Bevölkerung nicht zu sagen, daß man einmal für diese Dinge auch die Zeche bezahlen muß. (Beifall bei der ÖVP. – Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen folgendes feststellen. (Abg. Dr. Gradenegger: Einen Satz zu Lohnerhöhung und Einkommenszuwachs!) Die Entwicklung der Einkommen, der Masseneinkommen und der ... (Abg. Dr. Gradenegger: 12 Prozent in der Landwirtschaft im letzten Jahr! – Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Sie sind einer der wenigen, die an die Zahlen glauben, die in Ihren Berichten stehen. Sie sind einer der wenigen! (Abg. Dr. Gruber: Herr Oberregierungsrat! Bleiben Sie bei einem anderen Thema!)

Ich kann Ihnen folgendes sagen: Der Einkommenszuwachs im Jahre 1977 ist real gesehen für die österreichische Bevölkerung Null Komma Josef. (Zustimmung bei der ÖVP.) Denn Sie haben zum Beispiel den Beamten 6,5 Prozent gegeben; die Inflation und auch die Sozialbelastungen haben mehr weggenommen; also real kein Zuwachs. Jetzt fängt die Bevölkerung an, die Zeche zu bezahlen, und zwar über eine

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Verringerung des realen Einkommens. So ist es leider. (*Zwischenruf des Abg. Hatzl.*) Wenn Sie bitte heruntergehen wollen, Herr Abgeordneter! Kommen Sie dann herunter. Ich komme sonst mit meinem Programm nicht durch.

Ich möchte vielleicht noch auf ein paar Tatsachen hinweisen. Ich glaube, es hat keinen Zweck, jetzt noch dabei zu verharren, was in den vergangenen Jahren für eine Entwicklung war. Es ist notwendig, ganz sachlich auf die Gegenwart und die Zukunft einzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie alle wissen, ich habe beim Finanzschuldenbericht über die Entwicklung der Staatsverschuldung gesprochen und darüber, was bei der Belastung dieser Zinsenzahlung und Tilgung jährlich zu erwarten ist. Diese Beträge fehlen für die Investitionstätigkeit. Wir sehen es ja. Im nächsten Jahr müssen die Investitionen nur deshalb um zehn Prozent gekürzt werden, weil wir über 25 Milliarden Schilling für die Tilgung von Zinsen und für die Tilgung der Kredite zahlen müssen. Das ist eine ganz gewaltige Belastung.

Ein zweiter gravierender Punkt – und der wurde heute schon angesprochen – ist das Außenhandelsbilanzdefizit, das sich in einer beängstigenden Weise entwickelt. 1974 hat es 22,9 Milliarden Schilling betragen, 1976 war das Außenhandelsbilanzdefizit bereits 53,2 Milliarden Schilling, und leider setzt sich diese Entwicklung auch im heurigen Jahr verstärkt fort. Das ist eine ganz ernste Sache, weil es offensichtlich zeigt, daß die österreichische Wirtschaft in der Konkurrenzfähigkeit auf den ausländischen Märkten durch die Kostenexplosion nicht mehr so mitkommt, wie es notwendig wäre. Es müßte daher der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit für die österreichische Wirtschaft besonderes Augenmerk geschenkt werden. Außerdem müßten die Inflationsraten heruntergedrückt werden, damit wir im Außenhandel gegenüber Deutschland und der Schweiz nicht in immer größere Schwierigkeiten kommen.

Der nächste Punkt, der uns große Sorgen bereitet, ist die österreichische Dienstleistungsbilanz. Auch hier eine ganz kritische Entwicklung. Sie stagniert praktisch auf der Höhe des Jahres 1975. Damals hatten wir einen Überschuß aus der Dienstleistungsbilanz von 26,1 Milliarden Schilling, 1976 haben wir einen Überschuß in der Dienstleistungsbilanz von 26,4 Milliarden Schilling. Das heißt, der Ausländerfremdenverkehr bringt uns nicht mehr die Devisen, die wir zur Deckung des Handelsbilanzdefizites notwendig hätten.

Es ist also der Österreich-Urlaub offensicht-

lich teurer geworden, sonst hätte nicht der Herr Bundeskanzler Kreisky plötzlich behauptet, er fährt nach Mallorca, in Österreich ist es ihm zu teuer geworden. Und er baut ein Haus auf Mallorca, weil die Baupreise offensichtlich in Österreich weit höher sind. Ich weiß nicht, wie sich das mit dem Herrn Handelsminister Dr. Staribacher vereinbaren läßt, der sagt: Bleib daheim, daheim und doch nicht zu Hause, oder so ähnlich. Oder der Slogan: Österreicher, bleib in Österreich!, und der Herr Bundeskanzler macht als Vorbild sozusagen ein Bundesland als zu teuer schlecht und weicht aus in andere Länder. Eine solche Vorgangsweise in einer derartigen Situation ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Staribacher.*) Herr Handelsminister! Sie hätten doch Ihrem Bundeskanzler sagen müssen, daß er diese Worte – wenn er sich das schon denkt; und denken tun sich das viele – wenigstens nicht hätte aussprechen sollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Handelsminister: Wenn eine Regierung die Mehrwertsteuer auf 18 Prozent für Getränke hinaufsetzt, eine Getränkesteuer und eine Alkoholsteuer und so weiter einführt und die Getränke in einem Ausmaß belastet ... (*Abg. Dr. Staribacher: Wer hat das eingeführt?*) Sie haben die Mehrwertsteuer eingeführt, und dann beschwert er sich darüber, daß das alles zu teuer geworden wäre! Die Mehrwertsteuer, wir reden ja von der Mehrwertsteuer, 18 Prozent! (*Abg. Staudinger: Die Getränkesteuer, Herr Minister!*) Herr Minister! Wenn Sie Ihnen zu hoch gewesen wäre, dann hätten Sie sie ja senken können. Sie hätten ja die Möglichkeit gehabt, sie zu senken. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Da können Sie sich ja jederzeit bewähren und die Kostenbelastung für den Fremdenverkehr senken.

Es ist leider dadurch, daß der Fremdenverkehr nicht mehr das bringt, was er bringen sollte, so weit gekommen, daß sich im Vorjahr die österreichische Zahlungsbilanz rapid verschlechtert hat. Wir haben im Jahre 1974 in der Zahlungsbilanz in Österreich ein Defizit von 3,1 Milliarden Schilling gehabt, 1975 ein solches von 6,2 Milliarden Schilling, und 1976 hatten wir 28 Milliarden Schilling Zahlungsbilanzdefizit. Die österreichischen Währungsreserven haben sich allein 1976 um 22 Milliarden Schilling verringert.

Das ist eine ganz bedrohliche Entwicklung. Und da muß ich sagen: Von Ihrer Seite, von Ihren Rednern hat kein einziger dieses so wichtige und aktuelle Problem mit einem Wort erwähnt.

Es ist an und für sich nach meinem Dafürhalten notwendig, daß man die Dinge

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

nicht so treiben läßt wie bisher. Die Politik der inflationären Entwicklung, der leichten Hand, der Gefälligkeitsdemokratie, der Verschwendug und Großmannssucht rächt sich eben, und daher müßten der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister endlich einmal die Politik ändern und eine neue Basis finden.

Nun möchte ich einige Dinge erwähnen, die von unserer Seite zum Teil schon angeführt wurden und die als dringend notwendig angesehen werden. Das eine ist, daß wir vom Herrn Finanzminister für die nächsten fünf Jahre einmal ein Budgetkonzept sehen wollen. Die ganze Zeit wird immer herumgedreht und herumgedoktert, aber es wird kein Budgetkonzept vorgelegt. Das ist unzumutbar, und das ist auch unverantwortlich der Bevölkerung gegenüber.

Das zweite: Eine sparsame und rationelle Führung des Staates – ich habe darauf in einem anderen Zusammenhang schon hingewiesen –, die Stabilisierung der Preise und der Kosten, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft im In- und Ausland, die Verbesserung des Exportes, die Förderung des Fremdenverkehrs, die Verbesserung der Handelsbilanz, der Dienstleistungs- und der Zahlungsbilanz und die Förderung der Initiative und Leistungsbereitschaft der einzelnen Menschen und der Betriebe in Österreich, um hier wieder aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Dazu gehört auch die Milderung der leistungsfeindlichen Besteuerung, die sicherlich eine günstige Auswirkung auch auf die Privatinvestitionen von Gewerbe und Industrie haben wird.

Und schließlich die Verbesserung der landwirtschaftlichen Außenhandelsbilanz. Auch dazu vielleicht noch ein paar Feststellungen. Wir haben eine Entwicklung, die sehr beängstigend ist. Es haben ja der Herr Finanzminister und der Herr Bundeskanzler in ihren Berichten auf verschiedenes hingewiesen.

Es steht fest, daß sich die österreichische Agrarhandelsbilanz in den letzten Jahren sehr negativ entwickelt hat. Wir haben eine Entwicklung, daß die Importe von Agrarprodukten im vergangenen Jahr bereits rund 18 Milliarden Schilling erreicht haben, während nur rund 6,9 Milliarden Schilling an Exporten möglich waren. Das heißt, daß das Defizit im Agrarhandel sich bereits auf 11 Milliarden Schilling erhöht hat. Allein gegenüber der EWG haben wir ein Agraraußendefizit von 4,4 Milliarden Schilling. Ganz progressiv, und zwar deshalb, weil auf dem Agrarsektor – das können wir der Regierung nicht ersparen –, im Jahr 1972 bei den Verhandlungen mit der EWG nicht jene Punkte durchgesetzt werden konnten, die für die

österreichische Landwirtschaft und Forstwirtschaft notwendig gewesen wären.

Dadurch hat sich das Außenhandelsbilanzdefizit innerhalb von vier Jahren verachtet: von 500 Millionen Schilling auf 4,4 Milliarden Schilling.

Es ist eine fehlende Chancengleichheit für die österreichischen Bauern. Wir haben heute in der Fragestunde bereits darauf hingewiesen, daß wir hier eine ungünstige Entwicklung haben und daß der österreichische Produzent, der österreichische Bauer im Verhältnis zum Bauern in der EWG bei vielen Produktionszweigen ganz besonders benachteiligt ist.

Es ist auch notwendig, daß die Import- und Exportregelungen für Agrarprodukte entsprechend gestaltet werden, damit wir dieses negative Ergebnis in der Agrarhandelsbilanz doch abbauen können. Dazu gehört natürlich auch der Aufbau einer inländischen Fettproduktion, weil wir auf diesem Sektor viele Devisen sparen und die gesamte Handelsbilanz sehr entlasten könnten. Auf diese Probleme wird ja einer meiner Kollegen noch eingehen. Ich möchte besonders unterstreichen, daß das für die Gesamtwirtschaft Österreichs von der Devisenseite her gesehen – aber auch von der wirtschaftlichen Landesverteidigung her gesehen – äußerst notwendig wäre.

Ich komme zum Schluß und möchte feststellen, daß die Regierung der Bevölkerung die Wahrheit sagen muß, daß man die Bevölkerung ehrlich und offen über diese ganz schwierigen und heiklen Fragen, die den ganzen Staat und die Bevölkerung betreffen, informieren soll. Es geht einfach nicht, daß man einfach so tut, als ob alles in bester Ordnung wäre, und in Wirklichkeit weiß man nicht mehr, wie man sich bis zum nächsten Nationalratswahltermin hinwegtunnt. Man verschiebt praktisch die Kredite, die Tilgung der Kredite, schon auf die Zeit nach der nächsten Nationalratswahl, während man der Bevölkerung sagt, alles sei in Ordnung. Aber in Wirklichkeit bestehen auf allen Gebieten so große Probleme.

Mehr Ehrlichkeit und mehr Offenheit in der Regierungspolitik wären dringend notwendig! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher. (Ruf bei der ÖVP: Der wird es jetzt schwer haben!)

Abgeordneter Mühlbacher (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß der Zwischenruf, ich hätte es jetzt schwer, sich nicht auf meinen Vorrredner bezieht, denn dem Herrn Abgeordneten Zittmayr, glaube ich, brauche ich nur in einem Punkt zu antworten. Er

Mühlbacher

sagte nämlich, die Österreichische Volkspartei hätte ja genügend brauchbare Alternativen vorgelegt. (Abg. Dr. Wiesinger: Was haben Sie geglaubt?)

Ich nehme also an, daß Sie die hier im Hause bei gewissen Gesetzen vorgebrachten Abänderungsanträge meinen. Da wissen Sie ja ganz genau, verehrte Damen und Herren, daß wir diese, soweit sie vernünftig waren, unsererseits miteingearbeitet haben, aber natürlich bei Lizitationen und ähnlichem nicht mitgegangen sind. Ansonsten kann ich sowohl zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Zittmayr als auch zu den Ausführungen der übrigen Oppositionsrednern nur sagen: sie stimmen überein mit den Kritiken ihrer Partei an der Regierungsarbeit in den letzten Jahren. (Abg. Graf: Was haben Sie erwartet?) Warten Sie ein bissel!

Was sagten Sie die letzten sieben Jahre? Ihr Herr Bundesparteiobmann behauptet, es werde eine Politik des Weiterwurschtelns schon seit sieben Jahren betrieben. Es sagt Ihr Klubobmann Koren, daß die Regierung nicht imstande ist, die budgetpolitische Situation zu meistern. (Ruf bei der ÖVP: Richtig!) Es spricht Herr Mock vom „wirtschaftspolitisch falschen Weg“ der Regierung, und Herr Mussil sagt, er halte diese Politik für falsch und gefährlich. (Abg. Graf: Das ist auch richtig!)

Ihre Reaktion nach der Vorlage dieses Wirtschaftsberichtes ist zu verstehen. Denn dieser Wirtschaftsbericht muß ja für Sie wie ein Schlag ins Gesicht gewesen sein, denn er ist ein Erfolgsbericht der Wirtschaftspolitik dieser Regierung. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Wiesinger: Wie schaut denn dann ein schlechter Bericht aus?)

Dieser Bericht, der auf mehr als 300 Seiten an Hand von statistischem Material eindeutig und durch den Vergleich mit den wirtschaftlichen Entwicklungen in den anderen Ländern beweist, daß erstens diese sozialistische Regierung die weltweite Wirtschaftskrise 1974/1975 bestmöglich, ja man kann sagen, im Vergleich mit den übrigen Ländern, am besten gemeistert hat und daß zweitens die von der Regierung getroffenen Maßnahmen wirtschaftspolitisch richtig waren und daß sie auch immer rechtzeitig eingesetzt worden sind. (Abg. Dr. Wiesinger: War das nicht ein Verdienst der mittelständischen Wirtschaft?)

Verehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Denken Sie daran, welche Kritiken an all den getroffenen Maßnahmen Sie seit dem Jahr 1973 geübt haben. Diese Kritiken haben sich alle als falsch erwiesen. Das ist für jedermann erkennbar. Bleiben wir bei den drei

Hauptpunkten: Vollbeschäftigung, Stabilität, Wachstum, die auch von einigen Ihrer Herren unbestritten als Erfolg dieser Regierung bezeichnet werden müßten.

Hiezu, Herr Abgeordneter Mussil, braucht man keine große Lupe, um zu erkennen, daß das gesetzte Ziel der Vollbeschäftigung erreicht und gehalten wurde. (Abg. Dr. Schwimmer: Waren Sie in der Fragestunde da? Haben Sie gehört, was der Sozialminister gesagt hat?)

Ich spreche jetzt nicht mehr von den 2,7 Millionen Beschäftigten; ich weiß, daß Sie diese Zahl nicht mehr hören wollen. Ich spreche von der Arbeitslosenrate, die ein schlagender Beweis dafür ist, daß wir Vollbeschäftigung haben.

Die Zahlen der Stabilität des Verbraucherpreises wurden Ihnen heute des öfteren schon vorgehalten. Dagegen . . . (Abg. Dr. Schwimmer: Was haben Sie bei 3 Prozent Inflation gesagt, Herr Mühlbacher?) Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Soll ich die Zahlen wiederholen? 1974 9,5 Prozent, 1975 8,4 Prozent, 1976 7,3 Prozent, und ich getraue mir zu sagen, 1977 6,3 Prozent. (Abg. Dr. Schwimmer: Hätten sie noch weiter steigen sollen?)

Seien Sie doch nicht so weltfremd! Sie werden doch mit anerkennen müssen, daß das, wenn Sie es vergleichen mit den ausländischen Zahlen, Erfolge der Maßnahmen dieser Regierung gewesen sind. Reale Wachstumsziffern sind ja auch gegeben. (Abg. Dr. Schwimmer: Vergleichen Sie mit der Schweiz und nicht mit Uganda!)

Jetzt im letzten Jahr vergleichen Sie mit der Schweiz. Wir sprechen aber vom Gesamtzeitraum; auch im Vergleich mit der Vollbeschäftigung, die ja ein wesentlicher Faktor ist.

Aber ich will von dem abgehen, denn das ist Ihnen ja heute schon des öfteren gesagt worden. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur etwas feststellen: Wenn man also von der ausgezeichneten Beschäftigungslage ausgeht, die Situation der weiterhin abnehmenden Preissteigerungsraten und die realen Wachstumsaussichten auch für das Jahr 1977 betrachtet, so ist es möglich, die Wirtschaftspolitik insbesondere im Jahre 1977/1978 auf die Stabilisierung auszurichten. Ich möchte aber hier betonen, daß die Vollbeschäftigung für uns nach wie vor oberstes Ziel ist. (Abg. Dr. Mussil: Eine Scheinbeschäftigung war das!)

Hier unterscheiden sich – und das möchte ich an Ihre Adresse richten, Herr Abgeordneter Dr. Mussil – sozialistische wirtschaftliche Zielsetzungen gegenüber jenen der Österreichischen Volkspartei. Bei Ihnen meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei,

Mühlbacher

steht nämlich die Erhaltung der Vollbeschäftigung nicht an erster Stelle. Das kann ich Ihnen an Hand des vom Wirtschaftsbund ausgearbeiteten Grundsatzprogramms beweisen. (Abg. Dr. Mussil: *Das Grundsatzprogramm hat nicht der Wirtschaftsbund ausgearbeitet, Verehrtester, sondern die Bundeswirtschaftskammer!*) Aha! Ich würde jetzt also sagen: Es ist ein Entwurf der Beamtenenschaft oder der Funktionäre des Wirtschaftsbundes. (Abg. Dr. Mussil: *Das Präsidium hat es beschlossen!*) Aber nicht mit meiner Stimme. (Abg. Dr. Mussil: *Das ändert nicht allzu viel!*) Ich will es nur hier deponieren. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Gut, geht in Ordnung. Das wollte ich auch nur hier hören. Aber sagen Sie nicht, daß es von der Bundeswirtschaftskammer beschlossen worden ist. (Abg. Dr. Mussil: *Ja, natürlich!*) Nicht einstimmig. (Abg. Graf: *Sie haben ja kein Stimmrecht!*) Geht in Ordnung. Wenn Sie auch hier das sagen. (Abg. Graf: *Im Sinn der Geschäftsordnung!*)

Dann deponiere ich eben hier, daß es gegen die Stimmen der Fraktion des Freien Wirtschaftsverbandes beschlossen wurde. (Abg. Dr. Mussil: *Gegen die Meinung!* – Abg. Dr. Schwimmer: *Wenn Sie so klein sind, daß Sie kein Stimmrecht haben, können Sie auch nicht mitstimmen!*) Es gibt auch Gremien, wo wir ein Stimmrecht haben. Dort – da können Sie sicher sein – wird der Vertreter des Freien Wirtschaftsverbandes zu diesem Grundsatzprogramm keine positive Stimme abgeben. Es heißt nämlich: Stabilität und Vollbeschäftigung sind für die Handelskammerorganisation gleichrangige und auf längere Sicht einander nicht widersprechende Ziele.

Sie gehen also ab davon. So mancher Ihrer Herren hat wohl gesagt, Vollbeschäftigung wäre auch eines Ihrer Hauptziele. Sie gehen aber ab davon. Man kann es herauslesen. Ich fühle förmlich Mitterers Geist in diesen Worten (Abg. Dr. Schwimmer: *Lesen Sie es noch einmal vor!*), daß für Sie Vollbeschäftigung nicht das wichtigste ist. (Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: *Jetzt trauen Sie sich, Herr Mühlbacher, weil er nicht da ist! Sonst haben Sie am ganzen Leib gezittert!*) Ich habe nie gezittert. Ich zittere auch nicht vor dem mächtigen Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer. (Abg. Dr. Fischer: *Er ist ja gar nicht mächtig!*)

Verehrte Damen und Herren! Das ist uns aber eine ernste Sache – und ich möchte es daher besonders hervorheben –: Ich darf nunmehr die Maßnahmen, die zu diesen Erfolgen geführt haben und die heute dem Bericht zur wirtschaftlichen Situation zu entnehmen sind, noch weiter begründen. Die Belebung der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1974, 1975 und 1976 war nämlich mehreren Faktoren zu danken. Der

rechtzeitige – und ich betone: der rechtzeitige – Einsatz des konjunkturpolitischen Instrumentariums der Bundesbudgets 1974 und 1975 hatte nicht nur die ärgsten Folgen der internationalen Rezession gemildert, sondern auch den Grundstein für die konjunkturelle Erholung gelegt. Die zusätzlichen Maßnahmen, die auf der großen Wirtschaftskonferenz Anfang 1976 beschlossen wurden, sicherten den neuen Aufschwung ab.

Ich möchte Ihnen diese Maßnahmen neuerlich in Erinnerung rufen. Zur Arbeitsplatzsicherung wurde eine expansive Budgetpolitik betrieben. Das Grundbudget 1976 enthielt 43 Milliarden Schilling für Investitionen und Aufträge an die Wirtschaft. Darüber hinaus wurden im Konjunkturausgleichs-Haushalt weitere 7,1 Milliarden Schilling für Investitionen an die Bauwirtschaft, an die Fahrzeugindustrie sowie an die Elektro-, Textil- und Maschinenindustrie freigegeben.

Verehrte Damen und Herren! Neben diesem Einsatz von zusätzlichen Budgetmitteln wurden noch folgende flankierende Maßnahmen getroffen: Aufhebung der Investitionssteuer; Einführung der 50prozentigen vorzeitigen Abschreibung für Bauinvestitionen; und dann wurde neuerlich und zusätzlich beschlossen, daß im Jahre 1976 noch rund 3 Milliarden Schilling für Hochbauzwecke und darüber hinaus weiters 1 Milliarde Schilling für den Autobahn- und Bundesstraßenbau zur Verfügung gestellt werden.

Das nun vorliegende Ergebnis dieser expansiven Budgetpolitik zeigt, daß die Bundesregierung die richtigen Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung getroffen hat, die Maßnahmen rechtzeitig angesetzt hat und richtig getroffen hat. Das hat den Erfolg dieser Wirtschaftspolitik gebracht.

Ich darf weiters noch an die damalige mittelfristige Budgetpolitik erinnern. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß bereits im Jahr 1975 die Grundsätze für die Rückführung des Budgetdefizites festgelegt wurden. Entsprechend dem Grundsatz der politischen Redlichkeit wurden vom Finanzminister auch vor den Wahlen unpopuläre Maßnahmen gesetzt.

Ich kann dem Herrn Abgeordneten Peter sagen: Hier wurde immer die Wahrheit gesagt, auch zu Zeiten wie vor den Wahlen. Es wurde angekündigt die Mehrwertsteuererhöhung. Es wurde angekündigt die Erhöhung der notwendigen Tarife und Gebühren. Also heute zu sagen, daß hier nicht rechtzeitig der Bevölkerung die Wahrheit gesagt wurde, ist also auch auf die Vergeßlichkeit der Bevölkerung ausgerichtet. (Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Peter: *Herr Mühlbacher, was war mit der Gebührenerhöhung?* – Abg. Dr. Zittmayr:

Mühlbacher

Was war mit der Vermögensteuer, mit der Kreditsteuer?)

Wenn gesagt wurde, es hätte heute noch niemand zur Handelsbilanz gesprochen, so ist das ja nicht richtig. Es wurde schon auch darüber gesprochen. Aber ich möchte das nachholen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Aber fangen wir einmal bei der Exportentwicklung an. Davon haben Sie nicht gesprochen, denn diese Zahlen gefallen Ihnen wieder nicht. Wenn wir uns nämlich die Steigerungsraten ansehen – und ich darf sie Ihnen vorlesen –, so ergibt sich folgendes Bild: 30,8 Prozent 1974 gegenüber dem Jahre 1973. Das setzte sich fort im Jahre 1975 wohl mit minus 1,9 Prozent, aber im Jahre 1976 betrug die Steigerungsrate bereits wieder 16,2 Prozent. Wenn Sie jetzt noch die Steigerungsraten in den ersten Monaten 1977 hören wollen: Im Jänner 21,7 Prozent, im Februar 6,7 Prozent und im März 16 Prozent. (Abg. Dr. Mussil: Wenn Sie uns auch etwas über die Erträge sagen, die bergab gegangen sind!) Herr Generalsekretär! Wie glauben denn Sie, daß diese Steigerungsraten zustande gekommen sind? – Doch nur auf Grund der getroffenen Maßnahmen für die Exportwirtschaft seitens dieser Regierung und durch die Förderungsmaßnahmen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Nun ist es richtig, daß die Importe eine Steigerung erfahren haben, die sicherlich zu beobachten ist (Abg. Dr. Mussil: Weil Ihre Regierung die Konkurrenzfähigkeit am Markt zerstört hat!) und die neuen Maßnahmen erfordert. (Abg. Dr. Mussil: Für wann denn?) Solche Maßnahmen sind ja auch schon in Aussicht gestellt, sie liegen ja auch bereits vor. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.) Von diesen Maßnahmen haben Sie nicht gesprochen. Sie erheben immer nur den Vorwurf, daß wir von der Vergangenheit reden. Aber Sie haben ein Paket der Maßnahmen bekommen, die zu treffen sind. Damit wurden Sie konfrontiert. (Abg. Dr. Mussil: Diese kümmerlichen rachitischen Minimaßnahmen meinen Sie?)

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Wir haben auch schon früher darüber gesprochen, was zu tun sein wird. Wir haben festgestellt, daß es keine Importbeschränkungen geben darf. Wir haben weitere Förderungsmaßnahmen für den Export beschlossen. Wir werden bezüglich des Importes Maßnahmen setzen, wie Energiesparmaßnahmen, weil der Energieimport ja ein besonderes Ansteigen zu verzeichnen hatte.

Sie finden ja jetzt wieder weitere Vorlagen für zusätzliche Exportförderungen und auch für den Fremdenverkehr weitere Begünstigungen. (Abg.

Dr. Mussil: Kümmerlich, kümmerlich!) Herr Generalsekretär! Sie wissen genau, wie viele Förderungen für die Fremdenverkehrswirtschaft schon gegeben wurden, welche Aktionen gesetzt sind und welche Beträge ... (Abg. Dr. Mussil: Ich hätte mich geniert!) Dafür braucht man sich nicht zu genieren. Diese Beträge sind wesentlich höher als in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Aber wenn Sie jetzt schon bei den Investitionen sind, dann kann ich Ihnen auch bezüglich ... (Ruf bei der ÖVP: Was sagen Sie zur „Fremdenverkehrswerbung“ durch den Herrn Bundeskanzler? – Abg. Dr. Eduard Moser: Mallorca!) Meine Damen und Herren! Das ist das billigste! Ich wollte überhaupt nicht auf das eingehen, was der Herr Abgeordnete Zittmayr diesbezüglich gesagt hat. (Abg. Mag. Höchtl: Weil es Ihnen unangenehm ist!) Unangenehm? (Abg. Mag. Höchtl: Natürlich! Sagen Sie etwas dazu!) Es erscheint mir kindisch, jemandem daraus einen Vorwurf zu machen, daß er nach Mallorca auf Urlaub fährt! (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich darf Sie daran erinnern, wie Sie – und das war eine wirkliche Schädigung des Fremdenverkehrs! – in langen Artikeln weltweit bekanntgegeben haben, daß wir das teuerste Fremdenverkehrsland seien. Das war wirklich eine Fremdenverkehrsschädigung! Daraufhin traten hier im Lande Stornierungen von Urlaubsbestellungen ein. Das war schädlich. Aber in dem, was Sie jetzt angezogen haben, sehe ich überhaupt keine Schädlichkeit, sondern so etwas hier vorzubringen, das erscheint mir eher kindisch. (Abg. Dr. Mussil: Sie reden sich in einen Wirbel!) Nein, ich rede mich in keinen Wirbel!

Ich will Ihnen jetzt bezüglich der Investitionen der mittelständischen Wirtschaft einen Bericht aus der Bürges geben. (Abg. Dr. Mussil: Die steigt jetzt in ihren Zinssätzen um ...) – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie versteigern sich da in etwas, was Ihrer überhaupt nicht würdig ist, meine Damen und Herren! Bleiben wir doch sachlich. Bleiben wir bei der Investitionstätigkeit der österreichischen Wirtschaft, und dabei insbesondere der mittelständischen Wirtschaft. (Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)

Ich darf Ihnen sagen, wieviel die gewerbliche Wirtschaft in den letzten fünf Jahren investiert hat:

Die Kreditsummen über die Aktion Gewerbe- strukturverbesserungsgesetz betragen im Jahre 1972 1,8 Milliarden Schilling, im Jahre 1973 1 Milliarde, im Jahre 1974 1,4 Milliarden, im Jahre 1975 2,3 Milliarden, im Jahre 1976 3,6 Milliarden, und auf Grund der Hochrech-

Mühlbacher

nung für 1977 wird die Kreditsumme im Jahre 1977 4,5 Milliarden Schilling betragen, die gestützt und gefördert wird durch das Gewerbe- strukturverbesserungsgesetz durch Bundesmit- tel. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mussil: Um unser Geld!)

Auf den Zwischenruf „Um unser Geld!“ möchte ich auch noch eingehen, und zwar folgendermaßen: Das stimmt nicht, Herr Generalsekretär! Lediglich die Bemessungsgrundlage ... (Abg. Dr. Mussil: Alles Geld ist unser Geld, Herr Mühlbacher!) Ja wenn Sie das meinen, dann ist alles Geld, das der Staat hat, das Geld der Bevölkerung! Aber Sie meinten ja jetzt unter „unser Geld“, daß es aus der Gewerbesteuer kommt (Widerspruch des Abg. Dr. Mussil), und das stimmt nicht, sondern nur die Bemes- sungsgrundlage ist vom Gewerbesteueraufkom- men herzuleiten. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)

Aber ich möchte gleich dabei bleiben: Das ist nämlich unsere Förderung der mittelständischen Wirtschaft, die Förderung durch die sozialistische Regierung. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Und verwechseln „mittelständische Wirtschaft“ nicht mit Ihrer „Mittelstandspolitik“! Wir verste- hen die Klein- und Mittelbetriebe unter diesem Begriff, Sie meinen unter „Mittelstandspolitik“ ja etwas anderes. Das ist ja etwas Neues bei der Österreichischen Volkspartei, daß sie sich auf eine Gruppe von Menschen ausrichtet, die sich zum Mittelstand zählen, eine Gruppe, die groß ist, weil die ihr Angehörigen durch den sozialistischen Wohlfahrtsstand das Gefühl bekommen haben, zum Mittelstand zu gehören, eine Gruppe, deren Zahl nur auf Grund des Wohlfahrtsstaates dermaßen groß geworden ist.

Aber der zweite Punkt ist ja bedenklicher, daß nämlich gerade ein Bund der Österreichischen Volkspartei das Mittelstandsprogramm forcier, und das ist der Wirtschaftsbund. In diesem Mittelstandsprogramm sind die Bevölkerungs- gruppen vom Facharbeiter über den Angestell- ten, den Wirtschaftstreibenden, den Künstler bis hin zum Generaldirektor zusammengefaßt. (Abg. Dr. Mussil: Der Wirtschaftsbund ist für alle da!) Die Schwierigkeiten, die da dem Wirtschaftsbund als Interessensvertretung der gewerblichen Wirtschaft erwachsen werden, sehe ich heute schon heraufkommen, denn ich sehe wirklich eine Diskrepanz darin, wenn dann Wirtschaftsbundfunktionäre als Vertreter der Kammern bei Kollektivvertragsverhandlungen auftreten müssen, weil sie ja dann die Fachar-beiterinteressen und die Angestellteninteressen eben mitzuvertreten haben.

Verehrte Damen und Herren! Zum Schlusse kommend: Es liegt Ihnen ein umfangreicher Maßnahmenkatalog vor, der sowohl die Han-

delsbilanzverschlechterung meistern wird, es liegt Ihnen auch ein Maßnahmenkatalog vor, der auch bezüglich der Budgetsituation Verbesse- rungen bringen wird. Ich möchte zum Schluß lediglich erwähnen, daß diese Maßnahmen genauso rechtzeitig und richtig sein werden wie die übrigen seit dem Jahr 1973 bis zum heutigen Tage gesetzten Maßnahmen, über die wir ja durch die Regierung eine Bilanz vorgelegt bekommen haben. Wir können daher der Entwicklung in den nächsten Jahren auf dem wirtschaftlichen Gebiet zuversichtlich entge- gensehen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)

Zum Abschluß gestatten Sie mir noch als Wirtschafter ein Wort zur Debatte über die Lohnsteuersenkung. Es wurde heute von mehre- ren Debattenrednern dieses Problem angezogen, es werden verschiedene Termine zur Einführung einer Lohnsteuersenkung gefordert. Ich glaube, daß es richtig ist, wenn man verantwortungsbe- wußt denkt und sich die letzten Prognosen der OECD durchsieht, daß es verantwortungsbewußt ist, wenn man diesen Zeitpunkt vorerst nicht fixieren wird, weil nämlich die wirtschaftliche Entwicklung in der nächsten Zeit abzuwarten ist.

Daher, so glaube ich, wurde die richtige Entscheidung getroffen: nämlich die Lohn- steuersenkung für den frühestmöglichen Zeit- punkt anzusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte mit dem Satz schließen: Die sozialistische Wirtschaftspolitik in der Vergan- genheit und die Maßnahmen, die nunmehr für die Zukunft getroffen werden, sind meines Erachtens dadurch gekennzeichnet, daß sie rechtzeitig getroffen werden und daß sie die bestmögliche Lösung herbeiführen, so wie in der Vergangenheit; sie sind daher mit Recht als richtig zu bezeichnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeord- neter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man sieht, wie sich die Regierung in der schwierigen wirt- schaftlichen Situation mühsam hält und wie sie gequält versucht, aus der schwierigen Gesamt- entwicklung ein positives Bild zu zeichnen, dann muß man sich die Frage stellen, ob die Regierung ihrer Aufgabe tatsächlich noch gerecht wird, der Herr Vizekanzler hat heute gesagt, daß es die Aufgabe der Regierung sei, Initiativen zu setzen. Ich möchte das ergänzen. Ihre Aufgabe ist es, Leitlinien zu geben, die Beamtenschaft, die Bevölkerung, das wirtschaft- liche und geistige Potential Österreichs zu motivieren, um die auf uns zukommenden Schwierigkeiten zu bewältigen.

Dipl.-Ing. Hanreich

Ich frage mich ganz ernsthaft, ob die Regierung sich dieser Aufgabe überhaupt bewußt ist, ob sie überhaupt bereit ist, diese Leitlinien zu geben, an denen sich der Staatsbürger orientieren kann, um seine eigene Position in der Zukunft und die Position unserer staatlichen Gemeinschaft abzusichern. Denn das, was uns die Regierung mit dem Wirtschaftsbericht und den Erklärungen dazu durch den Bundeskanzler und den Vizekanzler geboten hat, erscheint mir mehr als eine Korrektur der Zeitgeschichte, als eine Form des Im-nachhinein- oder Vorweg-Beschönigens und weniger als eine Leistung der Zielgebung, der Zieldefinition, die zur Klärung einer zukünftigen Entwicklung beiträgt.

Die Debatte, die heute über diesen Bericht und die Erklärungen dazu geführt wird, zeigt ja ganz deutlich, daß der Spur der Regierung folgend auch die Diskussion allzu leicht in das Fahrwasser der Beurteilung von Zahlen und Ziffern gerät. Man streitet sich über die Grundlagen der Beurteilung der Vergangenheit und geht viel zuwenig auf die längerfristige Problematik, viel zuwenig auf die langfristigen Aufgaben unserer Gemeinschaft ein.

Dabei kann selbst der Sprecher des sozialistischen Freien Wirtschaftsverbandes in den wenigen konkret angekündigten, aber nur kurzfristigen Maßnahmen etwas Positives erkennen. Er geht daher auch dort gar nicht auf Details ein. Er hat es auch peinlichst vermieden, ein ganz aktuelles und kurzfristiges Problem der gewerblichen Wirtschaft, nämlich die Beschäftigung der unzähligen jungen Menschen, die jetzt ins Erwerbsleben eintreten, auch nur zu streifen. Die ganze Schwierigkeit, die sich hinsichtlich der Lehrstellen ergibt, die zwar theoretisch in großer Auswahl vorhanden sind, wenn bei 60 000 neuen Lehrlingen 66 000 Lehrplätze angeboten werden, die aber, wenn der Spielraum von 6 000 Arbeitsplätzen regional nicht richtig gegliedert ist – und das ist zweifellos der Fall –, den Jungen kaum mehr die Möglichkeit bieten, wirklich in dem Beruf tätig zu werden, in dem sie gerne tätig werden möchten.

Wie ja überhaupt die gesamten Ziffern, die wir hier vorfinden, die uns als Prozentzahlen und sehr schön aufeinander abgestimmt vorgelegt werden, die Realität völlig unvollkommen wiedergeben. Im Gegenteil, sie verfälschen den Blick auf die Wirklichkeit, sie lassen jede regionale Differenzierung vermissen, die, wenn man es genau betrachtet, sehr schnell zeigt, daß zum Beispiel in einzelnen Bezirken Niederösterreichs in der kritischen Phase die Arbeitslosigkeit weit über zehn Prozent angestiegen ist. Das ist eine sehr ernst zu nehmende Zahl für diesen Bezirk.

Die Bevölkerung, meinetwegen der Region um Zwettl, hat gar nichts davon, wenn die Bundesregierung voll Stolz erklärt, bundesweit sind wir sehr gut ausgestiegen und konnten wir die Arbeitslosigkeit niederhalten. Diese Globalziffern, diese Prozentsätze, die an der tatsächlichen Situation des einzelnen, an seinen Schwierigkeiten vorbeigehen, verfälschen das Bild und führen zu einer Beschönigung, die der Regierung sympathisch ist, aber nicht dazu führt, daß man die Schwierigkeiten löst, mit denen sich der einzelne konfrontiert sieht.

Wenn ich unter diesem Gesichtspunkt die Wortmeldung des Klubobmanns der sozialistischen Fraktion, des Abgeordneten Fischer, betrachte und über kleine Differenzierungen, die aus der Fachkenntnis heraus resultieren, hinwegsehe, wie die Frage Dollar-Schilling-Bewertung beim internationalen Vergleich, dann glaube ich doch, daß aus der Art seiner Darstellung etwas spricht, was in Wirklichkeit zutiefst gegen die sozialistische Gesinnung ausgerichtet ist. Es erscheint mir, als ob er seinen zweifellos brillanten Intellekt nicht dazu benützen würde, die schwierige Situation, in der sich die gesamte Wirtschaft und Österreich im Hinblick auf die Zukunft befindet, darzulegen, verständlich zu machen, die daraus notwendigen Schlußfolgerungen auch für den kleinen Mann begreiflich darzustellen und ihn damit in die Richtung zu motivieren, daß er bereit ist, den Verzicht auf sich zu nehmen, dort, wo es notwendig ist, sondern vielmehr, daß er seinen Geist dazu einsetzt, die wirkliche Situation zu vernebeln, zu verschleiern.

Das entspricht einer Haltung, die ich an einem Sozialisten an sich nicht vermuten würde, die eher der eines lateinischen Dichters entspricht, nämlich der des Horaz, der von sich einmal gesagt hat, „odi profanum vulgus et arceo“ und damit unter Beweis gestellt hat, wie sehr er sich von der „misera plebs“ distanziert. Eine Diskussion wie diese einzuleiten mit der Bemerkung, daß man bei dieser Wirtschaftsdiskussion nicht über die drei Positiva hinweggehen könne, ja eigentlich gar nichts anderes sagen könne als die drei Positiva: die Steigerung der Masseneinkommen, die Reduktion der Preissteigerungsarten und die Vollbeschäftigung, erscheint mir doch äußerst dürfig und engstirnig, wenn man daneben die wirklich gewichtigsten Probleme kaum am Rande streift: Die erdrückende Steigerung der Lohnsteuerbelastung.

Die geradezu asozialen Gebühren- und Tarif erhöhungen, die die zentrale Ursache der Preissteigerungen sind, die mit über drei Prozent auf jeden Fall zu hoch sind und echt als Inflation, als substanzmindernde und den Erfolg der Leistung unserer Staatsbürger aushöhlende Inflation bezeichnet werden müssen.

5788

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Dipl.-Ing. Hanreich

Die Unfinanzierbarkeit unseres Gesundheitswesens und der gesamten sozialen Sicherheit, die in Wirklichkeit ein tönernes, hohles Gefäß ist, das nur mehr eines Anstoßes bedarf, um in Scherben zu zerfallen, wo wir größte Mühe haben werden, zu sichern, daß das, was wir als soziale Sicherheit vor uns zu haben glauben, auch wirklich in den nächsten zehn Jahren ein echtes soziales Netz für die Staatsbürger sein wird.

Zuletzt: Die ungeheure Verschuldung, die wir in den letzten Jahren in Kauf nehmen mußten! Dabei muß man gleichzeitig feststellen, daß, obwohl die Verschuldung im Ausland zu einer Steigerung der Devisenreserven beiträgt, wir trotzdem einen massiven Abfluß gerade dieser Devisenreserven hinnehmen müssen. Dies ist ein Abfluß von erborgten Reserven, die wir in den letzten 20 Jahren angesammelt haben, ein Abfluß, der die Hälfte dieser „Ersparnisse“ – unter Anführungszeichen – der letzten 20 Jahre nahezu aufgefressen hat.

Ich muß doch sagen, daß wir hiermit vor Problemen stehen, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, daß die Regierung ein langfristiges Konzept bietet, daß die Regierung Orientierungen setzt, Wegweiser aufstellt, die weit über die Lösung kurzfristiger Probleme hinausreichen, die in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Welt um uns Leitlinien für die innerösterreichische Entwicklung setzen.

Ich habe versucht, die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers daraufhin anzusehen und dort Ansätze dazu zu finden. Und ich muß feststellen, daß der Herr Vizekanzler in der Beschreibung der Ausgangssituation den Nagel auf den Kopf getroffen hat, wenn er auf Seite 11 seiner Erklärung schreibt:

„Seit Beginn der siebziger Jahre befindet sich die Weltwirtschaft in einem turbulenten Prozeß weitreichender Veränderungen. Der Zusammenbruch des Weltwährungssystems, die Beschleunigung der Inflation in den Industrieländern, die Rohstoffhause, die Erdölkrisse Ende 1973 sowie verschiedene andere krisenhafte Symptome mündeten schließlich 1974/75 in eine weltweite Rezession, der schwersten seit dem Zweiten Weltkrieg. Zum ersten Mal ging das reale Bruttonationalprodukt der westlichen Industriestaaten absolut zurück, und zwar um 2,4 Prozent; die Arbeitslosigkeit, die schon seit Beginn der siebziger Jahre eine leicht steigende Tendenz hatte, überschritt die 5-Prozent-Marke.“

Hohes Haus! Diese Darstellung der Situation, in der wir uns befinden, ist völlig richtig, der muß man zustimmen. Die Frage ist nur, welche Beurteilung die Regierung wählt, wenn sie sich mit dieser Ausgangssituation auseinandersetzt.

Und der Herr Bundeskanzler – und das ist,

glaube ich, unzureichend – bemerkt in seinem Statement, wörtlich:

„Die Bundesregierung war sich in einem sehr frühen Zeitpunkt darüber im klaren, daß eine tiefgreifende Rezession der Weltwirtschaft zu erwarten sei. Bereits in meiner Erklärung über die wirtschaftliche Lage am 10. Juli 1973 habe ich vor einer Prosperitätseuphorie gewarnt und darauf hingewiesen, daß Erscheinungen wie die weltweite Inflation, die Schwäche des Dollar und die exorbitante Steigerung der Rohstoffpreise sehr leicht negative Auswirkungen auf die weltwirtschaftliche Entwicklung haben könnten.“

Das, Hohes Haus, ist eine sehr, sehr, sehr unzureichende Beurteilung dessen, was der Herr Vizekanzler ganz richtig als eine ganz gewichtige und entscheidende weltwirtschaftliche Krise bezeichnet und beschrieben hat. Zu sagen, daß vor einer Prosperitätseuphorie zu warnen sei, ist doch zuwenig in einer Situation, wo sich die weltweite Lage im ganz Grundsätzlichen verändert, wo sich Verschiebungen ergeben, die von einem geradezu säkularen Gewicht sind, Verschiebungen, die uns noch in Jahrzehnten mit ihren Auswirkungen belasten werden.

Und auch die zweite Beurteilung, die der Herr Bundeskanzler quasi als Schlußfolgerung zieht, reicht nicht aus, wenn er schreibt:

„Auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung soll die Schwerpunktverschiebung von der rein quantitativen Zielsetzung auf eine gezielte Förderung besonderer Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik wie etwa der Umweltproblematik, der Energieeinsparung, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit weitergeführt werden.“

Das klingt wunderschön, nur bitte, in welchen Bereichen soll denn unsere Wettbewerbsfähigkeit wirklich gestärkt werden, wenn das nicht nur ein leeres Schlagwort bleiben soll? Worauf sollten wir denn unsere Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik legen, woraufhin sollte tatsächlich gewirkt werden, in welche Richtung sollten die Untersuchungen, die Bemühungen der Betriebe und Unternehmen vorangetrieben werden?

Der Hinweis darauf, daß wir eine erhöhte Mobilität der Arbeitskräfte brauchen, genügt in dem Fall auch nicht. Denn die Mobilität der Arbeitskräfte erscheint mir nicht in erster Linie als ein Problem des Umsiedelns, sondern vor allem als ein Problem der geistigen Beweglichkeit und Auseinandersetzung. Hier wird mit Recht auf die Schulungseinrichtungen und deren Verbesserung hingewiesen. Nur wird es nicht genügen, das vom innerösterreichischen

Dipl.-Ing. Hanreich

Blickwinkel her zu sehen, man wird uns hier in unserer Position innerhalb der Welt von heute deutlicher beurteilen müssen.

Ich glaube, daß es nicht damit abgetan ist, sich für die Förderung der Produktion intelligenter Produkte in Österreich auszusprechen und dabei an elektronische Geräte zu denken, deren Bestandteile in Riesenserien von multinationalen Unternehmen erzeugt werden, gegen die wir heute kaum eine Chance haben, vergleichsweise erfolgreich zu agieren.

Ich glaube, daß ein wesentlicher Ansatz für die zukünftige Entwicklung unserer Wirtschaft in der Entwicklungshilfe liegt, so verblüffend das im Augenblick sein mag, und ich bin unter dem Gesichtspunkt unseres „Freiheitlichen Manifests“ an dieses Problem herangegangen, das schreibt:

„Wir haben auch eine Verantwortung gegenüber der Welt. Der durch Wissenschaft, Technik und Wirtschaft bestimmte Grad, den die Herrschaft des Menschen über die Natur bereits erreicht hat, rückt eine in der Menschheitsgeschichte neue und furchtbare Möglichkeit in greifbare Nähe:

Der Mensch besitzt bereits die Mittel, die Welt zu zerstören. Das Zerstörungswerk hat schon begonnen. Derselbe Mensch hat aber genauso die Freiheit, sein Wissen und seine Vernunft einzusetzen, um die Welt zu erhalten und zu einer lebenswerten Heimstätte auch für die künftigen Generationen zu machen.“

Das klingt beinahe pathetisch, aber es hat bereits Gültigkeit sowohl für unseren engsten Lebensraum in Österreich selbst, als auch für unsere Verpflichtung gegenüber der übrigen Welt, auch gegenüber den Entwicklungsländern.

Und ich glaube, wir sollten diese Problematik unter einem Blickwinkel sehen, den Ralf Dahrendorf in seinem Buch „Die neue Freiheit“ als einen historischen Themenwechsel bezeichnet.

Er meint in diesem Buch, daß es notwendig ist, die Diskussion von den bisherigen Problemstellungen wegzulenken auf neue wesentlichere und damit die bestehenden Probleme zu lösen, und führt dazu aus:

„In den entwickelten Gesellschaften der Welt mit ihren Marktwirtschaften, offenen Gesellschaften und demokratischen Staatswesen scheint ein dominantes Thema erschöpft, das Thema des Fortschritts in einem bestimmten, eindimensionalen Sinn, der linearen Entwicklung, des impliziten und oft genug expliziten Glaubens an die unbegrenzten Möglichkeiten der quantitativen Expansion. Das neue Thema

... ist keine Negation des Wachstums; die Alternative zur Expansion ist nicht Stagnation. Tatsächlich ist das neue Thema der Geschichte überhaupt nicht Alternative in einem gewöhnlichen Sinn. In seiner Substanz ist es weder mehr von derselben Sache noch ihr Gegenteil. Es ist anders. Die bewegende Kraft der politischen Ökonomie der Freiheit in den siebziger Jahren ist nicht mehr Ausweitung, Expansion, sondern Besserung, was ich Melioration nennen werde, qualitative an Stelle quantitativer Entwicklung.“ – Soweit Ralf Dahrendorf.

Ich glaube, daß er damit einen Weg aufzeigt, den die sozialistische Regierung bisher verschlafen hat. Für sie ist das Problem der Überholspur nach wie vor wesentlicher als die qualitative Verbesserung. Für sie haben die Ziffern und der Fetischismus der Wachstumsraten immer noch Vorrang vor der Verbesserung der konkreten menschlichen Situation. Noch immer hat das reine Wachstumsdenken für die Sozialisten Vorrang vor dem, was hier mit Melioration bezeichnet wird.

Ich habe daher den Bericht der Bundesregierung zur Lage der österreichischen Wirtschaft durchgesehen nach Ansatzpunkten, wo man diese zweifellos richtig erkannte grundsätzliche Veränderung aufhängen könnte, wo man Anknüpfungspunkte finden könnte für die Rückwirkungen einer solchen These auf unsere österreichische Situation. Dabei habe ich die Feststellung gemacht, daß unter dem Kapitel „Strukturpolitik“ nur relativ wenige Ansätze zu finden sind, die unter diesem Blickwinkel brauchbar sind, aber immerhin einige.

Vielleicht ist es mir auch nicht ganz gelungen, das dicke Konvolut von nahezu 300 Seiten in dieser Nacht so durchzuarbeiten, daß mir tatsächlich nicht andere Ansatzpunkte entgangen wären. Aber wenn Strukturpolitik keine Leerformel sein soll, und sie ist es meistens, dann muß man sich doch mit den Zielrichtungen einer Strukturpolitik auseinandersetzen. Man muß sagen, was diese Strukturpolitik längerfristig bezeichnen soll.

Ich finde es durchaus richtig, wenn der Bericht darauf hinweist, daß es Aufgabe der Strukturpolitik sei, sozusagen kurzfristig die in der letzten Zeit deutlich niedrigeren Preissteigerungsraten der Bundesrepublik und der Schweiz dadurch zu erreichen, daß wir uns bemühen, auch unsere Steigerungsraten zu reduzieren.

Viel treffender und exakter als in den Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers kommt in diesem Bericht zum Ausdruck, daß dazu selbstverständlich eine Verringerung der Lohn- und Einkommenszuwächse notwendig sein wird.

5790

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Dipl.-Ing. Hanreich

Zum anderen – und das ist eine zweite Leitlinie der Strukturpolitik – müssen wir versuchen, die für die Bezahlung von Europalöhnen notwendigen hochqualifizierten Produkte zu erzeugen, die im Preis diese Kosten tragen können.

Hier nun scheint es mir, daß in viel zu hohem Ausmaß der Blick auf die industrielle und gewerbliche Produktion gelenkt wird. Viel zu sehr bleiben wir in der reinen Produktionsphase stecken. Es ist richtig, daß wir unsere Qualitäten, die hohen Ausbildungskapazitäten unserer Bildungsinstitute, die gute Qualifikation der Mitarbeiter in den Betrieben dazu nützen müssen, möglichst hochwertige Produkte zu erzeugen.

Es ist aber sehr die Frage, ob man den jetzigen Zustand einfach damit abtun kann, daß man sagt, die österreichische Wirtschaft hat in der Vergangenheit vielfach am heimischen Markt vorbeiproduziert. Das klingt so, als ob man eine Selbstversorgung erreichen müßte. Das ist für die Zukunft sicher undenkbar. Die Frage ist ja, welchen Beitrag zum internationalen Warenaustausch sollen wir im erhöhten Maße in der Zukunft abstreben. Wohin sollen wir uns schwerpunktmäßig entwickeln bei all den Einschränkungen, an die wir bereits jetzt anstoßen? Der Fremdenverkehr ist in bestimmten Gebieten bereits von einer Wohltat zur Plage geworden, da er unsere natürliche Umwelt in einem kaum mehr verkraftbaren Ausmaß belastet, die nur durch bessere Aufteilung im österreichischen Raum noch einigermaßen behoben werden kann. Sicher können neue Gebiete erschlossen werden, und damit kann im bescheidenen Rahmen eine Verbesserung der Situation erreicht werden.

Aber man wird sich darüber hinaus, und da schätze ich das Bekenntnis der Bundesregierung zur Aufrechterhaltung des freien Welthandels, das in diesem Bericht deutlich zum Ausdruck kommt, überlegen müssen, welchen Beitrag wollen wir schwerpunktweise leisten. Hier findet sich der Ansatz zu einer Beantwortung in einem Kapitel, das völlig abseits des Flutlichtes der Erklärungen von Minister Androsch und Bundeskanzler Kreisky steht, nämlich in dem Kapitel über die Entwicklungshilfe. Ich selbst war verblüfft darüber, aus diesem Bereich in gerade dieser Darstellung Anregungen entnehmen zu können, die unseren freiheitlichen Vorstellungen von der Notwendigkeit der Verbesserung unserer Position im internationalen Wettbewerb und dem Selbstverständnis unserer Position innerhalb einer Weltwirtschaft so nahe kommen.

Hier wird darauf hingewiesen, daß die naive Phase des humanitären Vorgehens der Entwicklungshilfe zu überwinden sei, daß bewußt die

Weltöffentlichkeit über diese humanitäre Phase hinausgeht. Es findet sich in dieser Darlegung ein Satz, der bemerkenswert ist, und daß er nicht mehr detailliert wird, daß er nicht konkretisiert wird, das empfinde ich als eine ungeheure Schwäche des Wirtschaftsberichtes, denn hier wäre ein wirklicher Ansatz gewesen. Dort heißt es nämlich: Zukunftssichere Wirtschaftsstrukturen, die unsere Partnerschaftspolitik in den Entwicklungsländern aufbauen hilft, setzt voraus, daß auch Österreichs interne Wirtschaftsstrukturpolitik in spiegelgleicher Weise diesen Erfordernissen einer neuen internationalen Arbeitsteilung Rechnung trägt.

Ich glaube, daß das eine Einsicht ist, die, wenn es gelingt, sie in die wirtschaftspolitische Praxis umzusetzen, tatsächlich Chancen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung zu bieten hat. Wobei ich sagen möchte, daß es mir ganz wesentlich erscheint hervorzuheben, daß diese Wirtschaftsstruktur nicht nur darin bestehen kann, Ausrüstungsgegenstände zu liefern oder Produktionsgeräte, sondern daß sie in immer größerem Ausmaß und ohne Belastung unserer eigenen Umwelt die Gesichtspunkte des Exportes von wissenschaftlichen Erkenntnissen, von Technik der Ausbildung von Mitarbeitern, von didaktischen Erkenntnissen, von erarbeiteten Systemen zur Schulung von Metall- und Holzarbeitern oder was auch immer, berücksichtigen müßte. Diese Erkenntnisse müßten zum Exportartikel gemacht werden, daß wir in viel höherem Ausmaß von dem rein materiellen Export von konkreten Produkten, so wichtig sie sind, weg und weiter müßten zu einem Marketing für den Export von so geist- und persönlichkeitsintensiven Produkten.

Damit würden wir viele unserer anstehenden Energie- und Umweltprobleme leichter lösen können. Ja sie würden gar nicht in diesem Ausmaß entstehen. Wir würden das beträchtliche Geistkapital, die langjährige Erfahrung und den hohen Wissensstand unserer Mitarbeiter in sicher erfolgreicher Weise umsetzen, als wir das tun, wenn wir den Blick lediglich auf die Produkte richten.

Dabei glaube ich, daß diese Ansätze, wie sie dann auch weiterhin noch ausgeführt werden, wo von der Hilfe zur Selbsthilfe für die Entwicklungsländer gesprochen wird und von der Unterstützung auf dem Gebiet der Ausbildung, eben nicht im Kapitel „Entwicklungshilfe“ so am Rand als etwas Minderes stehen sollten, so als letzter Punkt in einer langen, fast 300 Seiten langen Ausführung. Die wirkliche längerfristige Aufgabenstellung ist nur zusammengefaßt und von den Reden der prominentesten Vertreter der Sozialistischen Partei und der Regierung gar nicht richtig beachtet, unter „ferner liegen“ registriert worden.

Dipl.-Ing. Hanreich

Ich glaube, wenn es an diesem Bericht der Bundesregierung einen Lichtblick gibt, dann ist er nicht in den Erklärungen des Bundeskanzlers, nicht in der Erklärung des Vizekanzlers und nicht in dem ersten Teil, dem wesentlichen Teil dieses Berichtes zu finden, sondern in den letzten Seiten, in denen unsere Ausrichtung und unsere Selbstbestimmung auf den Weltmärkten als zukünftige Aufgabe einer neuen Wirtschaftspolitik gefordert und angeordnet wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mussil.

Abgeordneter Dr. Mussil (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Zuerst einige Worte zu dem, was Abgeordneter Mühlbacher erwähnt hat. Er hat nach Alternativen zum Budget gefragt. Das ist nicht das erstemal, sondern das ist ein Stehsatz, der immer wieder kommt.

Ich möchte dazu eines sagen: Das Budget ist von uns aus immer in entsprechender Form mit Abänderungsanträgen versehen worden. Aber während der Zeit, in der Sie geglaubt haben, noch über entsprechende Ressourcen zu verfügen, haben Sie keinerlei Anlaß gesehen, uns um Alternativen, wie Sie Ihr Geld verteilen, populär verteilen, wie Sie Geschenke geben, wie Sie Verschwendungsirtschaft betreiben, zu fragen, das haben Sie nicht getan.

Jetzt, wo Ihnen das Wasser bis an den Mund steht, wo die Situation so ist, daß eingespart werden muß und unpopuläre Maßnahmen gesetzt werden müssen, da kommen Sie plötzlich mit den Alternativen.

Ich bin der Meinung, daß das keine richtige Arbeitsteilung ist, entweder überall oder gar nicht. Das ist die Situation. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Zu den Arbeitslosenraten darf ich Ihnen eines sagen: Sie haben durch Änderung einer Reihe von statistischen Daten all das verfälscht, was eigentlich den Bezugspunkt zu dem gegeben hätte, was seinerzeit war. Das hat Dr. Taus mit allem Nachdruck vorgebracht. Im Jahr 1975 haben Sie eine Politik betrieben, mit der Sie die Vollbeschäftigung erhalten konnten. Ich nehme an, das war richtig, aber es hat seine Konsequenzen gehabt, und an sie muß man denken. So haben etwa einzelne Großbetriebe jede Woche einen Umschulungstag gehabt, an dem nicht umgeschult wurde. Wenn man einen Tag in der Woche nimmt, so ist das ein Fünftel der Arbeitszeit, und das sind 20 Prozent an innerbetrieblicher Arbeitslosigkeit, meine sehr geehrten Herren. Damit ist eine Zementierung der Arbeitsplätze eingetreten. Die Betriebe in

der Bundesrepublik und fast überall sonst haben umstrukturiert, und wir haben jetzt mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß wir vor dieser Umstrukturierung stehen. Das müssen Sie sich vor Augen halten, wenn Sie über diese Dinge reden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Und nun zur Frage der sozialen Marktwirtschaft: Ich weiß schon, daß sie Ihnen zum Teil ein Dorn im Auge ist. Für uns ist es eine ordnungspolitische Frage. Man hat mich einmal hier in diesem Haus gefragt, was Ordnungspolitik sei. Ich nehme an, Sie wissen es in der Zwischenzeit schon. Es gibt zwei Systeme der Wirtschaft: zentrale Planwirtschaft einerseits und auf der anderen Seite die soziale Marktwirtschaft. Die zentrale Planwirtschaft arbeitet mit Zwangsmitteln und staatlichen Befehlen, während die soziale Marktwirtschaft durch den Wettbewerb dazu gebracht wird, daß über den Konsumenten her das Richtige zum richtigen Preis erzeugt wird. Das war das System, das seit dem Jahre 1945 den Aufbau in ganz Europa herbeigeführt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist uns klar, meine Damen und Herren, daß jeder Wettbewerb und jedes Wettbewerbssystem die Gefahr der Selbstausschaltung in sich bergen. Daher sind wir in der sozialen Marktwirtschaft bestrebt, diese Selbstausschaltung wieder auszuschalten und ununterbrochen den Wettbewerb jeden Tag neu zu etablieren, damit dieses System vorwärtsgeht. Denn wir wissen, daß es ein System, das weder Wettbewerb noch staatlichen Zwang kennt, nicht geben kann. Oder umgekehrt: Je mehr Wettbewerb, desto weniger staatliche Zwangswirtschaft, und auf diesem System stehen wir.

Meine sehr geehrten Herren, es vergeht trotzdem kaum ein Tag, an dem nicht ein sozialistischer Spitzenfunktionär gegen die soziale Marktwirtschaft zu Felde zieht, unternehmerfeindliche Äußerungen von sich gibt und so weiter. Die Marktwirtschaft sei nicht sozial, meinte Androsch vor kurzem. Ich darf Ihnen dazu eines sagen: Darum ist die soziale Marktwirtschaft umso sozialer, und wir haben die soziale Marktwirtschaft und nicht die reine Marktwirtschaft als das angesehen, was wir richtig finden.

Meine Damen und Herren! Wenn man planen will, dann muß man doch zu dem Ergebnis kommen, daß man zuerst im eigenen Haus, im eigenen Staatshaushalt planen kann. Sämtliche sozialistische Regierungen – nicht nur in Österreich – haben bewiesen, daß sie nicht in der Lage sind, im eigenen Haus mit der Budgetmisere und mit anderen Misere fertig zu werden. Es ist eine Anmaßung und für die Betroffenen eine Zumutung, wenn jetzt der sozialistische Staat trotzdem versucht, in die

5792

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Mussil

Betriebe, die ihm gar nicht gehören, auf deren Risiko hineinzuregieren. Das müssen Sie sich abgewöhnen, meine Damen und Herren! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wenn die Regierung von einer wirtschaftlichen Malaise in die andere hineintaumelt, dann ist nicht die soziale Marktwirtschaft daran schuld, sondern die Regierung, die die Instrumente der sozialen Marktwirtschaft einfach nicht beherrscht, sie lernt es nicht. Sieben Jahre haben Sie Zeit gehabt, bis jetzt haben Sie es nicht gelernt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Der Kanzler hat sein eigenes Wirtschaftssystem. Auch er kommt mit der sogenannten Globalsteuerung nicht aus, er will Feinsteuierung bis in die einzelnen Betriebe hinein. Das heißt aber auch, daß das mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden ist. Gleich darauf sagt er, er verstehe ohnedies von diesen Dingen verhältnismäßig wenig. Er hat sich eine Art neomerkantilistisches System angeeignet, um im Sinne der seligen Kaiserin Maria Theresia Betriebe gründen zu können. Da ihm Österreich an sich viel zu klein ist, will er als Gründer von Industrie- und Touristikgiganten aufscheinen und damit anscheinend in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Ein Beispiel dafür ist der Austro-Porsche. Ich würde sagen, statt Austro-Porsche sollte er ihn gleich Kreisky-Porsche taufen, damit sein Name daran hängt. Dann würde ich auch nicht Fabrik oder Werk sagen, denn in der Zeit unter Maria Theresia hat der feine Ausdruck Faktorei gegolten. Kreisky-Porsche-Faktorei: Das wäre das richtige Wort für dieses System. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Mit aller Deutlichkeit darf ich noch eines sagen, nämlich daß nicht die Globalsteuerung an sich nicht mit dem fertig wird, was wir als richtig ansehen, aber ich habe schon darauf hingewiesen, daß man die Instrumente zumindest kennen muß. Wenn aber Kreisky mit diesem System des Neomerkantilismus beginnen würde, dann wären wir mitten drinnen in der Kreiskyschen Investitionslenkung, die wir nicht wollen, die wir nicht brauchen und die wir für schlecht ansehen, meine Damen und Herren. Die Investitionsentscheidung hat der zu treffen, der das Risiko trägt, und sonst niemand, auch der Kanzler nicht. Überdies hat er keine Kompetenz dazu, obwohl er ständig versucht, sich Kompetenzen zu arrogieren.

Noch eines, meine Damen und Herren: Nach Ansicht Kreiskys genügt es, wenn ein Betrieb volkswirtschaftlich wertvoll und kühn ist, dann wird er nach Kreisky gefördert bis dorthin aus. Volkswirtschaftlich wertvoll und kühn kann sicher sehr viel sein, darauf kommt es allein nicht an. Es kommt wohl in einem gewissen

Ausmaß darauf an, aber maßgeblich ist, daß der Betrieb auch betriebswirtschaftlich rentabel ist, denn sonst kostet der Betrieb den Staat mehr an Zulagen und Aufrechterhaltungskosten, als er Nutzen bringt. Dadurch unterscheidet sich das marktwirtschaftliche System von diesem planwirtschaftlichen System. Das planwirtschaftliche System basiert auf dem Verlustdenken, das marktwirtschaftliche System auf dem Nutzen-denken. Das ist das Wertvolle an diesem System! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sicher muß die soziale Marktwirtschaft ständig weiterentwickelt werden. Es geschieht jetzt laufend. Aber die soziale Marktwirtschaft ist immer noch das Wirtschaftssystem, das den größten Wohlstand bei größtmöglicher Freiheit garantiert; ein anderes System ist noch nicht erfunden worden.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu Ihrem Problemkatalog für ein neues Parteiprogramm.

In diesem Problemkatalog nehmen sich die Experten, die daran gearbeitet haben, kein Blatt vor den Mund. Was dort an marxistischen Fachausdrücken verwendet wurde, daran hätte der selige Karl Marx seine helle Freude. Die roten Markierungen – weiland, weiland, wollte ich sagen, bitte um Entschuldigung, ich habe mich versprochen –, die roten Markierungen in Österreich werden mit diesem Problemkatalog immer deutlicher.

Meine sehr verehrten Herren! Jetzt möchte ich Sie bitten, sehr genau aufzupassen, was in diesem Katalog steht. Ich habe nämlich das Gefühl, Sie wissen es nicht, sonst hätten Sie einen Aufstand dagegen inszenieren müssen:

Durch Infragestellen jeglicher Obrigkeitstruktur, ob in der Familie, ob in der Schule, ob im Betrieb, ob bei der Wehrmacht oder wo überall, soll dem Menschen schon von Kindheit an womöglich jegliches Pflichtbewußtsein ausgetrieben werden. Dazu wird ausdrücklich – lesen Sie das, meine Herren! – verlangt die Einübung des Widerstandes gegen den Vorgesetzten. Das steht ausdrücklich in diesem Programm. Dazu braucht man nichts zu sagen.

Meine Damen und Herren! Dann steht in diesem Programm: Zur Selbstbestimmung des Menschen gehört auch die Selbstbeurteilung. Fremdbeurteilung widerspricht der Menschenwürde. Danach hat jeder über seine eigene Leistung selbst zu urteilen. – Wissen Sie, was das heißt: in der Schule, in der Familie, im Betrieb und bei der Wehrmacht? Wissen Sie, was das heißt? Wissen Sie, was Sie anrichten mit diesem Katalog? Wörtlich heißt es dann weiter, daß das Leistungsprinzip nichts anderes ist als die Rechtfertigung für unkontrolliert wuchernde

Dr. Mussil

Leistungen, die auf der Verfügung über die Leistungen anderer beruhen.

Das ist die Mehrwerttheorie von Marx, meine Damen und Herren! Dazu braucht man keinen Kommentar. Da weiß man, wo Sie hinwollen in Ihrer Politik.

Und dann, meine Damen und Herren: Die Umkehrung der Lohnpyramide steht ausdrücklich in diesem Problemkatalog drin. Der Hilfsarbeiter soll Spitzenverdienste bekommen, der Topmanager hat ohnedies sein schönes Büro, hat einen Dienstwagen, hat kein Arbeitsleid zu tragen, heißt es da drinnen. Na, die haben eine schöne Ahnung, muß man sagen, die das verfaßt haben. Diese Topmanager haben jetzt endlich das Anrecht auf richtige und gerechte Hilfsarbeiterlöhne. So weit sind wir mit Ihrer Partei gekommen.

Das Trugbild des sozialen Aufstieges, heißt es auch wörtlich in dem Programm, ist eine Vernebelung der Klassengegensätze und verhindert den Weg zur klassenlosen Gesellschaft. Also bitte, auch das braucht nicht kommentiert zu werden. Statt Chancengleichheit wird Chancengerechtigkeit verlangt.

Meine Damen und Herren! Es war diesem Problemkatalog und seinen Verfassern vorbehalten, das Gleichheitsprinzip plötzlich auch, und zwar bei den Sozialisten, als ungerecht darzustellen. Wir waren immer der Meinung, das Gleichheitsprinzip ist ungerecht, die Chancengleichheit ist gerecht. Das ist der Unterschied zwischen uns.

Bitte, meine Damen und Herren, ich würde befehlen (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), empfehlen . . . – befehlen wäre mir lieber; sicher, als Soldat bin ich ein Mensch, der zu befehlen hat; Goethe, meine Herren! (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) Bitte, was ist? Lauter! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. – Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ*.)

Dieser Problemkatalog müßte sämtlichen österreichischen Staatsbürgern bis zu den nächsten Wahlen, ich möchte fast sagen, zur Pflichtlektüre, aber das klingt wieder so nach Zwang, aber zumindest zur Lektüre empfohlen werden, damit das Trugbild – das ist nämlich ein echtes Trugbild – des liberalen Kreisky-Sozialismus endlich aus der politischen Landschaft Österreichs verschwindet. Das scheint mir eine unbedingte Notwendigkeit. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Zum Wirtschaftsbericht darf ich folgendes sagen: Die Maßnahmen, die die Regierung gesetzt hat, sind zum wesentlichen Teil verkehrt. Es sind tatsächlich nicht vollständige Ziffern bekanntgegeben worden. Es ist so, meine

Damen und Herren, daß das WIFO-Institut zwar 4,5 Prozent Wachstum prognostiziert hat, daß aber die OECD weit darunter liegt. Wir werden in den nächsten Jahren je 10 000 neue Arbeitsplätze schaffen müssen, und das geht nur über Investitionen. Ohne Investitionen werden keine Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die öffentlichen Investitionen werden gedrosselt, bei den privaten Investitionen gilt jetzt noch die vollkommen perverse – ich muß diesen Ausdruck verwenden –, in dieser Situation perverse Investitionssteuer von 2 Prozent bis zum Jahr 1979. Und jetzt werden zusätzlich über die Transitsteuer, über eine Reihe von anderen Maßnahmen die privaten Investitionen weiter gedrosselt. Das ist eine ganz falsche Politik!

Meine Damen und Herren! Der Konjunkturaufschwung ist ein Aufschwung ohne Schwung. Professor Koren hat ihn rachitisch genannt, ich nenne ihn einen schwindsüchtigen Aufschwung. Er kann nur über die Investitionen angekurbelt werden. Was tut die Regierung? Sie drosselt.

Das vernünftigste Rezept wäre gewesen, die Konsumkredite etwas einzubremsen, die Investitionskredite zu fördern. Das würde in eine qualitative Kreditlenkung führen. Da wären wir dort, wohin Sie wollen: in die Lenkung. Gelenkt soll alles werden, und wir sind dafür, daß alle diese Entscheidungen kommerziell getroffen werden. Dadurch unterscheiden wir uns grundsätzlich.

Meine Damen und Herren! Das zu diesen Dingen. Die Regierung hat sich durch die Investitionsschwächen – es sind heute eine Reihe von Ziffern genannt worden – nicht alarmieren lassen, obwohl eines zu sagen ist: Die vorzeitigen Abschreibungen bei den Investitionen sind so, daß es, wenn davon nicht Gebrauch gemacht wird, den Staat überhaupt nichts kostet, oder es wird davon Gebrauch gemacht, meine Damen und Herren, dann kommen über Umsatzsteuer und Ertragsteuern weit mehr an Steuern herein als die Ermäßigungen, die vorher angekündigt oder gegeben worden sind.

Ich habe den Eindruck, die gesamte Regierung versteht das Instrument der vorzeitigen Abschreibung bis heute noch nicht, und das ist eine ausgesprochene Schande. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Ich kann mir schon vorstellen, daß es für die Regierung der einfachste Weg war, eine lineare Kürzung der Ermessenskredite, Subventionen und staatlichen Investitionen durchzuführen. Alles andere hätte die Regierung in Schwierigkeiten gebracht. Aus dieser Tatsache kann mit Deutlichkeit abgeleitet werden, daß die Regierung sich noch bis zu den Neuwahlen ohne

5794

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Mussil

einschneidende Änderungen im Budget über Wasser halten will, daß sie diese Zeit überturnen will und sich sagt: „Hinter mir die Sintflut“ und „Nach den Wahlen werden wir sehen.“

Das ist das Konzept der Regierung und das ist für die österreichische Bevölkerung ein ausgesprochen schlechtes Konzept! Denn leiden wird die österreichische Bevölkerung unter diesem Konzept! (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen noch eines sagen. (Abg. Mondl: Gibt es jemanden, der das glaubt, was Sie da sagen?) Sie nicht, weil Sie es nicht verstehen, Herr Mondl! (Zustimmung bei der ÖVP.) Sicher.

Ich darf wiederholen, meine Damen und Herren: Die privaten Investitionen und nur die privaten Investitionen sind es, die die öffentlichen Investitionen finanzieren. Wer denn sonst, meine Damen und Herren? Doch nicht der Kreisky! Nein, wer finanziert sie denn? Die privaten Investitionen! Das war seit eh und je immer so.

Meine Damen und Herren! Jetzt werden also eine Reihe von Investitionsbegünstigungen gestrichen und gleichzeitig Alibimaßnahmen gesetzt. In der Kontrollbank schaut es so aus: Die Kontroll-Milliarden, die versprochen worden ist, besteht darin, daß bei uns im Haus bereits die Nachricht von der Kontrollbank liegt, daß die Zinssätze ab 1. Juli für das nächste Quartal um 0,25 Prozent steigen werden. Für das übernächste Quartal können wir durch die berühmte Milliarde höchstens erhoffen, daß der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt wird. Das ist also das, was für den Export gegeben wird.

Die 4 Milliarden an Rediskontkrediten schnellen automatisch mit 1,5 Prozent in die Höhe. Es wird eine ausgesprochene Hochzinspolitik betrieben, und zwar auch für die kleinen Leute und deren Investitionen. Das ist grundfalsch, meine Damen und Herren!

Dann werden sämtliche Subventionen gekürzt. Das trifft eine Reihe von Kreditaktionen innerhalb der gewerblichen Wirtschaft, trifft in erster Linie die Klein- und Mittelbetriebe, trifft auch die Kultur.

Der Kanzler ist in der letzten Zeit ein radikaler Kulturrevolutionär geworden. Er ist allerdings für diese Eigenschaft etwas zu jung: Mao Tse-tung war, soweit ich weiß, um acht oder neun Jahre älter, als er die Kulturrevolution begonnen hat. (Abg. Mondl: Unwahrscheinlich!) Ja, aber es ist wahr! Herr Mondl! Unwahrscheinlich, aber wahr! (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Eine Bankratenerhöhung von 4 auf 5,5 Prozent hat es seit 1951 nicht mehr gegeben. Woher der

Radikalismus stammt, ist uns auch klar. Es ist schon gesagt worden, daß die Notenbank immer mehr zu einer Sektion des Finanzministers wird. Ob das gut ist, ist eine andere Frage.

Meine Damen und Herren! Dann wollen Sie die Kreditkontrolle, eine aktivseitige Kreditkontrolle, wieder einführen.

Wir haben bei jedem Budget, vor allem beim Budget 1976 und 1977 davor gewarnt, daß dann, wenn ein stärkerer Aufschwung kommt, die Finanzierung dieses stärkeren Aufschwunges mit der Finanzierung des Monsterbudgetdefizits konkurrieren wird müssen. Jetzt sind wir dort.

Androsch, für den die Bremse in erster Linie gelten sollte, ist leider außerhalb der Bremse, auch die Großbetriebe können sich zum Teil im Ausland und auf dem Kapitalmarkt versorgen. Treffen tut das die Klein- und Mittelbetriebe, meine Damen und Herren! Dagegen sind wir.

Die 600 Millionen Schilling ERP-Ersatzkredit für den Fremdenverkehr sind durchaus zu begrüßen. Allerdings beträgt der Überhang mehr als 1,5 Milliarden Schilling.

Der Fremdenverkehr hat nichts davon, wenn ihm der Staribacher unter wohlklingenden Namen manchmal um 20 oder 30 Millionen irgendwelche Aktionen bewilligt. Der Fremdenverkehr in Österreich ist drakonisch besteuert, am stärksten besteuert von ganz Europa. Und das ist mit der Wechselkursfrage der Hauptgrund, warum der Fremdenverkehr zunehmend in Schwierigkeiten gerät. Daran ist die Regierung schuld, und zwar ausschließlich die Regierung! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ihr Paket, das Sie in Hernstein beschlossen haben, eigenartigerweise in einem Haus der Wirtschaft gegen die Wirtschaft, trifft in erster Linie den Mittelstand, den gewerblichen Mittelstand. Darum haben wir im Wirtschaftsbund beschlossen – und das ist ein Anliegen der Gesamtpartei –, ein Mittelstandsgesetz, ein Bundesmittelstandsgesetz, zu verlangen, damit die Regierung laufend jede einzelne Maßnahme auf ihre Auswirkungen auf den Mittelstand überprüfen kann. Darüber soll sie jährlich dem Parlament Bericht zu erstatten haben, damit endlich einmal die De-facto-Mittelstandsfeindlichkeit von Ihrer Seite aufhört.

Von den sonstigen Entwicklungen darf ich nur die Devisenbilanz herausgreifen. Meine Damen und Herren! Sie sind eine Regierung der Rekorde. Sie haben das größte Budgetdefizit, das es je gegeben hat, die größte Staatsverschuldung, die es je gegeben hat, Sie haben jetzt auch noch das größte Leistungsbilanzdefizit, das es je gegeben hat, also eine Regierung von lauter Rekorden, aber von Negativrekorden! (Beifall

Dr. Mussil

bei der ÖVP. – Abg. Libal: Die höchsten Wahlsiege!)

Ich möchte die einzelnen Ziffern, Herr Libal, nicht nennen. Sie werden blaß, Herr Libal, wenn ich sie nenne.

Meine Damen und Herren! Das Leistungsbilanzdefizit ist das beste Zeichen dafür, daß durch die Regierung die Wettbewerbsbedingungen für die österreichische Wirtschaft so verschlechtert worden sind, daß immer mehr Betriebe durch den verschärften Binnenwettbewerb aus dem Markt fliegen.

Es ist schon gesagt worden, daß der Fremdenverkehr nicht mehr im früheren Maße als Defizitschlucker für das Handelsbilanzdefizit auftreten kann, und die übrige Situation ist durch eine unrichtige Wechselkurspolitik gekennzeichnet. Nach dem Motto: „Wie stark ist der österreichische Schilling? – Das kann man nur in Caorle oder Jesolo erkennen!“, locken Sie tausende Österreicher in diese Gegenden und schädigen gleichzeitig wiederum den österreichischen Fremdenverkehr.

Österreich hat aufgehört, eine Oase der Seligen zu sein. Von 1970 bis 1972 haben Sie, meine Damen und Herren, hat die sozialistische Regierung vom Erbe der ÖVP-Regierung gelebt. Spätestens seit dem Erdölschock und nachher seit 1973 lebt der österreichische Staat rein auf Pump! Man muß das mit allem Nachdruck sagen.

Spätestens nach dem Erdölschock hat die Regierung das ganze Land dazu gebracht, daß es international sehr stark auf Pump lebt. Das ist die Situation, in die Sie uns gebracht haben, und das Leistungsbilanzdefizit ist der Wechsel, der uns jetzt präsentiert wird.

Ich möchte nicht auf die Situation in der EWG zu sprechen kommen; das würde zu lange dauern. Das sind lauter Dinge, bei denen Sie sehr, sehr viel verabsäumt haben und auch heute noch sehr viel verabsäumen.

Wir haben anlässlich der EWG-Verhandlungen flankierende Maßnahmen verlangt. Wir haben schon damals gewußt, daß der Nutzen der EWG für kleine Länder viel später eintreten wird als für große Länder; diese haben den Nutzen schon jetzt. Darum haben wir die flankierenden Maßnahmen für eine viel längere Zeit verlangt. Aber Sie haben sie vor zwei oder drei Jahren gegen unsere Stimmen außer Kraft gesetzt und die österreichische Wirtschaft geschädigt, absichtlich geschädigt, möchte ich fast sagen.

Ein Sprecher der OECD hat vor kurzem in einer diplomatischen Form die Wechselkurspolitik Österreichs als ehrgeizig bezeichnet. Das ist ein feiner Mensch. Ich nenne das anders: ich

nenne das Großmannssucht, und es ist eine reine Großmannssucht. Mit dieser Hartwährungspolitik wollen Sie die innere Schwäche des Schillings überdecken, und das ist ein Fehler. Der Außenwert einer Währung hat sich nach dem Grad der inneren Stabilität zu richten und nicht umgekehrt. Da Sie das nicht tun, wackelt jetzt Ihre Leistungsbilanz. Gegenüber den Haupthandelspartnern – ich verweise auf die BRD – liegen wir in den Inflationsraten um 50 Prozent, bei der Schweiz um ein Vielfaches höher.

Die Lohnstückkosten sind nach einer Studie der Ford-Foundation, im Jahre 1977 prognostiziert, in folgender Weise gestiegen: die Schweiz 0,2 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland 2,5 Prozent und Österreich mit 4 Prozent. In der Zeit von 1974 bis 1977 lauten die Ziffern: Schweiz 8,4 Prozent, Bundesrepublik Deutschland 9 Prozent und Österreich – dreimal dürfen Sie raten – 20 Prozent!

Das ist das Ergebnis der „maßvollen“ Lohnpolitik der sozialistischen Gewerkschafter, an deren Spitze Präsident Benya steht, und das Ergebnis der Tätigkeit des Sozialministers ohne Rechenstift, wie ich Sozialminister Weissenberg immer bezeichne, der ohne Rücksicht auf Verluste ununterbrochen neue Dinge im Kopf hat und neue Dinge beschließt.

Das ist die Situation. Hier muß endlich eine Belastungspause eintreten. (Abg. Libal: Ideen muß man haben, Herr Mussil!) Ideen haben wir so viele, Herr Libal! Wenn Sie ein Zehntel meiner Ideen hätten, wären Sie ideenschwanger bis dort hinaus. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte jetzt das Unikum Ihrer Verkehrspolitik nur mit einem Satz streifen. Ihre Verkehrspolitik kann man nur dann als Verkehrspolitik bezeichnen, meine Damen und Herren, wenn der ständige Zickzackkurs, den Sie aufführen, auch als Verkehr eingestuft wurde, und es war daher höchste Zeit, daß Sie den bisherigen Verkehrsminister aus dem Verkehr gezogen haben. Hoffentlich funktioniert es beim neuen Verkehrsminister besser.

Das wollte ich Ihnen abschließend sagen, meine Damen und Herren. Ich wollte Ihnen sagen, daß beide Berichte außerordentlich düftig sind. Ich möchte nicht sagen, daß Sie nicht die ganze Wahrheit gesagt haben, aber zum Teil war es doch so, daß nicht nach dem letzten Stand des Wissens berichtet wurde. (Heiterkeit.) Und dieses Nichtberichten nach dem letzten Stand des Wissens ist eine gefährliche Angelegenheit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dallinger.

Abgeordneter Dallinger (SPÖ): Meine Damen und Herren! Ich befindet mich in einem furchtbaren Dilemma. Als glühender Verteidiger der Sozialpartnerschaft muß ich jetzt nach meinem Sozialpartner-Freund Dr. Mussil sprechen, und normalerweise würde es mir anstehen, im Geiste dieser Gesinnung zu sprechen, daß ich alles bejahe, was er hier zum Ausdruck gebracht hat. Leider kann ich mich nur in einem Punkt mit ihm decken, und das ist der Termin für das Inkrafttreten der nächsten Steuersenkung, wo er gleich mir der Auffassung ist, daß das am 1. Jänner 1978 nicht der Fall sein kann. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)

Nun zur Frage der grundsätzlichen Beurteilung der sozialen Marktwirtschaft. Hier möchte ich anfügen, es ist das eine sogenannte soziale Marktwirtschaft mit Staatshilfe bei Schwierigkeiten und Verlusten. Die soziale Komponente bei dieser angeblichen Marktwirtschaft sind die starken Gewerkschaften, die imstande sind, mit ihrer Kraft eben das durchzusetzen, was sie sich unter Bedachtnahme auf die wirtschaftlichen Umstände vornehmen. Und die Haltung der Wirtschaft war ja sehr deutlich erkennbar, als es um die sogenannte Konkursversicherung gegangen ist, wo man zwar einerseits das Faktum bejaht hat, daß man diese Risiken absichern soll, aber seitens der Wirtschaft keineswegs bereit war, als Verschuldet dieses Umstandes auch die entsprechenden Kosten selbst aufzubringen. Sie haben sich daher mehr oder weniger schizophren verhalten: Sie haben zwar zum Grundsatz ja gesagt, aber zur Finanzierung nein.

Und zur Marktwirtschaft darf man noch hinzufügen, daß diese Frage im Hinblick auf die Investitionsförderung durch die öffentliche Hand, im Hinblick auf die Exportförderung, im Hinblick auf die Privatwirtschaft sehr stark eingeschränkt ist. Und da, wo es sich um Förderungsmaßnahmen handelt – etwa Investitionsförderung, etwa Exportförderung –, da reden Sie nicht von Staatseingriffen und Wirtschaftslenkung, sondern da sagen Sie, daß das durchaus berechtigte Ansprüche der Wirtschaft sind in bezug auf die Ausweitung der Möglichkeiten.

Auf der einen Seite macht sich der Herr Dr. Mussil lustig über den sogenannten Austro-Porsche, die Überlegungen, die hier angestellt werden, die Suche und das Wollen, den strukturellen Schwierigkeiten, denen wir in nächster Zeit begegnen werden, dem solle ein Riegel vorgeschoben werden, und auf der anderen Seite sagt er, man müsse in einem viel größeren Ausmaß investieren.

Wir treffen uns bei diesen Überlegungen im Hinblick auf die Investitionen. Wir glauben aber, daß man anerkennen muß, daß gerade in der letzten schwierigen Zeit der Staat seine Investitionen sehr stark ausgeweitet hat. Und wenn noch im Jahre 1970 das Verhältnis derart war, daß die Industrie – die Industrie insgesamt – 16,1 Milliarden Schilling investiert hat und der Bund nur 10 Milliarden, war das im Jahre 1975, also im stärksten Krisenjahr, so, daß sowohl Industrie als auch Bund 21,5 Milliarden investiert haben, das heißt, der Bund seine Investitionen gewaltig gesteigert hat, um der Wirtschaft Impulse zu geben und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu begegnen.

Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß es sehr wenig sinnvoll ist, sich hier darüber auszulassen, was der Staat tun soll, was er nicht tun soll, wenn es darum geht, wirtschaftliche Schwierigkeiten gemeinsam zu überwinden und zu versuchen, durch die Mobilisierung aller Mittel, seien es private oder staatliche Mittel, die ja letztlich auch Mittel der Allgemeinheit sind, zu trachten, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Und da hilft uns auch nicht der Hinweis, daß wir selbst ein wenig unsere gemeinsamen Erfolge zurückstellen wollen, wenn der Herr Dr. Mussil sagt, na ja, die Fragen der Arbeitslosenraten und -ziffern müsse man ja differenziert betrachten, denn hier werde Kosmetik betrieben und anderes mehr.

Es steht doch außer Zweifel, daß wir nahezu alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen in diesem Lande in die Lage versetzen, auch tatsächlich einer Arbeit nachzugehen, über ein Einkommen zu verfügen, und daß wir unter Bedachtnahme auf die wirtschaftlichen Umstände auch als Gewerkschafter diesen Dingen Rechnung tragen, aber andererseits es unsere Hauptsorge sein muß und auch ist, daß die Vollbeschäftigung gesichert bleibt. Ich glaube, es gibt kaum ein Thema, das man mehr aus dem politischen Streit ziehen sollte als dieses.

Wenn wir als Gewerkschafter und Sie auch als Angehörige der Wirtschaft oder freier Berufe in das Ausland kommen, wird es Ihnen sicher so gehen wie uns, daß wir ob dieses Phänomens angesprochen werden, daß man im Kreise ausländischer Gewerkschafter aus den uns umgebenden Ländern einfach nicht verstehen kann, wieso es uns gelungen ist, eine so hohe Beschäftigungszahl zu halten, einen so hohen Beschäftigungsgrad zu haben, eine so geringe Arbeitslosigkeit; wieso wir imstande sind, dieser Geißel Herr zu werden und die Bedrohungen zumindest bisher von uns abzuwenden. Ich glaube, daß das zum Teil das gemeinsame Bemühen

Dallinger

gewesen ist, auf diesem Gebiet etwas zu erreichen.

Und nun haben einige Herren der Österreichischen Volkspartei bei meinen Vordern darauf verwiesen, man möge doch Bedacht nehmen auf die Arbeitslosenraten, die es früher gegeben hat, man möge doch auch die Inflationsraten der ÖVP-Zeit heranziehen, um zu erkennen, wie gut damals gewirtschaftet wurde, wie man mit den Schwierigkeiten fertig wurde und wie man speziell im internationalen Vergleich gut dagestanden ist. Und es war auch jene Zeit, wo viele in diesem Lande mit scheelen Augen, mit neidvollen Augen in die Bundesrepublik geblickt haben und meinten, wie sehr dort alles zum besten stünde, wie niedrig die Inflationsrate sei, welches Höchstmaß an Beschäftigung man habe, wie sehr der Lebensstandard gestiegen sei und wie sehr das auch bei uns wünschenswert wäre.

Nun, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ich möchte Ihnen die Inflationsraten im Vergleich Österreich-Bundesrepublik aus der Zeit 1966 bis 1970 sagen, damit Sie wissen, wie es damals ausgesehen hat.

Wir hatten damals, im Jahre 1966, in Österreich eine Inflation von 2,2 Prozent, in der Bundesrepublik eine von 3,7 Prozent, also eine höhere Inflation als in Österreich. Aber das waren ja auch noch die Auswirkungen der Koalitionszeit, wo wir uns gemeinsam bemühten, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

1967 in der Bundesrepublik Deutschland eine Inflationsrate von 1,7 Prozent, in Österreich eine von 4 Prozent.

1968: Bundesrepublik Deutschland 1,8 Prozent, Österreich 2,8 Prozent.

1969: Bundesrepublik Deutschland 2,7 Prozent, Österreich 3,1 Prozent.

1970: Bundesrepublik Deutschland 3,8 Prozent, Österreich 4,4 Prozent.

Woher Sie also den Mut nehmen zu sagen, wie gut wir dagestanden sind im Hinblick auf die Inflation in den Jahren 1966 bis 1970, weiß ich nicht. Diese Zahlen sprechen jedenfalls dagegen.

Nun noch zur Frage der Beschäftigten. Ich bringe Ihnen die Arbeitslosenraten in der Zeit 1966 bis 1970.

Bundesrepublik Deutschland 1966 0,7 Prozent, Österreich 2,6 Prozent.

1967: Deutschland 2,1, Österreich 2,7.

1968: Deutschland 1,5 Prozent, Österreich 2,9 Prozent.

1969: Deutschland 0,8 Prozent, Österreich 2,8 Prozent.

Also auch hier: Wo sind denn da die Erfolge der ÖVP-Regierung?

Und wenn ich jetzt hinzufüge, wie das im Hinblick auf die Beschäftigten nachher ausgesehen hat, von 1972 bis 1976, werden Sie sehen, daß das ein sehr günstiger Vergleich ist für uns, der beweist, wie gut wir hier gewirtschaftet haben, um die entsprechenden Umkehrungen herbeizuführen.

1972 in der Bundesrepublik Deutschland eine Arbeitslosenrate von 1,1 Prozent, in Österreich von 1,9 Prozent; 1973: Bundesrepublik 1,2 Prozent, Österreich 1,6 Prozent. Aber jetzt beginnt's: 1974: Deutschland 2,6 Prozent, Österreich 1,5 Prozent, 1975: Deutschland 4,7 Prozent, Österreich 2 Prozent und 1976 Bundesrepublik Deutschland 4,6 Prozent, Österreich 2 Prozent. Also eine Umkehrung dessen, was von 1966 bis 1970 gewesen war, zugunsten Österreichs in den Jahren 1970 bis 1976.

Wenn man die Unterlagen als Vergleich noch heranzieht, die der Finanzminister beziehungsweise der Bundeskanzler ausgehändigt hat anlässlich der gestrigen Reden, dann kann man auch bei der Einkommensentwicklung, bei der sozialen Weiterentwicklung diese Vergleiche weiterführen und erkennen, wie sehr wir uns günstig entwickelt haben.

Nun sagen Sie, meine Damen und Herren, all das ist in den speziellen Jahren 1975 und 1976 zu Lasten der Staatsschuld gemacht worden. Es sei ja keine Kunst, fremdes Geld aufzunehmen, es zu verteilen und dann den Erfolg für sich in Anspruch nehmen, wenn man Jahre später diese Schuld zurückzahlen müsse. Es steht außer Zweifel, daß wir es lieber gehabt hätten, das aus eigenen Mitteln zu finanzieren, aus Rücklagen, die unter Umständen vorher getätigten worden sind, um schweren Zeiten zu begegnen, aber andererseits muß man doch zum Ausdruck bringen, daß, wenn man das in einem simplen Vergleich darstellt, die Staatsschuld soviel ausmacht, wie ein Arbeiter, Angestellter oder Beamter sich an Vorschuß nehmen kann im Ausmaß von zehn Monatsgehältern, um eine allfällige schwierige Situation zu meistern oder eine langfristige Investition zu decken.

Das ist im Vergleich zum Budget des Jahres 1977 das Ausmaß der Staatsverschuldung, wenn ich eine Relation ziehe Umfang des Staatshaushaltes 1977 zum Gesamtausmaß der Staatsschuld, in Relation gesetzt zu einem Jahresbezug eines Beschäftigten ein Aufwand von zehn Monaten. Es ist einerseits viel, es ist aber andererseits wenig, wenn man weiß, welche bedeutenden Vorkehrungen in sozialer Hinsicht

Dallinger

hier getroffen worden sind. Es ist vor allem die Frage zu stellen, welcher Staatsaufwand notwendig gewesen wäre, um unter Umständen ein Heer von Arbeitslosen materiell abzusichern, ohne daß dabei ein positiver volkswirtschaftlicher Effekt daraus hervorgeht und daß das unter Umständen immer wieder neue Lasten für den Staat nach sich gezogen hätte.

Ich glaube daher, daß es durchaus gerechtfertigt ist, diese Dinge auch von dem Standpunkt aus zu betrachten und zu erkennen, daß es möglich ist, ein solches Ausmaß an Verschuldung einzugehen, wenngleich – ich räume das in aller Offenheit ein – es uns natürlich lieber gewesen wäre, einen solchen Aufwand nicht tätigen zu müssen.

Aber wie sehen Sie die Lage dann, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, von dem Gesichtspunkt aus, wenn wir heute ringen um eine Lohnsteuerreform, wenn allgemein anerkannt wird – und das sind ja objektive Zahlen –, daß die Eingänge bei der Lohnsteuer sehr stark gestiegen sind und daß sie sich im Hinblick auf die Besteuerung sicher bei einem Lohn- oder Gehaltszuwachs sehr stark auswirken. Jetzt ist das Wollen auf allen Seiten des Hauses vorhanden, glaube ich, Abhilfe zu schaffen, zu einem Zeitpunkt und in einem Ausmaß, wo es den Staatsfinanzen noch von der Höhe nach begrenzt her zuträglich ist.

Wir haben einen Vorschlag bekommen im Rahmen der Steuerkommission des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Ziele der Fraktion Christlicher Gewerkschafter zum Inhalt hat, für eine Steuerreform mit Wirkung vom 1. Jänner 1978. Ich habe mir das durchrechnen lassen. Die Forderungen, wenn man sie so erfüllt, wie sie gestellt worden sind, betragen auf das Jahr bezogen, das ist das Jahr 1978, ein Ausmaß von 21,9 Milliarden Schilling. 21,9 Milliarden Schilling macht summenmäßig pro 1978 das Forderungsprogramm der Fraktion Christlicher Gewerkschafter aus. Das ist genau mehr als die Hälfte des Lohnsteuerertrages des Jahres 1977.

Wenn das eine ernste Politik ist auch aus Ihren Kreisen, unabhängig jetzt vom Inkraftsetzungstermin, dann frage ich Sie, ob das ein Beitrag zur gemeinsamen Lösung der Schwierigkeiten ist, die man nicht parteipolitisch betrachten kann, sondern es ist ja von uns Österreichern, auf dieses Land bezogen, ein gemeinsames Anliegen, diese schwierige Situation zu meistern, um dann differenziert in einzelnen Fragen sicherlich unsere eigene Politik zu machen und zu versuchen, je nach den Zielvorstellungen das zu realisieren, was man sich vorgenommen hat. (Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)

Herr Dr. Schwimmer, Sie können das nachrechnen, Sie werden ja sicherlich im Besitz dieser Unterlagen sein, Sie werden bei objektiver Prüfung draufkommen, 21,9 Milliarden Schilling ... (Abg. Dr. Schwimmer: Kollege Dallinger! Da ist nicht die Tarifkorrektur drinnen, sondern nur die Valorisierung der Absetzbeträge!)

Die Tarifkorrektur im Vorschlag der Fraktion Christlicher Gewerkschaften – ich beziehe mich auf dieses Papier – beträgt allein ein Ausmaß von 7 Milliarden Schilling. Dazu kommen noch die Veränderungen bei den fixen Steuerabsetzposten, die ... (Abg. Dr. Blenk: Die Fraktion ist nicht identisch mit der ÖVP!)

Aber ich sage Ihnen das hier, da ja der Vorsitzende der Fraktion Christlicher Gewerkschafter Ihrer Fraktion angehört und er ja weiß, was er als Forderungsprogramm mitunterschrieben und beschlossen hat.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das von der anderen Seite her betrachten, von der Belastung des Staatshaushaltes, dann darf ich zum wiederholten Male hier erklären, daß die Aufwendungen, die wir für soziale Zwecke zu tätigen haben und die auch einen Beitrag zur Hebung der Wirtschaftskraft des österreichischen Volkes darstellen, jene Mittel sind, die wir den Pensionisten zuwidmen müssen, um ein Mindestmaß an Leistungen zu ermöglichen beziehungsweise um die Ansprüche decken zu können.

Da ist es eben unbestreitbar, daß wir im Budget des Jahres 1977 einen Aufwand von etwa 26 Milliarden Schilling aus diesem Titel haben und es sich da ergibt, daß für die ASVG-Pensionisten, also für die Arbeiter und Angestellten, in dem Fall sogar im wesentlichen nur für die Arbeiter, das Zweifache dessen aufgewendet werden muß, was im Jahre 1970 aufgewendet wurde, bei den Selbständigen das Dreieinhalb-fache aufgewendet wird wie im Jahre 1970 und bei den Bauern sogar das Sechsfache dessen aufgewendet wird, das wir im Jahre 1970 aufzuwenden hatten.

Auch das, meine Damen und Herren, sind Fakten, die man immer aus der Gesamtschau betrachten und die man immer als Realität anerkennen muß, wo wir im Hinblick auf Staatsverschuldung, im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherung, im Hinblick auf Erhaltung der Wirtschaftskraft natürlich Aufwendungen in einem exorbitanten Ausmaß tätigen müssen und uns das zur Last fällt, wenn wir in schwierige Situationen geraten.

Ich habe schon darauf Bezug genommen, daß wir im Hinblick auf die Beschäftigungspolitik das als Hauptsorge Nummer eins betrachten.

Dallinger

Dabei gibt es ein Spezialproblem, das uns auch gemeinsam berühren sollte und wo wir Vorfahrungen zu treffen hätten, das ist die Frage einer allfälligen Jugendarbeitslosigkeit. Mit ganz großer Freude können wir feststellen, daß es in Österreich keine Jugendarbeitslosigkeit gibt, obwohl in den 23 OECD-Staaten heute, jetzt im Augenblick, 7 Millionen Menschen unter 23 Jahren arbeitslos sind. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, das sind 40 Prozent der in den OECD-Staaten verzeichneten Arbeitslosen. Obwohl der Bevölkerungsanteil dieser jungen Menschen insgesamt nur 23 Prozent beträgt, ist ihr Anteil an den Arbeitslosen 40 Prozent.

7 Millionen Menschen, die keine Hoffnung und keine Perspektiven für die nächsten Jahre haben; wir wissen, daß bei steigendem Wirtschaftswachstum, bei steigender Produktivität und Produktion in Deutschland heute bei einer Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen Menschen eine Steigerung in dem Maß schon wieder vorhanden ist wie zu Zeiten der Hochkonjunktur, nur vollzieht sich das gleiche mit einer verringerten Mannschaft von 1,1 Millionen Menschen, die in den Betrieben oder in den Produktionsstätten tätig sind.

Ich glaube daher, wenn man weiß, daß auch in der Bundesrepublik der Anteil der jungen Menschen an den Arbeitslosen ein ganz besonders hoher ist, daß wir gemeinsam vorzusorgen hätten, daß wir diese Bedrohung abwenden.

Wenn wir die Berufsstruktur in Österreich etwa bei der Lehrlingsausbildung kennen, wenn wir wissen, daß wir bei 225 Lehrberufen 50 Prozent der Lehrlinge haben, die sich in den acht häufigsten Lehrberufen zusammenfinden und nur diese Ausbildung bekommen, und daß sogar bei den Mädchen 90 Prozent der Mädchen sich auf zehn Lehrberufe konzentrieren, dann glaube ich, daß das ein Faktum ist, das uns gemeinsam berühren sollte und wo wir gemeinsam bereit sein sollten, Abhilfe zu schaffen, jedoch nicht in der Form, daß man einfach eine willkürliche Lehrlingszüchterei betreibt, sondern daß wir uns Gedanken machen, in welcher Form wir diese jungen Menschen in den Arbeitsprozeß eingliedern können und sie reif machen für eine Zeit, die durch technologische Veränderungen mit sich bringen wird, daß der einmal erlernte Beruf unter Umständen nicht der sein wird, mit dem man dann am Ende eines Arbeitslebens aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet, sondern wo es notwendig sein wird, unter Umständen mehrfach umzusetzen und sich mehrfach der Technik anzupassen und den sich daraus ergebenden Veränderungen.

Sie sehen, meine verehrten Damen und Herren, ich habe mich bemüht, ohne besondere

Polemik, sondern unter Sachdarstellung einmal aufzuzeigen, daß man auch diese heiklen Themen aus der Sicht der Regierungspartei – Opposition in durchaus ruhiger Atmosphäre abwickeln und den Versuch unternehmen kann, hier gemeinsame Lösungen zu treffen.

Ich habe ein Zitat hier, das ich mir vorgenommen hatte, am Schluß meiner heutigen Rede zu bringen. Und im Hinblick auf dieses Wohlverhalten, das Sie gezeigt haben, meine Damen und Herren, wobei ich das ironisch meine, . . . (Abg. Graf: Aber wir sehen das als Belohnung, daß Sie uns das Zitat jetzt sagen, weil wir so brav zugehört haben!) Herr Präsident Graf, wirklich als Belohnung, effektiv als Belohnung. Der Titel des Zitats aus einer oberösterreichischen Zeitung, die Ihnen nicht sehr fern ist, heißt: „Schrebergärtneropposition“. (Abg. Graf: Das hat schon einer vor Ihnen zitiert, Sie sind nicht sehr aktuell!) Nein, ich bin nicht immer da. Aber es ist immer interessant, wenn man das zur Hand nimmt, und, wie gesagt, im Hinblick auf Ihr Wohlverhalten möchte ich Ihnen das Zitat vorenthalten. (Abg. Graf: Im Hinblick auf unser Wohlverhalten hätten Sie es uns schenken müssen, hätten Sie darauf verzichten müssen!) Nein, Herr Kollege Graf, lassen wir es dabei, Sie kennen es, das ist das Wichtigste, und das andere spart uns Zeit. . .

Meine Damen und Herren! Ich möchte ankündigen, daß wir in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren im Sinne dieser heute aufgezeigten Politik, die wir in der Vergangenheit betrieben haben, auch in der Zukunft weiterarbeiten werden. (Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Wenn das Ergebnis dieser Politik das ist, das wir heute verzeichnen, und ich muß es Ihnen noch einmal zum Überdruß sagen: Vollbeschäftigung, gesichertes Einkommen, soziale Sicherheit, Sicherheit für alle jene Wechselfälle des Lebens, die da eintreten können, und insbesondere Sicherheit gegen den Verlust des Arbeitsplatzes, dann muß ich sagen, ist das eine Politik, die wir richtig betrieben haben, die wir insbesondere betrieben haben in den Jahren 1971 bis heute und wo die statistischen Unterlagen beweisen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Die Sozialisten werden auch in Hinkunft diesen Weg beschreiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Dallinger, hat eingangs seiner Ausfüh-

Dr. Stix

rungen zu der von Generalsekretär Mussil aufgeworfenen Frage der sozialen Marktwirtschaft Stellung genommen und dabei gemeint, in Wahrheit seien die Errungenschaften der letzten Jahre – und nicht nur die der letzten Jahre – den starken Gewerkschaften zu verdanken.

Herr Kollege Dallinger! Sie rennen damit offene Türen ein, denn gerade zu einer sozialen Marktwirtschaft gehören starke, unabhängige Gewerkschaften. Ja man kann sogar noch mehr sagen: Nur in einer sozialen Marktwirtschaft gedeihen unabhängige und starke Gewerkschaften. In luppenreinen sozialistischen Systemen – siehe Osten – verkümmern die Gewerkschaften, dort werden sie anstatt zu starken Vertretern der Arbeitnehmerinteressen zu Instrumenten der Gängelung der Arbeitnehmer.

Es gibt also keinen Gegensatz: freie, starke Gewerkschaften hie und soziale Marktwirtschaft da, sondern daß die Marktwirtschaft eine soziale ist, dazu gehören eben auch unabhängige Gewerkschaften. Das ist seit eh und je etwa unsere freiheitliche Auffassung und sicherlich, Herr Kollege Dallinger, kein Argument gegen eine freie soziale Marktwirtschaft.

Es hat gestern zwei Berichte der Bundesregierung gegeben, einen des Herrn Bundeskanzlers und einen Bericht des Herrn Vizekanzlers in seiner Eigenschaft als Finanzminister. Ich möchte auf beide Berichte eingehen, mich aber auf wenige Themen beschränken.

Beim Bericht des Herrn Bundeskanzlers erweckt natürlich mein Hauptinteresse das, was er zur Energiepolitik zu sagen hat. Es ist sicherlich nicht die Zeit und der Ort, heute eine umfassende energiepolitische Debatte zu führen, aber einige Bemerkungen seien mir erlaubt.

Gleich eingangs seiner energiepolitischen Darlegungen sagte der Herr Bundeskanzler in seinem Bericht wörtlich: „Unsere Energiepolitik muß von der Tatsache ausgehen, daß Österreich weitgehend von der Belieferung mit Energierohstoffen aus dem Ausland abhängig ist. Diese Abhängigkeit hat bereits mehr als 60 Prozent erreicht und wird . . .“, und so weiter, steigen.

Hier gleich die Querverbindung zur Debatte um die Atomenergie: Es ist ein Aberglaube zu meinen, daß uns die Atomenergie aus der Importabhängigkeit befreit. In keiner Weise ist das der Fall. Gerade bei der Atomenergie gelangen wir zu einer vollständigen Importabhängigkeit. Denn selbst wenn eines Tages österreichisches Uran gefördert werden sollte, was ja noch in den Sternen steht, sind wir von den Anreicherungsanlagen des Auslandes abhängig. Die Atomenergie kann man unter allen möglichen Gesichtspunkten debattieren, aber sicher-

lich nicht unter dem Gesichtspunkt, daß sie unsere Importabhängigkeit beseitigt.

Im übrigen sagte der Herr Bundeskanzler: „Wenn das Hohe Haus in Kürze über die Verwendung der Kernenergie in Österreich beraten wird, so wird es dabei auch zu bedenken haben, daß der Import von Kernbrennstoffen bei gleicher Energieerzeugung erheblich weniger Devisenaufwand erfordert . . .“, und so weiter.

Der zahlungsbilanztechnische Gesichtspunkt verdient sicherlich Beachtung, er ist nicht ganz von der Hand zu weisen, gilt aber lediglich für den Zeitraum, da nicht die Preise für das Uran ebenfalls raketengleich in den Himmel schießen. Man muß in diesem Zusammenhang den Optimisten der Kernenergie immer wieder vorrechnen, daß sich im selben Zeitraum, in dem sich die Ölpreise annähernd verfünfacht haben, nämlich seit 1973, die Uranpreise immerhin versiebenfacht haben, und das Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, umso weniger, als die Uranversorgung sich auf einige ganz wenige große Lieferländer in dieser Welt verteilt und dabei ein Monopol im Entstehen begriffen ist, das seinesgleichen zu suchen haben wird.

Aber eine andere Frage ist in diesem Zusammenhang noch interessant. Der Herr Bundeskanzler spielt die Frage der Verwendung der Kernenergie dem Parlament zu. Er tut das, obwohl die Gesetzeslage die Verantwortung eindeutig der Bundesregierung, den verschiedenen Bundesministerien zuweist. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Die Bundesregierung wird schon ihre Meinung sagen, aber wollen Sie, daß die Volksvertretung nichts zu reden hat bei der Frage? – Abg. Dr. Mussil: Zwischenrufe aus dem Hinterhalt!) Herr Bundeskanzler, darf ich Ihnen . . . (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Wollen Sie dazu keine Stellung nehmen? – Abg. Dr. Mussil: Keine Zwiegespräche!) Herr Bundeskanzler! Darf ich Ihnen zur Illustration dessen, worum es hier geht, den 1. Satz aus dem veröffentlichten Fact sheet zu Präsident Carters Energieprogramm zitieren; dieser 1. Satz lautet wörtlich:

„Wir können eine wirksame und umfassende Energiepolitik nur dann verfolgen, wenn die Regierung die Verantwortung dafür übernimmt und wenn das Volk sich des Ernstes der Herausforderung bewußt und zu Opfern bereit ist.“

Das ist ein anderer Geist (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ganz genau derselbe!), der aus diesen Worten weht: Die Regierung muß sich zu der Verantwortung und zu der Entscheidung bekennen. Natürlich können wir dann diese Entscheidung der Regierung hier im Hohen Haus debattieren. Aber bis heute haben wir von

Dr. Stix

der Regierungsseite nicht erfahren, was ihre Meinung ist, denn jedes Regierungsmitglied, Herr Bundeskanzler, äußert sich gerade in der Frage der Kernenergie durchaus different. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist ein gutes Zeichen der Meinungsfreiheit!*) Das ist aber kein Orientierungsmaßstab (*Abg. Dr. Mussil: Oder der „Koordination“ in der Regierung!*), kein Orientierungsmaßstab für die Öffentlichkeit. (*Abg. Dr. Mussil: Die Bundesregierung hat eine roulierende Meinung in dieser Frage!* – *Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist so wie in der Bundeswirtschaftskammer!*)

Im übrigen, Herr Bundeskanzler, haben Sie eine sehr breite Informationskampagne in der Öffentlichkeit eingeleitet, und ich war am Anfang geneigt, das als einen Ausdruck eines besonders objektiven Vorgehens zu werten. Aber Sie selber machen mich jetzt in dieser anfänglichen Einschätzung Ihrer Aktivität schwankend. Denn wenn ich aus Ihrem Bericht lese, daß Sie 1974 ausgiebig die Gegner und Skeptiker der Atomenergie zu Worte kommen ließen, daß dann sehr lange die Frage im Raum stand: Wie ist die Meinungsbildung der Regierung selber, und daß nun im Jahre 1977, am 6. Juni in Hernstein, nur mehr Befürworter der Atomenergie angehört wurden und sich dann die Bundesregierung beeindruckt in Richtung pro Kernenergie zeigt, dann taucht bitte schon die Frage auf, ob das ganze Informationskampagnespiel in der Öffentlichkeit nicht doch weniger mit Objektivität zu tun hat als vielmehr mit einer sehr geschickten und weit angelegten Vorbereitung der Öffentlichkeit auf eine Entscheidung, auf eine intern vielleicht längst gefallene Entscheidung der Bundesregierung pro Kernenergie. Bitte, klären Sie uns darüber auf. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Aber ich habe die gleiche Frage um Aufklärung auch an die Österreichische Volkspartei zu richten, denn auch da scheint mir eine gewisse Verwirrung eingetreten zu sein. Ich möchte das nur in eine Frage kleiden:

Im Lebensplan 2 der Österreichischen Volkspartei ist die Rede davon, daß sie sich zum forcierten Ausbau der Kernenergie bekannt. Mir ist auch der Entwurf der Österreichischen Volkspartei für ein Energiekonzept bekannt. Ob er dann wirklich gedruckt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis; die hektographierte Ausgabe besitze ich. Es ist sogar die Forderung nach vier Kernkraftwerken für Österreich drinnen.

Nun höre ich aber – sowohl vom Obmann der Österreichischen Volkspartei wie auch aus dem Munde des Energiesprechers der Österreichischen Volkspartei – andere Töne. Ich glaube daraus zu erkennen, daß die Österreichische Volkspartei von der bisherigen Linie der

Befürwortung der Kernenergie abrückt. Aber ich hätte – und das ist meine Frage – gern Aufklärung darüber, wie die Österreichische Volkspartei selbst diesen Widerspruch erklärt, daß sie ursprünglich eine sehr eindeutige Optionserklärung pro Kernenergie abgegeben hat und daß es nun etwas anderes ist. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Bei uns Freiheitlichen ist die Linie völlig klar. Wir haben sie 1973 definiert und seither nicht verlassen. Wir sind auf Grund umfangreicher Analysen zu der Auffassung gelangt, daß es beim gegenwärtigen Stand der Atomenergie Österreich nicht notwendig hat, in deren breite wirtschaftliche Nutzung einzutreten. Wir glauben auch aus dem Zahlenwerk, das die Bundesregierung in einem Energieplan in der zweiten Auflage 1976 vorgelegt hat, herausrechnen und nachweisen zu können, daß Österreich über die nächsten 20 Jahre mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ohne jede Atomenergie allein durch den Ausbau seiner vorhandenen konventionellen Energiequellen drüberkommen kann.

Das würde Österreich erlauben, zu einem viel späteren Zeitpunkt in eine neuere Energietechnologie einzusteigen, vielleicht auch in eine neuere Energietechnologie auf dem Gebiet der Atomenergie, die nicht auf der Kernspaltung beruht. Diese Chance, glauben wir, sollte sich Österreich nicht vertun.

Bei der gegenwärtigen Entwicklung, wie sie auf dem Gebiet der Kernenergienutzung auch in Österreich im Gange ist, fürchten wir, daß sich Österreich an dem gigantischen Wettkampf in einer nie dagewesene industriell-technologische Sackgasse mitbeteiligt; als diese Sackgasse betrachten wir die Nutzung der Atomenergie beim gegenwärtigen Stand der Atomenergieforschung.

Einige Gedankengänge, die der Herr Bundeskanzler in seinem Bericht über die Energiepolitik gebracht hat, möchte ich positiv beurteilen. Es handelt sich um die Darlegungen, wo er meint, daß die Möglichkeiten der reichen Energievorkommen im Osten zuwenig in ein gesamteuropäisches Konzept eingeplant werden, daß man bisher zuwenig beachtet hat, daß sich da mehr machen ließe, vor allem auch im Hinblick auf die gewaltige Verschuldung des Ostens gegenüber dem Westen. Ich glaube, daß an dieser Sicht der Dinge etwas daran ist und daß hier ein Weg gewiesen wird, der sicherlich die gegenwärtige angespannte Energiesituation in den europäischen Industrieländern des freien Westens deutlich verbessern würde.

Aber es ist, wenn man eine energiewirtschaftliche Kooperation mit dem Osten eingeht,

5802

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Stix

sicherlich unerlässlich, daß man sofort und von Anfang an parallel dazu ein umfangreiches Bevorratungswesen aufbaut. Dann genügt es eben nicht, Erdölvorräte nur für 90 Tage zu haben, dann genügt es nicht, auf dem Sektor Erdgas nur von der Hand in den Mund – sprich: von der Pipeline in den Brenner hinein – zu leben, dann genügt es nicht, Strom und Kohle nur zu importieren, sondern dann muß auch für alle diese Primärenergieträger ein entsprechendes umfangreiches Bevorratungswesen aus Sicherheitsgründen angelegt werden.

Auf diesem Gebiet sind wir aber in Österreich über erste zaghafte Schritte nicht hinausgekommen. Wir stehen heute noch beim Anfang der Erdölbeworratung. Wir sind weit davon entfernt, die anderen Primärenergieträger zu beworraten. Hier wäre eine ganz wesentliche innerösterreichische Aufgabe zu lösen, wenn man in das gesamteuropäische Konzept einer Einbindung der Energieressourcen des Ostens tatsächlich einsteigt.

So viel zu dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers über die Energie.

Ich darf mich nunmehr dem Bericht des Herrn Finanzministers zuwenden, greife aber auch zu allererst auf seine energiepolitischen Ausführungen zurück. Es findet sich auch in seinem Bericht auf Seite 21 der Satz in bezug auf die Energie:

„Es ist daher nicht nur notwendig, mit Energie sparsamer umzugehen, sondern es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft, die Importabhängigkeit zu verringern.“

Auch dazu die klare Feststellung: Mit einer Option auf Kernenergie wird die Importabhängigkeit nicht verringert.

Es heißt in dem Bericht des Herrn Bundesfinanzministers weiter:

Als Möglichkeiten bieten sich an: Bessere Nutzung vorhandener Energie. Weiterer Ausbau der heimischen Energiequellen. Verstärkte Förderung alternativer Energiequellen.

Ein Ja zu allem, aber die Frage: Wo sind bitte die konkreten Maßnahmen? Was wir bisher zur Einsparung von Energie gehört haben, bewegt sich beinahe an der Grenze des Lächerlichen.

Es fehlt vor allem an ganz entscheidenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Wärmedämmung. Nicht Absichtserklärungen, sondern konkrete Maßnahmen, denn immerhin geht die Hälfte unseres gesamten Energieeinsatzes in den Niedertemperaturbereich der Wärmewirtschaft! Wenn wir dort die Verluste um 10 Prozent, 20 Prozent verringern könnten, dann wären das bitte schön die Wachstumsraten einer ganzen Reihe von Jahren.

Der Herr Bundesfinanzminister hat in einer sehr vagen Form in diesem Zusammenhang die Frage öffentlicher Förderungsmaßnahmen erwähnt. Er wolle sie prüfen. Ich habe an den Herrn Bundesfinanzminister in diesem Zusammenhang die konkrete Frage: Welche Förderungsmaßnahmen hat er hierbei im Auge? Heißt das, daß man die Wärmedämmung beim Wohnbau und bei sonstigen Gebäuden fördern will? Heißt das, daß man die Entwicklung und den Einsatz von Sonnenenergieanlagen fördern wird? Es wäre sehr interessant, Herr Dr. Androsch, hier eine Präzisierung Ihrer sehr allgemein gehaltenen Aussagen zu hören.

Nun nur noch einige wenige Bemerkungen zum gesamten Wirtschaftsbericht des Herrn Finanzministers.

Ich sehe als sicherlich aufmerksamer Oppositionsabgeordneter im Laufe der Jahre im ganzen Stil und in der Politik des Herrn Bundesfinanzministers eine große Diskrepanz. Diese Diskrepanz stellt sich mir so dar, daß wir auf der einen Seite einen sehr selbstsicheren Finanzminister erleben, einen Finanzminister, der sehr selbstbewußte, sehr apodiktische, sehr selbstsichere finanzpolitische Äußerungen aller Art tätigt, der erklärt, dieses und jenes Budget werde sich so und so entwickeln, dieses und jenes Aufkommen an Steuern werde sich so und so gestalten: immer diese ungeheure Selbstsicherheit des Herrn Finanzministers nun schon seit Jahren.

Und die Diskrepanz? – Entgegen diesem Anschein hat sich der Herr Dr. Androsch in allen diesen Jahren seiner Tätigkeit als Finanzminister ununterbrochen geirrt! Dabei war er nicht kleinlich, war er sicherlich nicht kleinkariert. Die Irrtümer, die Herrn Dr. Androsch unterlaufen sind, haben sich immer gleich in vielfacher Milliardenhöhe bewegt.

Ich zitiere etwa die recht nette Zusammenstellung aus der „Wochenpresse“:

„1974 wurde das mit 10,9 Milliarden Schilling veranschlagte Defizit um ... 70 Prozent überschritten.

1975 betrug das Defizit nicht 16,3 Milliarden Schilling – wie ursprünglich ... beschlossen –, sondern 37,2 Milliarden Schilling. ...

1976 wurde das Budgetdefizit abermals um fast 8 Milliarden Schilling überschritten.“ Und so weiter, und so fort.

Wir haben hier diese ungeheure Diskrepanz zwischen der zur Schau getragenen Selbstsicherheit des Herrn Finanzministers auf der einen Seite und der Tatsache auf der anderen Seite, daß er sich bei allen entscheidenden Zahlenangaben ununterbrochen geirrt hat! Das ist natürlich, Herr Bundesfinanzminister, nicht

Dr. Stix

gerade eine vertrauenerweckende Situation, und daher bin ich sehr skeptisch in bezug auf Ihre weiteren Voraussagen.

Sie haben sich geirrt bei der Voraussage der Defizitentwicklung, Sie haben sich, Herr Bundesfinanzminister, geirrt bei der Einschätzung der Entwicklung des Steueraufkommens, und es zeigt sich allmählich – ich nehme an und fürchte, daß sich das in der nächsten Zeit noch deutlicher herausstellt –, daß Sie sich auch bezüglich der Entwicklung der Zahlungsbilanz grundlegend geirrt haben. Denn man kann im Detail zur Währungspolitik stehen, wie man will, eines kann man nicht abstreiten: daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der in den letzten Jahren stur durchgeführten Hartwährungspolitik auf der einen Seite und dem jetzt gigantisch wachsenden Loch in der Zahlungsbilanz auf der anderen Seite.

Es wird da immer argumentiert – auch in jüngster Zeit, Herr Finanzminister, ist dieses Argument aus Ihrem Munde gefallen –, man will die Importe nicht verteuern, mit Rücksicht auf die Indexentwicklung, auf die Preisentwicklung geht es nicht an, den Schilling etwa weicher zu machen. Bitte: Man kann nicht beides gleichzeitig haben. Man kann nicht die Importe billig halten wollen und auf der anderen Seite gleichzeitig darüber jammern, daß die Familie Österreicher diese billigen Importwaren auch in rauen Mengen kauft.

Es gibt ja nur drei Möglichkeiten, die Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen:

Entweder versuche ich es mit moralischen Apellen: Buy Austrian!, also eine Diskriminierung ausländischer Produkte. Das verfängt offensichtlich nicht.

Oder ich gehe den Weg der Mengenbeschränkung. Das läßt die Integration nicht zu, das läßt das GATT nicht zu, das paßt überhaupt nicht zu der von der Bundesregierung erklärten und von uns Freiheitlichen für richtig gehaltenen Linie, daß man keinen Versuch unternimmt, den Welthandel zu gefährden. Also die Mengenbeschränkung kann ich auch nur theoretisch in Erwägung ziehen.

Somit bleibt drittens als einziges Instrument die Verteuerung der Importwaren, sprich: ein Abgehen mit dem Schilling vom Hartwährungskurs. Und wenn Sie das nicht tun wollen, dann werden Sie eben weiterhin erleben, daß wir die Defizitentwicklung in unserer Zahlungsbilanz nicht in den Griff bekommen. Sie werden sich eines Tages, und zwar eines sehr baldigen Tages, Herr Finanzminister, überlegen wollen, ob im Lichte der tatsächlich eingetretenen Zahlungsbilanzentwicklung die seit Jahren

verfolgte Linie des Hartwährungskurses wirklich für die Zukunft aufrechterhalten werden kann.

Gerade unser wichtigster Devisenbringer, unser Lückenbüßer, der Fremdenverkehr, läßt ja offenkundig aus. Es ist gar keine Frage, daß der Fremdenverkehr irgendwo an einem Plafond angelangt ist. Man kann aber auch nicht abstreiten, daß die große Schwierigkeit, in die der Fremdenverkehr jetzt geraten ist, nicht zuletzt eine Folge des Umstandes ist, daß ihn der Finanzminister unentwegt als eine Melkkuh erster Klasse betrachtet.

Der Fremdenverkehr leidet seit Jahren unter einer exorbitanten Getränkebesteuerung. Wir sind – die diesbezüglichen Zahlen möchte ich Ihnen jetzt ersparen – in Österreich in einer Spitzenstellung. Und auch die Gewerbesteuer, die es ja außer in Österreich in Europa nur noch in der Bundesrepublik Deutschland gibt, trifft gerade den Fremdenverkehr. Die ganze Entwicklung der Lohnkosten und der Lohnnebenkosten trifft den Fremdenverkehr, und nur weil das hauptsächlich mittelständisch strukturierte Fremdenverkehrsgewerbe in seinen Betrieben durch einen ungeheuren Arbeitseinsatz aller Familienangehörigen getragen wird – der Fremdenverkehr wird doch von den Familienangehörigen mit einer Wochenarbeitszeit bis zu 80 Stunden in den Betrieben absolviert –, wird das aufgefangen, aber unter härtesten persönlichen Opfern, und das geht natürlich nur eine Weile, das geht nicht mehr lange. Da ist der Plafond erreicht.

Ich konzidiere dem Herrn Handelsminister, daß er sich sehr viel Mühe gibt um Fremdenverkehrskonzepte, um die Förderung des Fremdenverkehrs. Aber was nützt es denn, wenn Staribacher den Fremdenverkehr fördert und der Finanzminister dem Fremdenverkehr eine Steuer nach der anderen auferlegt und dort die Schraube anzieht, bis eben nichts mehr herauszupressen ist?

Was sich in Österreich derzeit auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs und aller damit zusammenhängenden Fragen abspielt, kommt dem langsamen Abschlachten einer Melkkuh gleich. Und wir werden es ausbaden müssen. Wir werden es bei der Zahlungsbilanz ausbaden müssen, und es wird sich der Herr Finanzminister eines Tages nicht von den Konsequenzen seiner eigenen Politik in dieser Hinsicht absentieren können.

Ich möchte zum Abschluß nur noch einmal den freiheitlichen Standpunkt zu einer in der aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung stark strapazierten Frage darlegen. Es ist das die der Lohnsteuersenkung.

5804

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Stix

Es geht gar nicht um eine Lohnsteuersenkung. Das ist ein völlig falscher Zungenschlag, wenn darüber debattiert wird, wann und ob eine Lohnsteuersenkung eintreten soll und ob der Herr Finanzminister im gegenwärtigen Stadium der Staatsfinanzen auf Steuereinnahmen verzichten kann. Bitte, das ist ein ganz falscher Zungenschlag, das ist eine ganz falsche Diskussion. Es geht nicht um eine Senkung der Lohnsteuer, sondern es geht darum, eine ständige, stille, schleichende Lohnsteuererhöhung entweder zu stoppen oder sie in eine offene Steuererhöhung umzuwandeln. Für eines von beiden muß sich der Herr Finanzminister entscheiden. Aber er kann nicht mit dem Hinweis auf seine triste Budgetsituation von der Wirklichkeit, von der Wahrheit ablenken, daß es hier nicht um eine Lohnsteuersenkung geht, sondern um die Verhinderung einer progressiven, stillen, ununterbrochen im Gange befindlichen Steuererhöhung.

Uns Freiheitlichen ist es durchaus klar, daß der Herr Finanzminister nach Einnahmen sucht und daß er sich einiges einfallen läßt, sie zu bekommen. Soll er! Soll er! Aber dann soll er es offen bekennen. Dann soll er dem Volk sagen: Ihr habt uns Sozialisten den Regierungsauftrag gegeben, und ich, der sozialistische Finanzminister, ich muß euch halt jetzt die Rechnung präsentieren! Sozialismus ist halt teuer, und daher bitte brauche ich mehr Steuern! – Er soll das offen sagen. Er soll offen hierherkommen und sagen: Ich brauche mehr Steuern! Der Wähler soll wissen, wie teuer ihm diese sozialistische Regierung zu stehen kommt.

Aber wo wir nicht mitspielen, was wir nicht durchgehen lassen werden, das ist, daß man diese Steuererhöhung in schleicher Form vornimmt und nur darüber jammert, man könne derzeit keine Steuersenkung durchführen.

Bitte Farbe bekennen, dem Volk sagen, wie teuer Sozialismus wirklich ist! Wir Freiheitlichen werden uns gern an dieser Aufklärung der österreichischen Bevölkerung beteiligen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte über das, was ich zur Frage der Atomenergie gesagt habe, vorläufig nichts weiter sagen, weil ich ja einen Bericht der Bundesregierung zu dieser Frage angekündigt habe. Aber zur Ergänzung dessen, was ich gestern gesagt habe, und dessen, was ich öffentlich immer wieder betont habe, möchte ich hier vor dem Hohen Hause noch einmal klar und

deutlich sagen, daß der Bericht der Bundesregierung natürlich auch die Stellungnahme der Bundesregierung beinhalten wird. Aber die Regierung ist die Regierung, und die Volksvertretung ist die Volksvertretung, und daher wird der Nationalrat zu diesem Bericht wohl oder übel Stellung nehmen müssen; das ist sicher seine Aufgabe, und nichts anderes ist beabsichtigt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Gradinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Gradinger (ÖVP): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man über den Bericht des Herrn Bundeskanzlers und des Finanzministers über die wirtschaftliche Lage in Österreich diskutiert, ist es meiner Meinung nach angebracht, ein Problem zu überprüfen, nämlich wie sich diese Wirtschaftspolitik auf die östlichen Grenzregionen ausgewirkt hat, wovon immerhin 1 Million Österreicher betroffen sind. Und bei dieser Stellungnahme wird es mir nicht möglich sein, die Schilderung der heilen Welt in der Weise fortzusetzen, wie das die Redner der Regierungspartei bis jetzt getan haben, etwa der Herr Abgeordnete Mühlbacher, der von den überzeugenden Erfolgen gesprochen hat.

Dazu muß ich schon eines feststellen, nämlich daß die Erfolgseinschätzung in der letzten Zeit bei den sozialistischen Abgeordneten etwas bescheiden geworden ist, was die Teuerung und die Stabilität betrifft. Denn man kann Statistik her, Statistik hin betrachten, fest steht, daß wir es durchschnittlich mit einer Teuerung von 6 Prozent zu tun haben, und während der ÖVP-Alleinregierungszeit waren es im Durchschnitt 3 Prozent.

Oder man kann es auch anders sagen, weil hier mit Prozentziffern während der Rezession argumentiert worden ist: In dieser Rezessionsphase erreichten wir eine Spitzte von 10 Prozent, damals hat sie 4,2 Prozent betragen.

An dem allein kann man also zweifelsohne ablesen, wie „gut“ die Wirtschaftspolitik heute ist und wie sie damals, Ende der sechziger Jahre, gewesen ist.

Dem Programm der Wirtschaft von wegen der gleichrangigen Aufgaben hinsichtlich der Stabilität und hinsichtlich der Vollbeschäftigung, das man hier als sehr merkwürdig bezeichnet, kann ich nichts Schlechtes entnehmen. Ich entnehme den einzigen Sinn, daß es dem Wirtschaftsbund und damit auch der Österreichischen Volkspartei daran gelegen ist, daß sowohl die Stabilität als auch die Vollbeschäftigung ein wesentlicher Anteil in jeder Wirtschaftspolitik sein sollen,

Ing. Gradinger

und das haben wir als Regierungspartei viele Jahre bewiesen. Auch diese Feststellung möchte ich dazu noch anschließen. Alles andere gilt als eine Unterstellung. Das wollte ich also zu dem erwidert haben.

Zu den Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf die Grenzräume, im speziellen auf jene Regionen, die sich an der sogenannten toten Grenze befinden, hat es ja Aussagen in den Regierungserklärungen gegeben, 1971 etwa die, daß man bemüht sein werde, einen breiten Gürtel des Wohlstandes in diesen Regionen zu entwickeln.

Ich muß dazu zusammenfassend feststellen: Von diesem breiten Gürtel des Wohlstandes ist wenig wirksam geworden, wobei ich anerkennen möchte: Ein Projekt ist wirksam geworden, wo man umfassend regionale Strukturpolitik betrieben hat. Ich meine das Projekt Aichfeld-Murboden, wo in Zusammenarbeit der betroffenen Gemeinden, des Landes Steiermark und des Bundes Gutes geleistet worden ist, was wir aber von den östlichen Grenzregionen nicht feststellen können. Es ist dort das geschehen, was anderswo auch investiert worden ist, um nichts mehr.

Eine kräftige, überzeugende, umfassende Strukturpolitik, wie ich gesagt habe, war eben verhindert durch das Ergebnis der schlechten Wirtschaftspolitik. Und so hat man die Dinge treiben lassen.

Wir haben sie sorgsam beobachtet. Es ist wohl in -zig Kommissionen, in Unterkommissionen der ÖROK, der Österreichischen Raumordnungskonferenz, über Jahre hinweg viel erarbeitet worden, theoretisch erarbeitet worden, es sind Probleme beraten worden, es sind Ist-Stände erhoben worden, es sind Empfehlungen für Teilbereiche vorgelegt worden, aber umgelegt, in die Tat umgesetzt hat man davon meines Erachtens zu wenig. Und deswegen gehen die Leute, und sie wandern anhaltend ab.

Im Burgenland, in dem Wahlkreis, den im Hohen Haus zu vertreten ich die Ehre habe, gibt es seit der Landnahme, das heißt also, seit das Burgenland bei Österreich ist, anhaltend eine Abnahme der Bevölkerung. Sie hat von 1925 bis 1971 5 Prozent betragen, anscheinend nicht viel. Im gleichen Zeitraum hat die Bevölkerung in Vorarlberg um 93 Prozent zugenommen, hat sich also nahezu verdoppelt. In Salzburg waren es 80 Prozent, in Tirol 72 Prozent, in Kärnten 41 Prozent, in Oberösterreich 40 Prozent, in der Steiermark immerhin noch 21 Prozent. Bei uns ist die Bevölkerung weniger geworden.

Seit 1971 – um das auch noch zu erwähnen – sind es wiederum 4 000 gewesen, die abgewandert sind, und bedauerlicherweise meistens

junge Leute zwischen 20 und 30 Jahren. Und die Situation ist im niederösterreichischen Grenzraum nicht anders.

Das hätte eine verantwortungsbewußte Bundesregierung schärfer erkennen müssen, als es geschah.

Die Ursachen, warum das geschieht, sind ja hinlänglich bekannt, sind wiederholt der Bundesregierung, dem Herrn Bundeskanzler vorge tragen worden: das Fehlen der wirtschaftlichen Zentren, die schwache wirtschaftliche Kraft in diesen Grenzräumen, in den Grenzgemeinden, die zu geringen Beschäftigungsmöglichkeiten vor allen Dingen, die niedrigen Einkommensverhältnisse, die mangelnde gesundheitliche Betreuung, mangelnde Verkehrserschließungen, um nur einiges Wesentliche davon zu erwähnen. Da hätte man also ansetzen müssen, Staatspolitik ersten Ranges zu betreiben, um innerösterreichisch mehr Verständnis, mehr Solidarität zueinander zu entwickeln, mehr Verbundenheit.

Ich frage: Warum hat man nicht Ideen aufgegriffen, Anregungen, etwa die von Landeshauptmann Dr. Niederl, der angeregt hat, daß man in Österreich ähnlich wie bei der Europäischen Gemeinschaft mit ihrem Europäischen Regionalfonds einen nationalen Regionalfonds einrichten solle.

Wenn man das Wort „Entwicklungshilfe“ – es ist heute darüber gesprochen worden – hört, muß man nicht unbedingt nur an die Länder der dritten Welt denken. Es gibt auch Regionen in Europa und auch in Österreich, in denen man nicht an der stürmischen Aufwärtsentwicklung der letzten Jahrzehnte teilhaben konnte, in einem Ausmaß teilhaben konnte, annähernd gleiche Verhältnisse zu erreichen.

Ich darf von meinem Wahlkreis berichten. Vom „Kampf gegen das Sterben vor der Zeit“ haben wir nichts mitbekommen. Wir sind nach wie vor jenes Bundesland, das die höchste Gesamtsterblichkeitsrate hat. Wahrscheinlich deswegen, weil wir zuwenig praktische Ärzte haben, weil das Pendlerleben – wir haben einen hohen Prozentsatz, einen unverantwortbar hohen Prozentsatz an Pendlern – ein höchst ungesundes Leben ist.

Ein zweites: Die Handelspolitik im Bereich des agrarischen Außenhandels war auch nicht dazu angetan, sich segensreich auf die Grenzräume auszuwirken. Wenn die Importe von 1972 bis 1976 von 12 auf 18 Milliarden Schilling zugenommen haben, wenn die agrarischen Exporte hingegen nur von 5,2 auf 6,9 Milliarden Schilling gestiegen sind, so sind dadurch im besonderen wieder jene Gebiete zum Handkuß

5806

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Ing. Gradinger

gekommen, wo die Agrarquote hoch ist. Und das ist leider Gottes bei uns der Fall.

Ein drittes: Die Einkommensverhältnisse sind nach wie vor die niedrigsten geblieben. Sie sind so niedrig, daß man sie mit 64 Prozent des Durchschnittseinkommens eines Österreicher errechnet hat. Ergebnis: 28 000 Pendler, davon ein hoher Anteil von Wochenpendlern, von Arbeitern, Angestellten, die am Montag die Familie verlassen und am Freitag abend nach Hause kommen.

In meinem Bezirk Güssing, in Jennersdorf, im benachbarten Bezirk, erreichen die Durchschnittseinkommen nicht einmal die Hälfte des Durchschnittseinkommens des Österreicher. Das muß man sich vorstellen!

Das sind lediglich ein paar Fakten, die ich beliebig mit anderen Beispielen anreichern könnte, Fakten, die die Verhältnisse schildern wollen, die aufzeigen sollen, wie ernst die Situation ist und daß man keinen Grund hat, überheblich zu sein oder diese Dinge zu verniedlichen.

Ich möchte betonen: Das hat auch nichts mit Nörgeln oder damit zu tun, daß man unbedingt nur das Negative herausstellen will. Ich bekenne mich dazu, daß auch in diesen Räumen Beachtliches seit Ende des Zweiten Weltkrieges geleistet worden ist, vor allen Dingen nach Abzug der Besatzungsmächte zehn Jahre später. Vieles aus eigener Kraft. Aber das hat eben nicht gereicht, die Lebensbedingungen, die Verhältnisse denen in den anderen Bundesländern annähernd anzupassen. Wenn es anderswo attraktiver ist, dann sucht man sich eben anderswo Existenzmöglichkeiten, und später siedelt man sich dort an. Die Statistik besagt – und sie stimmt leider Gottes heute noch immer –, daß täglich 30 Personen aus den östlichen Grenzregionen abwandern.

Ich glaube, daß ich damit hinlänglich begründet habe, daß das, was bisher geschehen ist, in Anbetracht dessen als zuwenig bezeichnet werden muß.

Es war staatspolitisch nicht klug, die fortschreitende Entleerung der Dörfer entlang der toten Grenze so hinzunehmen, wie es von Seite dieser Bundesregierung geschehen ist.

Was bisher geschah, war ein ungenügendes Sonderprogramm für die Landwirtschaft, um Jahre verschleppt, waren vage Zusagen für Bad Tatzmannsdorf und für Sauerbrunn aus dem ERP-Sonderprogramm. Das war im wesentlichen das, was bis jetzt zutage gekommen ist.

Umfassend hätte diese Grenzlandförderung geschehen müssen. Es hätte eine Reihe von Möglichkeiten dazu gegeben; es gibt sie noch

immer: etwa einen verstärkten Einsatz von Mitteln aus der Arbeitsmarktförderung für die Um- und Weiterbildung, die verstärkte Förderung von landwirtschaftlichen Spezialkulturen, den klimatischen Gegebenheiten entsprechend, eine großzügigere Verkehrserschließung, oder die Möglichkeit der Ansiedlung von einigen interessanten Industriebetrieben mit attraktiven Arbeitsplätzen, oder man könnte bei den bevorstehenden Verhandlungen zum Finanzausgleich für die Grenzgemeinden etwas tun, oder die Möglichkeiten auf dem Gebiet des Straßenbaus.

Es stimmt nicht, wenn der Herr Bundeskanzler dem Abgeordneten Dr. Lanner in einer Anfragebeantwortung vom 19. Februar 1976 geantwortet hat, daß es Zielsetzungen dieser Bundesregierung sind, die Grenzgebiete vorrangig zu behandeln.

Hier sind einige Probleme aufgezählt, unter anderem: „beschleunigter Ausbau des Bundesstraßennetzes, vor allem solcher Straßenzüge, die auch der Anbindung von strukturschwachen Gebieten an das höherrangige Straßennetz dienen.“ Dann hätte man nämlich schon längst einige brennende Probleme, die man bisher vor sich herschiebt, angehen müssen, lösen müssen: im südlichen Burgenland, die Umfahrung Neusiedl am See, wo es katastrophale Zustände gibt, sowohl für die Anrainer als auch für die Fremden, die dort durchfahren.

Dazu gehört auch das Problem der Südautobahn. Das ist interessant für die gesamte südliche Landeshälfte, für die Berufsfahrer, für die Pendler, für den Fremdenverkehr, für die Verbindung der zwei größten Städte Österreichs. Aber bei dem jetzigen Tempo glaube ich einfach nicht daran, daß diese Südautobahn bis 1985 fertig sein wird. Auch hier schlägt sich nämlich die schlechte Wirtschaftspolitik durch. Es ist ja bekanntlich bis jetzt nicht gelungen, die Finanzierungsfrage zu lösen.

Und zu all dem, nach Schilderung dessen, was getan wurde in Sachen regionaler Strukturpolitik, im speziellen zu Aichfeld-Murboden, folgende Bemerkung im Bericht des Herrn Bundeskanzlers:

„Ich glaube, daß es nützlich wäre, wenn sich auch andere Gemeinden Österreichs zur Lösung ihrer regionalen Probleme zusammenschließen könnten. Die Bundesregierung wird hiebei im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Unterstützung gewähren.“

Ich fürchte, das bedeutet das Begräbnis erster Klasse schon wegen des „breiten Gürtels des Wohlstandes“ in den Regionen gegenüber dem Osten.

Ing. Gradinger

Diese Aussage ist ebenso enttäuschend wie etwa die unüberlegte Stellungnahme des Herrn Landeshauptmannes Kery am Samstag vor Pfingsten im Fernsehen, wo er meinte, er, Kery, hätte auch nichts dagegen, wenn man den Atommüll unter den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen im Burgenland lagerte.

Natürlich haben wir von der Österreichischen Volkspartei uns massiv dagegen verwahrt. Natürlich hat Herr Landeshauptmann Kery dementiert und widerrufen. Er wollte theoretisch nur festgehalten haben, daß Atommülllagerung ungefährlich wäre. Wie dem auch immer sei, es ändert nichts daran, daß sowohl die eine Empfehlung als auch diese unmögliche Äußerung eines Landeshauptmannes nicht dazu angetan waren, die Situation in diesem Lande zu verbessern. Trotzdem wollen die Menschen in ihrem angestammten Land, in ihrer Heimat bleiben, arbeiten und wirtschaften, allerdings eben nur dann, wie ich geschildert habe, wenn entsprechende Lebensbedingungen vorgefunden werden.

Ich möchte betonen: Es erwartet niemand von uns Almosen. Almosen sind bekanntlich keine Voraussetzung für eine glückliche und erfolgreiche Bewältigung der zukünftigen Aufgaben. Es geht um Hilfe, um sich dann selbst helfen zu können.

Und eine abschließende Bemerkung: Wenn wir alle aufeinander angewiesen sind, wie das immer so schön heißt, sollte man für diesen wichtigen Teil Österreichs – es leben dort immerhin 1 Million Menschen – mehr tun, als es diese Bundesregierung in diesen letzten sechs Jahren zu tun imstande gewesen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Gassner zum Wort gemeldet. Diese darf fünf Minuten nicht überschreiten.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ing. Gassner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Abgeordneter Dallinger hat in seiner Rede Zahlen betreffend die Vorschläge der Fraktion christlicher Gewerkschafter zu einer Steueranpassung genannt. Er hat unter anderem gemeint, daß unsere Vorschläge zur Tarifkorrektur 7 Milliarden Schilling kosten würden. Abgeordneter Dallinger! Wir haben nicht nur ein, sondern mehrere Expertenteams diese Tarifkorrektur berechnen lassen, und die sind zur Ansicht gelangt, daß diese Vorschläge der FCG – der Fraktion Christlicher Gewerkschafter – 3,2 bis 3,5 Milliarden Schilling kosten würden. Genauso sind Ihre genannten 21,9 Milliarden

Schilling für die gesamte Anpassung eine Traumziffer.

Uns geht es nicht um eine Steuersenkung. Uns geht es, Herr Abgeordneter Dallinger, um die Erhaltung des Realeinkommens der Arbeitnehmer. Darauf beruhen die Vorschläge der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, welche wir am 18. Februar dieses Jahres im ÖGB-Bundesvorstand eingebracht haben. Sie waren bisher nicht bereit, darüber zu diskutieren, obwohl Sie vier Monate Zeit gehabt hätten, in der Steuerkommission darüber konkret zu reden. Wir warten auf Ihre Vorschläge; auch in der Steuerkommission.

Wir bedauern es als Christliche Gewerkschafter, daß die Arbeitnehmer bis heute nicht wissen, was Sie sich als Sozialisten unter gerechter Steueranpassung vorstellen. Wir werden uns immer für die Sicherung des Realeinkommens der Arbeitnehmer einsetzen – wir als Christliche Gewerkschafter! Wir wollen gerechte Forderungen erfüllt haben, aber keine utopischen Ziffern, die haben wir nie verlangt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Tonn. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Tonn (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Redner der Österreichischen Volkspartei haben heute hier den zum Scheitern verurteilten Versuch unternommen, Urteile und Prognosen zur wirtschaftlichen und finanziellen Situation abzugeben. Gescheitert ist das deshalb, weil die Volkspartei nicht die Kraft hat, ihr politisches Wollen konstruktiv zu formen. Man staunt höchstens, wie Prof. Koren in seiner Rede meinte. So erleben wir in diesem Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum x-ten Mal, daß von der großen Oppositionspartei ein superschwarzes Gemälde mit Weltuntergangsstimmung und Trauerflor produziert wird. Man fragt sich dabei, ob dies Unwissenheit, Taktik oder vielleicht Profilierungsneurosen sind.

Nachdem gestern der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizekanzler in sehr klarer Weise die wirtschaftliche und finanzielle Situation dargestellt haben, und zwar mit gebotener Vorsicht für die Zukunft, war zu erwarten, daß die große Oppositionspartei – und das ist doch so typisch für diese Partei – heute versuchen wird, alles schlechter darzustellen, als es ist. Die Gruselmethode feiert wieder einmal in diesem Hause und an diesem Rednerpult fröhliche Urständ. Diese Art der Argumentation kennen die Österreicher nunmehr schon seit sieben Jahren. Begonnen hat es damit, daß Sie vor der

5808

Nationalrat XIV. GP - 60. Sitzung - 17. Juni 1977

Tonn

Nationalratswahl 1970 behaupteten, die Sozialisten hätten keine Kandidaten für Ministerposten, sie wären bauern- und eigentumsfeindlich und die Gewerkschaften hätten bei einer SPÖ-Regierung nichts zu reden.

Als die weltweiten Rezessionsauswirkungen dann Österreich erreichten, war das Wasser auf die lahmen österreichischen Oppositionsmühlen. Die Negativprognosen von damals waren die Fortsetzung eines begonnenen Kurses und sind es sicherlich wert, heute in Erinnerung gebracht zu werden. Sie passen auch nahtlos und typisch zu den heutigen Aussagen der Volkspartei.

Bei der Debatte über die wirtschaftliche Lage am 22. Mai 1974 sagte Prof. Koren, daß er fürchte, die Illusion sei das wichtigste Beiwerk unserer Regierungspolitik. Daß die Realitäten in der Zeit bisher Herrn Prof. Koren widerlegten, sei hier nur zur Abrundung erwähnt.

Ein Jahr später meinte Dr. Schleinzer bei der Wirtschaftsdebatte am 2. Juli 1975, daß unser Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung Wahlpropaganda sei.

Nach Koren und Schleinzer hörten wir dann Dr. Taus, der heute zur wirtschaftlichen Lage überhaupt nichts mehr gesagt hat. Er hat uns nur eine heitere Einlage geliefert und dann Dr. König, an seiner Stelle zum Rednerpult geschickt. Dr. Taus meinte am 10. Juli des Vorjahres, daß wir bei der Bekämpfung der Preissteigerungen keine glückliche Figur machen werden, und bezweifelte einen Wirtschaftsaufschwung. Übrigens hat ja Dr. Taus bei der Debatte über die Regierungserklärung am 11. November 1975 - es war dies sein erster Auftritt als gewählter Abgeordneter in diesem Hause - sehr eindeutig die Strategie seiner Partei skizziert, als er erklärte: Unsere Oppositionsstrategie ist einfach und klar, wir werden weder eine Ja-Sager- noch eine Nein-Sager- Opposition sein. Ich muß sagen, das war wirklich eine klare und einfache Aussage. Einfacher kann es sich eine Opposition wirklich nicht mehr machen. Und wenn damals - genau vier Sätze weiter im Stenographischen Protokoll - Dr. Taus von der differenzierten Oppositionspolitik gesprochen hat, aber bis heute weit und breit davon nichts zu bemerken ist, dann runden das das Bild einer Partei ab, deren Aussagen heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, immer unglaublich werden. Man könnte es auch anders formulieren: Die ÖVP hat sich weiter negativ profiliert. Vor allem dürfte das auch darauf zurückzuführen sein, daß ihr Parteiobmann nicht weiß, soll er oder soll er nicht in der Politik bleiben. (Abg. Ing. Gassner: Das müssen Sie ihm überlassen! Da brauchen Sie sich keine Sorgen machen!) Wir

überlassen das ihm, selbstverständlich. Das ist keine Frage, Herr Abgeordneter. Aber trotzdem erweckt es nicht nur bei uns, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit den Anschein, als wenn Dr. Taus nicht wüßte, was er will. (Abg. Ing. Gassner: Nein, nein, der bleibt schon!)

Wenn die Berichte von gestern, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigen, daß wir nur eine Arbeitslosenrate von 1,3 Prozent haben, also damit derzeit praktisch den Europarekord halten - mit den regionalen Problemen, die damit verbunden sind; das sage ich gleich dazu -, daß wir mehr als 2,7 Millionen Beschäftigte haben, daß 36 700 Arbeitslose vorgemerkt sind, denen 41 900 offene Stellen gegenüberstehen, und daß die Preissteigerungen trotz Gruselprophezeiungen der Volkspartei auf fast 5 Prozent gedrückt werden konnten, dann ist das eine Bilanz, auf die wir stolz sein können. (Abg. Ing. Gassner: Wie ist das mit der Schuldenpolitik?)

Wir haben uns - wir tun das auch heute, Herr Abgeordneter - aus tiefster Überzeugung zur Sicherung der Vollbeschäftigung bekannt, und wir sind bisher erfolgreich. Dazu hat es natürlich auch gewisser Maßnahmen bedurft.

Mit der Rezeptur des Herrn Mitterer: ein paar Arbeitslose mehr oder weniger, hätten wir natürlich den derzeit bestehenden Zustand nicht erreicht. (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Ich weiß, Herr Dr. Zittmayr, das tut Ihnen sehr, sehr weh. (Abg. Dr. Zittmayr: Das tut nicht weh!)

Diese Zahlen und Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind das Produkt aller in der Wirtschaft tätigen Österreicher, vor allem aber ein Ergebnis der vorausschauenden Politik dieser Bundesregierung. Das wird auch, Hohes Haus, im Ausland bestätigt. So schreibt zum Beispiel die dänische Zeitung „Jyllandsposten“ am 13. Mai dieses Jahres über die österreichische Wirtschaftspolitik: Im Herzen Europas liegt die Republik Österreich. Sie muß mit einer Arbeitslosenrate von zirka 2 Prozent und mit einer Inflationsrate, die sich bescheiden - ich wiederhole: bescheiden - bei 6 Prozent hält, als recht glückliches Land bezeichnet werden. In dem Artikel wird weiters die Frage gestellt, wie die Österreicher denn das fertigbringen. Das, was für viele Ausländer ein Wunder und unverständlich ist, das ist für die ÖVP in Österreich das Schlechte vom Schlechten. Ein Kommentar zu Ihrer Linie, glaube ich, erübrigt sich wohl.

Man kann solche Auslandstimmen aus letzter Zeit beliebig fortsetzen. Es gibt Meldungen aus Italien und anderen Ländern, aber auch bei Gesprächen im benachbarten Ausland hört man immer wieder Lob für unser Land.

Tonn

Ich war vergangene Woche in Bayern und in Nordrhein-Westfalen, und auch dort spricht man in den Betrieben, bei den Gewerkschaften, aber auch in den Rathäusern der Städte von der positiven Wirtschaftspolitik des kleinen Österreich. Von vielen dieser Leute werden wir als Vorbild genommen – eine Anerkennung, die echt ist, die aber von dieser Opposition sehr gerne geleugnet wird. Daß Sie damit, meine Herren, das eigene Nest beschmutzen, macht Ihnen ja überhaupt nichts. Daß wir im Vergleich zu unseren Nachbarländern die Rezessionsauswirkungen besser überwunden haben, ist eine Tatsache, an der der redegewandteste Oppositionsabgeordnete nicht vorbeikommt.

Die Frage, die sich aus dieser Tatsache ergibt, ist: Wer hat zur bisherigen Problemlösung entscheidend beigetragen? Wenn wir die Gebietskörperschaften betrachten, so sehen wir deutlich die überragenden Leistungen des Bundes bei der Bewältigung der Rezessionsscheinungen in Österreich. Darüber wurde heute schon einiges gesagt. Wir wissen von den Bemühungen der Gemeinden und ihren zunehmenden Belastungen, und wir sehen als letzten in dieser Reihe die Länder. Es wird daher in Zukunft notwendig sein, die Länder mehr als bisher in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung mit einzubeziehen.

Während Bund und Gemeinden aus wirtschaftlichen Gründen und wegen der Schaffung der notwendigen Infrastruktur ihre Defizite erhöhen mußten, haben die Länder ihre Schulden gesenkt, und zwar in den Jahren 1970 bis 1975 von 19 auf 15 Prozent. Die Überschüsse der Länder sind in ihren Haushaltvoranschlägen und den Rechnungsabschlüssen im gleichen Zeitraum gestiegen.

Am Beispiel Niederösterreichs, ein Beispiel für einige andere, lassen sich diese Fakten sehr einprägsam demonstrieren. Eine Analyse der Landesvoranschläge zeigt sehr deutlich, daß das Land Niederösterreich keine nennenswerten Anstrengungen gemacht hat, um die Rezession im Lande zu bekämpfen. Der Schuldenstand des Landes als Anteil seiner ordentlichen Budgetsumme, bereinigt um die Durchlauferposten, damit es hier keinen Irrtum gibt, betrug im Jahre 1969 ein Drittel und im Jahre 1975 jedoch nur mehr etwa ein Sechstel. Der Schuldenstand des Landes betrug 1969 1 768 Millionen Schilling und beim Rechnungsabschluß 1975 1 602 Millionen Schilling.

Das zeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die ÖVP-Landespolitiker nicht bereit waren, den Bund bei der Bewältigung der Rezession zu unterstützen – auch eine Art von differenzierter Oppositionspolitik, allerdings ausgetragen auf dem Rücken des Österreichers.

Vergessen darf man bei diesem Vergleich nicht, daß die Ertragsanteile, die das Land vom Bund bekommt – in diesem Fall Niederösterreich, bitte –, gerade in der Rezessionszeit der letzten beiden Jahre prozentual gestiegen sind, und zwar um 2 Prozent

Noch ein Beispiel, weil mein Vorredner Ing. Gradinger hier die östlichen Grenzgebiete erwähnt hat: Der Bund hat im Jahre 1976 achtmal so viel für die Industrieförderung ausgegeben wie das Land Niederösterreich.

Diese Zahlen sagen alles. Aber aus diesen Zahlen ist nicht nur zu ersehen, daß die Länder eher passiv waren, sondern es ist auch zu erkennen, daß durch die Änderung des Finanzausgleiches die Länder mehr bekommen, als man seinerzeit im Jahre 1972 bei den Verhandlungen geschätzt hat.

Ich begrüße daher die Aussage des Herrn Finanzministers in seinem gestrigen Bericht, in der er darauf verwiesen hat, daß eine aufgabengerechtere Verteilung im Finanzausgleich angestrebt wird. Und zwar muß man dazu deshalb etwas sagen, weil Herr Dr. Busek – er war damals noch weiter von der Kommunalpolitik entfernt als heute – beim Kommunalpolitischen Kongreß der Volkspartei im Mai 1976 in einem Interview der Tageszeitung „Presse“ erklärt hat, die Gemeinden leben von den Bedarfzuweisungen der Länder, was ja nicht stimmt, wenn man es vornehm formuliert; ich will mir keinen Ordnungsruf einhandeln.

In Wirklichkeit ist es so, daß die Mehrheit der Gemeinden von den gemeinschaftlichen Ertragsanteilen, die zwischen den Gebietskörperschaften nach dem Finanzausgleichsgesetz aufgeteilt werden, leben, und zwar in einem sehr erheblichen Ausmaß. Allein 1975 – das sind die letzten gesamtösterreichischen Zahlen, die vorliegen – betrug der Anteil der Ertragsanteile in den Rechnungsabschlüssen aller österreichischen Gemeinden rund 60 Prozent. Nimmt man die Gemeinde Wien als Bundesland heraus, dann sind es noch immer 53 Prozent Ertragsanteile, die in den Rechnungsabschlüssen der Gemeinden aufscheinen.

Wenn hier nun Änderungen angestrebt werden, dann muß man auch dazu etwas sagen. Es geht nicht so, wie es sich manche ÖVP-Politiker vorstellen, vorstellen in der Form, daß sie ganz einfach nivellieren wollen, alles unter dem Slogan der Gerechtigkeit. So geht es nicht. Und wenn beim laufenden Finanzausgleich die Länder auf Kosten des Bundes und der Gemeinden einen unangemessen hohen Anteil der Einnahmen erhalten, dann muß diesbezüglich namens der Gemeinden etwas gesagt werden.

Tonn

Ein wesentlicher Punkt beim Finanzausgleich ist der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, gegen den ja viele ÖVP-Politiker, unter anderem der Präsident des Gemeindebundes Reiter, zu Felde ziehen – wohlweislich nicht jene Funktionäre der ÖVP aus den größeren Gemeinden, denn die wissen zu genau, worum es geht. Man verwendet dabei Argumente, die jahrzehntelang überholt sind, so zum Beispiel, wenn der Präsident Reiter in einer Ansprache Beispiele aus dem Jahre 1932 erwähnt, die damals der preußische Finanzminister Popitz angezogen hat.

Wenn dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit seinem Entstehen im Jahre 1920 einige Male zusammengeschoben wurde, dann haben wir damit heute fertigzuwerden. Eine weitere Änderung jedoch muß abgelehnt werden, weil dann die größeren Gemeinden noch mehr zur Ader gelassen werden, einerseits durch die Absenkung der Einnahmen und andererseits in vielen Fällen bei der Berechnung der Finanzkraft. Es ergibt sich daraus die Frage, ob es tatsächlich wünschenswert ist, bei jedem neuen Finanzausgleich die großen Gemeinden spürbar zu benachteiligen, damit im Wege einer Gießkannenmethode jeder kleinen Gemeinde einige Schilling mehr zukommen. (Abg. Kraft: Sind Sie gegen kleine Gemeinden?) Herr Abgeordneter Kraft! Ob kleine oder große Gemeinde, überlasse ich bitte der Statistik, die beantwortet das sehr eindeutig. (Abg. Kraft: Einen gerechten Finanzausgleich wollen wir!)

Es ist erfreulich, daß die Gemeindeverantwortlichen in den Ballungsräumen die Unterstützung der Wirtschaft erhalten. Wenn der Wiener Handelskammerpräsident Dittrich festgestellt hat, ein neuer Finanzausgleich müsse mehr als bisher den Bedürfnissen der Ballungsräume entsprechen, dann hat er recht. Letzten Endes werden – und das dürfen wir nicht vergessen – in den 18 größten Städten unseres Landes rund 54 Prozent des Bruttonationalprodukts erarbeitet. Nimmt man alle Ballungsräume unseres Staates für diesen Vergleich, dann werden in diesen Gebieten 67 Prozent des Bruttonationalprodukts aufgebracht. Sie sehen allein daraus, wie wichtig es ist, bei einer Finanzdebatte auch die Fragen des Finanzausgleiches, der ja vor neuen Verhandlungen steht, zu besprechen.

Noch etwas vielleicht kurz zu den heutigen Rednern, damit ich meine vorgesehene Zeit einhalte. Die Widersprüche, meine sehr geehrten Damen und Herren bei der ÖVP, bleiben auf der Tagesordnung. Das erkennt man, sobald die bündischen Interessen so nuanciert zum Vorschein kommen. (Abg. Dr. Zittmayr: Was ihr

euch für Sorgen macht um uns!) Aber Widersprüche, Herr Dr. Zittmayr, sind wir gewohnt (Abg. Dr. Zittmayr: Ihr werdet noch einen Haarausfall bekommen!) – Herr Dr. Zittmayr, ich will niemanden beleidigen, aber Sie könnten in der Löwinger-Bühne auftreten, Sie hätten alle Voraussetzungen dafür (Heiterkeit) –, ob es nun die Widersprüche in der ÖVP sind, wenn es um die Frage Kirche oder Parteien geht oder wenn es um die Frage der Einkommensteuer geht. Es kann nicht gut gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man innerhalb kürzester Zeit sozusagen von dem einen auf den anderen Tag politische Purzelbäume schlägt. Man kann nicht auf der einen Seite sagen – wie es im Mai geschehen ist –, der Finanzminister erleide ein Einnahmedebakel, und im gleichen Atemzug eine Steuersenkung verlangen. Man kann nicht überall hinausposaunen, die Gemeinden haben zu wenig Geld, und gleichzeitig beabsichtigen, die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden, die Ertragsanteile, in der Form anzuknabbern, daß man die verschiedensten Forderungen stellt. Die Liste solcher Eulenspiegeleien, meine sehr geehrten Damen und Herren, ließe sich sehr, sehr lange fortsetzen.

Doch zurück zu den Fragen der Finanzen und der Wirtschaft. Daß die Finanzen der Gebietskörperschaften ohne Zweifel von der sich verändernden Gesellschaft geformt werden, ist erwiesen, denn ein Großteil der Aufgaben unserer Gebietskörperschaften, ganz egal welcher Art, ist ja erst in den letzten drei Jahrzehnten dazugekommen.

Zum Teil sind es völlig neue Aufgabenbereiche, zum Teil sind es Aufgaben, die sozusagen öffentlich wurden. Und wenn es Stimmen gibt, die da meinen, in vielen Aufgabenbereichen der öffentlichen Hand werden die Schillinge vergeudet, dann muß man fragen, ob die erhöhte Geburtenbeihilfe, die freien Schulbücher, die Familien- oder die Bildungspolitik etwas sind, wo Geld vergeudet worden ist.

Es erscheint in jeder Beziehung merkwürdig, die Übernahme solcher Aufgaben durch die öffentliche Hand, deren Verwaltung durch demokratisch gewählte Organe gesichert und gewährleistet ist, als Vergeudung zu bezeichnen. Das ist doch der unterschwellige Slogan, der in den letzten Jahren immer wieder zum Vorschein kommt. Man hat ja solches auch bei der Sicherung der Arbeitsplätze vernommen.

Wenn hier heute eine Hochrechnung ange stellt wurde, indem man gesagt hat, Umschulungen in den verstaatlichten Betrieben wäre auch Arbeitslosigkeit, dann geht das so in diese Richtung.

Tonn

Heute können wir von der Regierungspartei feststellen, daß kein einziger Schilling, den wir zur Sicherung der Arbeitsplätze ausgegeben haben, eine Vergeudung war. Das werden wir immer wieder feststellen, Herr Abgeordneter Moser, weil es für die Sozialdemokratie in diesem Land ein Vermächtnis ist, für die entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen zu sorgen.

Und wenn andere meinen, ein paar Arbeitslose mehr oder weniger, was macht das schon, wir bleiben bei unserem Standpunkt. Wir sehen unsere Aufgabe darin, das Wohl aller Österreicher nach entsprechendem Bedarf zu formen und zu fördern. Unsere Politik ist darauf ausgerichtet, dieses Land so zu regieren, daß wir einer sicheren Zukunft entgegengehen.

Dieser Bericht, der gestern, meine sehr geehrten Damen und Herren, vom Bundeskanzler und vom Vizekanzler dem Nationalrat vorgelegt wurde, beweist: Österreich ist nach wie vor auf dem richtigen Weg. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Herrn Kollegen Tonn sollte man vielleicht doch eines empfehlen: daß er die hier zum Ausdruck gebrachten Sorgen nicht so sehr der Opposition zuwenden möge, sondern dem Zustand der Staatsfinanzen, der Situation der Handelsbilanz, den Strukturproblemen, die auch vom Finanzminister als die großen Sorgen der wirtschaftlichen Situation hier aufgezeigt wurden. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun ein zweites, weil hier der Finanzausgleich so stark angesprochen wurde: Ja wird denn nicht zur Kenntnis genommen, daß gerade die kleineren ländlichen Gemeinden unter der Schwierigkeit fehlender Einnahmen und einer gewaltig gestiegenen Aufgabenstellung leiden, daß hier von der Verkehrserschließung über die Kanalisierung, den Schulbau und eine Reihe infrastruktureller Maßnahmen Einrichtungen geschaffen werden müssen, die letzten Endes auch dem Erholungssuchenden aus Wien und anderen großen Städten sowie aus dem Ausland zugute kommen? Wollen wir denn das nicht zur Kenntnis nehmen?

Nun zu den Problemen der Landwirtschaft. Es ist zwar von den Abgeordneten der Regierungspartei zu diesem ja nicht ganz un wesentlichen Bereich der Wirtschaft überhaupt nicht Stellung genommen worden, aber immerhin im Bericht des Finanzministers . . . (Abg. Egg: Dafür haben

Ihre Stellungnahme schon die Zeitungen, Kollege Riegler! – Abg. Graf: Hoffentlich, dann können Sie es auch einmal lesen, beim Heimfahren! Das wäre auch gut! (Abg. Egg: Seit 15 Uhr!) Ja, mit Sperrfrist 18 Uhr, dann stimmt es genau. (Abg. Graf: Das ist ein Vorteil für Sie, dann können Sie es im Zug lesen, damit Sie es einmal kapieren! – Gegenruf des Abg. Egg. – Abg. Graf: Wenn Sie das alles lesen müssen, was ich schon gelesen habe, dann haben Sie nichts anderes mehr zu tun! – Abg. Tonn: Sie sind ja auch älter, Herr Kollege!)

Ich wollte Ihnen folgendes sagen: Herr Kollege Egg, der Herr Finanzminister hat folgenden bemerkenswerten Satz in seinem Bericht: „Das landwirtschaftliche Paradoxon von wachsenden Überschüssen und steigenden Einfuhrn verlangt eine neue Konzeption der Agrarpolitik.“

Nun, meine Damen und Herren, nach sieben Jahren sozialistischer Regierung ist das ein bemerkenswertes Dokument der Hilflosigkeit und der Ratlosigkeit in der Agrarpolitik, das hier zum Ausdruck gebracht wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

Dieses Paradoxon, wie es so schön heißt, ist ja nicht von selbst gekommen, meine Damen und Herren, genauso wie das Defizit und wie die Handelsbilanzprobleme nicht von selbst gekommen sind, sondern deshalb, weil Sie jahrelang einer zunehmenden Diskriminierung unseres Agraraußehandels zugeschaut haben und weil damit auch das Preisgefüge innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion immer mehr durcheinander geraten ist.

Wenn man Ihren Wirtschaftsbericht ansieht, dann merkt man, daß Sie nach wie vor gegenüber diesem Problem eine psychologische Spur habt, daß Sie bei den Gründen für die schlechte Handelsbilanz wohl von den PKW-Importen sprechen, von den Energieimporten, daß Sie aber die 18 Milliarden Schilling an Agrarimporte als Ursache für Probleme der Handelsbilanz mit keinem Wort erwähnen. Das ist ja typisch für die psychologische Haltung, die Sie zu diesen Problemen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Dabei sollten wir doch erkennen, meine Damen und Herren, daß diese Problematik der Landwirtschaft und der agrarischen Außenhandelsentwicklung etwas ist, was alle gemeinsam, unsere gesamte Volkswirtschaft und alle in diesem Staate betrifft.

Zum Bereich des Arbeitsmarktes habe ich heute in der Fragestunde schon darauf verwiesen, daß nach einer Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstitutes 100 Millionen mehr Agrarimport 40 Millionen an Einkommensverlust und

Dipl.-Ing. Riegler

die Gefährdung von 600 Arbeitsplätzen bedeutet. Wenn man diese Entwicklung hennimmt, dann heißt das, daß Tausende Arbeitsplätze in der Landwirtschaft – Kollege Gradinger hat mit Recht auf die Sorgen des Burgenlandes hingewiesen – gefährdet werden, daß die Leute um ihre Existenzbasis gebracht werden und daß sie letzten Endes auf einen Arbeitsmarkt gedrängt werden, mit dem wir in der jetzigen Situation ohnehin genug Sorgen haben.

Wir haben den Landwirtschaftsminister heute gefragt, was er zu dieser Situation sagt. Hier gab es Andeutungen, daß eine Produktionsbeschränkung angesteuert werde, ohne daß gesagt wurde, welche Alternative geboten wird. Das ist das Problem, um das es hier geht. Man kann nicht die Menschen von ihrer Existenzmöglichkeit abdrängen, ohne ihnen eine andere Einkommens- und Existenzmöglichkeit anzubieten. Das ist unzumutbar, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Das, was wir für Fohnsdorf oder für jeden kleineren Betrieb mit Recht anerkennen, daß es darum geht, Alternativen zu schaffen für die dort beschäftigten Menschen, das muß doch in gleicher Weise auch für die Leute gelten, die in der Land- und Forstwirtschaft ihren Arbeitsplatz und ihre Existenz haben.

Die ÖVP hat in den vergangenen Jahren wiederholt Initiativanträge gestellt, Entschließungsanträge eingebracht für eine moderne Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung, für ein umfassenderes Konzept in der Gestaltung des Agraraufßenhandels. Sie haben das immer wieder ignoriert, beiseite geschoben, niedergestimmt. Die Präsidentenkonferenz hat vor kurzer Zeit ein umfassendes Konzept zur Bewältigung dieser Probleme vorgelegt.

Generaldirektor Kienzl hat immerhin erklärt, daß er mit vielen dieser vorgeschlagenen Maßnahmen sympathisiere. Aber die zuständigen Herren der Regierung schauen zu und sind nicht bereit, Initiativen aufzugreifen, wenn sie schon selbst keine Ideen haben.

Etwas wird immer wieder sehr deutlich: Ihre Handlungsweise geht immer wieder davon aus, daß Sie den Problemen der Landwirtschaft mit Unverständnis, mit Mißtrauen gegenüberstehen, daß immer wieder zu kleinlichen Hemmnissen gegriffen wird, wenn es um die Möglichkeit von Exporten auf unserem Sektor geht; letztes Beispiel: Exportmöglichkeiten bei Rundholz, die auf Einspruch der Arbeiterkammer erschwert und unmöglich gemacht wurden. Das steht doch völlig im Widerspruch zu dem, was Ihr Finanzminister als handelspolitische Notwendigkeit aufgezeigt hat. Der Grund ist eben letzten Endes ein kurzsichtiges, ein einseitiges Interessendenken.

Das Grundproblem: Ihr Unverständnis und Ihr Mißtrauen gegenüber den Problemen der Landwirtschaft hat letzten Endes die Wurzel in einem nach wie vor klassenorientierten Vorgehen Ihrer Partei. Sie übersehen dabei aber, daß Sie die preisgünstige Versorgung der österreichischen Konsumenten – und Handelsminister Staribacher hat das in den periodischen Umfragen in den europäischen Staaten immer wieder nachgewiesen – damit gefährden und daß Sie letzten Endes mit einer solchen Politik die Versorgung der österreichischen Bevölkerung aufs Spiel setzen, nicht nur teuer, sondern auch unsicher werden lassen, ganz abgesehen von der Bedeutung für die Neutralität und für die Sicherheit unseres Staates.

Wir halten es für notwendig, daß mit der Europäischen Gemeinschaft von der Bundesregierung, und nicht nur auf Expertenebene, politische Verhandlungen geführt werden, mit dem Ziel, daß das, was im Artikel 15 des Agrarbriefwechsels und des Handelsvertrages festgelegt wurde, nämlich eine Harmonisierung im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten vorzunehmen, auch erreicht wird.

Wir halten es für notwendig, daß sich Österreich eine Waffengleichheit im internationalen Agrarhandel beschafft. Der derzeitige Zustand ist doch so, daß unsere großen Partner links und rechts bis zu den Zähnen gerüstet sind und daß wir völlig ungerüstet, man könnte sagen, wie ein „Nackerpatzerl“ dieser Situation gegenüberstehen. Sie erkennen die gewandelte Situation im internationalen Agrarhandel, meine Damen und Herren. (Zwischenruf des Abg. Pfeifer.)

Sie tun sich doch leichter, Herr Kollege Pfeifer, nachdem Sie schon nicht das Wort ergriffen haben, können Sie wenigstens mitleben, daß Sie es sich ordentlich merken, das ist ja schön, nicht? (Beifall bei der ÖVP.)

Sie erkennen, daß wir von der Phase der Liberalisierung im Agrarhandel in einen zunehmenden Protektionismus hineingeraten sind, und sind nicht bereit, für Österreich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir vermissen die Anwendung des Lebensmittelgesetzes, wir vermissen die Anwendung der Qualitätsklassenverordnungen auch für die Einführen von agrarischen Produkten. (Beifall bei der ÖVP.) Und es kann doch auch nicht in Ihrem Sinne sein, meine Damen und Herren, Sie als konsumenteninteressierte Partei, daß die österreichischen Konsumenten den Ramsch des internationalen Agrarhandels hier zur Kenntnis nehmen sollen. Und wir halten es für notwendig, daß die agrarischen Wirtschaftsgesetze weiterentwickelt werden zu einer modernen Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung. Es ist not-

Dipl.-Ing. Rieger

wendig, folgende Frage zu stellen: Wenn Sie nicht bereit oder fähig sind, die Chancen zu wahren und zu nützen, heißt es dann für die österreichische Landwirtschaft, daß sie weniger erzeugen soll? Sind Sie dann bereit, diesen Produktionsrückgang in der österreichischen Landwirtschaft durch höhere Preise auszugleichen? Denn ein dritter Weg, daß Sie diese Menschen einfach abdrängen, ist bei der jetzigen wirtschaftlichen Situation und Arbeitsmarktsituation wohl nicht sehr sinnvoll.

Und nun noch kurz zum Budget. Die Landwirtschaft hat 1976 mit der Mehrwertsteuererhöhung ihr Förderungsbudget selbst finanziert. Mit den Belastungswellen, die Sie im Vorjahr beschlossen haben, haben wir 1977 zusätzliche Steuern zu leisten, trotz dieser zusätzlichen Belastungswellen kündigt Ihr Finanzminister an, daß er die Förderungen, daß er die Investitionen um 10 Prozent kürzen wird. Und hier ist eine sehr entscheidende Frage, meine Damen und Herren: Sollen die Pendler, sollen die Bergbauern, sollen die Bewohner der entlegenen Regionen, die ohnehin viele Nachteile zu tragen haben, noch zwei- und dreimal für Ihre verfehlte Budgetpolitik bestraft werden? Und das ist unerträglich, Herr Pfeifer! (Beifall bei der ÖVP.)

Denn Sie haben damit als Regierungspartei nicht nur in der Planung versagt, auf die Sie so gerne stolz sind, sondern auch in Ihrem sozialen Anspruch, den Sie immer so deutlich herauszustellen versuchen. Anstatt die notwendigen Aufgaben anzugehen und zu bewältigen, beschränken Sie sich auf die Machtpolitik. Ihr Staatssekretär erklärt, jetzt kommen die sozialistischen Akzente der Agrarpolitik. Und wir merken es ja auch, er hat ja gesagt, eine entsprechend beinharte Personalpolitik gehört auch dazu, daß versucht wird, in dieser Weise vorzugehen. Und ich glaube, daß sich die Öffentlichkeit mit Recht die Frage nach der Funktion dieses Staatssekretärs gestellt hat und daß sie sich mit Recht die Frage gestellt hat, warum der Herr Bundeskanzler die Chance der letzten Regierungsumbildung nicht zum Anlaß genommen hat, wenigstens in diesem Bereich eine Einsparung vorzunehmen. Sie wäre, glaube ich, im Interesse der Österreicher leicht erträglich gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber es ist wieder einmal ein eklatantes Beispiel einer verfehlten Personalentscheidung des Bundeskanzlers, die er ja nach der bisherigen Erfahrung wahrscheinlich jahrelang nicht zugeben wird und damit eine Fehlbesetzung in der Regierung einfach aufrechterhalten bleibt. Trotzdem möchte ich sagen, wenn sich der Herr Staatssekretär in seiner Rolle so versteht, daß er die sozialistische Agrarpolitik

den Bauern erklären soll, dann müßten Sie ihn eher in der Löwelstraße anstellen und nicht mit Steuergeldern als Staatssekretär beschäftigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Grundproblem bleibt, die Regierung schiebt die agrarpolitischen Probleme vor sich her, und das, was geschehen ist, mußte Ihnen in schwierigen, langwierigen Auseinandersetzungen von der ÖVP, von der landwirtschaftlichen Interessenvertretung erst abgerungen werden, damit Sie sich überhaupt mit Leistungen schmücken können. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Jawohl, damit Sie sich überhaupt mit Leistungen schmücken können. Und das haben Sie diesen unsern Bemühungen zu verdanken. Das ist das eigentliche Problem: eine Regierung, die sich in dem Bereich beharrlich weigert, das zu tun, was ihr zusteht, nämlich zu regieren, und die statt dessen die Probleme vor sich herschiebt.

Ich möchte daher in Abwandlung eines von Ihnen ja danebengegangenen Wahlslogans sagen: Sieben Jahre sind an sich reichlich genug. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Staatssekretär Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Veselsky: Herr Präsident! Hohes Haus! In Österreich ist vieles erreicht worden, und zur Sicherung des Erreichten für die Zukunft kommt es darauf an, aktive Strukturpolitik zu betreiben, und diese Regierung bekennt sich dazu. Sowohl in dem Sinn, auf den Kollege Hanreich hingewiesen hat, daß man auf das, was in der Welt geschieht, Rücksicht nimmt und spiegelgleich dazu die österreichische Struktur zu entwickeln sucht, als auch in regionaler Hinsicht. Wir brauchen damit nicht nur intelligente neue Produkte, sondern wir müssen auch die Regionalprobleme in Österreich ernst nehmen. Das hat diese Regierung getan, unter der erstmals Raumplanung zum politischen Anliegen wurde.

Es wurde darauf hingewiesen, daß an der toten Grenze angeblich zu wenig geschehen wäre. Ich darf sagen, ganz im Gegenteil. Es war in der Regierungserklärung Bundeskanzler Kreiskys das Bekenntnis abgegeben worden, entlang der toten Grenze einen breiten Gürtel des Wohlstandes zu schaffen, und zu diesem Zweck wurde ein Sonder-ERP-Programm geschaffen mit Begünstigungen, wie es sie zuvor niemals gegeben hat: Verzinsung für die ERP-Kredite nur 1 Prozent bei fünfjähriger Tilgungsfreiheit! Die Förderungszonen wurden gemeinsam in der Österreichischen Raumordnungskonferenz festgelegt. Gebiete Oberöster-

Staatssekretär Dr. Veselsky

rechts, Niederösterreichs, das gesamte Burgenland und Teile Kärtents wurden einbezogen. Wie erfolgreich diese Förderung war, beweist die Tatsache, daß Tirol bestrebt war, weniger entwickelte Bezirke in diese Grenzlandförderung einzubeziehen.

Tatsächlich ist auch Osttirol nun einbezogen worden. Mit all diesen Ländern wurden Förderungsvereinbarungen ausgehandelt, und es ist tatsächlich sehr viel geschehen in diesem Bereich. Seit 1973 gibt es diese Programme. 113 ERP-Anträge wurden behandelt und eine Kreditsumme von 638 Millionen Schilling abgewickelt. 44 Prozent davon waren Neugründungen. Damit konnten 50 000 Arbeitsplätze in einer kritischen Zeit gesichert werden (Abg. Dr. Mussil: *Tote Grenze!*) und 3 300 neu geschaffen werden entlang dieser toten Grenze in diesen Bezirken, auch in Ihren Bezirken, Herr Abgeordneter Mussil! (Beifall bei der SPÖ.)

Dazu gab es ein agrarisches Grenzland-Sonderprogramm, bei dem ebenfalls allein seit 1974 zusätzlich 590 Millionen Schilling seitens der Bundesregierung zum Einsatz kamen.

In Niederösterreich und, Herr Abgeordneter Gradinger, im Burgenland wurden Schulungszentren in diesem Rahmen geschaffen, und zwar in Sigmundsherberg und Neutal. (Abg. Graf: *Burgenland?*) Neutal ist Burgenland, Herr Abgeordneter, Herr Präsident!

In der letzten Zeit ist es zu einem Rückgang bei der Inanspruchnahme gekommen. Ich glaube, dieser Rückgang bedarf ebenfalls der Interpretation: Es ist nämlich der Nachholbedarf, der bestanden hatte, weitestgehend befriedigt worden, sodaß diese Aktion nicht mehr ganz die Aktualität hat wie bisher. (Abg. Dr. Mussil: *Weil manche nur ein Drittel dessen bekommen haben, worum sie angesucht hatten!*) Weil noch immer nicht reichlich genug Mittel zur Verfügung standen, wenn wir auch 638 Millionen verfügbar gemacht hatten.

Meine Damen und Herren! Aber wenn gesagt wird, daß das Offert der Bundesregierung, durch den Herrn Bundeskanzler ausgedrückt, daß, dem Beispiel Aichfeld-Murboden folgend, Zusammenschlüsse von Gemeinden raumplanerisch zweckmäßig wären, der Anfang vom Ende für die Grenzlandförderung wäre, so kann ich dem nicht folgen, sondern ich würde sagen: Das ist der Anfang vom Anfang. Denn Aichfeld-Murboden war ein Anfang einer aktiven Raumplanungspolitik, wie sie auch vom Ausland bewundert wird, weil wir dort eine Industriezone, die in Schwierigkeiten geraten war, tatsächlich aktiv sanieren konnten. Das ist die Basis einer kooperativen Raumplanungspolitik, zu der sich diese Regierung bekennt und die erfolgreich ist. In der nächsten Woche wird die Österreichische

Raumordnungskonferenz Gelegenheit haben, einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem kooperativen gemeinsamen österreichischen Raumordnungskonzept gemeinsam mit den Ländern zu tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Nächster Redner ist Dr. Feurstein. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Staatssekretär! Ich wäre nicht auf die Probleme der Raumordnung eingegangen, wenn Sie jetzt nicht davon gesprochen hätten. Aber da ich jahrelang in der Österreichischen Raumordnungskonferenz mitgearbeitet habe, muß ich doch sagen, daß von Seiten des Bundes auf dem Gebiet der Raumordnung mit Ausnahme der Initiativen des Herrn Bundeskanzlers zur österreichischen Raumordnung im Jahre 1970 nichts geschehen ist.

Die Grenzlandförderung haben Sie nach langen und sehr mühsamen Vorschlägen der Länder endlich eingerichtet.

Als die OECD-Arbeitsgruppe vor einigen Jahren Österreich bereist hatte, so waren es wiederum die Länder, die in den einzelnen Städten draußen diese OECD-Arbeitsgruppe über die Erfolge der österreichischen Raumordnungspolitik informieren mußten, und Sie haben im Bericht dann mit diesen Erfolgen der Länder im Gebiet der Regionalpolitik und der Raumordnungspolitik große Schlagzeilen geerntet. Aber es waren wir selber, die wir vor die OECD-Expertengruppe getreten sind, und Sie, Herr Staatssekretär, haben uns gebeten, unsere Vorstellungen dort zu deponieren.

Ich erinnere Sie, Herr Staatssekretär, daran, wie sehr wir uns um die Berggebieteförderung bemüht haben und wie sehr wir gerade vom Landwirtschaftsministerium hier immer wieder zurückgedrängt worden sind.

Ich erinnere Sie auch an all die Initiativen zur Harmonisierung der Investitionspolitik und der Förderungspolitik sowie daran, wie schlecht hier die Erfolge waren, daß wird dort eigentlich noch immer am Anfang stehen.

Wenn wir heute mit den Beamten, die in der Österreichischen Raumordnungskonferenz arbeiten, sprechen, so merken wir, daß sie frustriert sind, Herr Staatssekretär! Gerade vor kurzem habe ich wieder mit diesen Beamten von den Bundesländern gesprochen. Sie haben mir gesagt, es gehe nichts weiter. Und das ist betrüblich!

Aber ich glaube, das mußte man sagen, da Sie vorhin so „glorreicher“ über die Erfolge der österreichischen Raumordnungspolitik auf Bundesebene berichtet haben.

Dr. Feurstein

Meine Damen und Herren! Man müßte am Ende dieser Debatte noch vieles sagen.

Klubobmann Dr. Fischer hat in der Wirtschaftsdebatte mindestens fünf bis zehn Minuten über die Sicherheit in Österreich gesprochen, ein Thema, das zweifellos wichtig ist, aber nicht in einer Wirtschaftsdebatte abgehandelt gehört.

Man müßte vom Abgeordneten Dallinger sprechen, der sich durch die Berichtigung von Ing. Gassner sehr, und zwar sehr stark, blamieren mußte und sich falsche Rechnungen vorhalten lassen mußte.

Man müßte natürlich von meinem letzten Vorrredner, dem Bürgermeister Tonn, sprechen, bei dem ich eigentlich nur herausgehört habe, daß er für seine Gemeinde mehr Geld möchte, daß er neue Forderungen an den Finanzausgleich gestellt hat, und zwar wieder für die großen Gemeinden, eben für seine Gemeinden. (Abg. Tonn: Für die Gemeinden!) Für Ihre Gemeinden, für Ihre großen Gemeinden! Ich komme noch auf dieses Thema zurück, Herr Abgeordneter Tonn, und werde Ihnen sagen, wer vom Finanzausgleich profitiert hat. Ich komme noch auf dieses Thema zurück.

Man hat uns gestern und heute einen „Zahlenfriedhof“ präsentiert. Für eine solche Argumentation gibt es ein sehr gutes Beispiel. Der frühere Professor für Statistik Wagenführ hat in seinem kleinen Büchlein „Die Zahl als Detektiv“ einmal gemeint, für einen Politiker ist eine Zahl etwas Ähnliches wie der Laternenpfahl für den Betrunkenen.

Ich möchte dieses Beispiel etwas abwandeln: Ich glaube, der Bundeskanzler und alle, die diese Berichte heute präsentiert haben, sind tatsächlich Betrunkene (Abg. Dr. Fischer: Was?), allerdings nicht, weil sie zu viel Alkohol konsumiert hätten, sondern einfach deshalb, weil sie vor Zahlen trunken geworden sind. Und so sehen sie vor lauter Wald die Bäume nicht mehr. Die Fähigkeit zum Urteil, zum sachlichen Urteil, ist bereits völlig verblaßt. (Beifall bei der ÖVP.)

Wie sieht es, Herr Bundeskanzler, tatsächlich aus? Als Sie Ihren Bericht abgefaßt haben, haben Sie wahrscheinlich nicht die neuesten Berichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung gelesen. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: O ja, genau das!) Nein, Sie haben sie nicht gelesen. Denn dort – im neuesten Heft, im Mai-Heft – steht, daß die März-Ergebnisse die unveränderte Konjunkturlage im Frühjahr signalisieren. In Blickrichtung auf die früheren Berichte heißt das: Die Aufschwungskräfte haben nachgelassen, und wir haben ein hohes

Handelsbilanzdefizit. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Genau das habe ich gesagt!)

Zur Arbeitsmarktsituation heißt es in diesem Bericht, Herr Bundeskanzler, daß im April die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weniger günstig war als in den Vormonaten. Saisonbereinigt hatten wir weniger Beschäftigung, und die Arbeitslosenrate war höher als im März. – Das haben Sie nicht gesagt, Herr Bundeskanzler. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich habe über 1976 zu berichten gehabt!)

Wir haben jetzt Mitte 1977, und Sie hätten sehr wohl diese ersten fünf Monate des Jahres 1977 miteinbeziehen sollen.

Was steht über den Preisauftrieb in diesem Bericht, Herr Bundeskanzler? Ich muß Ihnen auch das sagen, obwohl dieser Bericht erst vor zwei Tagen erschienen ist. In diesem Bericht steht, daß sich der Preisauftrieb auf der Großhandelsstufe wieder verstärkt hat. (Abg. Dr. Androsch: Rückgang!) Nein, auf der Großhandelsstufe hat er sich verstärkt, Herr Finanzminister! Ich zeige es Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Androsch: Um 1 Prozent gesunken ...) Ich komme gleich dazu. Auf der Stufe der Verbraucherpreise, da ging es runter. Aber der Großhandelspreisindex ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch.) Nein, nein, ist nicht richtig. Lesen Sie es! Auf Seite 216 der Berichte von Mai 1977. Sie müssen das einfach lesen. Auch Sie, Herr Vizekanzler! Nein, Sie können wirklich nicht lesen. Es tut mir leid, daß ich Ihnen das sagen muß. Leider muß ein junger Abgeordneter auch Ihnen, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, das sagen. Es tut mir leid. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist kein Vorwurf, aber es ist Tatsache. (Abg. Dr. Androsch: Sind Sie nicht Statistiker? Kriegen Sie das nicht vom Statistischen Zentralamt?) Ich bin Statistiker, eben deshalb. Ich habe das sogar vom Institut für Wirtschaftsforschung bekommen. Ich habe es bekommen. (Abg. Dr. Androsch: Sie kriegen das offenbar nicht! Ich werde das vermitteln!) Ich habe es bekommen, Herr Finanzminister! Ich kenne diese Zahlen. (Zwischenrufe bei der SPÖ und bei der ÖVP.) Nein, Herr Präsident, auch Sie dürften das also nicht so interpretieren. Es sind einfach Tatsachen, die vorliegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Ihre Feststellung am Ende Ihres Berichtes, wo Sie sagen, in Österreich sei alles gut, stimmt einfach nicht. Das ist eine sehr glorreiche Zukunftsperspektive. Die tatsächlichen Zeichen der österreichischen Politik – und es hat ja heute auch Dr. Fischer sehr viel zugegeben –, diese Warnsignale stehen nicht einmal mehr auf Rosa, sie stehen bereits auf Rot. Und es ist bezeichnend, daß die Farbe der

Dr. Feurstein

Sozialistischen Partei auch Rot ist. Die Warnsignale sind auch rot.

Man könnte jetzt vieles sagen, aber ich möchte nur noch auf ein Thema eingehen, Herr Finanzminister, und das ist die Frage des Finanzausgleiches.

Sie haben behauptet, daß die eingetretene Entwicklung bei den Einnahmen seit 1973 auf Grund des Finanzausgleiches zu Lasten des Bundes gegangen wäre. Nun, wenn Sie die Zahlen hernehmen, sehen Sie, es ist genau das Gegenteil passiert. Die Landeshauptmänner haben Ihnen bereits in Schruns erwidert. Sie haben nämlich nur die Jahre 1973 und 1974 in Ihren Unterlagen verwendet. Sie müssen auch die Jahre 1975 und 1976 verwenden, und dann ist Ihr Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 1973 bis 1976 von 58,2 Prozent auf 60,2 Prozent gestiegen. Und der Anteil der Länder und Gemeinden, Herr Finanzminister, hat sich verringert von 42,4 Prozent auf unter 40 Prozent. Ich gebe Ihnen nachher die Unterlagen dazu. (Abg. Dr. Androsch: Vorarlberg hat so viel Geld, daß es nicht einmal einen Pensionsbeitrag einhebt!)

Der Abgeordnete Tonn hat die Länder kritisiert. Die Länder wurden kritisiert von Ihnen und vom Abgeordneten Tonn, weil sie gut gewirtschaftet haben. Ich glaube, Sie sollten nicht neidisch auf die Länder blicken. (Beifall bei der ÖVP.) Sie sollten das anerkennen, Sie sollten anerkennen, daß die Länder gut gewirtschaftet haben. Gott sei Dank haben wir noch jemanden in Österreich, der versteht zu wirtschaften. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Und, Herr Finanzminister, Sie haben den Dr. Mock vorhin – eine weitere dieser Halbwahrheiten, die Sie gebracht haben – kritisiert und gesagt, das Handelsbilanzdefizit hätte während der ÖVP-Alleinregierung durch die Nettoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr nicht abgedeckt werden können. Im Jahre 1969 war es auf jeden Fall so, daß die Nettoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr das Handelsbilanzdefizit vollkommen abgedeckt haben. Und in allen Jahren der ÖVP-Alleinregierung pendelten die Nettoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr nahe dem Handelsbilanzdefizit. Nun, wie ist es bei Ihnen passiert? Bei Ihnen war es umgekehrt. 1976 konnten wir durch den Fremdenverkehr nicht einmal mehr die Hälfte des Handelsbilanzdefizites abdecken.

Und, meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal hier deponieren: Wir brauchen einfach eine Lohn- und Einkommensteuerreform. Und es ist falsch, daß wir Ihnen Geld wegnehmen, Herr Finanzminister. Wir wollen eine Anpassung. Sie sollen aus der Inflation

nicht gewinnen, das ist alles. Wir wollen, daß die Staatsbürger, die Steuerzahler durch die Inflation nicht so geschädigt werden, das ist alles (Beifall bei der ÖVP), und es ist, glaube ich, ihr gutes Recht, daß sie eine solche Forderung auch an Sie stellen.

Und es wäre bei Ihnen vielleicht auch einmal gut, wenn Sie bestimmte Fehler zugeben würden, es würde Ihnen kein Stein aus der Krone brechen, um den Klubobmann Dr. Fischer zu zitieren. Der Herr Fußballpräsident Sekanina hat in der letzten Zeit auch einigemale zugegeben, daß er Fehler gemacht hat. Er ist deshalb zwar nicht kompetenter geworden, aber er wird sicherlich wiedergewählt als Fußballpräsident. (Abg. Libal: Seit wann verstehen Sie was von Fußball?)

Nun, so viel verstehe ich, daß er wiedergewählt wird. Wenn jemand so viele Millionen bringt, Herr Abgeordneter Libal, dann muß er wiedergewählt werden. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Man könnte noch vieles sagen, aber ich möchte zum Schluß kommen und noch einmal auf die Probleme hinweisen, Herr Finanzminister, die Sie am Schluß Ihrer Rede gebracht haben, die leider weder vom Kollegen Dallinger noch vom Abgeordneten Sekanina aufgegriffen worden sind.

Es geht tatsächlich darum, wie die Arbeitsplätze für die Jugendlichen in den Jahren 1978 und 1979 geschaffen werden.

Es geht darum, wie in Zukunft erreicht wird, daß ältere Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wieder einen finden.

Und es geht um die Chancengleichheit der Frau, damit sie eben nicht zum zweiten Glied im Berufsleben und in unserer Gesellschaft wird.

Und es geht um die Behinderten in unserer Wirtschaft. Und hier hat mir ein Querschnittgelähmter vor kurzem gesagt: Was nützen mir die arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen, wenn ich keinen Arbeitsplatz bekomme?

Das sind eben die Fragen, die Probleme, um die es geht, die Probleme, wo wir uns gestern und heute eine Antwort erwartet hätten. Sie haben auf diese Fragen eine ganz lapidare Feststellung gebracht. Sie haben nämlich geantwortet, daß diese Probleme in der Vergangenheit gelöst worden sind. Die jungen Menschen interessiert es nicht, wie es in der Vergangenheit war, die jungen Menschen interessiert die Zukunft, die jungen Menschen interessiert, wie in Zukunft Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Dr. Feurstein

Und vielleicht zum Schluß noch eine kleine Bemerkung zu den Alternativen. Ich gebe Ihnen eine ganz einfache Antwort. Tun Sie das, was der Finanzminister Kamitz in den Jahren 1952 und 1953 getan hat. Und damit ich Finanzminister Kamitz nicht falsch wiedergebe, möchte ich den „Kurier“ von heute zitieren. Der „Kurier“ sagt:

Finanzminister Kamitz hat dreimal die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt. Er hat die Sanierung der Firmenbilanzen ermöglicht, er hat die Besteuerung von Scheingewinnen beseitigt und er hat den Weg zu Neuaustrustungen der Betriebe durch die begünstigte Selbstfinanzierung ermöglicht. Er hat wenig genommen und vieles bekommen.

Das wäre die Alternative! Er hat wenig genommen und vieles bekommen. Lesen Sie die Budgetrede von Finanzminister Kamitz im Jahre 1956 nach. Dort wird es bestätigt.

Und ÖVP-Finanzminister würden genau das tun, was Kamitz in den Jahren 1952 und 1953 und in den folgenden Jahren getan hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

2. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (496 der Beilagen): Fünftes Internationales Zinnübereinkommen samt Anlagen (562 der Beilagen)

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage 496 der Beilagen: Fünftes Internationales Zinnübereinkommen samt Anlagen (562 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heinz. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Heinz: Herr Präsident! Hohes Haus! Das Vierte Internationale Zinnübereinkommen, BGBI. Nr. 439/71, dem Österreich angehörte, ist am 30. Juni 1976 außer Kraft getreten. Es wurde durch das Fünfte Internationale Zinnübereinkommen, dessen Text am 21. Juni 1975 von der UN-Zinnkonferenz 1975 in Genf angenommen worden ist, ersetzt.

Österreich hat gemäß Artikel 47 des Übereinkommens innerhalb der vorgesehenen Unterzeichnungsfrist am 20. April 1976 das gegenständliche Übereinkommen am Sitz der Vereinten Nationen in New York unterzeichnet. Das Übereinkommen ist mangels Quorum gemäß Artikel 49 am 1. Juli 1976 provisorisch in Kraft getreten.

Das Fünfte Internationale Zinnübereinkommen hat im wesentlichen die gleiche Struktur wie das vorangegangene Vierte Übereinkommen.

Es enthält gesetzändernde und zum Teil gesetzesergänzende Bestimmungen. Überdies sind eine größere Anzahl von Bestimmungen als verfassungsändernd zu behandeln, und zwar sind dies jene, durch die der Organisation beziehungsweise ihren Organen, insbesondere dem Rat, die Befugnis eingeräumt wird, Beschlüsse zu fassen, die ohne Dazwischenstehen innerstaatlicher Organe in den Mitgliedstaaten verbindlich sein sollen. Das Übereinkommen darf daher gemäß Artikel 50 Absatz 1 im Zusammenhang mit Artikel 50 Absatz 3 Bundes-Verfassungsgesetz nur mit Genehmigung des Nationalrates unter sinngemäßer Anwendung des Artikels 44 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz abgeschlossen werden.

Der Handelsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 14. Juni 1977 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Übereinkommens zu empfehlen.

Der Ausschuß hält im vorliegenden Falle die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes – im Sinne des Artikels 50 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung – zur Erfüllung dieses Übereinkommens für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Handelsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Fünften Internationalen Zinnübereinkommens samt Anlagen (496 der Beilagen), dessen im Ausschußbericht angeführte Bestimmungen verfassungsändernd sind, wird verfassungsmäßig genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Da der vorliegende Staatsvertrag verfassungsändernde Bestimmungen enthält, stelle ich zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Ziffer 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung

Präsident Minkowitsch

über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des vorliegenden Staatsvertrages samt Anlagen in 496 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Folgende Bestimmungen des Staatsvertrages sind verfassungsändernd:

Art. 3, 5 Abs. (d), 6 Abs. (a) und (b), 6 Abs. (c) Ziffer 2, 7 Abs. (a), 8 Abs. (d) Ziffer 1, 12 Abs. (h), 13 Abs. (f), (g) und (h), 22 Abs. (a) 2. und 3. Satz, 25 Abs. (b), 25 Abs. (e), Ziffer 2, 26 Abs. (a), 27 Abs. (a) und (c), 27 Abs. (d) Ziffer 1, 28 Abs. (b), 31 Abs. (d), (e) und (f), 32 Abs. (a) 1. Satz, 32 Abs. (d), 34 Abs. (d) Ziffer 2, 35 Ziffer 1, 37 Abs. (d), 39 Abs. (a) Ziffer 3, 39 Abs. (f), 40 Abs. (a) Ziffer 1, 41 Abs. (b), 44 Abs. (d), 45 Abs. (c), 46 Abs. (c) Ziffer 1, 46 Abs. (d), 52 Abs. (a), 53 letzter Satz, 55 Abs. (a) 2. Satz, 55 Abs. (b) und (f) letzter Satz, 57 Abs. (b) und 57 Abs. (d) Ziffer 3.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. Dies ist einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (490 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 geändert wird (Patentgesetz-Novelle 1977) (563 der Beilagen)

4. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (489 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Markenschutzgesetz 1970 geändert wird (Markenschutzgesetz-Novelle 1977) (564 der Beilagen)

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 3 und 4, über die die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies die Berichte des Handelsausschusses: Patentgesetz-Novelle 1977 und Markenschutzgesetz-Novelle 1977.

Berichterstatter zu Punkt 3 ist der Herr Abgeordnete Teschl. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Teschl: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über die Regierungsvorlage (490 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 geändert wird (Patentgesetz-Novelle 1977).

Der vorliegende Entwurf einer Patentgesetz-Novelle 1977 beinhaltet folgende wesentliche Punkte:

1. Die Bestimmungen über Patentverletzun-

gen (Patenteingriffe), die auf das Patentgesetz 1897 zurückgehen, sollen in Anlehnung an das geltende Urheberrechtsgesetz mit den neueren Schutzbestimmungen für Immaterialgüterrechte in Einklang gebracht werden.

Der Handelsausschuß hat die vorliegende Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 4. Mai 1977 erstmals in Beratung genommen und zu deren Vorbehandlung einen Unterausschuß gewählt, dem von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Dr. Heindl, Hofstetter, Dr. Kapaun und Mühlbacher, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dr. Leibenfrost und Staudinger sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Dipl.-Vw. Dr. Stix angehört.

Der Unterausschuß hat die Regierungsvorlage in zwei Sitzungen unter Beiziehung von Sachverständigen eingehend beraten und einige Änderungen und Ergänzungen an der Regierungsvorlage vorgeschlagen.

Der Handelsausschuß hat in seiner Sitzung am 14. Juni 1977 den von dem Ausschußobmann Abgeordneten Staudinger erstatteten Bericht des Unterausschusses entgegengenommen und die Regierungsvorlage mit den vom Unterausschuß vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen in Beratung gezogen. Hiebei brachten die Abgeordneten Dr. Heindl, Dkfm. DDr. König und Dipl.-Vw. Dr. Stix zwei gemeinsame Abänderungsanträge zu Artikel I Z. 7, Z. 8, Z. 16 und Z. 29 sowie auf Einfügung einer neuen Z. 45 a ein.

Der Handelsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Minkowitsch: Berichterstatter zu Punkt 4 ist der Herr Abgeordnete Lehr.

Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Lehr: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über die Regierungsvorlage (489 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Markenschutzgesetz 1970 geändert wird (Markenschutzgesetz-Novelle 1977).

Der Handelsausschuß hat die obgenannte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 4. Mai 1977 erstmals in Beratung genommen und zu deren Vorbehandlung einen Unterausschuß gewählt, dem von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Dr. Heindl,

Lehr

Hofstetter, Dr. Kapäun und Mühlbacher, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dr. Leibenfrost und Staudinger sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Dipl.-Vw. Dr. Stix angehörten.

Der Unterausschuß hat die Regierungsvorlage in zwei Sitzungen unter Beziehung von Sachverständigen beraten und deren unveränderte Annahme vorgeschlagen.

Der Handelsausschuß hat in seiner Sitzung am 14. Juni 1977 den von dem Ausschußobmann Abgeordneten Staudinger erstatteten Bericht des Unterausschusses entgegengenommen und die Regierungsvorlage in Beratung gezogen. Hiebei nahm der Ausschuß eine Druckfehlerberichtigung insofern zur Kenntnis, als es im Artikel I Z. 4 (§ 6 Abs. 2) Zeile 6 und 7 statt „Bundesgesetz“ richtig „Bundesgesetzblatt“ zu lauten hat.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit unverändert angenommen.

Der Handelsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (489 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Minkowitsch: Ich danke den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. König. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungspartei behauptet immer wieder, die Opposition würde sich bei jeder notwendigen Gebührenerhöhung um die Zustimmung drücken. Nun, unsere Zustimmung zu den beiden vorliegenden Gesetzesvorlagen beweist sehr deutlich das Gegenteil. Lassen Sie mich begründen, warum wir diesen Vorlagen trotz der darin enthaltenen Gebührenerhöhung unsere Zustimmung geben.

Diese Gebührenerhöhung, die hier durchgeführt wird, zeichnet sich nämlich ganz entscheidend von den sonstigen Vorgängen, die die sozialistische Regierung bei Gebührenerhöhungen an den Tag legt, aus. Zum ersten einmal bleiben die Gebühren nach der Erhöhung wesentlich unter den vergleichbaren ausländischen Sätzen. Zum zweiten wird damit das

Prinzip der Kostentragung, sprich der kosten-deckenden Arbeit öffentlicher Instanzen, wie beispielsweise des Patentamtes in diesem Fall – anerkannt und gleichzeitig unserer Auffassung Rechnung getragen, daß man soziale Momente dadurch berücksichtigen soll, daß man hiefür auch die entsprechenden Zuschüsse an jene gibt, die tatsächlich bedürftig sind.

Ich freue mich daher, daß es uns gelungen ist, den Herrn Handelsminister im Zusammenhang mit den Verhandlungen im Unterausschuß dazu zu veranlassen, daß er dem Ausschuß gegenüber erklärt hat, was ich im übrigen hier auch im Ausschußbericht finde, daß bei der nächsten Vorstandssitzung in der Arbeitsgemeinschaft für Patentförderung von ihm ein Antrag gestellt werden wird, die Richtlinien so abzuändern, daß alle jene österreichischen Staatsbürger, die eine Erfindung machen, die brauchbar ist, eine Unterstützung bis zu 50 Prozent der Gesamtgebühren erhalten werden, wenn sie durch die Gebühren in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt wären. Ich finde, daß das ein Weg ist, der auch in anderen Bereichen nachahmenswert wäre, und kann ihn der Regierung nur dringend empfehlen.

Zum zweiten: Zum ersten Mal ist es bei dieser Gesetzesnovelle gelungen, auf einen Antrag der Volkspartei hin, daß wir eine konkrete Maßnahme zur Förderung des Energiesparens und der Gewinnung von Alternativenergien setzen. Das, wovon die Regierung bisher immer nur gesprochen hat, was in allen möglichen Erklärungen auch jetzt wieder zur wirtschaftlichen Lage enthalten ist, was aber in der Praxis bislang nicht verwirklicht wurde, wird hier auf Antrag der Opposition erstmals in einem zugegeben bescheidenen, aber sehr konkreten Maße verwirklicht.

Alle jene Österreicher oder Ausländer, die Patente anmelden, welche der Energieeinsparung oder aber der Entwicklung alternativer Energien dienen, werden in Zukunft nach den neuen Bestimmungen unseres Antrages, dem sich die Regierungsmehrheit dann angeschlossen hat, eine Stundung erhalten bis zu drei Jahren, was mit der Vorprüfungszeit einen Zeitraum von fünf Jahren ergibt, in denen nichts zu bezahlen ist und in denen sich ein solches Patent bewähren kann. Bewährt es sich, werden dann die Kosten leicht gezahlt werden können, bewährt es sich nicht, sind keine Kosten zu zahlen.

Ich glaube, daß das auch ein Muster für die Förderung neuer energiesparender Maßnahmen sein kann.

Und schließlich haben wir bei der Patentgesetz-Novelle einen Anschlag der Regierungspartei.

Dkfm. DDr. König

tei auf den Patentgerichtshof, auf die Qualität des Patentgerichtshofes, verhindern können. Es ist nämlich entgegen der Regierungsvorlage im Ausschuß auf einmal der Antrag aufgetaucht, man möge für den höchsten Gerichtshof in Patent- und Markensachen für den Vorsitzenden und für die stellvertretenden Vorsitzenden von den Qualifikationserfordernissen, die bisher gegolten haben, Abstand nehmen. Da hätte auf einmal jemand in dieser höchsten Instanz über patent- und markenrechtliche Fragen entscheiden sollen, der nicht einmal Richter, ja nicht einmal Jurist hätte sein müssen. Dreimal darf man raten, was wohl hinter dieser Änderungsabsicht des bisherigen bewährten Gesetzes gestanden haben mag.

Nun: Ich möchte hier nicht verhehlen, daß ich vor allem dem Abgeordneten Heindl danke für seine Vermittlungsbemühungen. Es ist hier, glaube ich, ein guter Kompromiß zustandegekommen, ein Kompromiß, der sich sehen lassen kann, und ich kann der Regierungspartei nur empfehlen, auf diesem Wege fortzufahren, denn wenn Sie das früher getan hätten, wären Sie heute nicht in der Malaise, über die wir heute acht Stunden lang diskutiert haben.

Wir werden den Vorlagen daher unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Auch die Freiheitliche Partei wird beiden hier zur Debatte stehenden Vorlagen ihre Zustimmung geben. Es handelt sich in beiden Fällen um die legistische Weiterentwicklung komplizierter, aber an sich in Österreich gut gelöster Rechtsmaterien, sowohl beim Markenschutzgesetz wie beim Patentgesetz.

Indem wir beim Markenschutz auf den Gebrauchzwang übergehen – und das in einer gemäßigten Form –, leisten wir einen Beitrag für die Aufrechterhaltung eines gesunden und fairen Wettbewerbes. Es wird das Horten und damit das Sperren von Marken, die gar nicht mehr in Verwendung sind, verhindert und hintangehalten. Das ist zweifelsohne eine Belebung des Wettbewerbes und damit ein Element, das der Aufrechterhaltung einer freien Marktwirtschaft dient.

Man kann kaum oder nur schwer über Markenschutz sprechen, ohne nicht auch einige Worte zum Markenartikel aus wirtschaftspolitischer Sicht zu sagen. Wir müssen daran interessiert sein, daß sich bei dieser hektischen Entwicklung unserer Wirtschaft der Markenartikel als Element erhält, weil sich herausgestellt hat, daß der Markenartikel stabilisierend wirkt.

Preisvergleiche, Indizesentwicklungen zeigen, daß die Preise von Markenartikeln typisch in Phasen eines Preisanstieges bremsend wirken und damit eine gewisse ausgleichende Funktion haben.

Allem, was also dem gesunden Wettbewerb im Bereich der Markenartikelwirtschaft dient, werden wir unsere Zustimmung geben.

Noch einige kurze Bemerkungen zum Patentrecht. Wir haben in Österreich an sich seit jeher ein sehr gutes Patentgesetz. Wir haben ein ausgezeichnet arbeitendes Patentamt. Und auch die kleine Gruppe der Patentanwälte zeichnet sich durch eine hochqualifizierte Arbeit aus. Wir Freiheitlichen konnten durch die Ergebnisse, die die Parteienverhandlungen gebracht haben, dem zustande gekommenen Kompromiß ebenfalls zustimmen. Die Gründe bezüglich der Gebührenerhöhung hat der Abgeordnete König dargelegt. In diesem Fall sehe ich die Dinge nicht anders als er auch.

Aber vielleicht doch noch einen ernsten Hinweis. Mit der Patentanmeldung allein ist es nicht getan. Die wirkliche Problematik und die große Durststrecke für alle Erfinder, vor allem für kleine Erfinder, beginnt, wenn es sich darum handelt, ein Patent der wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen. Da klafft noch eine große Lücke, da ist noch sehr viel Entwicklungsarbeiten zu leisten, für die es meistens schwierig ist, einen Financier zu finden. Ich muß zugeben, daß hier noch niemand, weder irgendeine Partei noch der Staat als solcher, ein Patentrezept gefunden hat, wie diese Lücke zwischen Patentanmeldung und Patentverwertung für den Erfinder günstiger gestaltet werden könnte.

Tatsächlich ist es eine sehr große Aufgabe. Erleben wir doch in Österreich im wachsenden Maß ein Defizit in der Leistungsbilanz bezüglich Patente, Lizzenzen und Schutzmarken. 1973 hatten wir diesbezüglich ein Zahlungsbilanzdefizit von 0,75 Milliarden Schilling, ein Jahr später war es bereits knapp 1 Milliarde Schilling, und im Jahre 1975 haben wir auf dem Gebiete Patente, Lizzenzen, Schutzmarken in der Zahlungsbilanz ein Defizit von bereits einiges über 1 Milliarde Schilling.

Es ist das ein wirtschaftspolitisches Alarmzeichen gerade in einer Zeit, in der es darauf ankommt, sich in der Weltwirtschaft dadurch zu behaupten, daß man über besseres und über mehr Know how verfügt. Gerade angesichts der ungeheuren Begabung, die in unserer Bevölkerung vorhanden ist, müssen Wege gefunden werden, diese Begabung mehr und wirksamer in der wirtschaftlichen Praxis zum Tragen zu bringen. Wir sollten uns nicht nur begnügen, das Patentrecht modern auszubauen, sondern Mittel

Dr. Stix

und Wege zu finden, um den österreichischen Erfindern auch die wirtschaftliche Verwertung ihrer Erfindungen zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft besser zu ermöglichen, als dies in der Vergangenheit geschehen ist.

Wir Freiheitlichen hoffen, daß die Anpassung des Patentrechtes an die neuere Entwicklung auch dazu beitragen wird, und geben daher unsere Zustimmung. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Heindl.

Abgeordneter Dr. Heindl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf einleitend feststellen: Wir freuen uns, daß es uns sozusagen fünf Minuten vor zwölf gelungen ist, einen Kompromiß in diesen beiden Fragen Patentgesetz-Novelle und Markenschutzgesetz-Novelle zu finden, und zwar deswegen, weil wir glauben, daß es eine wichtige Materie ist, wichtiger, als man in Kürze ausführen kann.

Herr Kollege König! Ich möchte nicht mehr in Details eingehen. Das würde zu weit führen. Wir haben es auch schon im Ausschuß gesagt: Wir haben deswegen Ihren Anträgen „Energie“ zugestimmt, an sich aber nicht hineingenommen, weil wir grundsätzlich der Auffassung waren, man sollte zuerst ein gesamtes Paket „Energie-Einsparung, bessere, effektivere Energie Nutzung“ bringen und daraus dann die Vollziehung machen. Wir wollten aber nicht den Eindruck erwecken, daß wir gegen etwas sind, was wir an sich grundsätzlich befürworten.

Eine Stellungnahme zur Frage „Anschlag“ würde auch hier zu weit führen. Wir haben uns etwas dabei gedacht. Wir wollten aber wirklich nicht den Eindruck erwecken, daß wir so etwas vorhaben, was Sie uns unterstellen. Deswegen haben wir letztlich zugestimmt und nachgegeben. Ich bin aber überzeugt: Wir werden anlässlich der nächsten Novelle darüber weiter beraten, wie Sie ja genau wissen, vertreten gerade die Professoren Schönherr und einige andere gar wohl auch unsere Auffassung, daß man Änderungen bringen sollte, und zwar solche, die über die derzeitige Regelung doch einiges hinausgehen.

Meine Damen und Herren! Die zur Beschußfassung vorliegenden Novellen müßten oder sollten wir unter drei Gesichtspunkten sehen: Erstens unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Patentpolitik der Bundesregierung, zweitens unter dem Gesichtspunkt der internationalen Kooperation auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes an sich und des Patentwesens sowie drittens unter dem Gesichtspunkt der Gebührenrichtigkeit.

Das Patentwesen an sich erfährt zur Zeit einen enormen Wandel, wahrscheinlich den bedeutendsten überhaupt in der Entwicklung der letzten 100 Jahre. Seitens der Bundesregierung wurden rechtzeitig alle Schritte unternommen, um dem österreichischen Patentamt und damit auch der österreichischen Wirtschaft jene Voraussetzungen zu schaffen, die im Interesse der einheimischen Wirtschaft eben notwendig sind.

Im Rahmen der klassischen Aufgaben des Patentamtes bringt die Patentgesetz-Novelle eine Konzentration der Streitverfahren in Patent-sachen beim Patentamt und trägt daher zur gewünschten und immer wieder geforderten Rechtssicherheit bei.

Das wichtigste Anliegen der Markenschutzgesetz-Novelle besteht darin, die bestehende Kluft zwischen einem strengen Registerrecht einerseits und dem an der wirtschaftlichen Realität orientierten flexiblen Wettbewerb andererseits zu überbrücken. Durch die Einführung des Gebrauchszwanges, der diesem Ziel ebenfalls dient, und anderer zum Teil tiefgreifender Änderungen des Markenschutzgesetzes ist das österreichische Markenrecht nunmehr in einem modernen Gesetz geregelt, und wir können sagen, daß es international jedem Vergleich standhält.

Es wird immer wieder von der Bedeutung der Patente im internationalen Wettbewerb gesprochen, und ich glaube, wir können sagen, daß es in der modernen Entwicklung der Wirtschaft und ihrer internationalen Beziehungen in der Tat dem nationalen, also unserem, Patentamt zukommt, über die bisherige Bedeutung hinaus der Funktion als Informations- und Dokumentationsträger für die Wirtschaft nachzukommen; und das tut es.

Wir haben das insbesondere seitens der Sozialistischen Partei und der Regierung wegen der Innovationstätigkeit, die wir besonders forcieren wollen, immer wieder getan. Es ist heute eine unbestrittene Tatsache, daß eine gesteigerte Innovationstätigkeit im Inland die Voraussetzung dafür ist, daß die einheimische Wirtschaft von ausländischen Entwicklungen in steigendem Maß unabhängig wird, eine Tatsache, die man wirtschaftspolitisch nicht hoch genug veranschlagen kann. Die Voraussetzung dafür ist unter anderem, daß Informationen über die technischen Entwicklungen und Sachverhalte in geeigneter Weise den interessierten Kreisen zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren! Es hat gerade das Patentamt in den letzten zwei, drei Jahren – und bei dieser Gelegenheit darf ich den neuen Präsidenten Dr. Leberl erwähnen, der sich trotz Kritik am Anfang als dynamischer und wirt-

5822

Nationalrat XIV. GP – 60. Sitzung – 17. Juni 1977

Dr. Heindl

schaftsorientierter Mann erwiesen hat – sehr viele Änderungen, zum Teil revolutionierende Änderungen gebracht, die im Detail hier auszuführen zuweit führen würde. Das zunehmende Interesse und die Inanspruchnahme seitens der Wirtschaft beweist eigentlich auch die Richtigkeit dieses Weges, der dort gegangen wird.

Hinweisen möchte ich noch darauf, daß wir mit diesem Gesetz die durch den Patentzusammenarbeitsvertrag von Washington aus dem Jahre 1970 vorgeschlagenen Änderungen bereits vorwegnehmen, sodaß das österreichische Patentgesetz diesen Änderungen weitestgehend Rechnung tragen wird.

Meine Damen und Herren! Einen Hinweis möchte ich bei dieser Gelegenheit noch machen. Wir vergessen, glaube ich, eines: Gerade auf diesem so wichtigen Sektor des Patentwesens haben wir in Österreich eine einmalige Stellung. Wir haben nämlich nach 1972 mit dem INPADOC eine Institution geschaffen, die einmalig ist und die in Zusammenarbeit mit dem Patentamt oder in seiner Ergänzung uns weltweit eine Situation verschafft, die wir brauchen.

Ein Wort noch zur Gebührensituation und zu unserem Standpunkt dazu und dazu, warum wir diese Erhöhung vertreten mußten und vertreten haben und warum wir glücklich sind, daß es auch zu einer Einigung gekommen ist. Wir sind nämlich der Auffassung, daß mit der Erteilung von Patenten und Marken Ausschließlichkeitsrechte gewährt werden, was in erster Linie im Interesse des Inhabers dieser Schutzrechte gelegen ist. Diese Überlegungen führten letztlich zu dem Grundsatz, daß die mit der Patent- und Markenerteilung verbundenen Kosten nicht von der Allgemeinheit, sondern eben von den Inhabern, denen diese Schutzrechte zugute kommen, zu tragen sind.

Zwei Ziffern in dem Zusammenhang: 73 der Patentanmelder sind Ausländer, und von den verbleibenden restlichen sind es nur zirka 20 Prozent, von denen man sagen kann, sie können es sich quasi nicht leisten. Wir haben mit dieser Regelung und mit dem Antrag, den zu stellen der Handelsminister sich bereit erklärt hat, Voraussetzungen geschaffen, daß in Österreich jeder sein Patent anmelden kann, daß kein Erfinder mangels Geld nicht zu einer Patent anmeldung kommt. Das war der Grund. Und trotz dieser 100prozentigen Erhöhung, meine Damen und Herren, werden wir mit den Patentgebühren noch weit unter den internationalen Patentgebühren liegen. Das ist auch ein Dienst an der österreichischen Wirtschaft.

Zum Schluß möchte ich noch den Experten danken, die uns in mustergültiger Weise bei den

Beratungen geholfen und einmal mehr gezeigt haben, daß wir in Österreich über Fachleute verfügen, die tatsächlich zu Recht internationales Renommee haben. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zeillinger.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Meine Wortmeldung ist nicht nur die letzte eines arbeitsreichen Tages, es ist auch die letzte meiner parlamentarischen Tätigkeit (Ruf bei der ÖVP: *Nicht weinen!*) – nein, bestimmt nicht –, und ich verspreche Ihnen: Es wird auch die kürzeste in meiner Laufbahn sein.

Ich werde mich selbstverständlich streng an die Geschäftsordnung halten und nur zur Sache sprechen, indem ich feststelle, daß wir Freiheitlichen der Markenschutzgesetz-Novelle 1977 und der Patentgesetz-Novelle 1977 die Zustimmung geben.

Nach dieser „eingehenden“ Darstellung unseres Standpunktes darf ich Ihnen „Danke schön!“ sagen für das Vertrauen, das Sie meinen Kollegen Franz Bauer und Robert Weisz und mir erwiesen haben und das dazu führt, daß wir nun den Schritt vom Volksvertreter zum Volksanwalt machen – eine Expedition ins Ungewisse –, den Schritt vom Redner zum Zuhörer; für mich persönlich ein furchtbarer Gedanke. (Heiterkeit.)

In der nächsten Sitzung, wenn Materien behandelt werden, an denen ich noch mitarbeiten durfte, wie die Wehrgesetz-Novelle 1976 oder, wie ich hoffe, auch das eheliche Kind, werde ich, sofern ich eine Karte bekomme, auf dem Balkon als Zuhörer . . . (Abg. Dr. Fischer: Sie haben mitgearbeitet am ehelichen Kind? An welchem Kind haben Sie mitgearbeitet? – Heiterkeit.) Fast an allen Kindern, die hier geboren worden sind. (Neuerliche Heiterkeit.)

Ich werde auf dem Balkon als Zuhörer sitzen, was noch relativ leicht ist; die Zwischenrufe nur zu denken und hinunterzuschlucken, Herr Kollege, ich glaube, das wird mir schwerer fallen als manches, was ich hier im Hause getan habe.

Ich gebe offen zu: Mir ist dieser Schritt vor einigen Wochen noch leichter vorgekommen, als er mir heute fällt. Ich gebe ehrlich zu: Ich habe mich immer bemüht, ein Parlamentarier zu sein. Ich habe nie irgend jemanden, auch nicht bei der hitzigsten Debatte, beleidigen wollen. Wenn im Zuge einer heißen Debatte einmal ein hartes Wort gefallen ist, dann stehe ich nicht an, dafür um Entschuldigung zu bitten.

Ich nehme Abschied von einem Hohen Haus,

Zeillinger

dessen Ruf leider in der Öffentlichkeit nicht immer so gut ist, wie es ihn auf Grund seiner Wirklichkeit verdient. Es ist mir nicht immer gelungen oder nur selten gelungen, andere mit meinen Worten zu überzeugen. Aber das Parlament selbst hat mich von seiner Notwendigkeit überzeugt. Ich möchte gern auch in Zukunft mit meinen Kollegen dazu beitragen, daß die Öffentlichkeit Ihrer Arbeit etwas näherrückt und von der Notwendigkeit des Hohen Hauses überzeugt ist. Und es wird für mich eine Ehre sein, wenn wir einander treffen und Sie weiter zu mir „Kollege“ sagen.

„Auf Wiedersehen“ kann ich Ihnen, ein letztes Mal hier stehend, nicht sagen. Aber Ihnen allen ein herhaftes Glück auf! – Danke. (Starker langanhaltender allgemeiner Beifall. – Abg. Zeillinger verabschiedet sich bei Abg. Dr. Fischer von der SPÖ und bei Abg. Minkowitsch von der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? – Kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jeden der beiden Gesetzentwürfe getrennt vornehme.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Entwurf der Patentgesetz-Novelle 1977 samt Titel und Eingang in 563 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Wir kommen zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter

Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig erfolgt in dritter Lesung.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entwurf der Markenschutzgesetz-Novelle 1977 samt Titel und Eingang in 489 der Beilagen unter Berücksichtigung der im Ausschußbericht 564 der Beilagen angeführten Druckfehlerberichtigung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Einstimmig angenommen.

Wir kommen zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. In dritter Lesung einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß die Bundesregierung die Regierungsvorlage 445 der Beilagen betreffend ein Übereinkommen über die Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen samt Anhang I und II und Vorbehaltserklärung gemäß § 25 der Geschäftsordnung geändert hat.

Auf Grund dieser Bestimmung wurde die diesbezügliche Note vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich gebe ferner bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1246/J bis 1265/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 29. Juni, 9 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 25 Minuten